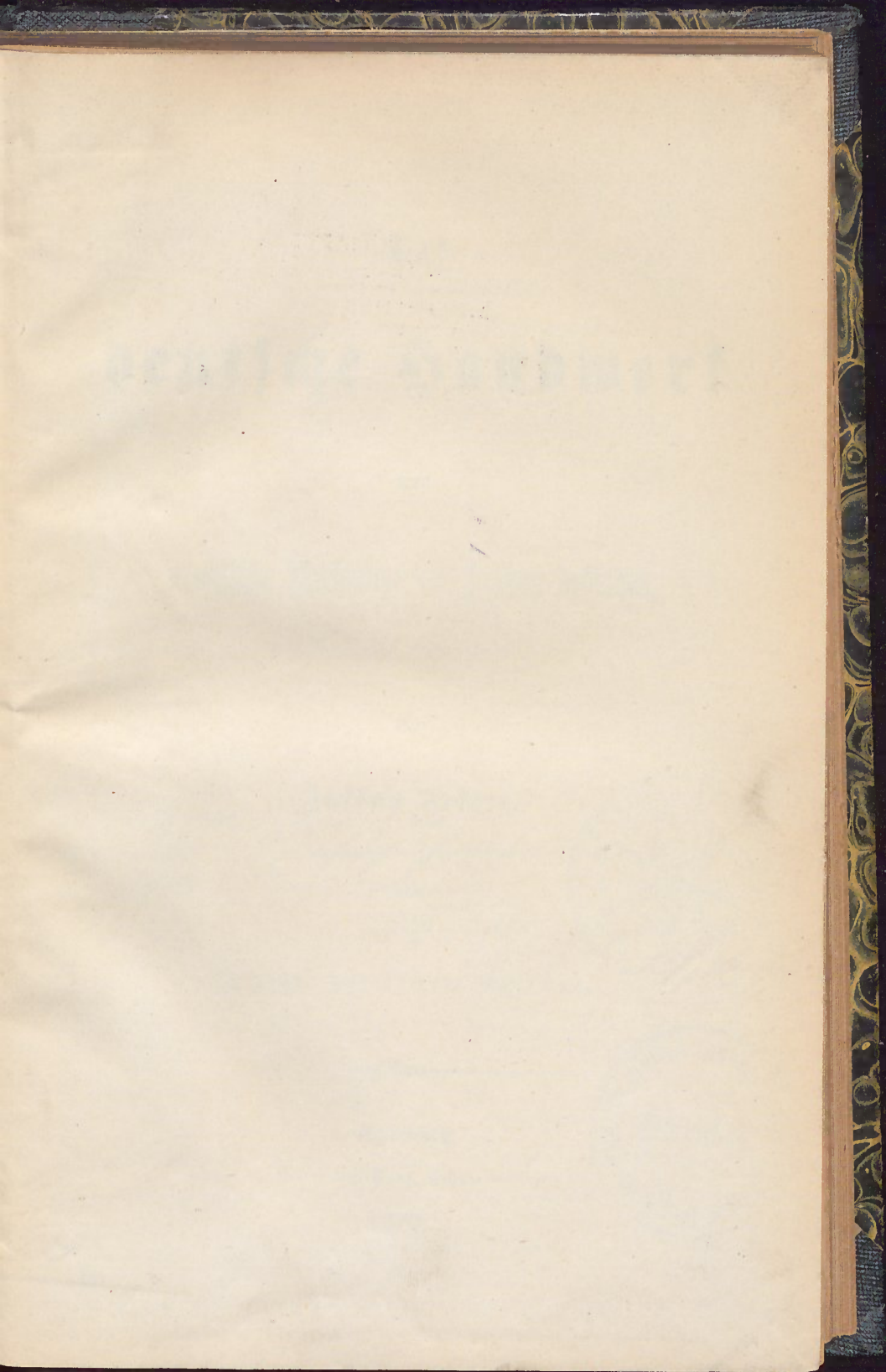
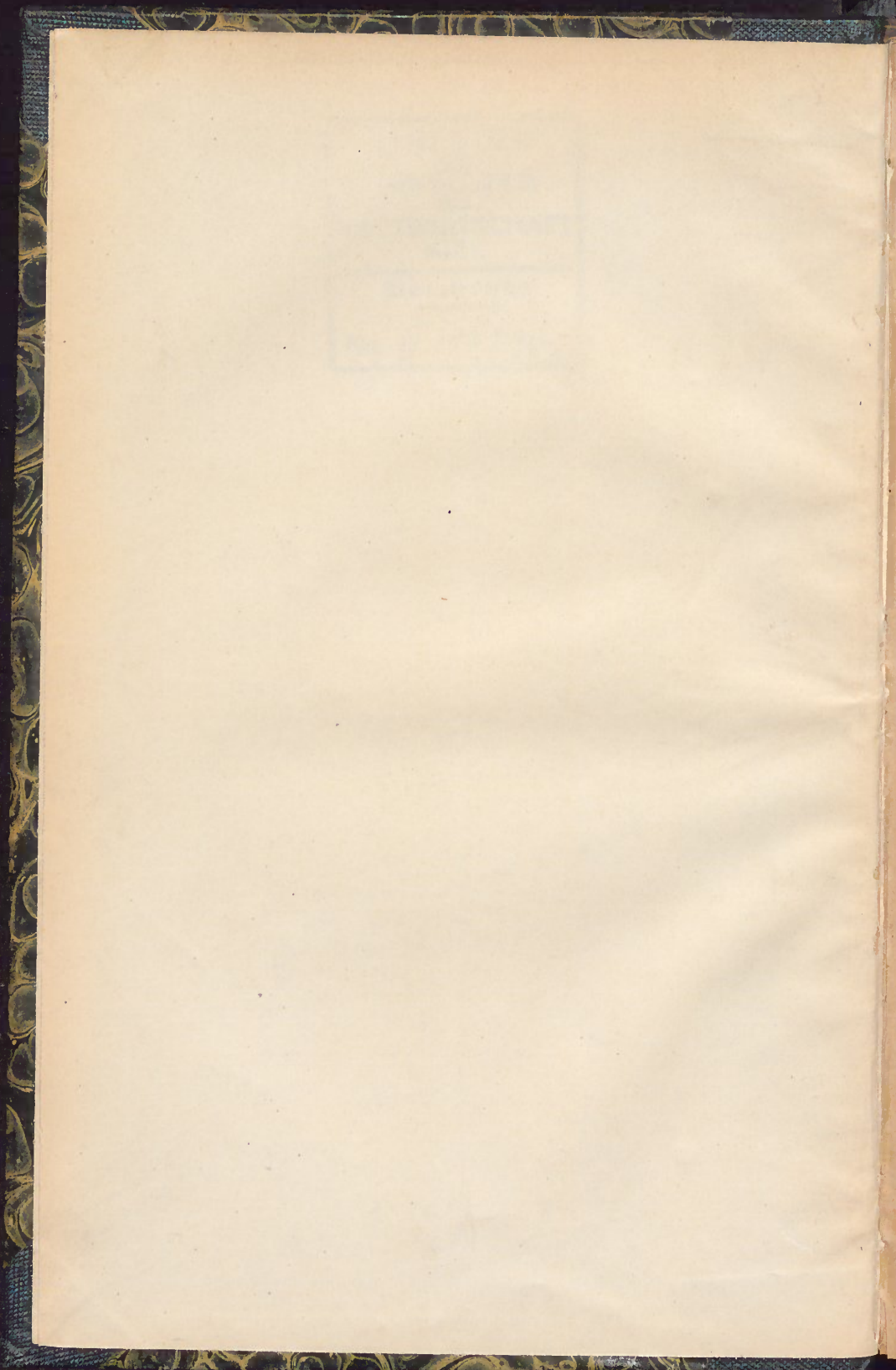


EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL
BIBLIOTHEK
Nr. II 13590

50





Handwritten: H. L. v. d. Hagen

Das

deutsche Handwerk

und

praktische Vorschläge zur Hebung desselben.

Von

Julius Keller.

Handwritten: 44701

Handwritten: VI. H.

Zweite vermehrte Auflage.



Chemnitz.

Verlag von Ernst Schmeitzner.

1878.





Inhaltsverzeichnis.

	Seite.
Vorwort	V.
Einleitung und Aufgabe	1
Erster Abschnitt:	
Kurze Geschichte des deutschen Handwerks	11
Zweiter Abschnitt:	
Was muß seitens der Handwerker selbst geschehen	63
I. Lernen und Lehren	65
1. Gewerbliche Ausstellungen	68
a. Ausstellung eines oder mehrerer Gegenstände	70
b. örtliche Gewerbeausstellungen	72
c. Kreis-, resp. Bezirks- und Provinzial- oder Landesausstellungen	80
d. Special-Gewerbe-Ausstellungen	90
e. Fortschritts-Ausstellungen	92
f. permanente Ausstellungen	94
2. Institutionen mit dauernder belehrender Wirkung	94
A. Institutionen zur Belehrung für Erwachsene	96
a. Bibliotheken	96
b. Pläne- und Bildwerkeammlung	98
c. Gewerbenutzeu, Musterlager etc.	99
d. Handwerkszeuglager	99
B. Institutionen zur Belehrung der Gewerbelehrlinge	104
a. gewerbliche Fortbildungsschulen	105
b. Fachschulen und Lehrwerkstätten	108
II. Sociale und wirthschaftliche Aufgaben	118
1. Regelung des Lehrlingswesens	119
a. der Lehrvertrag	123
b. die Aufnahme	126
c. Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten	126
d. Prüfungs-Zeugniß und Lehrbrief	128
e. Ueberwachung des Lehrlingswesens	130

	Seite.
2. Regelung des Gesellen- und Gehilfenwesens	131
a. Gründung von Gesellenvereinen	133
b. Unterstützung der Gesellen	134
c. Arbeitsnachweisbücher	135
d. Arbeitsnachweis, Arbeitsvertrag mit Attest	137
e. Ältesten-Kollegien	140
3. Schiedsgerichte und Einigungsämter	141
a. Gewerbliche Schiedsgerichte	142
b. Einigungsämter	142
c. Schiedsgerichte gewerblicher Vereine	153
d. Gewährung von Rechtsschutz	156
4. Kredit- und Borgwesen	157
a. Boranschlag	159
b. Buchführung	160
c. Vorsicht beim Kreditnehmen und Kreditgeben	162
d. Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe	163
e. Sicherung und Befestigung des Kredits	164
f. Kreditwesen des Haushaltes	165
5. Associationen	167
a. Rohstoffvereine	169
b. Verkaufshallen	169
c. Vorschußvereine	169
d. Konsumvereine	169
e. Produktivgenossenschaften	170
f. Versicherungsgenossenschaften	170
g. Gemeinsame Benutzung von Betriebskräften	172
III. Organisation von Vereinen	174

Dritter Abschnitt:

Was hat der Staat zu thun? (bezw. die Gesetzgebung und die Verwaltung?)	183
Schlußwort	209
Anhang. Verzeichniß von Fachschriften	217

V o r w o r t.

In meiner amtlichen Berufsthätigkeit habe ich die Erfahrung gemacht, daß dem deutschen Handwerker zur socialen Selbsthilfe die praktischen Fingerzeige fehlen. Versuche fand ich wol, hie und da auch Früchte, aber nur selten systematisches Thun. Die schönsten Resultate waren noch immer da erzielt worden, wo man von allen utopischen Zukunftsbildern abjah und mit den realen Verhältnissen rechnete. Meine von Ort zu Ort gewonnenen Erfahrungen fanden stets die ungetheilteste Aufmerksamkeit, wenn ich sie wieder, ortsweise, verwerthete. Der schönste Lohn wurde mir immer dann, wenn man versprach, die gegebenen Rathschläge zu befolgen. Das zerstreut vorgefundene und von mir gesammelte Material häufte sich schließlich so an, daß es an einem Abende und in einem Vortrage nicht zu verarbeiten ging. Da mir aber in der Regel für einen Ort nicht mehr Zeit zur Verfügung steht, entschloß ich mich das Aufgespeicherte gehörig gesiebt und geordnet in nachstehenden Blättern dem deutschen Handwerker zu übergeben.

Meine Musezeit ist so kurz, und sie wird mit der Erfüllung der verschiedensten Pflichten so stark in Anspruch genommen, daß ich an eine milde Benrtheilung appelliren muß, wenn die folgenden Zeilen überall den Stempel der Flüchtigkeit verrathen.

Das Tribunal der strengen Wissenschaft fürchte ich nicht, weil ich für sie nicht schrieb.

Dem Handwerker dagegen hätte ich gern das Beste, was ich vermag, dargereicht, aber die Umstände ließen es schlechterdings nicht zu. Ich baue aber auf seine mir bekannte Nachsicht und bitte, bei Durchsicht dieser Blätter, sich meiner freundlichst erinnern zu wollen.

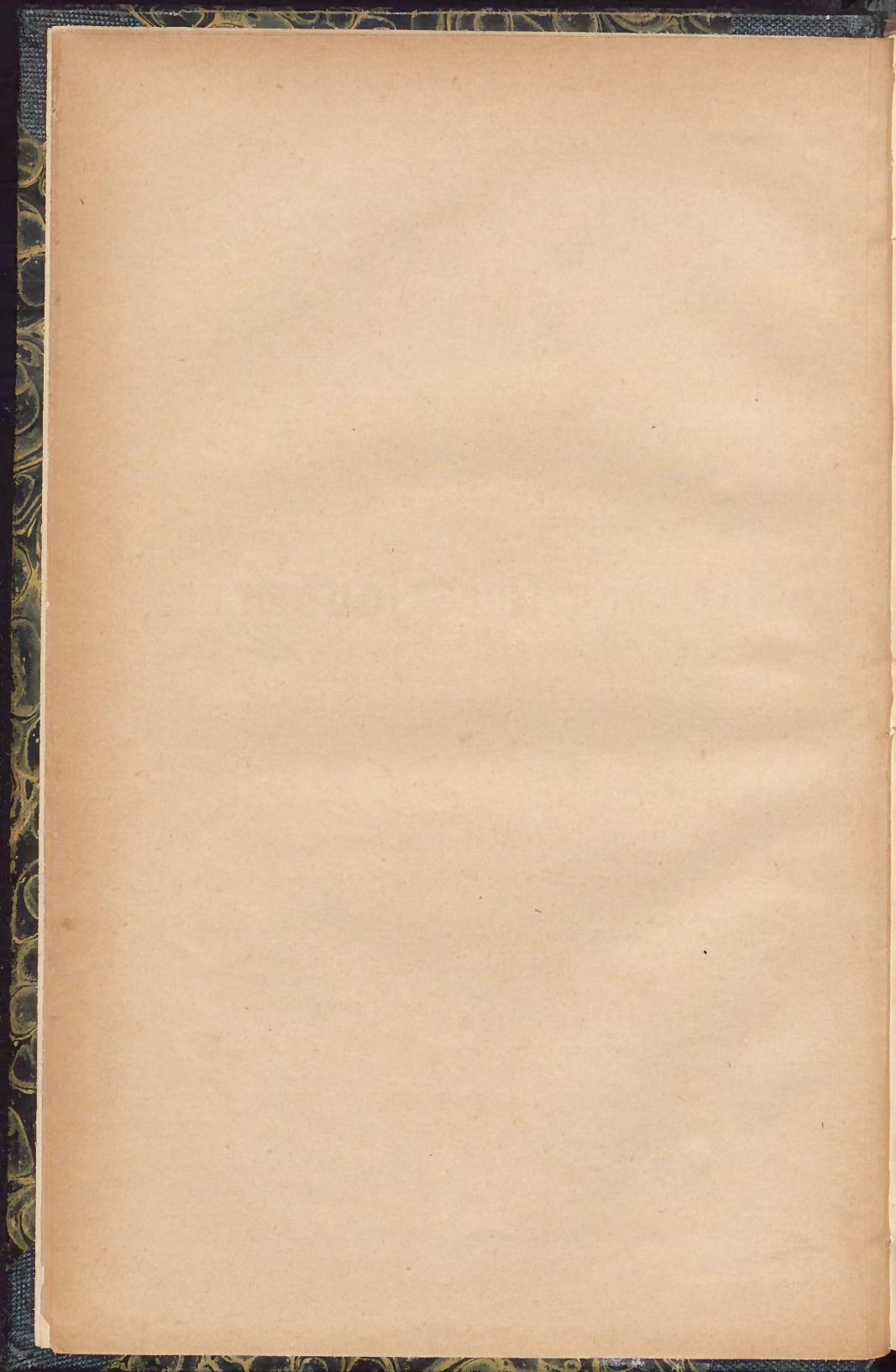
Auf Wiedersehen!

Breslau, den 20. Juli 1877.

Julius Keller,

Wanderlehrer.

Das deutsche Handwerk.



VI

Einleitung und Aufgabe.

Einleitung und Aufgabe.

Seit fast vier Jahren hören wir allerwärts über den Verfall der deutschen Industrie klagen. Mit ameisenartigem Fleiße werden die Gründe dieses Rückganges zusammengetragen und nach den nur erdenklichsten Seiten hin besprochen und geprüft. Wen alles macht man nicht verantwortlich?! — Da waren es die „Gründer“, die plötzlich wie eine Schaar hungriger Raben über die nichts ahnende unschuldige Nation herfielen und diese zwangen, ihnen die Ersparnisse zu opfern, und durch die „Gründerhege“ währte man das wirtschaftliche Gewissen von den Sünden absolviren zu können. — Da ist es das „Capital“, dieser moderne Moloch, der wie vor Alters in glühender Umarmung die Menschenopfer verzehrt, während seine Priester, die „Capitalisten“, mit geräuschvoller Musik das Angstgeschrei der Opfer übertönen. — Da waren es die „Arbeiter“, jene stets den Arbeitgebern aufschauende Masse, die bei gesteigerten Ansprüchen die Leistungen erniedrigt, in Saus und Braus leben und sich nicht befehlen lassen wollen. — Da ist es der Mangel an Zucht und Ordnung, die Nichtachtung vor der kirchlichen und feudalen Autorität, das Auflösen aller mittelalterlichen Einrichtungen. — Und alle diese Gründe wuchsen als einzige Frucht der liberalen Gesetzgebung auf dem Boden der modernen Zustände. Da tangte Schutz Zoll, Freihandel, Handelsverträge, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Armenpflege, Selbstverwaltung und tausenderlei anderes nichts. Wenn man das alles hörte und sah, so hätte man glauben mögen, das siebente Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts sei entweder verurtheilt, die Sünden der vorausgegangenen tausendjährigen Culturarbeit zu büßen, oder begnadigt, diese Sünden zu erkennen.

Wir sind weit entfernt eine Lanze für die „Gründer“ einzulegen, am allerwenigsten für diejenigen, welche bewußt und berechnend täuschen, um zu gewinnen. Ebenso wenig werden wir dem Capital das Wort reden, wenn es, wie geschehen, seine Macht in wirtschaftlich-umfittlicher Weise braucht und allein auf dem Productionsgebiete herrschen will. Wir vertheidigen nicht den Arbeiter, der da meint, Arbeit allein schaffe Werthe, und es gebühre daher dem Arbeiterstande die Herrschaft und die Herstellung und Vertheilung der Werthgegenstände. Wo die Bande der Ordnung und Sitte gelockert sind, wollen auch wir sie befestigt sehen, nicht aber durch die Unterordnung unter irgendwelchen Autoritätsglauben, sondern durch sittliches Erkennen und dem entsprechenden Handeln. — Wir sind nicht übereifrig im Lobe unserer heutigen Geseze und Einrichtungen, aber wir meinen, es sei da doch ein tüchtig Stück Arbeit geleistet worden und es wird an uns liegen, das Gegebene zu benutzen und weiter zu entwickeln.

Wenn jene Prüfer und Tadler unserer wirtschaftlichen Zustände in erster und letzter Linie die Geseze und Einrichtungen von heute verantwortlich machen und angreifen, so ist es auch consequent, daß sie deren Beseitigung oder doch deren Reform wünschen. An Bemühungen hierzu fehlt es nicht. Nachdem man von allen Seiten das Volk gehörig aufgewühlt und mit stammenswerthem Eifer und Geschick auf falsche Bahnen geführt hatte, begann ein wahrer Sturm- lauf gegen alle derzeitige auf Gesez und Einrichtungen fußende Zustände. Hierzu wurden eigens Organisationen geschaffen, Vereine und Zeitschriften gegründet. Ein endloser Jubel durchrauschte jene Reihen ob des Auffindens des Sündenboces der socialen Misere. Da man diesem Ungethüm, „Liberalismus“ genannt, nicht von allen Seiten mit Erfolg zu Leibe gehen konnte, vereinigte man sich zum Angriff auf zunächst zwei Punkte desselben. Diese waren Freihandel und Gewerbeordnung.

Die Beseitigung des Freihandels sollte namentlich unsere Großindustrie stärken und concurrenzfähig machen. Wir wollen ununtersucht lassen, ob dieses Verlangen nicht sehr oft von selbstsüchtigem Interesse dictirt und dann mit dem Makel der Unehrllichkeit behaftet ist. Die Wissenschaft und die Praxis haben endgiltig das Urtheil gefällt, daß Schutz- und Prohibitivmittel und Monopole Prämien der Faulheit

sind. Die Ausschlag gebende Mehrzahl der heutigen Gegner dieser Prämien ist aber auch nicht so unerfahren, um in ihren Forderungen die radicalste Seite herauszukehren. Es handelt sich bei ihnen nicht um Freihandel oder Schutz Zoll, sondern um Freihandel und Schutz Zoll, wobei im Princip und im Endziel der Freihandel die Lösung ist. Man weiß hier sehr wohl, daß irgendwelcher Schutz die Industrie „laufen“ lehrt, man weiß aber auch nicht minder gut, daß erst die Entfernung des Gängelbandes zur „Sicherheit und Gewandheit in der Bewegung“ führt. — Bis jetzt blieben die Versuche zur Umkehr unserer Handels- und Zollpolitik ohne Erfolg, und die in der jüngsten Session des Reichstages gelieferte Schlacht fiel zu Gunsten des freien Verkehrs aus. Leider scheint damit das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen zu sein.

Die Revision der Gewerbeordnung führte alle diejenigen auf den Kampfplatz der öffentlichen Thätigkeit, welche in Folge der sogenannten Gewerbefreiheit an eine allgemein eingerissene Zügellosigkeit auf den verschiedensten Erwerbsfeldern glaubten. Besonders waren es die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die, natürlich jeder in seinem Sinne, Vorschläge zu machen hatten. Auch hier wurde die Freiheit in Acht und Aberacht gethan, und um was man seit fast einem Jahrhundert gekämpft und nur zum Theil und noch mühsam errungen, dessen wollte man um jeden Preis sich wieder entschlagen. Allmählig drang bessere Einsicht durch, so daß man wohl das Princip der Gewerbefreiheit stehen lassen wollte, aber der Autorität der Arbeitgeber und Meister, ihren Erwerbsgehilfen gegenüber, durch das Gesetz nachhelfen zu müssen glaubte. Von verständiger Seite war die Parole ausgegeben worden: Die Frage unserer gewerblichen Entwicklung ist eine Frage der Erziehung! — Dieser Satz zündete, wurde aber je nach dem socialen oder politischen Parteistandpunkte verschieden aufgefaßt. Da begegnet man der Erziehung durch den Staat mittelst in das ganze Arbeitsverhältniß tief einschneidender Gesetze und Einrichtungen; dort sucht man in der Volks- und Fortbildungsschule Rettung, wieder wo anders ist allein nur Heil in der Kirche; Polizei und Staatsanwaltschaft will man aufbieten, um unsere Industrie vor dem Niedergange zu schützen. In einem ist ziemliche Einstimmigkeit und zwar darin, daß die Lehrlinge das Gewerbe ruinirt haben, und hier der Hebel einzusetzen ist. Sicher trägt zu

dieser Einmüthigkeit das Schweigen der Zehrlinge bei! — Es war voranzufehen, und anders konnte es in einem constitutionellen Staate nicht kommen, daß alle diese Ansichten und Wünsche ihren Ausdruck in Anträgen und Debatten im Reichstage finden mußten. Wir bedauern den Ausgang der diesen Gegenstand betreffenden Verhandlungen grade nicht, wenn wir auch wünschen, daß den verschiedenen Reformvorschlägen zur Gewerbeordnung ein solenneres Begräbniß bereitet worden wäre.

Wie im ewigen Kreislauf der Natur die verwesenden Theile eines Körpers keine neuen Lebens in sich tragen, so werden auch jene Bemühungen sammt ihrer Erfolglosigkeit nicht ohne fruchtbare Nachwirkung bleiben. Das Beste dabei ist der Umstand, daß die Gesetzgebung von dem einmal betretenen Wege nicht abgegangen und so den Interessenten des Handels und der Industrie ein „Erkenne dich selbst“ zugerufen hat. Möchte diese Selbsterkenntniß nicht ausbleiben und vor allem der Ueberzeugung Raum geben, wie sehr jede politische Agitation zwecks einer Reform unserer Gewerbe- und handelspolitischen Gesetzgebung die Industrie selbst schädigt und erschläfft. Wenn die Herren, die mit einer gewissen Geflistentlichkeit jene ganze Bewegung in Scene gesetzt und erhalten haben, wüßten, wie dadurch unsere Gewerbetreibenden in Schwanken gerathen und zu dem Glauben verleitet worden sind, nicht in, sondern außer ihnen liegen die Mittel zu ihrem gewerblichen Vorwärtsschreiten, so würden sie vor dem angerichteten Schaden zurückschrecken und ihren Einfluß und ihr Talent geltend machen, um in Gemeinschaft mit dem Volke vorwiegend andere, gesetzgeberische Mittel zu berathen und anzuwenden. Das wäre die beste Sühne für begangenes Unrecht! Ist auch diese Arbeit schwer, so wird sie durch das Entgegenkommen derjenigen, welchen geholfen werden soll, große Erleichterung finden. Im Großen und Ganzen ist der Boden auch bereits gelockert und schon so manches schöne Früchte versprechende Samenkorn in die Erde gesenkt. Nur hüte man sich vor vielem Idealisiren und Generalisiren! Die sociale Frage und ihre Lösung ist heute ein geläufiges Thema, und wenn wir dabei noch recht herzlich weit zurück sind, so kommt es besonders daher, daß wir die Menschen nicht nach ihrer Lebenslage und Lebenshaltung, nach ihrer Berufsstellung und Bildung erfassen, sondern meinen, von einem Standpunkte, mit einem Mittel und einem Schläge

die Gesellschaft heben zu können. Und wenn wir dann finden, daß dem einen der Noth zu weit und dem anderen zu enge ist, so verlieren wir die Geduld, anstatt zu der Erkenntniß zu gelangen, daß es nicht eine, sondern eigentlich so viele sociale Fragen, wie Menschen gibt. Hieraus mit folgt die Nothwendigkeit der Erziehung des einzelnen Menschen zur Erfassung seiner gesellschaftlichen Lage. Diese gesellschaftliche Lage wird nicht allein von dem Individuum und seinen Eigenschaften, sondern auch von anderen Menschen und Verhältnissen bedingt. Die Verhältnisse aber gestalten sich meist nach der Thätigkeit der Menschen unter einander, nach der gesellschaftlichen Wechselwirkung. Nächst der Gesellschaft und Familie, in der Sitte und Erziehung wurzelnd, übt der Beruf und die Berufsgenossenschaft einen mächtigen Einfluß auf das Individuum aus. Hier gilt es, neben der Befestigung der Sitte und allgemeinen Bildung, nicht bloß beruflich tüchtiger und leistungsfähiger zu werden, sondern auch durch Pflege des genossenschaftlichen Geistes den eigenen Stand in sich selbst und der übrigen Gesellschaft gegenüber zu fördern. Aus diesen ganz naturgemäßen Gründen, die wir bei dem theoretischen und practischen Studium wirthschaftlicher Verhältnisse stets vor Augen haben müssen, entspringt die Entwicklung unserer Gesamtgesellschaft durch die Entwicklung der Berufsstände, um innerhalb derselben und durch sie den materiellen Güterreichthum zu vermehren. Niemand kennt aber da die Bedürfnisse, die Gebrechen und Fehler, und das was noth thut besser als die Träger der verschiedenen Berufe, wenn sie noch die Gemeinschaft zur Wahrung ihrer Interessen pflegen. Der Arm der Gesetzgebung ist viel zu schwach und viel zu kurz, um hier mit wirklich fruchtbarem Erfolge eingreifen zu können, weshalb als einziges Mittel die Selbsthilfe immer und immer wieder Ausschlag gebend ist. Von diesem Gesichtspunkte aus begrüßen wir jeden Zusammenschluß nach Klasseninteressen. Der Arbeitgeber wird in unseren derzeitigen Erwerbsverhältnissen andere Ziele als der Arbeitnehmer zu verfolgen haben. Der Landbauer verschiedene von dem Gewerbetreibenden, der Großindustrielle wird sich hier von dem Handwerker unterscheiden. Bei all dieser mannigfachen Verschiedenheit sind selbstredend genugsam gemeinsame, gleiche oder ähnliche Ziele, zu deren Erreichung eine allgemeine Arbeit aller Gleichgesinnten in einer Vereinigung nicht grade erforderlich ist. Es genügt hier

ein allgemeines Erkennen, Aufstellen und Befolgen gleicher Grundsätze. Dann mögen die Genossenschaften verschieden sein. — Entschieden müssen wir hier, da es oben nur andeutungsweise geschehen ist, den sich jetzt breit machenden Gedanken zurückweisen, als ob wirthschaftliche und sociale Fragen ohne politische Agitation unlösbar wären. Wir scheuen uns nicht offen auszusprechen, daß diese beiden Gebiete scharf getrennt gehalten werden müssen, wenn wir nicht zum Unglück nationalen und industriellen Aufschwunges das neutrale Gebiet der Gesetzgebung zum Tummelplatz egoistischer Standesinteressen herabwürdigen wollen.

Alle diese vorausgegangenen Erwägungen reiften in dem Schreiber dieser Zeilen den Entschluß, durch die Veröffentlichung vorliegenden Büchleins den Versuch zu machen, dem deutschen selbstständigen Handwerker Mittel und Wege an die Hand zu geben, die er anwenden und einschlagen muß, um in beruflicher Organisation sich selbst zu helfen und vorwärts zu bringen. — Die Tagesliteratur läßt glauben, die deutschen Handwerksmeister haben sich auf dem Wege, den sie gehen sollen, verirrt und in den Mitteln, die sie gebrauchen sollen, vergriffen. Sie sammeln sich und sind theils seit Jahrzehnten unter der Handwerksfahne in Vereinen und Corporationen mit den verschiedensten Namen zusammengetreten, um ihre Interessen zu wahren, — aber die Tagesliteratur berichtet uns, daß man Congresse hält, gewaltige Beschlüsse faßt, Land- und Reichstage stürmen will, nach Hunderten Petitionen entwirft und absendet; aber wenig erfahren wir, was man thut oder thun will, um von innen heraus dem Handwerkerstande zu helfen. Das „il faut faire quelque chose“, — „es muß etwas geschehen“, hört man deutlich, aber viel weiter hinaus scheint man nicht zu kommen. Da nahm sich der Verfasser dieses Schriftchens seit fast zwei Jahren vor, die Wünsche und die Nothen der Handwerksmeister in allen Richtungen Deutschlands durch persönlichen Verkehr zu erfahren. Den gewerblichen Nothstand fand er bestätigt, aber fast alle selbstständigen kleineren Gewerbetreibenden, mit denen der Schreiber dieser Zeilen zusammen traf, — und sie zählen wohl nach Tausenden, — versicherten und glaubten, daß man sich selbst aufraffen, durch eigene Thätigkeit und beruflichen Zusammenschluß sich bilden und dem Zeitgeiste, oder den veränderten Zeitverhältnissen energisch Rechnung tragen müsse. Nur äußerst wenige hofften von der äußern Hilfe, von der veränderten Gesetzgebung. Man ist aber auch schon durch die Nothlage

gedrängt, an vielen Orten zur Ergreifung von Abhilfsmitteln jeglicher Art geschritten. Da aber die Zahl solcher Orte im Verhältniſſe zum weiten Reiche gering, da der in Angriff genommenen Mittel im Verhältniſſe zur Befriedigung der gesteigerten Anforderungen der Zeit nur wenige sind und ihnen besonders eine systematische Pflege abgeht, da, buchstäblich genommen, an Hunderten von Orten gesagt wurde, „ja, es muß was geschehen, aber was?“, — also man um die „Mittel“ verlegen war, — meinte der Schreiber dem deutschen Handwerker einen Dienst zu erweisen, wenn er ihm die „Mittel“ geordnet übergebe, und deren practische Ausführbarkeit nachwies.

Die Aufgabe dieser Schrift soll in folgender Weise zu lösen versucht werden.

Zuvörderst wird eine kurze Geschichte des deutschen Handwerks gegeben, weil wir gefunden, daß diese die Handwerker nicht kennen. Es kommt uns dabei auf kritische Untersuchungen nicht an, wohl aber auf eine schmucklose, einfache Darstellung. Wo angebracht, wird auf den bisherigen Verlauf der Handwerksfrage Rücksicht genommen werden.

Sodann werden wir die anzuwendenden Mittel zur Hebung der gewerblichen Leistungsfähigkeit angeben und prüfen. Hierbei wollen wir vor allem den Standpunkt des Lernens und Lehrens festhalten. Da das „Was?“ nicht genügt, wird sich hieran die Beantwortung des „Wie?“ schließen, soweit nämlich die Selbstthätigkeit der Interessenten gefordert wird und nothwendig erscheint. Diesen, wie wir meinen, vorwiegend practischen Theil der Schrift, werden Hinweise auf hie und da Geleistetes und practische Anweisungen zur Durchführung der Vorschläge begleiten.

Weiterhin wollen wir Untersuchungen über die Pflichten bezw. Aufgaben der Gesetzgebung anschließen, da ihres Bestandes bei der umfassenden Regeneration und des gewaltigen Einflusses des Gewerbes auf die gesammte Gesellschaftslage nicht ganz enträthen werden kann.

Nach einigen Schlußworten des Verfassers wird ein Verzeichniß empfehlenswerther Fachzeitungen folgen, weil sich dies uns als ein Bedürfniß für die betreffenden Kreise herausgestellt hat.

Sollten manche angeregte Fragen so unbedeutend erscheinen, daß sie der Behandlung hier und der Durchführung im thätigen

Leben nicht für werth gehalten würden, so möchten wir an die Worte des verdienstvollen Gründers der deutschen Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften Dr. Schulze-Delitzsch erinnern, die er bei Gelegenheit der Debatte über die Novelle zum Gesetz über die eben genannten Genossenschaften am 16. April d. J. im Reichstage sprach, und welche lauten: „Wie klein die Fragen im einzelnen sind, aus diesen kleinen Fragen der Einzelwirthschaft im Privatleben, aus ihnen allein entwickelt sich die gesunde Grundlage für den großen Aufbau des Staatswesens.“ —

Erster Abschnitt.

**Kurze Geschichte des deutschen
Handwerks.**

Kurze Geschichte des deutschen Handwerks.

Mit der allgemeinen Geschichte eines Volkes beginnt auch die Geschichte seines Gewerbewesens. So auch bei den Deutschen. Es sind etwa 2000 Jahre her, als das damalige Kulturvolk, die Römer, in Gallien Kunde von einem jenseits des Rheines wohnenden Volke erhielten, das sie allgemein hin die Germanen nannten. Der römische Dünkel legte unseren Vorfahren, wie jedem anderen, nicht mit dem römischen Bürgerrecht ausgestatteten oder unter römischer Herrschaft stehenden Volksstämme, noch den klangvollen Namen „Barbaren“ bei. Verglichen mit den damaligen socialen Zuständen der Nachkommen des Romulus und Remus mochten wir auch jene Bezeichnung verdienen, wenngleich neben der Pflege des edlen Maidwerkes, der idyllischen Fischerei und des wunderbar anheimelnden Nomadisirens, der Ackerbau, der überall die erste geordnete Herrschaft im Gefolge hat, betrieben und Grund und Boden schon Vermögensform, wenn auch die einzige, ausmachten. Aber Schlachten schlugen sie schon, obwol noch nicht mit civilisatorischen Erfolge!

Eine Gliederung nach Berufsständen ließ die allgemeine Bildungsgleichheit nicht zu. Dagegen kannte man schon Geburtsstände. Da gab es „Edle“, wir würden heute sagen „Adelige“, die durch hervorragende persönliche Eigenschaften glänzten und über bedeutenden Grundbesitz verfügten. Nächst diesen „Freie“, nicht so reich an festem Besitz wie jene, aber durch Geburt unabhängig und daher waffenfähig und wehrpflichtig. Die unterste Gesellschaftsstufe bildeten die „Leibeigenen“, die Unfreien, auch Hörige genannt, weil zur Familie gehörig. Sie standen unter dem Schutz der Freien und waren nicht dienstpflchtig. Wie vornehmlich aus diesen der gewerbe-

treibende Stand sich herausbildete, werden wir weiter unten sehen. Die ganze gesellschaftliche Ordnung ruhte damals in der Familie. Diese war eine Gemeinschaft von allgemeiner Bedeutung. Alle, Edle, Freie und Unfreie, gehörten zu ihr, und auf ihr baute sich nicht nur die staatliche, sondern auch die gewerbliche Ordnung auf. Sie sorgte für die Gesamtbedürfnisse und sicherte Recht und Freiheit.

1.

Bis zur Zeit der Merowinger tritt uns das deutsche Gewerbe-
wesen in keiner nennenswerthen Weise ausgeprägt entgegen. Wo in
deutschen Provinzen auch Handel und Gewerbe nach damaligen
Umständen blühten, war die römische Herrschaft ausgerichtet. Dahin
gehören Noricum, Rhätien und Vindelicien. Ersteres der Landestheil,
der von dem heutigen Wiener Walde, der Donau, dem Inn und
den norischen Alpen eingeschlossen ist. Die anderen das heutige
Ober- und Niederbayern, Tyrol, bairisch Schwaben und ein Theil
Württembergs. Ferner das linke Rheinufer, von Basel bis zur
damaligen Insel der Bataver. Unter letzterer können wir die Inseln
verstehen, welche das heutige Zeeland und Süd-Holland ausmachen.
Auf gallisch-helvetischem Gebiete waren die Römer ebenfalls heimisch.
Die Städte dieser römisch-deutschen Provinzen, meistens Municipien,^{*)}
empfangen selbstredend ihre Hauptanregung für Handel und Gewerbe
aus dem Mutterlande, woselbst bereits auch Vereine zur Förderung
gewerblicher Interessen, collegia genannt, bestanden. Man nennt
außer den Kaufleuten, die Flötenbläser, die Gold- und Erzschmiede,
Holzarbeiter, Gerber, Schmiede, Töpfer, Färber und Lederarbeiter,
welche je eine Zunft bildeten. Das Ansehen der Handwerker war
äußerst gering, da nur der Krieger und Staatsmann was galt, und
jede handliche Beschäftigung als schmutzig, wenn nicht gar, wie die der
Mekger, Wurstmacher, Köche, Salbenbereiter, Fischer, Fischhändler zc.
fast als unehrenhaft angesehen wurde. Trotz dieser gedrückten socialen
Lage arbeitete sich das römische Gewerbe zu so bedeutendem Ansehen
heraus, daß die Producte desselben weithin verschickt und namentlich
mustergiltig für die angrenzenden Deutschen waren. Mehrere

^{*)} Städte, welche unter selbstgewählten Obrigkeiten nach römischen oder nach
eigenen Gesetzen regiert wurden.

Geschichtsschreiber behaupten zwar, daß letzteres nicht der Fall, daß vielmehr mit dem Beginn des Kampfes Odoacer's mit Theodorich ums Jahr 488 n. Chr. die letzte Spur römischen Lebens in den deutschen Gauen verschwunden sei. Wenn man aber erwägt, daß damals mehr als 70 Städte in den oben genannten Landestheilen eines nicht unbedeutenden Rufes in Handel und Gewerbe sich erfreuten, — unter anderen Augsburg, Regensburg, Rempten, Konstanz, Zürich, Basel, Straßburg, Speier, Worms, Mainz, Trier, Bonn, Köln, Leyden, Utrecht u. c. — und daß dieser Ruf auf einer mehrere Jahrhunderte andauernden Entwicklung basirt, so läßt sich schwer ein vollständiges Ableben ohne jedwede anhaltende Nachwirkung, annehmen. Mag auch der Kampf der Ostgothen gegen die Römer über 200 Jahre gedauert haben!

Sei dem aber auch wie ihm wolle, das wissen wir heute sicher, daß nach den Stürmen der Völkerwanderung in den einstmals römischen Städten auf deutschem Boden zuerst wieder gewerbliches Leben, wenn auch langsam, sich entwickelte.

Nach dieser kurzen Abschweifung kehren wir zur Geschichte des deutschen Gewerbes zurück.

2.

Wir zeigten oben, daß sich unsere Altvordern in Edle, Freie und Hörige gliederten, und wir präcisirten auch mit wenigen Worten ihre gesellschaftliche Stellung. Wir fügten an, daß alle drei einer Familie angehörten, die sich selbst schützte und für sich sorgte. Die Hörigen hatten in dieser Familiengemeinschaft die sämtlichen Handarbeiten zu verrichten. Sie bebauten den Acker und stellten zunächst alle zum Landbau nothwendigen Werkzeuge her. Sie hatten aber auch für die Anfertigung und Instandhaltung des Kriegshandwerkszeuges und der Rüstungen zu sorgen, wie nicht minder für Wohnung, Kleidung und für die Jagd- und Lebensverschönerungsgeräte. Da die Freien und Edlen keine Arbeit im gewerblichen Sinne verrichteten, sondern nur für das staatliche Leben, für Freiheit und Recht einstanden, so lag die Befriedigung der Bedürfnisse damaliger Zeit, soweit materielle Mittel dazu erforderlich waren, in den Händen der Unfreien. Eine drückende Last kann dies nicht genannt werden, weil die Lebensansprüche aller gleich waren. Gleiche Gewohnheiten, Sitten,

Bildung und Bedürfnisse jener drei Stände schieden die Genossen einer Familie oder die eines Stammes noch nicht in sich bekämpfende Parteien, wie später und heute. Während der Freie den Volksfrieden wahrte, mit der Waffe in der Hand den Feind zurückschlug, und den Unfreien mit seinen gleichfalls unfrei geborenen Kindern schützte, verschaffte er diesem Zeit und Muße dem Landbau und dem Gewerbe obliegen zu können. Von einem unabhängigen Gewerbebetriebe konnte natürlich keine Rede sein, da ja Grund und Boden und ihre Producte, sowie die aus letzteren gewonnenen Fabrikate dem Freien eigenthümlich waren. Um so weniger gehörten die Arbeitsresultate der Unfreien diesen selbst, als sie auf dem Hofe des Herrn wohnten und dort für ihre und der Ihrigen Bedürfnisse gesorgt wurde. Wie diese Befriedigung stattgefunden, wissen wir nicht. Wir glauben aber zu der Annahme berechtigt zu sein, daß, soweit es sich um Kleidung, Wohnung und Nahrungsmittel der Insassen eines Gehöftes handelte, ein Unterschied nicht obwaltete. — Ähnliche Verhältnisse treffen wir auch noch heute bei uns. Der Schreiber dieses kennt Besitzer kleiner Grundstücke im schlesischen Gebirge und dem angrenzenden Böhmen, die mit ihrem Gesinde in der patriarchalischsten Weise leben. Nicht allein, daß der sogen. Brotherr mit seinen Dienstleuten aus einer Schüssel ißt und aus einem Krüge trinkt,*) es findet sich auch kein Unterschied in Wohnung und Kleidung. Selbst in gewerblichen Kreisen treffen wir noch öfters zwischen Meister und Gehilfen keinen socialen Abstand, es müßte denn sein, daß jener mehr Kummer und Sorge hätte. — Die Anfänge von Selbstständigkeit der Hörigen hängen mit der Ueberweisung eines Stück Landes an dieselben zur eigenen Bebauung zwecks ihres Unterhaltes zusammen. Von da an sorgte der Hofherr nicht mehr in directer Weise für den Unfreien. Dieser aber blieb dem Herrn dienstpflichtig, und nach wie vor fielen die Arbeitsproducte dem Hofe zu. Die Nachgeborenen der Leibeigenen, sammt ihrer Arbeitskraft, mochten sie innerhalb des Gehöftes wohnen oder außerhalb desselben eine ihnen überwiesene Scholle Landes bebauen, gehörten wie ihre Eltern eigenthümlich dem Herrn. — Fast ähnliche Zustände, wenn auch in etwas milderer Form, hatten sich bis in unsere Zeit hinein bei uns erhalten. In den

*) Buchstäblich zunehmen.

vierziger Jahren waren in den meisten Theilen Schlesiens die kleineren Grundbesitzer, Bauern genannt, und die Häusler der Herrschaften frohnpflichtig. Sie hatten Hofdienste zu leisten. Sie mußten die Acker der Domänen bebauen, einern, dreschen u. dgl. mehr. Nebenbei noch herrschaftliche Abgaben unter den wunderlichsten Benennungen entrichten. Die Jurisdiction und die Verwaltung auf dem Lande war ein Privilegium der Grundherren, wie heute noch in Mecklenburg. Die gesetzliche Regelung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse beseitigte allmählig diesen patriarchalischen (?) Theil unseres Gesellschaftslebens ohne grade die Gutsherren zu schädigen. — Bei solch primitiver wirthschaftlicher Lage sehen wir eine Hand alles mögliche leisten. Der Landwirth, Schuster, Schneider, Zimmermann, Stellmacher (Wagner), Schmied u. s. w. treten uns in einer Person, in der des Leibeigenen entgegen. Nur selten geschah es, daß ein Freier wegen zu geringen Landbesitzes keine Hörige hatte und daher hinsichtlich der Arbeitsleistung gleich dem Unfreien, seine Acker selbst bebauen und gewerbliche Verrichtungen vornehmen mußte. Besaß er gar kein Land, was meistens bei freigewordenen Leibeigenen vorkam, so war er nur auf irgend ein Handwerk, und zwar besonders auf die Schmiedekunst angewiesen. Die Ergebnisse seines Fleißes vertauschte er dann gegen die nothwendigen Befriedigungsmittel an die Reichen.

Je größer der Landbesitz eines Hofherrn war, desto eher machte sich die Theilung der Arbeit fühlbar. Wir treffen daher auf größeren Besitzungen die Unfreien in zwei Klassen getheilt, in Hofhörige und Diensthörige. Jene hatten die landwirthschaftlichen Arbeiten, den Ackerbau, diese die handwerksmäßigen, häuslichen Dienste zu verrichten. Ein großer Hofhalt stellte große Anforderungen und hatte viele Unfreie, weshalb die Arbeitstheilung eher und leichter durchgeführt werden mußte. Während der eine beispielsweise Axt, Schaufeln, Sägen und Hämmer fertigte, stellte der andere Wagen, Karren und Krippen her. Wer sich mit Sattler- und Riemenarbeit befaßte, machte keine Kleidungs- und Putzgegenstände, und wer das Brod buk, braute keinen Meth (Bier). Ein Ueberspringen zu einer anderen Arbeit war schwierig, da bei dem neuen Handwerk die Fertigkeit fehlte und deshalb dem Herrn ein Verlust drohte; auch ließen die Handwerker selbst einen solchen Uebergang nur schwer zu, da sie

darin eine Vermehrung ihrer Zünfte sahen, die sich bereits zu bilden angefangen hatten. Die geschicktesten Arbeiter waren die gesuchtesten und beliebtesten, und es gelang nicht selten, daß ein solcher durch Fleiß und Intelligenz seine Freilassung erwirkte. Oft traf auch das grade Gegentheil ein. Selbstthätige Herren wachten mit Argus-
augen über einen kunstfertigen Hörigen, damit er ihnen nicht entweiche, und sie nicht des Nutzens seiner Geschicklichkeit verlustig gingen.

Im Vorstehenden glauben wir allgemein hin die Verhältnisse der Freien und Unfreien zu Anfang des Mittelalters dargelegt zu haben, soweit sie nämlich gewerblicher Natur waren, auf Gegenseitigkeit beruhten und die Person des einzelnen betrafen.

Wir können in unserer Darstellung nicht fortfahren, ohne drauf aufmerksam gemacht zu haben, daß mit der Theilung der Arbeit die Geschicklichkeit nicht allein, sondern auch das Vertrauen des Individuums in seine Arbeitskraft, in seine sociale und wirtschaftliche Macht, auch ohne Grundbesitz zu haben, wuchs. Die Arbeitstheilung mit den steigenden Bedürfnissen der Menschen lehrte den Werth der Arbeit schätzen und legte den Grund zur Befreiung der Leibeigenen, auf dem zwar langsamen aber sittigenden Wege des Fleißes.

Der Sitz des in so bescheidenen Grenzen sich bewegenden Gewerbes war überwiegend das Land, im Gegensatz zur Stadt. Der alte Deutsche war ein Dorfbewohner. Seine Lebensweise und Beschäftigung bedingte dies. Sein Vertrauen in seine Kraft und Entschlossenheit begünstigte es. Erst allmählig entwickelte sich der Sinn für Städte und nur langsam legte man welche an. Das ging etwa so zu. Das Christenthum breitete sich immer mehr aus, und dies hatte die Anlegung von Bischofsitzen, die man nicht selten befestigte, zur Folge. Das Haupteinkommen der Kirchenfürsten und ihres Gefolges bestand in der Bebauung von Ländereien und den Naturalleistungen der Gläubigen. Diese kirchlichen Fürsten waren daher auch freie Grundbesitzer und somit Besitzer von Hörigen. Auf den bischöflichen Höfen ging die Landwirthschaft und der Betrieb der Gewerbe gerade so vor sich wie auf den Besitzungen der freien und edlen Laien. Die damalige Tendenz der christlichen Kirche war noch humanitärer, was eine Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses der Unfreien zu den Bischöfen, bezw. der Kirche zur Folge hatte. Es war leicht aus dem Stande der Hörigen eines geistlichen Hofes

in den Stand der Freien aufzurücken. Der so frei gewordene Handwerker, und Handwerker waren es nur zumeist, blieb in der Nähe des Bischofssitzes und genoß weltlichen und geistlichen Schutzes. Theils hielt ihn die Anhänglichkeit und Dankbarkeit, theils aber und hauptsächlich fand er hier die beste Gelegenheit seine gewerblichen Producte veräußern zu können. Die Geistlichkeit brauchte zur persönlichen Verwendung und zur Ausübung des kirchlichen Cultus allerhand Gegenstände. In letzterer Beziehung erinnern wir an die Messgewänder, Kirchengewerthe und Schmucksachen für die Gotteshäuser. Die Bischofssitze waren aber auch schon die Sammelplätze des religiösen Lebens für weite Bezirke. Die kirchlichen Feste, welche viele Gläubige zusammenzogen, gestalteten sich nach und nach zu Märkten, auf dem der ausgebreitetste Austausch der mannigfachsten Güter stattfand. So war Veranlassung genug den Handwerksfleiß zu realisiren und anzuspornen. Je größer die Nachfrage nach gewerblichen Gegenständen wurde, desto mehr gewann der Handwerker an Ansehen und Einfluß. Es konnte nicht fehlen, daß er bald über seinen Bedarf erwarb. Dieses Mehr legte er zur Lebensbequemlichkeit und zur Gründung eines eigenen Heims an. Man baute sich ein Haus und erwarb Grund und Boden. Es erweiterten sich die Ansiedelungen um den Bischofssitz herum, die sich nicht nur durch frühere bischöfliche Hörige, sondern auch durch Freigelassene der umwohnenden Freien und durch entflohene Leibeigene bevölkerten. Die mildere Behandlung der kirchlichen Herren, und die Aussicht auf lohnenderen Ertrag der Arbeit, übten eine große Anziehungskraft aus. Um nun die Producte des Gewerbesfleißes gegen feindliche Angriffe, und die eingewanderten Flüchtlinge vor den verfolgenden Freien zu schützen, wie nicht minder der allgemeinen Sicherheit wegen, umgab man die wie oben geschildert entstandenen Ansiedelungen mit Mauern und Gräben, und die Stadt war fertig. In dieser Weise erwuchsen z. B. Speyer, Straßburg, Basel, Konstanz, Augsburg, Passau und Regensburg.

Wie sich um einen Bischofssitz eine Stadt entwickelte, so entstand auch in der Regel eine solche um eine Pfalz. Pfalz nannte man die im ganzen Reiche zerstreuten Schlösser der deutschen Kaiser, in welchen sie sich abwechselnd aufhielten, um in allen Provinzen durch ihre Gegenwart die öffentliche Ordnung und Gerechtigkeit zu hand-

haben. Es lag im Interesse des pfalzhaltenden Fürsten, seine Residenz möglichst zu erweitern und zu stärken, weshalb er auch die Entwicklung und Selbstständigkeit des Handwerkes günstig war und vor allem auf äußeren Schutz Bedacht nahm. So sehen wir Koblenz, Mainz, Bingen, Worms u. a. m. entstehen.

Nicht minder war auch das Klosterwesen der Erstehung der Städte und der Ausbreitung des Gewerbes förderlich. Mit unermüdblichem Fleiße und zäher Ausdauer drangen die Ordensbrüder, allen voran die Benedictiner, in die deutschen Urwälder, rangen dem jungfräulichen Boden Früchte ab und halfen dem Handwerkszeuge zum Siege. Mit der steigenden Macht der Klöster und ihrem Ansehen wuchsen auch ihre Bedürfnisse, welche naturnothwendig die Beförderung des Gewerbefleißes nach sich zogen. Das Kloster St. Gallen z. B. umschloß gegen Ende des 10. Jahrhunderts Werkstätten für Bäcker, Bierbrauer, Degenschmiede, Glasbrenner, Müller, Schildmacher, Schmiede, Schuster und Walker.

Bis hierher haben wir als Hebel gewerblicher Entwicklung den Trieb nach Freiheit, die gesteigerten Bedürfnisse, die Humanität und die Machtentfaltung der Kirche, die Macht der deutschen Könige und deren Fürsorge diese Macht zu vergrößern und zu befestigen, kennen gelernt. Wir haben ferner darauf hingewiesen, und werden es im Laufe unserer kurzen Geschichte noch näher bestätigt finden, daß die Städte die eigentlichen Herde des gewerblichen Lebens waren. Wollten wir in der bisherigen Weise, d. h. ohne Rücksichtnahme auf den chronologischen Gang der allgemeinen deutschen Geschichte, das deutsche Gewerbewesen beschreiben, so müßten wir als weitere Ursachen seiner Hebung und Ausbreitung den Handel, die Verkehrsmittel, die Landesproducte, die Zünfte u. s. w. jetzt anführen. Wir halten es jedoch für geboten, uns im Verfolg unserer Darstellung der allgemeinen Einteilung der deutschen Geschichte unterzuordnen. — Was wir bisher erzählt, reicht etwa bis zur Zeit Karls des Großen. —

3.

Unter ihm und überhaupt unter den Karolingern treffen wir schon ein reges, gewerbliches Leben. Die Ufer des Rheins und der Donau sind mit gewerbreichen Städten und Einsiedelungen geziert, und Producten deutschen Fleißes begegnen wir an den Gestaden der

Nord- und Ostsee und am schwarzen Meere. Die Seele des damaligen Handels und somit auch des Handwerkes zum Theil scheinen die unternehmungslustigen und ruhigen Friesen gewesen zu sein. Sie sind die ersten deutschen Schiffsbaumeister und auf ihren Fahrzeugen versandten sie nicht bloß ihre berühmten friesischen Tücher von weißer, grauer, blauer und bunter Farbe, mit denen sich die vornehme Welt schmückte, sondern sie trieben auch einen ausgebreiteten Handel mit Wein und allen möglichen gewerblichen Erzeugnissen. Wir finden die Friesen als Kaufleute zu St. Denis, zu York, Northumberlands Hauptstadt, als Befahrer des Mittelmeers und als Handwerker in Worms. — Der Austausch der Producte ging ausschließlich auf Märkten vor sich, die, mit einer kirchlichen Feierlichkeit verbunden, auch Messen hießen. An diesem Austausch theilnahmen sich in hervorragender Weise die Klöster und der geistliche Anhang, während die unfreien Leute des Königs und der Bischöfe das Handwerk betrieben und so die Tauschobjecte lieferten. Diese Lieferung geschah aber nur in den äußerst seltenen Fällen für Rechnung des Anfertigers selbst, sondern stets für Rechnung des Herrn. Sehr bald wußte auch in jener Zeit die Kirche ihren materiellen Vortheil zu wahren. Nicht allein, daß sie durch ihre Leibeigenen Handwerke trieb und die betreffenden Fabrikate verkaufte, sie beilegte sich auch eines ausgebreiteten Handels unter Vortheil königlicher Privilegien und Vergünstigungen. Leute der Kirche handelten z. B. zollfrei ihre Waaren zu Dorstadt, einer damals berühmten friesischen Handelsstadt, und zu Sluis. Ein Angehöriger der Kirche zu Regensburg stand im 10. Jahrhundert einer Waarenniederlage zu Riem vor, welches der Stapelplatz des Handels zwischen dem Orient (Constantinopel) und dem Norden (Dänemark und Schweden) war. — Die Kirche wußte ferner durch ihre Rathgeber von den Königen Zoll- und Münzprivilegien, Standgeld und Judenschutzgeld zu erwerben, lauter Abgaben, die zuletzt auf Handel und Gewerbe belastend zurück fielen. Es gab Land- und Wasserzölle. Unter Münzprivilegien verstand man das Recht, von den Wechselbänken eine Abgabe zu erheben. Standgeld zahlte man für die Erlaubniß des Feilbietens der Waaren, daher auch Marktzoll oder Marktrecht genannt. Die Juden mußten Leihzoll, Kopf-, Gewerbe- und Krönungssteuer zahlen, und wurden nicht selten als Waare behandelt, verkauft, verschenkt und vertrieben. — Wir sehen, daß das

Steuermwesen schon recht hübsch entwickelt gewesen ist, und bis auf die Judenschutzgelder, von denen Kopf- und Gewerbesteuer ohne confessionellen Unterschied übrig geblieben, finden wir noch heute Anklänge an jene Steuerarten. — Aus den zeitweiligen Märkten oder Messen entwickelten sich sehr bald dauernde Märkte, um die täglichen Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Die Kirchen und Klöster unterstützten diese Bestrebungen, indem sie Kauf- oder Leihhäuser, Kauf- oder Gildehallen, als öffentliche Gebäude zum Schutz und zur Bequemlichkeit der Käufer und Verkäufer erbauten und gegen eine Abgabe zur Benutzung überließen.

Die Pfalzen bestrebten sich, in keiner Weise hinter den Bischofs- sitzen zurückzubleiben.

Das Zusammenströmen so vieler Menschen aus allen Theilen Deutschlands und dem Auslande bewirkte nicht nur den Austausch der Producte und der Gedanken, sondern spornte auch Handel und Gewerbe an, was wiederum eine größere Arbeitstheilung und Vervollkommenung der Fabrikate zur Folge hatte. Die Landwirthschaft mit ihren Erzeugnissen nahm selbstredend an der allgemeinen Entwicklung regen Antheil. Wir finden in jener Zeit wahre Musterwirthschaften in den Kammergütern, Villen und Königshöfen, um deren Aufblühen Karl der Große das größte persönliche Verdienst hat. Er erließ Vorschriften über Wald- und Weinbau, Bestellung der Felder und Wiesen, Pflege und Mastung des Viehes, Bienenzucht, Garten- und Obstcultur und andere wirthschaftliche Angelegenheiten. Erwießenermaßen ahmten die freien Grundbesitzer die Bewirthschaftung der königlichen Güter nach, halfen dadurch die Wohlhabenheit und die Bedürfnisse der Menge vermehren und förderten so die Natur- und Kunstproducte und ihre Circulation und Vertheilung. Außer den bekannten Getreidearten finden wir zu jener Zeit in Deutschland an Naturproducten Äpfel, Birnen, Pflirsche, große Nüsse, Maulbeeren, Kirschen, Pflaumen, Quinten, edle Kastanien, Lorbeeren, Feigen, Mandeln und Blumen aller Gattungen. Der Wein und das Bier spielten auch damals schon eine recht stattliche Rolle. An hervorragenden Handwerkern sind die Schmiede nach ihren mannigfachen Beschäftigungen zu nennen: Grob- oder Eisen Schmiede, Gold- und Silber Schmiede, Waffen- und Rüstzeug Schmiede; ferner die Kleidermacher, Schuster, Weber, namentlich Wollenweber, Zimmerleute, Wagner, Drechsler,

Fischer, Vogelfsteller, Netzstricker zur Jagd, zum Vogel- und Fischfang, Seifenfieder, Brauer für Bier, Obstwein und Meth, Bäcker u. a. m.

Einen bedeutenden Einfluß auf die Ausbildung des Gewerbewesens übte die Erbllichkeit der Lehngüter aus. Die Heerführer, Herzöge und Edlen erhielten von den Königen, Freie von Edlen, für ihre Kriegsdienste Güter zu Lehen. Durch Herkommen und Gesetz wurde dieses Lehen, das früher nur an die sich verdient gemachte Person zur Nutznießung gegeben worden war, erblich. Damit wurde das Interesse an der Bebauung und Cultivirung des Gutes ein lebhafteres, und die Bewirthschaftung rationeller betrieben. Der letztere Umstand insbesondere verbot die Anfertigung der Handwerksfabrikate durch Hörige, weil dies sonst auf Kosten der Pflege des Landes geschehen wäre und Werkzeuge, Kleidungsstücke zc. schon vortheilhafter und billiger gekauft werden konnten. Wir gewahren hier also die Trennung des Landbaues von dem Handwerke im wohlverstandenen Interesse des ersteren, und auch zum Segen des letzteren. Bis in unsere Zeit hinein, heute noch, finden wir nicht selten ein Zusammenfallen des Landbaues und des Handwerkes in einer Hand. Namentlich zeichnen sich kleinere Städte darin aus, deren Bewohner dann Ackerbürger genannt werden. Die meisten Handwerker solcher Orte haben neben dem Betriebe ihrer Profession mehrere Morgen Acker in eigener Bewirthschaftung. Es mag sein, daß dadurch eine gewisse Sicherheit des Ernährens gewährt wird, aber es ist dies auch allerseits als ein Nachtheil, besonders des Gewerbes angesehen und anerkannt worden. Die Gewohnheit übt hier einen unwiderstehlichen Einfluß aus.

Durch das Wachsen der Gewerbe und den vermehrten Gebrauch lernte man die Arbeit unabhängig vom Grund- und Bodenbesitze als eine Quelle der Macht und des Reichthums schätzen. Es entstand neben dem festen, ein beweglicher Besitz, der sehr oft besser nährte als jener. Damit war aber auch das Ansehen der Grundbesitzer als solcher, erschüttert, und die Reime der Eifersucht zwischen den Ackerbau- und den Gewerbetreibenden gelegt. Während jene ihre bevorzugte Stellung auf ihre Abstammung, auf Herkommen und Brauch basirten, pochten diese auf ihre gewerbliche Tüchtigkeit und darauf, daß sie durch die gesteigerten Bedürfnisse unentbehrlich geworden waren. Wir glauben daher nicht zu viel zu behaupten, wenn wir sagen, daß mit der Ausbreitung des beweglichen Besitzes der Klassenkampf unter

das Volk geſchleudert und dadurch die Anfänge zum Brechen des Feudalſystems und zur Aufrichtung des Bürgerthums gegeben waren. Der Arbeit war als erlöſendes Element in der Geſellſchaft die Berechtigung zum Herrſchen zuerkannt, obſchon es noch viele Kämpfe koſtete ehe ſie den Thron beſtieg.

Dieſe Kämpfe wurden in den gewerblichen Vereinen vorbereitet. — Die Freien hatten hierzu den Leibeigenen und dann den Handwerkern das Beiſpiel gegeben. — Nicht allein, daß ſie und auch die Geiſtlichkeit, Genoffenſchaften zu Schutz und Trutz gründeten, ſie ſchieden auch mit der Entwicklung der Arbeitstheilung ihre Leute in Hof- und Dienſthörige und gaben einer jeden ſolchen Klaſſe einen Vorſteher. Die Dienſthörigen wurden ſehr bald nach ihren Handwerken in Klaſſen, Abtheilungen oder Vereine, mit je einem Meiſter, Aufſeher oder Vorarbeiter geſchieden. So finden wir in den früheſten Zeiten auf einem einzigen Hofe, je eine Innung der Wagner, Schmiede, Bäcker, Lederarbeiter u. a. m., deren Glieder um ſo inniger an einander hingen, als die Nachkommen durch die Geburt der Innung des Vaters angehörten und daſſelbe Handwerk betreiben mußten. Gleiche Intereſſen und gleiches Schickſal ſchloſſen die Genoffen eines Berufes auf die Dauer recht feſt zuſammen. Mit der Lockerung des hofrechtlichen und dienſthörigen Verhältniſſes, mit der Ausbreitung der Handwerker über die Höfe hinaus und der Ueberſiedelung in Städte zerfielen nicht auch jene in engerem Thätigkeitskreiſe geſchaffenen Vereinigungen. Es übten nicht allein der Trieb nach Geſellſchaftlichkeit, die Sitte gemeinſchaftlicher Feſte und Trinkgelage, das Verlangen nach gemeinſchaftlichen religiöſen Andachten und Beſtattung der Verſtorbenen, ſowie die gegenseitige Unterſtützung in Krankheits- und anderen Unglücksfällen einen erhaltenden Einfluß auf jene Innungen aus, ſondern auch die Erkenntniß, daß nur in geſchloſſenen Vereinen die Wahrung von beruflichen Intereſſen möglich ſei. Wie heute, und wie es immer ſein wird, ſo ſahen und ahnten die Beſitzenden, die zur Zeit Mächtigen, in den Vereinigungen der Schwächeren ihren Nachtheil, wenn nicht ihren Untergang. Es iſt ſo ſüß zu herrſchen, und als Pächter der jeweiligen Kultur zu gelten! Am meiſten fürchteten die Großen aber für ihren geſetzgeberiſchen und ſtaatlichen Einfluß. Die Herren vom Lande blickten mit ſcheeligen Augen auf die Städter, und in dieſen die Altfreien, Altbürger und Vollbürger auf die Handwerker in Gilden vereinigt.

Grade noch wie heute! — Wir bemerken hier noch, daß der Anfang der Städte wesentlich mit auf der Landwirthschaft Freier beruhte, und daß diese Freien mit Grundbesitz in der Stadt das städtische Regiment führten und Altfreie, Alt- oder Vollbürger hießen. Nur äußerst selten und schwer konnte im Mittelalter ein freier Handwerker ohne Grundbesitz in jene hohen Bürgerklassen einrücken. —

Erwägt man alle oben angeführten Gründe der Vereinigung, und zieht noch den im Deutschen tief eingewurzelten Genossenschaftsgeist mit in Rechnung, so nimmt es uns nicht wunder, wenn wir unter den Karolingern gewerblichen Vereinigungen oder Verbrüderungen begegnen, deren Glieder meist durch eidliches Gelöbniß die Beobachtung der Vereinsatzungen versprachen. Noch weniger erstaunen wir, wenn wir auf eine Verordnung Karls des Großen zu den Gesetzen der Longobarden, vom Jahre 779, stoßen, in welcher die eidliche Verschwörung jener Vereine verboten, und wenn im Jahre 794 in dem Frankfurter Capitular dieses Verbot strengstens wiederholt wird. Man fürchtete eben schon damals die Stärke der Schwachen in der Vereinigung, und diese Furcht entsprang weniger aus gewerblichen, als aus politischen Gründen, man war eben um die eigene Herrschaft gewalt besorgt. Die Kirche unterstützte selbstverständlich jene unterdrückenden Bestrebungen, denn sie theilte sich mit den Großen in die Herrschaft über die Kleinen. Nach außen gab die weltliche Herrschaft die Erhaltung des Reichsfriedens, die Kirche die Nothwendigkeit echt christlichen Lebens als Verbotsursachen an.

4.

Der einmal gerissene Damm läßt sich bei gewaltig anstürmenden Wassern nicht mehr halten. So auch bei den Handwerkern und ihren Zünften. Heinrich II., 919—936 n. Chr., der erste deutsche Kaiser aus dem sächsischen Hause, beförderte das gewerbliche Leben und somit die Zünfte, vielleicht wider Wissen und Willen, durch die vermehrte Anlegung befestigter Städte und Burgen mit darin errichteten Magazinen. Letzteres geschah, um nach Beendigung des durch einen Tribut erkaufte neunjährigen Waffenstillstandes mit den Ungarn, diesen gerüstet gegenüber treten zu können. Zu diesem Behufe befahl Heinrich, daß immer der neunte heerbannpflichtige Mann des Volkes in der Stadt wohnen, und dort in dauernder Uebung in Waffen

gehalten werden müsse. Den Zuzug begünstigte er durch Privilegien und durch Anordnungen, welche den Stadtgemeinden freiere Selbstverwaltung sicherten, und durch Vereinigung der Verwaltungsbehörden. Das alles waren zweifelsohne Umstände, welche das Handwerk nur begünstigen konnten. Es zeigte sich dies auch bald durch das Hineinströmen der Markgenossen in die Städte und durch den gesteigerten Verkehr, der nicht wenig durch die vermehrte Sicherheit gewann. Wir beobachten in den Städten ein Zurückgehen der Beschäftigung mit Ackerbau und ein überwiegendes Umsichgreifen gewerblicher Thätigkeit. Ja, es wurden sogar Meister eingesetzt, welche anderen Personen Unterricht im Handwerk erteilen mußten und dafür gewisse Begünstigungen erhielten..

Es ist wol entschuldbar, wenn in erster Linie gerade Städte des Stammlandes der sächsischen Fürsten, wie Merseburg, Nordhausen, Quedlinburg, Goslar und Duderstadt berücksichtigt wurden. Das hatte aber auch den nicht hoch genug anzuschlagenden Vortheil, daß die mittel- und niederdeutschen gewerbtreibenden Städte mit ihren west- und süddeutschen Schwestern in nähere und dauerndere Berührung kamen, was zu immer neuen städtischen Ansiedelungen und vorwiegendem Handwerksbetriebe Veranlassung gab. So tauchen aus der Zeit der sächsischen Fürsten schnell hintereinander Norzschach, Oppenheim, Minden, Bonn, Helmstedt, Göttingen, Dortmund, Mühlhausen, Weimar, Gotha, Detmold, Leipzig, Kronach, Bamberg u. a. m. auf. Namen der vorgeschobenen Ostmark, wie Danzig und Elbing, dringen zu uns, welche letztere sich schnell zu Mittelpunkten des inländischen und überseeischen Verkehrs entwickelten. Das Wendeland und Schlesien, das Gebiet zwischen der Elbe, Oder und Warthe, werden in den Verkehr mit hineingezogen, denn wir begegnen schon den Städten Zerbst, Jüterbogk, Baugen, Krossen, Glogau und Breslau. In die damalige Zeit fällt auch die Bezwingung der slavischen Hauptfeste Brandenburg, der Mark Schleswig und die Gründung einer Stadt gleichen Namens und ihre Bevölkerung durch Sachsen. Hamburg und Bremen erhielten Stadtrecht. Letztere unterhielt schon einen lebhaften Handel mit Dänemark und Schweden. Nicht unerwähnt dürfen wir lassen, daß damals der Bergbau im Harze seinen Anfang nahm, und der Grund zur Blüthe Magdeburgs gelegt wurde. Weil dieses nämlich der Lieblingsitz der ersten Gemahlin Otto's I., Editha's

war, erhielt es ausgedehnte kirchliche und städtische Rechte. Dies und der Umstand, daß es an der Wasserstraße der Elbe lag, welche stromabwärts bis ins Meer, stromaufwärts bis ins Herz Deutschlands geht, machten es bald zu einem bedeutenden Handels- und gewerbereichen Orte.

Es braucht wohl nicht wiederholt zu werden, daß die Anlegung und die Bevorzugung von Städten wesentlich zum Gedeihen des Handwerkes ausschlug. Nächst diesen Gründen war, wie dem Handel und dem Ackerbau, auch die Lage Deutschlands dem Handwerke günstig. Nach den vier Himmelsgegenden hin erhielt Deutschland geschäftliche Anregung. Im Süden von Westfranken trieben schon früh die Küstenbewohner Handel mit den Griechen, die ihnen Waaren aus der Levante zuführten. Weiterhin fanden sie Verbindung mit den Bewohnern von Palästina, Aegypten, den Arabern und Indiern. Sie alle führten schon im Anfange des 7. Jahrhunderts ihre Waaren nach dem bereits früher schon genannten weltberühmten Markte von St. Deny, jetzt St. Denis. Gegen Ende des 8. Jahrhunderts wurde Venedig der Hauptstapelsplatz der aus dem Orient nach Europa und umgekehrt gehenden Waaren und Erzeugnisse. Deutschland versorgte, indem es im regsten Verkehr mit Venedig über Vorch in Niederösterreich stand, vermöge seiner günstigen Lage, zum größten Theil den damaligen nord- und osteuropäischen Markt mit südländischen Producten und vermittelte dem Süden die nordischen und östlichen Erzeugnisse. Der Haupthandelsplatz für Nordosten war Wyl und für die Länder des Nordens das auf Wiedom gelegene, im Jahre 1183 untergegangene Vineta. Später nahm Vinetas Stelle Wisby auf Gottland ein.

So entwickelte sich von allen Seiten reges Leben und Treiben, geeignet Deutschlands Handwerk zu heben, welches durch die bereits oben erwähnte Erschließung des Harzes in den gewonnenen Edelmetallen, die auch zur Etablierung neuer Industriezweige Veranlassung gaben, energische Tauschmittel erhielt. Um Goslar und Hildesheim glühten die Schmelzöfen. Die Blei- und Eisengruben Westfalens, die unererschöpflichen Salzquellen in Sachsen, von welchen Pörschburg und Halle ihre Bedeutung haben, in Schwaben, Baiern und im Salzburgerischen, regten überall handwerksmäßigen Gewerbebetrieb an. Die Friesen versorgten das ganze Reich mit wollenen Tüchern, die

Sachen mit leinenen und wollenen Geweben, Metallgeräthen, Vieh und Getreide. Der Feringfang an den Küsten von Preußen, Pommern, Mecklenburg, Dänemark, Norwegen und Schottland blühte, wie nicht minder die Fischei des Bernsteins, aus dem man Kreuze, Rosenkränze und andere Gegenstände für den religiösen Kultus fertigte.

Wir haben soeben in knapper Form ein kleines Bild der Entwicklung des Gewerbes und des damit innigst verbundenen Handels gegeben, soweit beide die volkswirtschaftliche und materielle Seite betreffen und in die Zeit der Kaiser aus dem sächsischen Fürstengeschlecht und kurz nachher fallen. Es erübrigt uns nur noch zur Vervollständigung des Bildes des damaligen Handwerkers ihn in seiner socialen und politischen Lage zu beleuchten.

Wir deuteten weiter oben seine Stellung in der Stadtgemeinde an und sagten, daß die Verwaltung und Gesetzgebung der Gemeinde in den Händen der Altbürger, Patrizier lagen. Die handwerktreibenden Stadtbewohner waren ursprünglich zumeist Unfreie, welche in der Folge durch ihre verbesserten wirtschaftlichen Verhältnisse ihre hofrechtliche Abhängigkeit abzustreifen und bürgerliche Rechte zu erlangen sich bemühten. Sie unterschieden sich von den Unfreien auf den Gütern dadurch, daß über diese als über ein bewegliches Gut vom Herrn verfügt werden konnte, während jene in ihrer Person, in ihrem Erwerbe und Vermögen wol frei waren, aber gar keinen Antheil am Regiment hatten, desto mehr jedoch zur Zahlung von Abgaben herangezogen wurden. Als die Handwerker einmal an diesem Punkte ihrer socialen Entwicklung angekommen, konnte es nicht fehlen, daß sich ihr Streben weitere Ziele steckte. Sie waren auf wirtschaftlichem Gebiete fast frei wie die Patrizier, sie fühlten den Werth und die Unentbehrlichkeit ihrer Arbeit der Gesellschaft gegenüber, sie sahen sich durch ihren Fleiß emporgekommen und nicht mehr ganz eigenthums- und erblos. Sie begriffen aber nur zu gut, daß die Altbürger die-Machthaber, sie dagegen die Beherrschten und Erhalter der Stadtgemeinde durch die Abgaben waren. Geburtsunterschiede erkannte man nicht mehr an, oder es war wenigstens der Glaube daran durch die christliche Religion erschüttert. Keinem war der Zutritt zum Dienste der Kirche verwehrt. Man sah wie Kinder der Hörigen zu den höchsten kirchlichen Würden emporstiegen. So war Papst Hadrian ein Bettelknabe, der Erzbischof Rudolf von

Magdeburg der Sohn eines hörigen Bauern gewesen. Solche Beispiele zündeten und, wie gesagt, Geburtsvorrechte verloren an ihrem Werthe und wurden nicht mehr geachtet. — Fast frei wie die Patrizier standen die Handwerker in wirthschaftlicher Hinsicht da, sagten wir oben. Und es war in der That so. Ihr wirthschaftliches Abhängigkeitsverhältniß, das ihre sociale Stellung beeinträchtigte, bestand nur noch darin, daß sie gewisse handwerksmäßige Verrichtungen dem hofberechtigten Herrn leisten, oder gewisse Producte ihres Fleißes abliefern mußten, während die übrige Zeit und Arbeit ihnen selbst gehörte. Dieses Verhältniß war aber auch nicht mehr der Willkür preisgegeben, sondern durch Satzungen und Verträge geregelt. Seitens der Berechtigten pactirte man nicht mehr mit dem Einzelnen, sondern mit der Zunft, die sich in allen Handwerkszweigen eingebürgert hatte. Nicht das Individuum als solches, sondern die Zunft nach Verhältniß ihrer Individuen war verpflichtet. Hierdurch und durch den den Zünften seitens der Herrschaft meist vorgesetzten Vorsteher oder Werkmeister, galten diese Vereinigungen als legale Corporationen. Mit dem Anerkennen der Zünften betraten die Handwerker die unterste Stufe zur Erlangung politischer Rechte. Sie befestigten sich in dieser Position noch dadurch, daß inunungsweise die Stadtlasten erhoben wurden, und viele Zünften sich das Recht erobert hatten, den Werkmeister sich selbst aus ihrer Mitte wählen zu können.

Das Vorstehende zeigt uns ungefähr die gewerbliche Lage Deutschlands und die sociale und politische Stellung der Handwerker Deutschlands zu Anfang des jetzigen Jahrtausends.

5.

War die oben geschilderte Entwicklung eine mehr von innen herauskommende, der zur Zeit eine über die jeweiligen Stadtgrenzen hinaus gehende politische Bedeutung nicht beizubringen, so war das 11. und 12. Jahrhundert geeignet, den Handwerkern zu politischer Bedeutung und zu socialer Hebung zu verhelfen. Die Macht der deutschen Kaiser war der aufstrebenden Macht des hohen weltlichen Adels und der geistlichen Herren gegenüber gefährdet und im harten Kampf begriffen. Der Particularismus und der Klerus sahen damals wie noch heute in einem mächtigen Deutschland ihre Herrschaft bedroht. Man vertheidigte in jener Zeit seine vermeintlichen oder wahren

Rechte nicht mit Resolutionen und Wahlkämpfen, nicht mit passivem Widerstande, sondern mit dem Schwert in der Faust in wilder, zügelloser Fehde. Kriege und Unruhen waren immer und sind noch die Verwilderer der guten Sitten und die Auflösung aller Ordnung und allen Rechtes. Eine solche Verwilderung und Auflösung muß da am schnellsten und tiefsten einschneidend vor sich gehen, wo die persönliche Freiheit und das Institut des Privateigenthums wenig oder gar nicht ausgebildet sind. Das war damals in Deutschland bei der Mehrzahl der Bewohner außerhalb der Städte der Fall. Was hatten auch jene Menschen zu verlieren? Ihre Person war an die Scholle des Herrn gebunden und wurde als Waare behandelt. Ihrer Hände Fleiß war Eigenthum des Hofbesizers, gerade so wie ihre Weiber und Kinder. Mit nichts an die Interessen des gesellschaftlichen und politischen Lebens gekettet, konnte ihnen auch an derer jeweiligen Gestaltung nichts liegen, und wenn für sie irgend ein Vortheil ersichtlich, so lag er in dem wirren Durcheinander aller Verhältnisse. Heute bestehende Zustände und Erscheinungen bieten ja ein ganz gleiches Bild dar. — Anders lag die Sache in den Städten. Dort hatten die Altbürger ein Interesse an der Erhaltung ihrer Herrschaft über die Handwerker und an der Abschüttelung des Vogteirechtes des hohen Adels und der Geistlichkeit. Die Handwerker selbst brauchten Ruhe und Frieden auf der einen Seite, weil sie im Genuß der persönlichen Freiheit und in der Erwerbung von Privateigenthum die Segnungen geordneter Zustände kennen gelernt hatten, — auf der anderen Seite jedoch waren sie im Besiz noch nicht verweichlicht und in den Erfolgen ihres Strebens und Ringens nach gesellschaftlicher und politischer Gleichstellung mit den Patriziern noch nicht so weit gekommen, daß sie diese bewegte Zeit zu ihrem Nutzen nicht ausbeuten sollten. Das alles bewirkte das Erhalten sicherer und geordneter Rechtszustände in den Städten und, daß deren Bewohner in dem Kampfe zwischen Kaiser, Adel und Kirchenfürsten, sich zu dem ersteren hielten, wol auch besonders, weil man daselbst der Uneigennützigkeit mehr Raum gab. Die Unterstützung des Kaisers seitens der Städte war nicht blos eine moralische, sondern auch thatächliche, durch Geld und Kriegseleistungen, und blieb seitens des Unterstützten nicht ohne Vergeltung. Neben der Pflege des Rechts ging auch die Pflege der Wehrhaftigkeit der Städte, bezw. der Zunftgenossen einher.

Der Bürger zeigte sich, war ihm einmal das Schwert in die Hand gedrückt, und die Waffenführung nicht mehr ein Privilegium einzelner Klassen, als kriegstüchtig, tapfer und kühn. Die Waffenübung stählte seinen männlichen Muth und Entschlossenheit, und er stand nicht an, die Erhaltung seines Gemeinwesens mit seinem Blute zu erkaufen. Wo immer es angänglich, fielen die Vogteirechte, und die Städte verwalteten sich vollständig frei auf republikanischer Grundlage. Der sogenannte Sterbfall oder Buteil kam in Wegfall. So lange nämlich die Handwerker Hörige waren, gehörte, wie bereits mehrfach erwähnt, das von ihnen Erworbene dem Herrn. Im Laufe der Entwicklung des volkswirthschaftlichen und socialen Lebens hatte man von dem Gebrauche dieses Rechtes Abstand genommen, oder doch nur nach dem Tode eines Hörigen einen kleinen Theil seiner Habe verlangt. Diese Abgabe, Sterbfall oder Buteil genannt, wurde von Heinrich IV. aufgehoben. Es wurde dadurch ein bedentfamer Schritt auf der Bahn der Handwerkererstarbung gethan. — Nicht minder belangreich war der folgende Modus seine Freiheit zu erlangen, der bisher nur gewohnheitsmäßig stattgefunden und nunmehr als gesetzlich galt. Ein in eine Stadt geflüchteter, betriebfamer Unfreie erlangte, hatte er ein Jahr lang innerhalb der Mauern gewohnt ohne von seinem Herrn zurückgefordert worden zu sein, seine volle Freiheit. Man würdigt dies um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Reclamation eine etwa inzwischen eingegangene Ehe des Hörigen annullirte, die daraus entsprossenen Kinder rechtlos hinstellte und das erworbene Vermögen dem Herrn anheimfallen machte. — Einzelnen Städten, die sich durch namhafte Aufopferung ausgezeichnet hatten, wurden ganz besondere Freiheiten und Rechte verliehen. So durfte beispielsweise kein bischöflicher oder anderer herrschaftlicher Beamte den Bäckern, Metzgeru oder einer ähnlichen Einwohnerklasse gegen deren Willen ein Stück ihres beweglichen Eigenthums wegnehmen. Das Heranziehen der Schiffe der Bürger zu Leistungen an Herren, gegen den Willen der Eigenthümer, wurde unterjagt. — Wo immer die Gelegenheit sich bot, entwickelte sich die persönliche Freiheit aller Klassen der städtischen Bevölkerung, und es hob sich dadurch nicht blos ihre politische, sondern auch ihre gewerbliche Bedeutung. So sehen wir in jener Zeit den Bürgerstand sich freiheitlich entfalten in Freiburg im Breisgau, Villingen, Bern in Burgund, Neuenburg,

Freiburg im Uechtlande, Soest, Lübeck, Aachen, Goslar, Magdeburg, Köln u. a. D. Die Freiheit dieser Städte beruhte auf einer bürgerlichen Verfassung, nach welcher jeder Bürger, der ein freies unverpfändetes Eigenthum im Werthe von einer Mark in der Stadt besaß, erwerbsfähig war.

Unter solchen Verhältnissen finden wir es erklärbar, daß die Landbewohner schaarenweise in die Städte strömten, sich daselbst niederließen und ein Gewerbe betrieben, da sie hier im Gebrauch ihrer Freiheit und im Genuß ihres Erworbenen nicht beeinträchtigt wurden. Aus jenen Tagen datirt auch die im Mittelalter geübte und von Heinrich V. feierlich verbrieft Freizügigkeit. — Es konnte nicht fehlen, daß neben der politischen und bürgerlichen Rechtsentwicklung die Handwerker in den bestehenden, oder in neu gegründeten Innungsgruppen ihrer gewerblichen Entfaltung besondere Aufmerksamkeit widmeten. Hierdurch mußte ein um so regeres Leben sich entfalten, als in der Regel das Wachsen der äußeren Macht der Handwerker mit dem Wachsen der Kunst zusammen fällt, so zwar, daß einzelne hervorragende Künste, wie die der Kaufleute, größere Rechte genossen, wie die der Bäcker. Man nahm aber auch rechtzeitig Bedacht, die Innungsrechte sich nicht blos erweitern, sondern auch verbrieften zu lassen, wobei man besonders auf die Wahl des Obmanns aus den Innungsgegnossen Gewicht legte und sich die gewerbliche Gerichtsbarkeit sicherte.

Auf die gewerblichen Leistungen von damals übergehend, müssen wir folgendes anführen. Die Wollen- und Tuchweberei behauptete die erste Stelle. Sie wurde hauptsächlich in den Niederlanden, an der Niedermaas und dem Niederrhein, in Altjachsen und der Mark Brandenburg, am Mittelrhein und an der Mitteldonau betrieben. Als gangbarstes Tuch wird Scharlot, Scharlat genannt. Mit den Wollarbeiten standen die Färbereien in innigster Verbindung. — An die Wollenbranche reihte sich hinsichtlich Fabrikation und Verbrauch das Leinenzeug. Waren auch damals leinene Tischzeuge und Leibwäße noch wenig im Gebrauch, so diente Leinen doch zur Bekleidung der mittleren und niederen Bevölkerung, wie heute baumwollene Stoffe. Hauptsächlich wurde da die Leinenfabrikation betrieben, wo Flachs wuchs, und zeichneten sich hierin besonders wiederum die Niederlande und Westfalen, wie auch Hessen, Thüringen, Theile

Sachsens und Schlefien aus. — In hohem Ansehen stand die Eisen- und Metallwaarenfabrikation. Wir machen nur auf die metallenen Thorflügel an den Dombkirchen, auf allerlei Geschirr und Geräthschaften, Küstzeuge und die verschiedensten Waffen aufmerksam. — Mit den Waffen und Ausrüstungsgegenständen hing die Lederwaarenfabrikation, insbesondere Fechthandschuh-, Riemen- und Sattlerarbeit zusammen, die wiederum die Gerberei voraussetzte. — Die Anfertigung von Pelzwaaren erfreute sich gleichfalls einer recht bedeutenden Vollendung. Diejenigen Handwerker, welche das Pelzwerk verarbeiteten, hießen, nach dem Unterleide, Korjett, (von corpus), Leibchen, welches sie zu füttern hatten, Korjen-Warchter, Korjen-Wrechter (von werchen, würchen, wirken=verarbeiten). Man nannte sie auch Wildwerker und später Korjener, Kürjener, Kürschner. — Die Meth- und Bierbrauerei befand sich in den weinarmen und weinfreien Gegenden in recht schwunghaftem Betriebe, und es kann nicht gesagt werden, daß die Alten uns hierin an Production und Consumtion nachgestanden hätten, wenn nicht mit Ausnahme der Surrogativwirtschaft.

Wir sind nicht im Stande alle Gegenstände, die in den namhaft gemachten Fabrikationszweigen hergestellt wurden, einzeln aufzuzählen. Wir müssen dies der Phantasie unserer Leser überlassen. Daß die Zahl derselben unendlich groß war, geht noch daraus hervor, daß nicht alles für den einheimischen Consum, sondern auch besonders für den Export gearbeitet wurde. Es fand ein reger Handels- und Tauschverkehr bis nach Asien, nach Schweden, Norwegen und Rußland statt, wie weiter oben bereits gesagt worden ist, der die Einführung neuer Gewerbszweige nach sich zog. Wir nennen davon nur den Seidenbau und die Seidenweberei, sowie die Baumwollentwaarenfabrikation, die schließlich die Leinwand erfolgreich bekämpfte.

6.

Der aufstrebende Handwerkerstand schuf sich, wie stets jede niedriger stehende und emporstrebende Gesellschaftsklasse, an den höheren Ständen scharfe Gegner. Es konnte diesen nicht gefallen, plötzlich Rivalen zu finden und im Kampfe auf politischem und sozialem Gebiete nicht mehr auf die Geburt, sondern auf die geistige und handliche Leistungsfähigkeit sich stützen zu müssen. Man verzeiht dem kleinen Manne nur zu schwer, wenn er sich reckt und streckt! Wie man es

heute macht, so machte man es auch vor 8—900 Jahren. Anstatt im offenen Wettbewerbe die durch Geburt und Herkommen erlangten Vorrechte in dem Genuße obrigkeitlicher Rechte zu behaupten, wandten sich die Patrizier an den zur Herrschaft gelangten Kaiser Friedrich II. (1212—1250) und erwirkten ausdrückliche Verbote der Zünfte und Innungen. Damit war das freie Vereinsrecht des niederen Bürgerstandes mit einem Schlage vernichtet, und zwar aus Furcht vor der wachsenden Gewalt der Städte, in denen der zünftig abgeschlossene, gewerbetreibende Bürgerstand der begabteste und begütetste war. — Außer anderen bürgerfeindlichen Maßregeln verordnete Friedrich II., daß kein Dienstmann, kein Höriger oder Leibeigener der geistlichen Fürsten in den Reichsstädten Aufnahme finden und, daß auch die Herren des Laienstandes verpflichtet sein sollten, dasselbe Verfahren zu beobachten. Diese Verordnung hatte auch Geltung in den dem Kaiser selbst gehörigen Städten. Damit war die etwa 100 Jahre früher verbriefte und bisher zum Segen des Handwerkes benützte Freizügigkeit ebenfalls vernichtet. Der Verlust zweier so wesentlicher und so rein natürlicher Rechte, wie das freie Vereinsrecht und die Freizügigkeit, ohne welche das Gewerbewesen weder damals noch heute gedeihen kann, wären geeignet gewesen, die bürgerlichen und gewerblichen Freiheiten und Errungenschaften vollständig zu untergraben, wenn sich nicht auch hier wieder der alte Erfahrungssatz Geltung verschafft hätte, daß niemals durch widernatürliche Verordnungen die Kultur-entwicklung zum Stillstande gebracht werden kann. Denn kaum war Friedrich nach Italien gezogen, (— er hatte auch seinen Kampf mit den Päpsten!) so widersetzten sich die deutschen Städte den Ausführungen jener Verordnungen, und es brach in dem sich selbst überlassenen Deutschland ein gewaltiger Interessenkampf aus. Auf der einen Seite hatte er freilich das engere Aneinanderschließen der namentlich mittelhheinischen Städte in einem Bunde zur Folge, welcher bezweckte, sich in Betrieb und Verkehr den nöthigen Schutz zu gewähren, was auch dem spitzbübbischen Adel gegenüber nothwendig war; — auf der anderen Seite wurden jedoch unter dem Vicekönig oder Vicer Kaiser Heinrich VII. (der in Abwesenheit seines Vaters Friedrich II. in Deutschland regierte) die bürgerlichen Freiheiten noch mehr beschnitten. Die eingetretene Reaction gipfelte in der Verordnung, „daß kein Staat im Reiche

Gemeindeverfassung, Rechtsgebräuche, Gilden und Zünfte, wie sie auch immer Namen haben möchten, aufrichten dürfe und, daß selbst der römische König (deutsche Kaiser) nicht befugt gewesen, ohne Willen der Landesherren, den Ständen des Reiches solches zu gestatten.“ Es wurde ferner den königlichen Städten untersagt, Hörige der Fürsten, Edlen und Kirchen aufzunehmen, und es wurde ihnen aufgegeben, alles das zurück zu geben, was sie an Eigen und Lehen über benachbarte Grundherren an sich gebracht hatten. Die Gerichtsbarkeit durfte über den Umfang der Stadt nicht ausgedehnt und kein Lehngut ohne Willen des Landesherrn als Pfand genommen werden. Im Juli 1232 wurde sogar verordnet, daß die Erbschaft von den Hörigen, welche sich in einer Stadt angesiedelt hatten und ohne Leibeserben starben, der Kirche zufallen sollte. Am eifrigsten war die Kirche bemüht in das reaktionäre Horn zu blasen, und es fielen für sie auch die größten Vortheile ab. Alle diese Verordnungen bestätigte Friedrich II. auf dem Reichstage zu Ravenna im Januar 1231 und zu Udine im Mai desselben Jahres, und er widerrief in der härtesten Weise „in jedem Orte Deutschlands Gemeindeverfassung, Stadtrath, Bürgermeister oder Obrigkeit oder Amtleute beliebigen Namens, welche von der Gemeinheit der Bürger ohne Wohlgefallen der Erzbischöfe und Bischöfe aufgerichtet und bestellt seien,“ und er hob auf „jegliche Handwerksverbrüderung, Zunft und Gesellschaft,“ er kassirte „alle Privilegien, offenen und geschlossenen Freibriefe, welche er selbst oder seine Vorfahren, auch Erzbischöfe und Bischöfe über Genossenschaften, Gemeindeverfassung, Gemeinderath zum Schaden der Fürsten und des Reiches erlassen hätten.“ Indem wir nur allgemein die hauptsächlichsten Maßnahmen hervorheben, sehen wir zur Genüge, daß jene Zeit eine traurige für den deutschen Bürgerstand war, und daß alles geschah, um die Fürsten und die Geistlichkeit zu stärken. Auf Kosten der Bürger wurde der Partikularismus gesättigt. Nichts konnte jedoch die Zähigkeit und den nationalen Sinn des deutschen Bürger- bez. Handwerkerstandes vernichten. Theils leistete er berechtigterweise offenen Widerstand, theils pflegte er, wie bereits oben angedeutet, die Vereinigung zur Wahrung seiner Interessen und erstarkte erst recht im Kampfe um seine schwer und langsam errungenen Freiheiten. Wie ausdauernd und fest dieser Widerstand auch gewesen wäre, die Bürger hätten schließlich den allerempfindlichsten

Nachtheil erlitten, und das deutsche Gewerbewesen, das sich einer herrlichen Blüthe erfreute, wäre um Menschenalter in der Entwicklung zurückgeschleudert worden, wenn nicht der Kaiser selbst nach Deutschland 1235 zurückgekehrt, seine Maßregeln als verkehrte erkannt und sie allmählig zurückzunehmen angefangen hätte. Besonders vortheilhaft für Handel und Gewerbe waren in jener Zeit allgemeiner Unsicherheit die Reichsgesetze über den Landfrieden vom 22. Aug. 1235. Competent in Sachen des Landfriedensbruches war nur der freigeborene kaiserliche Hofrichter. Der Friedensbrüchige wurde nach Ausfall des Beweises verwiesen, oder er verlor die Hand, oder er wurde für immer ehr- und rechtlos erklärt. Unbefugter Zoll zu Land und Wasser wurde für Wegelagerei erklärt, und dem rechtlichen Empfänger war die Instandhaltung der Brücken und Wege, und sicheres Geleit den Reisenden zu gewähren, zur Pflicht gemacht.

Die unglückseligen Zerwürfnisse Friedrichs mit den Päpsten, die damals schon von Rom aus und auch stets zum Nachtheile Deutschlands intriguirten, zwangen den Kaiser nach Italien zurückzugehen. Die Städte waren daher abermals den Fürsten und Bischöfen in die Gewalt gegeben, und der kaum niedergelegte Interessenkampf entbrannte aufs Neue, wie nicht minder die widerrechtlichen Bedrückungen der Handel- und Gewerbetreibenden durch Räubereien zu Lande und zu Wasser florirten. Schutzlos und angegriffen von außen, fanden sich die Gewerbsbesessenen sehr bald wieder in Vereinigungen, durch die sie sich nicht nur untereinander schützten, sondern auch äußere An- und Eingriffe mit mehr oder weniger Erfolg zurückschlugen. Man vereinigte sich nicht allein nach Berufsclassen in Zünften, sondern die Zünfte einer Stadt traten wieder zu einem Verbande zusammen, um dem Adel gegenüber gerüstet zu sein. Eine so geeinte Stadt schloß mit einer zweiten und dritten ein Schutz- und Trugbündniß. Auf diese Weise gab man sich mangels bestehender oder gehandhabter Reichsgesetze selbst Satzungen und übte unter einander Schutz und Recht. Am heßlichsten hebt sich von jenem traurigen Zeitspiegel die Hanja ab, welche im Jahre 1241 zwischen Hamburg und Lübeck begründet wurde. Noch im nämlichen Jahrhundert umfaßte sie alle Städte von einiger Bedeutung, 85 an der Zahl, an der Küste der Nordsee und des baltischen Meeres, an den Ufern der Oder und Elbe, der Weser und des Rheins. Hanja bedeutet im Niederdeutschen

„Bund“. Ihr Einfluß erstreckte sich weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, und sie gelangte sehr bald, gestützt auf Ordnung und Recht, Handel, Verkehr und Gewerbesleiß, zu einer politischen Macht, mit welcher heimische und auswärtige Fürsten, als mit einem gleichberechtigten Factor des öffentlichen Lebens, unterhandeln mußten.

Die Wirkung der Hanse im Innern des Reiches war zweifellos in jenen zügellosen Tagen noch bedeutender als nach außen. Sie gab in der nach Friedrichs Tode eingetretenen kaiserlosen schrecklichen Zeit das Beispiel der gewaltigen Macht der Selbsthilfe und veranlaßte dadurch überall die Begründung von mächtigen Bündnissen der verschiedenen Interessenten Deutschlands untereinander. Kein Gesetz, außer der blanken Willkür, wurde gehandhabt; an Stelle der gesetzlichen Exekutive trat das Faustrecht, und es benötigte der ganzen sittlichen Machtentfaltung der mannigfachen Bündnisse und der Aufbietung großer materieller Mittel, um in jenem Chaos auch nur den Schein der Ordnung nicht ganz schwinden machen zu lassen. In einer Zeit, wo die rohe Gewalt herrschte, Straßenraub das Handwerk der Edlen war, die Bedrückung der Kleinen als Verdienst den Großen angerechnet wurde, war es der deutsche Handwerker, der Bürger, welcher die sittliche Kraft besaß und pflegte, Gesetz und Recht zu schaffen, Person und Eigenthum zu schützen. Um davon nur ein Beispiel zu geben, erwähnen wir des zwischen Münster, Soest, Dortmund und Lippstadt, durch ihre Schöffen und Consuln im Juli 1253 zu Wernsbrück geschlossenen Bündnisses, in welchem es heißt: „Wegen vielfacher Noth durch häufige Niederwerfung, Veraubung und Mißhandlung seien sie übereingekommen, in ihren Städten jeden Friedbrecher, Räuber, Geldanleihen und Alles, was ihm Vortheil und Ehre verschaffen könne, zu versagen; wäre der Gewaltthäter Burgmann eines Herrn, auch diesen und allen seinen Rittern und Knechten, wo irgend sie säßen, jeden Nutzen der Art zu entziehen. Sei irgend ein Räuber auf Klage des Beschädigten geächtet, so dürfe der Beschädigte in jeder der Städte die Rechtshilfe ansprechen, und solche Forderungen erwarten, als der ansässige Bürger. Böge einer ihrer Bürger in eine der Städte und wage, wegen augenscheinlicher Gefahr Gutes und Leibes nicht, sie zu verlassen, so müßten die fremden Bürger den Gast sicher geleiten, wie den eigenen Mitbürger. Ein siegelbrüchiger Schuldner des Ritterstandes solle nirgend ein Ansehen erhalten, bis er seine

Schuld bezahlt. Niemand aus ihrem Bunde dürfe geraubtes Gut einer Genossenschaft kaufen, eintauschen und verkaufen bei Strafe als Mitschuldiger zu gelten." Diesem Beispiele folgten schon im nächsten Jahre Mainz, Worms und Oppenheim, und sehr bald gab es nicht eine irgendwie bedeutende Stadt Deutschlands, die nicht einem sie schützenden Bündnisse beigetreten wäre. — Während im älteren Deutschland jene Zerrissenheit herrschte, und Sicherheit durch geordnete Selbsthilfe gepflegt werden mußte, schritten Preußen, Mecklenburg, Pommern und Schlesien im Handel und Gewerbe gesicherter und ruhiger vorwärts und gelangten zu immer größerer Bedeutung.

7.

Aus jenem gewaltigen Kampfe, mit seiner eminent sittlichen Bedeutung, der gegen die eingerissene Rechtsverwilderung so energisch geführt wurde, ging der Bürgerstand schließlich als Sieger hervor. Die letzten hofrechtlichen Lasten in den Städten, welche die persönliche Freiheit und die Ansammlung des Privateigenthums bisher noch hinderten, waren weggefallen. Die Städte entledigten sich nicht allein des Rechts der Besatzung und Oeffnung der Städte mit und für die Kriegsvölker, sondern sie schüttelten auch den Kriegsdienst von sich ab. Sie suchten ferner ihr Gebiet und ihre Herrschaft zu vergrößern und herrschaftliche Gefälle zu erwerben. Am wichtigsten waren die Zoll- und Münzrechte wegen ihres Einflusses auf den Verkehr, weshalb man sie besonders zu erlangen trachtete. Durch Verträge befreiten sich Städte gegenseitig von dem Stadtzolle und lieferten dadurch den sprechendsten Beweis für die Erkenntniß der Nothwendigkeit des Freihandels. Das Recht der statutarischen Gesetzgebung besonders in Handels- und Gewerbeangelegenheiten, sowie die strafrechtliche Gerichtsbarkeit, suchten sie zu erwerben. Bei solcher Machterlangung finden wir es denn auch natürlich, daß die Berufsgenossen alles zur Stärkung ihrer Zünfte anwandten, und dabei nicht selten, wie mit der Bannmeile, zu unredlichen Mitteln griffen. Wir finden es ferner ganz natürlich, daß die alten Patriziergeschlechter zum großen Theil sich in die neue Ordnung der Dinge nicht fügen, mit den Handwerkern ihre alten und lange geübten Rechte nicht theilen wollten und sich daher schmollend zurückzogen, wobei es nicht immer ohne recht fühlbare Reibereien abging.

Mit der Umgestaltung der socialen Lage der Handwerker, die nunmehr den Kern der Bürgerschaft ausmachten, ging auch eine Veränderung der Zünfte vor. Die meisten Innungen waren nicht frei, sondern hatten in hofrechtlichem Verhältnisse gestanden, hierher zählen besonders die Bäcker, Metzger, Fischer, Gärtner, Küfer und Weinschröter. Waren auch die Leistungen derselben an die Herren durch Verträge stipulirt, wie wir weiter oben ausgeführt hatten, so war dies doch immerhin ein Abhängigkeitsverhältniß. Im Laufe der angedeuteten Kämpfe wurden die Leistungen entweder gar nicht, oder doch nur sehr lässig entrichtet und fast überall der von den Herren gesetzte Altmeister entfernt, so daß sich die Innung ihren Meister selbst wählte. Es war nunmehr die Stellung der unfreien Zünfte eine ziemlich lose dem Herrn gegenüber geworden. Viele Innungen hatten sich ganz frei gemacht, andere entstanden neu als freie. Wir erleben auch hier wieder das interessante Schauspiel, daß die unabhängigen Zünfte sich schneller und besser entfalteten als die abhängigen, ein Grundsatz, der leider heute noch nicht einmal überall anerkannt wird. Am spätesten gelang es den Bauhandwerkern, den Zimmerleuten, Maurern und Steinmetzen aus dem hofrechtlichen Verhältniß herauszukommen, dagegen waren diese es wieder, welche es durch ihre hohe Kunstfertigkeit im Mittelalter vor allen anderen zu besonderen Ansehen und Ehren brachten.

Als vornehmste Zünfte werden die der Kaufleute, dann die der Tuchmacher, die der Goldschmiede und Brauer genannt. Die Reihenfolge ist jedoch nicht gleich und in den verschiedenen Städten verschieden, weil sie dem Emporkommen entsprach. Sobald nämlich ein Gewerbe in einer Stadt Bedeutung erlangt hatte, traten die betreffenden Berufsgenossen zu einer Zunft zusammen.

Haben wir in Kürze gesehen, wie die Handwerker allmählig zu bürgerlicher Freiheit und politischen Rechten in den letzten 150 Jahren sich emporgearbeitet hatten, so müssen wir möglichst bündig zeigen, was sie eigentlich hinsichtlich des Gewerbes in den Zünften trieben. Wir sagten wiederholt, daß sie sich schützten, und das war auch der Hauptzweck für den Handwerksbetrieb nach der politischen Gleichstellung des Handwerkers mit den andern Gesellschaftsklassen. Den handwerksmäßigen Schutz der Innung genoß nur der in die Innung Aufgenommene. Die Korporation nahm nach gewissen Grundsätzen,

oder auch nach Willkür auf, und handelte dabei gemäß den von der Geistlichkeit und der Ritterschaft gegebenen Beispielen. Der Hauptvorteil, Mitglied einer Zunft zu sein, bestand darin, den Betrieb des Gewerbes der Genossen vornehmen zu dürfen, während dies Nichtzünftlern verboten war. War anfangs dieses Monopol nur auf die Stadt ausgedehnt, so erstreckte es sich sehr bald häufig über die Umgegend. Zum Ruhme der geistlichen Gewalt müssen wir erwähnen, daß, so lange die Bischöfe mächtig genug waren, dieser Zunftzwang nicht geübt werden durfte, so daß auch nicht zur Zunft gehörige Handwerker in ihrem Gewerbebetriebe nicht beeinträchtigt wurden. Die Söhne der zünftigen Handwerker waren schon durch die Geburt Zunftgenossen. Die wesentlichste Bedingung der Aufnahme war Unbescholtenheit, unbesleckte Ehre und guter Ruf. Nicht selten mußte auch ein Eintrittsgeld entrichtet werden. Bei vielen Zünften hing die Aufnahme von der Anfertigung eines Meisterstückes ab. Die unmittelbare Folge war die Einführung einer Lehrlings- und Gesellenzeit, und der damit zusammenhängende Befähigungsnachweis. Die Zünfte sorgten aber auch für die Gelegenheit, sich in einem Gewerbe ausbilden und vervollkommen zu können. Die Zunftvorsteher hatten an manchen Orten amtliche Autorität. Sie fungierten als „geschworene“ Rathsbeamte, wenn es galt über die Echtheit einheimischer oder fremder Fabrikate Gutachten abzugeben. Durch die Zünfte entstanden Verkehrsanstalten, wie Kaufhäuser, Tuchhallen, Gewandhäuser, Gewerbehallen, Verkaufsbänke und dergl. mehr. Die Handelsgenossen leisteten sich gegenseitigen Rechtsschutz und unterstützten sich in Krankheits- und Todesfällen; sie sorgten für ihre Wittwen, Waisen und Arbeitsunfähigen. Kurz, Zweck der Zunft war den ganzen Gewerbsgenossen in all seinen Beziehungen zu Familie, Gewerbe, Gesellschaft und zu sich selbst zu erfassen und zu schützen. „In einer Zeit, wo“, wie Böhmert sagt „außerhalb des Kreises der Zunftgenossen, noch keine geordnete Rechtspflege, keine Polizei- und Militärverwaltung, keine staatliche Armenpflege, keine Volksschulen und keine technische Anstalten waren,“ — waren jene Vereinigungen integrierende Institute der gesellschaftlichen Ordnung, die Pflanzstätten des berechtigten Berufsstolzes, die Horte des nationalen Geistes und der Boden, aus welchem der Staatsbürger und in neuerer Zeit der Reichsbürger erwuchs. Bevor die Zünfte zu dieser bedeutenden

Stellung gelangten, hatten sie durch ganz Deutschland, man kann sagen städteweise, einen mühsamen, mehrere Jahrhunderte andauernden Kampf den alten Gebräuchen und Gesetzen gegenüber zu bestehen, der damit endete, daß überall der Handwerker als Sieger hervorging und seine Rechte urkundlich in Zunftordnungen, Zunftrollen, Zunftungsartikeln, Gilde- oder Zunftbriefen zusammengefaßt und niedergelegt waren.

Die einzelnen Phasen dieses Kampfes zu schildern gestattet uns der Raum nicht, und scheint es uns auch nicht nothwendig zu sein. Nur wollen wir anführen, daß während jener Kämpfe das deutsche Gewerbe als solches zu seiner bis jetzt höchsten Blüthe gelangt ist, und daß Erfindungen von weltgeschichtlicher Bedeutung seitens der Deutschen gemacht wurden. Wir erinnern hierbei an die Herstellung des Schießpulvers um 1350 von Konstantin Ancklizen, bekannt unter dem Klosternamen Berthold Schwarz. Hiermit hängt die Erfindung des Feuergewehres von Johann von Haran, dem ersten Stützgießer zu Augsburg und die Anlegung von Pulvermühlen zusammen. Unstreitig wichtiger ist die Erfindung der Buchdruckerkunst von Johannes Gensfleisch, genannt Henne Gutenberg oder Johann Gutenberg, die eine Umwälzung und Beschleunigung der gesamten menschlichen Kulturarbeit zur Folge hatte. Im Jahre 1452 begann Gutenberg den Druck der ersten Bibel. Als Vorläufer der Buchdruckerkunst sehen wir die Holzschnidekunst an, die ihren Ursprung unzweifelhaft in Deutschland hat. Der erste bekannte Holzschnitt, gefunden im Kloster Memmingen, trägt die Jahreszahl 1423. Es stellt den hl. Christoph, das Christuskind tragend, dar, und hat die lateinische Unterschrift: „An welchem Tage du Christoph's Antlitz beschaust, an demselben Tage wirst du nicht eines bösen Todes sterben.“ Diese Holzschnittkunst trieben mit besonderer Liebe und künstlerischer Vollendung Lucas Cranach, Holbein und Albrecht Dürer. Der Kupferstich ist vermuthlich auch eine deutsche Erfindung, des Franz von Bucholt aus Bergen. Die Italiener nehmen zwar des Verdienst der Erfindung dieser Kunst für sich in Anspruch, doch steht so viel fest, daß die ältesten deutschen Arbeiten vom Jahre 1440 weit vollkommener sind als die italienischen. Die erste Taschenuhr wurde ums Jahr 1500 von einem Deutschen, Peter Hele zu Nürnberg, gefertigt, und kostete das Stück, in der Größe eines Mandelfornes,

300—400 Thaler. *) Deutsche Erfindungen sind ferner: das Spinnrad, die walzenförmigen Vorlegeschlöffer, das Drathziehen, die Kutschen, das Spigenklöppeln, die Delmalerei, die Diamantenschleiferei, die Blasebälge, die Pressen, die verschiedenen Mühlen, die künstlichen Gläser, viele mathematische und mechanische Instrumente, die Seigerhütten, um neben dem Silber, aus dem Kupfer und Quecksilber auch anderes Erz zu gewinnen, u. a. m. — Die Bildhauerarbeiten, Erzgießerzeugnisse, Malerei und Baukunst jener Zeit werden heute noch staunend bewundert. Das Vorzüglichste bei all' diesen Erfindungen und Kunstleistungen aber ist, daß diese Schöpfungen aus den Kreisen der Handwerker hervorgingen, daß also damals Handwerk und Kunst vereinigt waren. Welch ein gewaltiger Sporn liegt darin nicht für unseren heutigen Handwerker?! — Und das alles schuf man ohne staatliches Eingreifen, ohne gesetzlichen Gewerbeschutz, ohne polizeiliches Unter-die-Arme-greifen, lediglich aus sich selbst, durch freie genossenschaftliche Vereinigungen auf dem Boden der Selbsthilfe. Man leistete das alles ohne die technischen Hilfsmittel, Verkehrswege und Bildungsanstalten von heute. Welch einen Vorwurf und welch einen Mahnruf zugleich, aber auch welche Hoffnung birgt die Handwerkerblüthe des deutschen Mittelalters für uns in sich! — — —

8.

Wenn wir den vorigen Abschnitt gleichsam mit einer Aufmunterung des heutigen Handwerkerstandes im Rückblick auf die gewerblichen Leistungen vorausgegangener Jahrhunderte schlossen, so sind die nachstehend zu erwähnenden Verhältnisse geeignet, in eindringlichster Weise vor auch früher gemachten Fehlern zu warnen. Sahen wir im 14. und 15. Jahrhundert die Blüthe, so sehen wir im 16. und 17. den Verfall. Ehe uns hier die Gründe dieses gewerblichen Niederganges beschäftigen, in denen wir viel Aehnliches mit den heutigen Zuständen zu erblicken glauben, wollen wir kurz die bewegenden Ursachen des Emporkommens zusammenfassen.

*) Wir erinnern hierbei an das „deutsche Schauspiel zu Venedig“ von A. S. Meißner, welches jeden Leser mit Stolz als Deutschen sich fühlen läßt. Neuerdings ist es von Ludwig's Buchhandlung in Emden unter vielem andern in der „Bibliothek deutscher Curiosa, I. Band,“ wieder veröffentlicht worden.

Wir sahen in den frühesten Zeiten das Handwerk nur soweit betrieben, als es mit dem Landbau zusammenhing. Handwerker und Feldbesteller vereinigten sich in einer Person, und diese war unfrei oder hörig. Mit den steigenden Bedürfnissen und dem besseren Bebauen des Ackers schied der Hofherr die Unfreien in Hof- und Diensthörige. Erstere waren die Ackerbesteller, letztere fertigten Handwerksgegenstände. Diese Theilung bewirkte größere Ausnutzung der Arbeitskraft, Zeit und Geschicklichkeit und reichlichere Herstellung mannigfachster und besserer Gegenstände. Mit dem Erkennen des Nutzungswerthes solcher Erzeugnisse stieg der Werth der erzeugenden Kraft, des Handwerkers also selbst, und das Verlangen, ihn geschickter zu machen. Dies führte zur Arbeitstheilung bei Herstellung von Handwerkszeugnissen, zur Bildung von Berufsclassen nach den herzustellenden Sachen, zur Beschaffung größerer Ausbildungsmittel und zur Bestellung eines Meisters für jede einzelne Berufsclassen. Der unfreie Handwerker begriff sehr bald, daß der Werth seiner Erzeugnisse wesentlich von ihm abhing und in seiner persönlichen Geschicklichkeit lag. Er konnte sich so selbst schützen. Man fing aber auch allgemein an einzusehen, daß der Schwerpunkt des wirthschaftlichen Daseins nicht im Grundbesitz allein, sondern auch im Besitz beweglicher Gegenstände liegt, welche Ansicht durch den um sich greifenden Tauschhandel, weit über die Grenzen des Hofes hinaus, Nahrung erhielt. Mit dem erweiterten Handel ging die Erschließung ferner Länderstriche und die Ausbarmachung deren Erzeugnisse Hand in Hand, wie nicht minder dadurch ein mächtiger Austausch der Gedanken, vermehrte Verkehrs- und Sicherheitsmittel zusammenhingen. — Im 8. und 9. Jahrhundert trafen eine Menge Umstände zusammen, die auch im innern Deutschland die Anlegung größerer Städte und befestigter Plätze nothwendig machten oder begünstigten. Die Vermehrung und das Wachsthum der Städte beförderte den Gewerbesleiß, die Freiheit der Person und Bildung des Privatbesitzes. Der früher hörige und auf dem Hofe lebende Handwerker begegnet uns nunmehr als schon Freier in der Stadt, und die Früchte seines Fleißes zum großen Theil selbst genießend. Freiheit und Besitz ließen ihn allmählig in den politischen und socialen Kämpfen, die durch ganz Deutschland zwischen den verschiedenen Ständen und Territorien geführt wurden, emporkommen. Während die einzelnen Parteien je nach Umständen

mit ihm buhsten, um seine Streitkräfte und sein Vermögen zu brauchen, nützte er alle Chancen weise und vorsichtig aus, daß ihm überall dauernde Vortheile erwuchsen. So kann es uns nicht wundern, wenn wir ihn denn schließlich als Träger der Kultur, Gesittung und des Nationalreichthums treffen. Er verstand es, Schritt um Schritt vorzugehen, im bürgerlichen Leben mittelst seines Besitzes, seiner Arbeitskraft und seiner Intelligenz sich Achtung zu verschaffen, im politischen Leben und in der Verwaltung Rechte und Freiheiten zu erobern und zu befestigen. Diese Resultate aber erreichte er nur durch seine Geschlossenheit in den Zünften und durch die Anwendung vernünftiger und nützlicher Mittel darin. So steht uns nach 1000jährigem Ringen der frühere leib eigene Handwerker auf den Herrenhöfen als ein freier, besitzender Bürger gegenüber, der sich theils seine Gesetze selbst gibt, die Gemeinde verwaltet, seine Angelegenheiten in bürgerlichen Corporationen selbst ordnet und dem Vaterlande Wehr und Stütze ist. War einstmal der Adel durch seinen Landbesitz die Säule des Staates und Reiches, so ist es jetzt der Bürger durch seine Intelligenz und seinen Fleiß. Wir sehen aber auch den Handwerker als Bahnbrecher auf dem Felde der Erwerbs- und Gewerbsthätigkeit, als Erfinder und Entdecker und somit als Beherrscher des wirtschaftlichen Lebens.

Und womit gelang ihm dieses Titanenwerk?

Durch Arbeit und Ringen.

Sie erzeugten Sachgüter, diese Freiheit und Rechte.

Freiheit und Recht multipliciren aber wieder jegliche Arbeit und sichern das Arbeitsresultat.

So begreifen wir, daß zum Gedeihen des Einzelnen und der Gesamtheit eine ewige Wechselwirkung zwischen Gütererzeugung, Freiheit, Recht und Sicherheit des Arbeitserzeugnisses stattfinden muß, und daß die Grundlage des Daseins die Sachgüter sind. —

Hatte die Gesamthätigkeit des deutschen Handwerkers dem Vaterlande eine andere Gestalt in politischer, socialer und wirtschaftlicher Hinsicht gegeben und namentlich im gewerblichen Leben seinen Ruf begründet, so müssen uns die Gründe des Rückganges um so mehr interessieren.

Wir haben weiter oben gesagt, daß die Handwerker in bezug durch die Zünfte auch die Wehrhaftigkeit pfl egten und durch das bürgerlich

Heer (Bürger in Waffen) das Gemeinwesen schützten. Mit der erstarkenden Macht der Landesherren, der sich die Städte nach und nach unterordnen mußten, — das ist der Anfang des Glaubens, daß die Völker der Fürsten wegen da sind — mit dem Umjichgreifen der Söldnerheere der Fürsten, mit dem ewigen Landfrieden vom 7. August 1495 und der damit zusammenhängenden Bildung des Reichskammergerichtes, schwand allmählig jene bürgerliche Wehrhaftigkeit und damit das Vertrauen auf die eigene persönliche Tapferkeit. — Zu diesem Gefühle persönlicher Hilflosigkeit kam das der Rechtsunsicherheit und die Rechtsunkenntniß. Während vordem deutsches Recht galt und geübt wurde, das jeder kannte, wurde durch die Pflege der Wissenschaft, durch das Studium der griechischen und römischen Geschichte, und vielleicht auch durch das allzugroße Uebergewicht der Kopfarbeiten gegenüber von den Handarbeiten, das den deutschen Landen ganz fremde römische Recht eingeführt, das wir bis zur Stunde noch nicht völlig los werden konnten. Besonders nachtheilig wirkten auf das Gewerbewesen die zunehmenden Kriege und endlosen Fehden des 15. Jahrhunderts, in welche mangels staatlicher Oberaufsicht die Städte verwickelt wurden. Dadurch ging nicht allein der Sinn für Häuslichkeit, Gemeindeleben und Gewerbe verloren, sondern es wurden in der unproductivsten Weise Kapitalwerthe vernichtet. Jeder Krieg hat bis heute noch dieselben Erscheinungen im Gefolge, und je mehr die Verkehrsmittel an Ausdehnung gewinnen, jemehr dadurch die verschiedenen Nationen aneinander gerückt werden und wirthschaftlich von einander abhängen, desto mehr muß er, wenn auch nur unter zwei Nationen geführt, alle civilisirten Völker tieferschüttern. Erkennt man das an, so kann man sich nicht genug wundern, wie Vorschläge von Völkerschiedsgerichten, und Propaganda zur möglichsten Vermeidung und endlichen Beseitigung der Kriege mit vornehmen Lächeln, oder mit Zeter- und Mordiogeschrei aufgenommen werden können. Leider sind heute die Kriege nicht mehr blos „männermordend“, sondern „entsittlichend und kulturzerstörend“. Jene Kriege setzten an Stelle des Gemeinfinns die kleinliche Selbstsucht. Wo aber Selbstvertrauen und Sinn für das bürgerliche Gemeindeleben erstorben sind, da fehlt der fruchtbare Boden segensreichen Schaffens. Dies machte sich nicht nur in der verminderten Leistungsfähigkeit auf gewerblichem Gebiete, sondern auch in dem bedeutenden Rückgange

der Zahl der Handwerker in den einzelnen Städten fühlbar, die früher qualitativ und quantitativ vorangegangen waren. Die Schwäche des Bürgers zeigte sich aber am eklatantesten darin, daß sie sich durch Kaiser, Fürsten und Patrizier vom Stadtreghment, von der Verwaltung verdrängen oder in ihren Rechten empfindlich einschränken ließen. Was man durch hundertjährigen Kampf schwer errungen, wofür man gearbeitet und geblutet hatte, das ließ man sich gleichsam durch einen Federstrich wieder nehmen. Die Bürger mußten es sich gefallen lassen und ließen es sich gefallen, daß die Patrizier in Beschwerdeschriften an das kaiserliche Kabinet von ihnen behaupteten, sie seien durchaus unfähig Aemter und Würden zu bekleiden, während sie, die Patrizier, allein den göttlichen Beruf hätten, die Stadt zu regieren. Am heftigsten eiferten diejenigen gegen den Bürgerstand, deren Vorfahren, wie die Fuggers, wegen Gewerbesleiß und Redlichkeit, vom Kaiser in den Adelsstand erhoben worden waren. Wir haben heute ganz ähnliche Erscheinungen. Gewisse Gesellschaftsklassen wollen dem Handwerker- und Arbeiterstande weder politische noch wirthschaftliche Gleichberechtigung und Befähigung zuerkennen, und am schlimmsten sind bekanntlich diejenigen, die selbst, oder deren Väter aus kleinen Verhältnissen emporgekommen sind. Es ist manchmal, als ob sie sich ihrer Herkunft schänten und dieselbe durch Intoleranz vergessen machen wollten! — Die gegen Ende des 15. und zu Anfang des 16. Jahrhunderts heftig entbrannten Kämpfe wider das Papstthum — Reformationszeit — schädigten unstreitig auch den Handwerkerstand. Kaiser Karl V. stand auf Seiten Roms, während der Bürgerstand zur neuen Lehre sich bekannte. Außer sittlichen Gründen zu seiner Haltung, besaß der letztere auch volkswirthschaftliche. Die Geistlichkeit hatte nämlich im Laufe der Zeit alle Staats- und Gemeindeabgaben von sich ab und auf die Schultern der Bürger gewälzt, während sie nichtsdestoweniger allerhand gewinnbringende Gewerbe betrieb, Monopole zu erlangen und noch obenein die Gläubigen sich abgabepflichtig zu machen verstand. In diesem religiösen Streite sah daher der Handwerkerstand die Geistlichkeit und den Kaiser wider sich, gewaltige Gegner, die mit wichtigen Waffen kämpfen konnten. Wie tief jener Kulturkampf in alle und auch in die Handwerksverhältnisse eingeschnitten haben mag, kann man sich denken, wenn man auf den heutigen und die dabei angewandte Kampfweise blickt. —

Eine förmliche Revolution und eine damit verbundene Schädigung der Erwerbsverhältnisse bewirkte die Anwendung der Magnetnadel, des Kompasses, bei Befahrung des Meeres. Während ohne diesen Führer die Schifffahrt nur in beschränkter Ausdehnung geschah und sich längst der Küsten bewegte, konnte man jetzt den Weg auf die offene See wagen. Bald waren die gewohnten Grenzen überschritten. Im Jahre 1492 entdeckte man Amerika, 1497 umschiffte man Afrika, und 1509 fand man den Seeweg nach Indien. Die bis dahin benutzten Handelswege versielen, und Deutschland verlor seine Stellung als Zwischenhändler des europäischen, ja des damaligen Welthandels. Spanien und Portugal wetteiferten mit Venedig und Genua. England, welches mittlerweile selbstgebaute Schiffe benutzte, Norwegen, Schweden und Dänemark handelten direct mit Rußland, der Levante und Afrika. Wenn auch hervorragende Handelstreibende, wie die Wesser, die Manlich und die Jagger zu Augsburg, bedeutende Industriestädte, wie Nürnberg und einige Hansestädte, in den sich aufthuenden Welt-handel mit eingriffen und selbst nach Indien und Amerika ihre Fabrikate versandten, — wenn auch der Handel mit gefärbter Leinwand nach Spanien und Italien bedeutend zu nennen war, — wenn auch Tücher, Leinwand, Seide, Bücher, gegerbtes Leder, Gold- und Silbergeschirr nach Schweden, Tücher, Bier, Leinwand nach Dänemark, grobe Tücher, Wolle, Lein, Messer, Schuhe, Bänder, Schleier, Hüte nach Island, Bernstein in Königsberg und Danzig verarbeitet überallhin, Barchent, goldene und silberne Stoffe nach Frankreich, Filzschuhe, Kleider und allerlei Geräthschaften nach Rußland in Menge gesandt und der lebhafteste Verkehr mit den Niederlanden unterhalten wurde, wo sich damals der Welthandel vereinigte, so war es doch auf die Dauer den Deutschen unmöglich die Oberhand, wie vordem, behalten zu können.

Die veränderten Verkehrswege waren zu gewaltig, und Deutschlands politisch geschwächtes Bürgerthum und sociale Uebelstände, innere Zerrissenheit, Rechtsunsicherheit, Partikularismus zu groß, als daß es Elastizität und Kraft genug gehabt hätte, mit Erfolg um die Herrschaft auf dem Welthandel kämpfen zu können.

Als hemmende Ursache kam ferner hinzu der Monopolienzwang, den die Günstige nicht allein, sondern Fürsten und Städte sogar ausübten, und der Intelligenz, Arbeitsgeschicklichkeit und Unternehmungsgeist

nicht selten schon im Keime erstickte. Ihm reiheten sich als würdige Genossen zur Verflümmernng jedes gewerblichen Aufschwunges die Zölle an, die zur Deckung der steigenden Ausgaben der Staatshaushalte in unsinnigster Weise erhöht wurden. Anstatt bei der allgemein um sich greifenden Kalamität in Handel und Gewerbe die Fesseln zu sprengen, drückende Lasten aufzuheben, die Gewerbefreiheit zu proklamiren, anstatt den gelähmten Unternehmungsgeist und die sinkende Moral durch politische Freiheiten und Rechte zu kräftigen, schnürte man das ganze Leben in eine widernatürliche Zwangsjacke. Das sind Erscheinungen, welche verglichen mit heutigen Zuständen, zum ernststen Nachdenken mahnen!

Wir haben oben angedeutet, wenn nicht, sei es hier gesagt, daß die Städte in den Besitz des für den Verkehr so wichtigen Münzregals gelangt waren. Leider sollte auch dieses zu ihrem eigenen Verderben gereichen. Als Handel und Wandel in geordneter Weise vor sich gingen, das Erwerbs- und öffentliche Leben noch nicht corrumpt waren, floß eine Fülle reichen Segens aus dem Rechte Münzen schlagen zu dürfen. Der Gewerbeverfall und die allgemeine Korruption ließen die Städte zur Aufbesserung ihrer Verhältnisse zur Münzverschlechterung greifen, die schnell an Ausdehnung gewann. Es entstand hierdurch eine heillose Verwirrung, eine den Kredit schädigende Unsicherheit in der Solidität der Zahlungsmittel, die nicht blos zu einem Münzwirrwarr in Deutschland führte und im Innern desselben den Verkehr lähmte, sondern den gesammten deutschen Handel nach außen hin diskreditirte. Den ungeheueren Nachtheil dieses Unwesens erkennend, — auch wir haben ähnliches, wenn auch in schwächerer Auflage, genossen — hatten die Kaiser öfters, jedoch vergeblich, versucht, geordnete Zustände herbeizuführen. Erst Ferdinand I. gelang es im Jahre 1559 eine Münzordnung zu errichten und einen einigermaßen geordneten Münzzustand anzubahnen. Als gemeine Reichsmünze wurde der „Reichsgulden“ eingeführt. Er mußte es sich jedoch gefallen lassen, daß der durch jene Münzordnung verbotene „Thaler“, schon wieder 1566 auf dem Reichstage zu Augsburg zu Ehren gelangte und neben ihm gültig cursiren konnte. Das Thalerstück anfangs, von dem in Joachimsthal in Böhmen gewonnenen Silber geprägt, Joachimsthaler, dann nach dem Münzherrn, Grafen von Schlick, auch Schlickenthaler, ferner wegen des auf dem Revers

dargestellten böhmischen, doppelgeschwänzten Löwen, auch Löwenthaler, und zuletzt einfach „Thaler“ genannt, — behauptete sich seitdem bis zur neuen deutschen Münzreform, der Markrechnung, in Norddeutschland, der Gulden dagegen in Süddeutschland, als Zahlungsmittel. Neben der Unsolidität der Münzen kam noch als den Kredit erschwerend der nationalökonomische Grundsatz des kanonischen Rechts hinzu, daß das Zinnehmen für die Christen verboten sei. Ursprünglich nur auf den Klerus beschränkt, wurde es sehr bald auf die ganze Christenheit als Gesetz übertragen. Entgegenstehende weltliche Gesetze wurden auf Concilien für nichtig erklärt. Wer sich dagegen erklärte, Gemeinden, Korporationen, Städte, Richter in Rechtsprüchen u. s. w. verfiel dem Kirchenbann. Mit diesem national-ökonomischen Grundsatz hing es auch zusammen, daß die Steigerung des Preises einer Waare wegen des Aufschubes der Bezahlung, ebenso der Kauf von Waaren auf Lieferung mit der Bezeichnung der Zeit, wo sie mehr werth war als beim Geschäftsabschluß, als Wucher angesehen und bestraft wurden. Die Wucherer mußten in der Regel vertrieben werden. Als später die römisch-rechtlichen Bestimmungen in Praxis, Rechtspflege und Gesetz mit der Festsetzung des Zinsfußes auf 5 oder 6 Procent zur Geltung gelangten, waren sie allein nicht im Stande, den gesunkenen Kredit zu heben. —

Heute ist die Zinsbeschränkung aufgehoben und nicht zum Schaden der Handels- und gewerbetreibenden Bevölkerung, was statistisch nachgewiesen ist. Seit Aufhebung der Wuchergesetze ist nicht, wie prophezeit worden war, der Zinsfuß gestiegen, sondern gefallen. Wo man die Aufhebung der Zinsfreiheit fordert, geschieht es nur aus politisch-agitatorischen Zwecken. Hierbei möchten wir noch bemerkend einschieben, daß niemand jemals im Stande sein wird, das Handwerk auf dem Felde der Politik zu heben, und daß derjenige, welcher es verspricht, ein falscher und darum gefährlicher Prophet ist, insbesondere weil er das politische Recht des Handwerkers zu Sonderzwecken ausbeuten will.

Drei weitere gewichtige Gründe des Verfalls des deutschen Handwerks waren die veränderte staatswirthschaftliche Maxime die England im 16. Jahrhunderte einschlug, die zwanzig Jahre lang das Reich durchtobenden Kriege stürme wegen des Glaubens und schließlich der dreißigjährige Krieg (1618—1648).

Bisher hatte England jeden Ausländer, namentlich die deutschen Hanseaten, bei sich frei walten und schalten lassen, Ein- und Ausfuhr unterlagen keinen Beschränkungen, ein Zustand, der in einem industriell zurückstehenden Lande ein volkswirtschaftlich berechtigter ist. Umnäsig hob sich aber daselbst das Gewerbewesen, besonders durch rationelle Pflege des Ackerbaues, kultivirte Schafzucht und Wollproduktion. Die durch Philipp II. vertriebenen protestantischen Niederländer, welche tüchtige Woll- und Leineweber, Färber, Tuchmacher, Tuchhändler und Walker waren, fanden freundliche Aufnahme in England, und legten daselbst den Grund zu einer Industrie, in der Deutschland bisher allen anderen Staaten den Rang abgelaufen hatte. Die von den Niederländern und namentlich Friesen betriebene Schiffsbaukunst ging ebenfalls nach und nach in die Hände der Engländer über, so daß sie auf selbst gebauten Schiffen, wie bereits angedeutet, Handel trieben. Kaum sah die englische Regierung das Erstarken einzelner Gewerbezweige im eigenen Lande, als sie denselben durch Schutz- und Prohibitivmaßregeln unter die Arme griff. Sie pflanzte das Princip des Schutzzolls und des Freihandels, je nach Bedürfnis, auf, und verschloß nach Gutdünken der ausländischen Waare den heimischen Markt. Damit war für Deutschland ein wesentliches Absatzgebiet verloren gegangen. Es ist auch bis zur Stunde uns noch nicht gelungen, jenen Markt, wie im Mittelalter, wieder in Besitz zu nehmen. Natürlich sind im Laufe der Zeit viele andere Gründe mitsprechend gewesen. Wir können des Näheren hier nicht drauf eingehen. Waren Schutz- und Prohibitivmaßregeln für in der Entwicklung begriffene Industriezweige Englands von Nutzen, so waren dieselben für Deutschland, wo man sie nunmehr zur Schädigung des englischen Handels und zur Konkurrenzfähigkeit des eigenen gleichfalls anwandte, geradezu von Nachtheil. Eines schied sich nicht für Alle. Das deutsche Gewerbewesen war innerlich so erstarrt, daß es durch irgend beengende Fesseln brach gelegt werden mußte, und daß nur die möglichst ausgedehnteste Freiheit des Verkehrs förderlich wirken konnte.

Die religiösen Streitigkeiten, in denen man wiederholt statt zur Bibel zum Schwerte griff, regten und hetzten die Gemüther nicht nur auf, sondern schädigten in der empfindlichsten Weise den Handwerkerstand. Die Schädigung war um so größer, als dieser unglückliche

Kampf sich zwanzig Jahre hinzog und erst durch den Augsburger Religionsfrieden vom 26. Sept. 1555 zum Abschluß kam. — Nur etwa 60 Jahre später brach der dreißigjährige Krieg aus.

Die Verwüstungen desselben, der daraus resultirende Verfall ganzer Landesstriche in Landbau und Gewerbe, die Aufzehrung fast des ganzen Nationalvermögens, die Verwilderung in Sitten, Bucht und Ordnung, sind zu bekannt, als daß hier über deren einfache Erwähnung hinausgegangen werden dürfte.

Am Schlusse der Aufzählung der Verfallsgründe wollen wir vorübergehend noch andeuten, daß in jener Zeit allgemeinen Niederganges einzelne Landesherren, wie z. B. die Herzöge von Baiern und der Kurfürst Joachim II. von Brandenburg, den Handel für sich allein in Anspruch nahmen. Ein gleiches thaten auch recht viele Städte, nicht blos hinsichtlich des Handels, sondern auch der Gewerbe, um Nutzen für ihre Kammereinkassen zu erzielen. So maßten sich Breslau den Alleinhandel mit Hopfen, Nürnberg den mit Kalk, andere mit Bier und Salz an; Brügge, Dornik hatten das Monopol des Tapetenmachens.

Daß bei einem solchen chronischen Krankheitszustande das Wirthschaftsleben der deutschen Handwerker ins grade Gegentheil von Gewerbeblüthe verfiel, und die öffentliche Moral schwer geschädigt wurde, ist wol einleuchtend. Die Demoralisirung zeigte sich aber auch besonders in den verschlechterten Fabrikaten, in der bewußten Täuschung und Uebervorthellung der Konsumenten und in der Anwendung gradezu verwerflicher und lächerlicher Mittel in den Zünften, um den Gewerbestand zu retten.

9.

Im Vorstehenden haben wir die mehr äußeren Ursachen gezeigt, die störend und schädigend auf das deutsche Gewerbewesen einwirkten. Im Nachstehenden wollen wir die das Handwerkerwesen schädigenden Maßnahmen der Zünften selbst vorführen.

Vor allem anderen fällt in die Augen, daß die Zünfte auch selbst wenig mehr auf ihre politische Macht gaben und ihre Thätigkeit auf rein gewerbliche Angelegenheiten vereinigten. So wurden beispielsweise sehr aner kennungswerthe Versuche in Sagan und Iglau gemacht, um im Wege der Association, der genossenschaftlichen

Produktion, die Tuchmacherei und ihre Hilfsgewerbe zu heben. Lange Zeit waren diese Unternehmungen auch vom besten Erfolge gekrönt, sie erfreuten sich einer Art gesetzlichen Schutzes, und eroberten nicht unwesentliche Absatzgebiete, bis durch Zwistigkeiten der Genossen und durch Auflehnung außerhalb der Genossenschaft stehender, namentlich ärmerer Meister, jene Institutionen allmählig wieder verfielen. Es muß aber auch bemerkt werden, daß die Genossenschaften zum Theil selbst die Schuld trugen, da sie ohne Mühe auf Kosten der ärmeren Berufsgenossen reich werden wollten, eine Erscheinung, die wir noch heute mehr als zur Genüge beobachten können. — War man nicht im Stande durch Befolgung rationeller Wirtschaft emporzukommen, so versuchte man es durch kleinliche, von der Selbstsucht diktierte Maßnahmen, welche bis zum heutigen Tage dem Zunftwesen den reaktionären und kirchthurnpolitischen Stempel aufgedrückt haben. Schon oben führten wir als Bedingung zur Zulassung zum Gewerbebetriebe die Mitgliedschaft einer Zunft an. Man trieb dies so weit, daß schließlich jeder Bürger, wollte er nicht der Verachtung und Verfolgung der Handwerker anheimfallen, einer Zunft beitreten mußte, auch wenn er gar kein Gewerbe betrieb. Die Söhne der Meister schrieb man schon bei der Geburt in die Zunft des Vaters ein. Gradezu unerhört und überaus anmaßend war es, gewisse Berufsklassen als zur Aufnahme in eine Zunft für unfähig zu erklären. Dazu gehörten: uneheliche Kinder, die Kinder der Gerichtsdienere, Leibeigene, — und dabei war der Handwerkerstand vornehmlich aus dieser Klasse hervorgegangen, — derjenige, welcher einen Erhenkten losgeschnitten, Stadt- und Frohnknechte, Nachtwächter, Bettelbögte, Gassenlehrer, Wald- und Feldhüter, Abdecker und Schinder, Schuster, Schweinschneider, Müller, Pfeiffer, Trompeter,leinweber, Bader und Böllner. Hinsichtlich der letzten sechs wurde durch Reichspolizei-Ordnung und kaiserliches Privilegium dieser Mißbrauch zwar abgestellt, erhielt sich aber bezüglich der übrigen noch Jahrhunderte lang fest. In vielen Gegenden sind heute noch Abdecker und Schinder anrücklich, selbst Musikanten und Weber werden, namentlich auf dem Lande von den Bauern, nicht für „voll“ angesehen. Die Nachtwächter achtet man heute wegen ihrer exekutiven Gewalt und wegen des Hauschlüssels, und die Bettelbögte, weil sie die Stromer verjagen. — Fürchtete man den Eintritt reicher und angesehenen Personen, so

machte man die Aufnahme von der Erfüllung erniedrigender und schwerer Bedingungen abhängig. So wurde es bei Kaufleuten Gebrauch, die Lehrlinge jahrelang die Stuben und Gassen kehren zu lassen. In einigen Orten, z. B. in Bergen, warf man sie ins Meer, zog sie dreimal unter einem Schiffe durch und schlug sie mit Ruthen blutig. Oder man hing sie eine halbe Stunde in einen Rauchfang und zündete unter ihnen Haare, Dünger und andere übelriechende Gegenstände an. Den „blinden Gehorsam und stehend essen“ finden wir zuweilen heute noch. — Um den Zudrang zum selbstständigen Gewerbebetriebe abzuhalten, dehnte man die Lehr- und Gesellenzeit übermäßig aus, wobei der Ausbentung jugendlicher Arbeitskräfte der möglich größte Spielraum gegeben war. — Sicherten sich die Zünfte durch obige Maßnahmen den ausschließlichen Betrieb des Gewerbes, so genügte ihnen dies zur Befestigung ihrer Existenz noch nicht, sondern sie übten auch ihren Einfluß auf Löhne und Preise aus. Die Lohntaxen bereicherten Einzelne auf Kosten Vieler, die Meister auf Kosten der Gesellen, verhinderten das Zuströmen zu lohnender Arbeit, verzögerten und erschwerten die Erfindung und Anwendung von technischen Hilfsmitteln und Maschinen, und machten den Arbeiter lässig und träge. Die Preistaxen waren eine Ungerechtigkeit und Bedrückung der Konsumenten und ein Hemmschuh der industriellen Entwicklung. Der Preis der Fabrikate wurde nach dem Preise des Stoffes, der Arbeit und des Kapitals berechnet. Da diese Preise aber den Schwankungen unterliegen, so hätte die Taxe fortwährend geändert werden müssen. Weil dies nun nicht geschah, so entsprachen die Preise der Waare selten dem wirklichen Werthe, und waren in der Regel zu hoch, was man am besten durch schlechte Stoffe und lobberige Arbeit bewirkte. Bei plötzlicher Preissteigerung der Rohstoffe gingen gewöhnlich die Waarenpreise schnell in die Höhe, im umgekehrten Falle änderte sich das Verhältniß nur sehr langsam. Man will heute namentlich bei Fleischern und Bäckern dieselbe Beobachtung gemacht haben, obschon für sie an manchen Orten noch polizeiliche Taxen bestehen. Die Konkurrenz trat damals aber auch schon als Regulator des Preises auf. Besonders lieferten die nicht dem Zunftzwange unterworfenen Handwerker auf dem Lande, ferner die sich noch vorfindenden hörigen Handwerker, billigere Waaren in die Städte, oder es kamen aus anderen Städten und Ländern

preismäßige Produkte auf den Markt. Dies führte zu den famosen Bestimmungen, daß der Verkauf fremder Waaren in einzelnen Städten und Ländern verboten und schließlich Handel und Gewerbe als nur für Städte berechnete Nahrungsquellen erklärt wurden. Eine Ausnahme hiervon machten nur etwa die Gewerbe, die zu ihrem Betriebe solche Rohprodukte gebrauchten, deren Transport nach der Stadt mit zu großen Kosten verknüpft war, wie beispielsweise die Töpferei und Ziegelfabrikation. Gewisse Handwerker, die seit undenklichen Zeiten mit der Landwirthschaft verbunden und oftmals eine Realgerechtigkeit waren, wie die der Schmiede, Stellmacher, Brauer, Brenner, Fleischer, Schenker und Bäcker, durften auf dem Lande betrieben werden. In Mecklenburg fanden sich solche Bestimmungen bis zur Einführung der deutschen Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 vor. Unter solchen Umständen kam es zuletzt zum Verbot der Niederlassung der Handwerker in Dörfern, d. h. zur interessantesten Beschränkung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Wir würden in unserer Zeit consequenterweise dieselben Erscheinungen erleben, wenn dem Drängen nach gesetzlichen Beschränkungen des Hausirens, der Wanderlager und Waarenauktionen, nach gesetzlicher Einführung zwangsweiser Lehrlings- und Gesellenprüfungen, an die sich gerechterweise dann die zwangsweisen Meisterprüfungen reihen müßten, und dem Verlangen nach Bestrafung des Kontraktbruches und nach obligatorischen Arbeitsbüchern, nachgegeben würde. — Die Furcht vor der Konkurrenz war eine so graufige, daß die Innungsgenossen die Zahl der Gesellen und Lehrlinge, die man auf einmal beschäftigen durfte, und die tägliche Arbeitszeit beschränkten. Man ging bis zum Verbot des Haltens fremder Gesellen. An einzelnen Orten durften Meister sogar nur eine gewisse Zahl von Stücken und Sorten der von ihnen in dem betreffenden Handwerke herzustellenden Fabrikate das Jahr hindurch anfertigen, und das Verdingen von Arbeitern im Ganzen verhinderte man gleichfalls. Die Unduldsamkeit erstreckte sich bis auf die Zerstörung solcher Arbeiten, die jemand, ohne Handwerker und Zünftler zu sein, für seinen eigenen Hausbedarf selbst angefertigt hatte.

Dieses ganze Verfahren kann man ohne Scheu eine systematische Vernichtung des Handwerks nennen. Es trug auch wirtschaftlich und sittlich die entsprechenden Früchte. Um es kurz zu sagen:

sämmtliche Leistungen gingen zurück, und es trat ökonomischer Ruin ein; das Ansehen und die Achtung der Genossen unter einander schwand, weil man sich als eine korporative Vereinigung zwecks Ausbeutung anderer fühlte, und nach außen war die moralische Fühlung verloren gegangen. Während man früher die Unterstützung durch die Zunft mittelst Kranken-, Begräbniß-, Wittwen- und Waisenunterstützungskassen als menschliche und christliche Pflicht ansah, entschlug man sich jetzt dadurch der Sorge um die Seinen und beutete nach dieser Richtung hin die Kräfte der Zünfte aus. Wir können wohl sagen, daß dieses der eklatanteste Beweis verfallener Moral war.

Die Gesellen, welche im Laufe der Zeit zu Vereinen zwecks Wahrung ihrer Interessen ebenfalls zusammengetreten waren, thaten es in jeder Beziehung, angeregt durch das Verhalten der Meister, diesen nach.

10.

Die Annahmen und Ausschreitungen, die sich die zünftigen Handwerker zu Schulden kommen ließen, riefen überall Opposition hervor und führten zu der lauten Forderung, die Zünfte, als der gewerblichen Entwicklung entgegenstehend, aufzuheben. Man hatte, wie z. B. in Bremen bei dem Schuhmachergewerbe, die Erfahrung gemacht, daß nicht zünftige Meister, Freimeister, besser und billiger arbeiteten, zu Wohlstand gelangten und daher auch steuerfähiger wurden. Das auch besonders, in Verbindung mit den zahllosen Klagen, veranlaßte viele Städte, die Aufhebung der Zünfte zu fordern. Der Münchener Hofrath, der Bremer Rath, und der Reichstag von 1672 beschäftigten sich mit dieser Auflösungsfrage, ohne vorerst entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Der Gedanke jedoch war angeregt. Bei der herrschenden Meinung und der sich gegen die Zünfte durchringenden Arbeitsfreiheit, die hervorragend im Princip und in der Praxis in Frankreich gepflegt wurde, war die Beiseitewerfung der officiellen Anerkennung der Zünfte so gut wie geschehen, und die Auflösung der bestehenden nur noch eine Frage der Zeit. In jene Zeit fällt auch die thatsächliche Durchführung des Handels- und Merkantilsystems, und die Umwandlung der Regierungsform in eine reine Autokratie, welche der Autonomie

(Selbstständigkeit) der Zünfte den Krieg erklären mußten. Hatte man einmal den Grundsatz staatsfinanzverwaltlicherseits anerkannt, daß das Ziel der volkswirthschaftlichen Thätigkeit die Besitzwerbung des ausländischen Geldes, wie überhaupt das Gelderwerben sein müsse, so konnte eine darauf hin gerichtete Politik nicht ausbleiben. Schwächte man die bis dahin in Deutschland gepflegte Selbstverwaltung, und sah man regierungsseits die Centralisation und das absolute monarchische Regiment als das den Staatszweck förderksamste an, so mußten Maßnahmen getroffen werden, dieses Regiment zu befestigen. Das Merkantilsystem und die Autokratie brauchten daher Geld. Jenes, weil es, wie gesagt, das Geld als Wirthschaftsziel ansah, diese, um mittelst reicher Mittel, Macht und Ansehen glanzvoll und dauernd befestigen zu können. Diese neue Wirthschaftspolitik mußte die Kräfte entfesseln, um den ausländischen Markt und somit ausländisches Geld zu gewinnen, und die neue Regierungspolitik brauchte entfesselte Kräfte, um die Steuerkraft zu erhöhen. Die Zünfte beschränkten die Freiheit der Arbeit, die Freiheit der Person, sie unterbanden daher der Entwicklung der Kräfte die Lebensadern und waren somit Feinde der um sich greifenden Wirthschafts- und Staatsideen.

In Deutschland war es insbesondere der große Kurfürst, Friedrich Wilhelm, welcher nach dem dreißigjährigen Kriege die Erstarkung des Staatsgebäudes in der Wiederauflebung des Handels und Gewerbes erkannte, und das Blühen des Landbaues dazu für durchaus nothwendig hielt. Dies vermochten aber die alten Zünfte und Korporationen nicht mehr. Es mußte an Stelle der gewerblichen Privatpolizei die Leitung der Staatsregierung treten. Das geschah auch. Friedrich Wilhelm konstituirte 1684 ein Commerzcollegium, etwa dem heutigen Handelsministerium entsprechend, nachdem er ein Jahr zuvor eine Kolonie in Guinea, und zwei Jahre vorher eine amerikanische Handelsgesellschaft gegründet hatte. Mit richtigem Scharfblick öffnete er auswärtigen, besonders wegen des Glaubens vertriebenen Gelehrten, Künstlern, Kaufleuten und Handwerkern seine Staaten und verlieh ihnen die vollen bürgerlichen Rechte. Zu Gunsten der einheimischen Industrie wurden Ausfuhrverbote inländischer Rohprodukte, wie Flachs, Hanf, Wolle, rohe Häute, Hopfen, Pumpen, und Einfuhrverbote ausländischer Fabrikate, als des Glases, Messings,

Zuges, vieler Kupfer-, Messing- und Eisenwaaren u. a. m. erlassen. Neue und erweiterte Industrien wurden durch Privilegien und Monopole begünstigt und selbst durch materielle Mittel unterstützt. Er richtete 1650 die ersten Posten ein, und ließ 1662 den Friedrich-Wilhelm-Kanal graben, der die Spree mit der Havel verbindet.

Was der große Kurfürst für Preußen war, das war der Landgraf Karl und seine nächsten Nachfolger für Hessen. Ganz besonderer Vergünstigungen erfreuten sich dort die durch Aufhebung des Edikts von Nantes vertriebenen und auch nach Hessen geflüchteten protestantischen Handwerker. Sie wurden zehn Jahre lang von allen Abgaben, mit Ausnahme der auf bereits erbauten und von ihnen erkauften bürgerlichen Häusern haftenden, befreit; sie konnten ihre gefertigten Waaren frei in und außer Landes verkaufen, mußten dieselben jedoch vorher im Lande zum Kauf anbieten; Meister, Gesellen und Lehrlinge nach Belieben annehmen und auch fremde Gesellen beschäftigen. Die zum Gewerbebetriebe und Haushalt erforderlichen Werkzeuge und Geräthe durften sie zollfrei einführen. Auf eine bestimmte Reihe von Jahren, die nach Ermessen des Landesherrn beliebig verlängert werden konnten, waren ihnen diese Privilegien gegeben, nebst voller Gewerbefreiheit, und diese Rechte gingen beim Tode des Vaters bis zur festgesetzten Zeit auf die Kinder über. Gute und ehrliche Arbeiter erhielten nöthigenfalls Vorrechte.

Wie in Preußen und Hessen, so nahmen auch die Regierungen in Württemberg, Braunschweig, Baden und Sachsen die Förderung der Gewerbe in die Hand und drängten die Zünfte zurück. Zu einer dauernden Aufhebung der Innungen kam es nirgends, wohl aber wurden sie durch die Hebung der außerhalb der Zünfte stehenden Gewerbetreibenden zu Gunsten der darniederliegenden Industrie geschwächt, so daß ihr Einfluß nicht mehr von Belang war.

Die weiteren, und selbst durch die Reichsregierung mittelst der Reichs-Zunftordnung unternommenen Maßregeln hinsichtlich der gesetzlichen Ordnung gewisser Zunfteinrichtungen und Abstellung vieler Mißbräuche, glauben wir hier übergehen zu dürfen, da sie ohne großen Einfluß auf die Entwicklung der Gewerbe gewesen zu sein scheinen. Hervorgehoben verdient zu werden, daß die Reichsgewerbeordnung

jedem den Zutritt zu einem Gewerbe gestattete, und eine Ausschließung ganzer Klassen der bürgerlichen Gesellschaft nunmehr unstatthaft war. Es genügt wol, wenn wir wiederholt darauf aufmerksam machen, daß allenthalben die Gewerbe- und Handelsfreiheit unter mäßigem staatlichem Schutz der Industrie zur Erlangung erhöhter Konkurrenzfähigkeit anerkannt und durchgeführt wurden.

11.

Die fernere Entwicklungsperiode des deutschen Handwerks war im Großen und Ganzen einem Ziele, dem der Gewerbefreiheit, zuzusteuern, welche durch die Umgestaltung der Produktionsweise bedingt war. Während vordem überwiegend der Mensch mit Handwerkszeugen der Hauptarbeitsfaktor war, und nur wenige technische Hilfsmittel angewandt wurden, sehen wir wie im 18. Jahrhundert, von England ausgehend, die Maschine, getrieben von der Dampfkraft, die Menschenhände ersetzt und die sogenannte Massenproduktion ermöglicht. Sie griff in alle Erwerbsverhältnisse ein und gestaltete Bestehendes und Herkömmliches in nie geahnter Weise um. Damit ging die Vermehrung der Bedürfnisse und gesteigerte Befriedigung Hand in Hand. Die Wissenschaft stellt sich in den Dienst der Industrie, und die Erfüllung des Staatszwecks wird nicht zum geringsten Theil in der erhöhten und vervollkommenen industriellen Leistungsfähigkeit gesucht. Es ist vielleicht zu weit gegangen, aber es liegt eine gewisse Berechtigung darin, zu behaupten, es haben alle Wissensgebiete ihre Resultate dem Gewerbsleben zur Verfügung zu stellen, und bei aller Freiheit der Ernährungsfelder muß die gesammte gesetzgeberische Thätigkeit, unter Befestigung des sittlichen Lebens, die stete Vervollkommenung der Erwerbsfähigkeit zum Endzwecke haben. Diese Principien lagen allen Maßnahmen zu Grunde, die seitens der verschiedenen autokratischen Regierungen bis in die erste Hälfte dieses Jahrhunderts hinsichtlich der Gewerbe und des Handels unternommen wurden. Die politischen Bewegungen Europas seit Ende des vorigen Jahrhunderts bis zur Stunde haben jene Anschauungen nicht zerstört, sondern in Fleisch und Blut der Völker übertragen, indem jede Regierungsform, bis zu der republikanischen, dieselben als die ihrigen annahm. Wo das nicht geschah, oder

nicht geschieht, sind die nachtheiligen Folgen greifbar, und es ist über kurz oder lang eine Umkehr nothwendig.

In den gewerbegesetzlichen und gewerbepolizeilichen Bestimmungen der deutschen Staaten bis zur jetzt geltenden Gewerbeordnungen zeigt sich mehr oder weniger die Gewerbefreiheit. Andere Gesetze begünstigten die Freizügigkeit und stellen die Freiheit der Person als Anfangs- und Ausgangspunkt hin. Dagegen sehen wir, der Zeit und den Verhältnissen entsprechend, auch noch Einschränkungen. Viele davon mögen unzweckmäßig und hinderlich erscheinen, aber es dokumentirt sich in ihnen das Verlangen der einheitlichen Regelung mit Ausschluß ungesetzlicher und willkürlicher Maßnahmen der Interessenten gegen Interessenten. An Stelle des Beliebens ist geordneter Zustand getreten.

Die zünftigen Meister und diejenigen, welche stets Aufbesserung ihrer Verhältnisse außerhalb sich suchen, verlangen zwar bis heute durch Gesetzeszwang die Einengung der Gewerbetreibenden in Korporationen. Die bessere Einsicht verschaffte sich jedoch noch immer Geltung. Erzielten reaktionäre Anläufe auch Erfolge, so waren sie nur unbedeutend oder ohne langen Bestand. Jedenfalls führten die gewerbepolitischen Kämpfe dieses Jahrhunderts zum Siege der Freihandelsideen, wenn auch die Gewerbefreiheit zuweilen noch eine bedingte war. Es hängt dies auch mit der politischen Entwicklung der einzelnen Staaten zusammen.

So war es Preußen, welches den aufgeregten Bedenken über die Zweckmäßigkeit der Gewerbefreiheit in dem Gesetze vom 30. Mai 1820 Ausdruck gab. Je nach dem Ausfall der beabsichtigten Revision sollten die Gewerbe in den einzelnen Landestheilen, wo es nöthig war, verbessert, ergänzt oder durch neue Anordnungen ersetzt werden. Die 1807 und 1808 proclamirten Grundsätze der Freiheit der Arbeit, das am 8. September 1804 sanktionirte Grundrecht der Freizügigkeit konnten nicht erschüttert werden, wenn auch die Beschränkungen und Erschwerungen der Verheirathung, der Niederlassung, der Ansiedelung und festen Heimathsbegründung störend auf das Erwerbsleben wirkten. Anderen deutschen Staaten verdanken wir noch mehr die Durchführung freiheitlicher Principien. Die Begründung des deutschen Zoll- und Handelsvereins 1828 bzw. 1832 war der mächtigste Hebel zur einheitlichen Gestaltung der Gesetzgebung in Handel und Gewerbe

und einer sich daraus entwickelnden deutschen Arbeit. Es kann uns daher nicht wunder nehmen, wenn die preussische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 mit den Principien des Zollvereins nicht in Widerspruch geräth. Die vorherrschende Tendenz dieses Gesetzes ging deshalb auch dahin, die Freiheit der Gewerbetreibenden möglichst zu schützen, den freien Gewerbetreibenden durch freie Genossenschaften zur Selbstständigkeit zu erziehen, durch letztere die Freiheit und Sittlichkeit des Einzelnen, wie des Ganzen zu begründen, und dadurch eine den Bedürfnissen der Gewerbetreibenden jener Zeit entsprechende Freiheit zu entwickeln. Die gesammte Verwaltung des Gewerbewesens concentrirt sich gegenwärtig in dem 1848 gebildeten Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Die Bewegungen des Handwerkerstandes im Jahre 1848, die einen zünftlerischen Character hatten, brachten in der That die schönsten rückläufigen Anschauungen zu Tage, die in Arbeitsabgrenzung und deren Konsequenz, in Prüfungspflicht und den damit zusammenhängenden festen Bestimmungen der Lehrlings- und Gesellenzeit und in den alten Zünften vornehmlich bestanden. Als eine neue Schöpfung der damaligen Bewegung haben wir das Institut der Gewerberäthe zu verzeichnen, die niemals lebensfähig geworden. Zur Förderung der allgemeinen Interessen des Handels und gewerblichen Verkehrs bestehen Handelskammern, die französischen Ursprungs sind, und mittelst Verordnung vom 11. Februar 1848 allgemein eingeführt wurden, da sie sich in der Rheinprovinz bewährt hatten. Zur näheren Orientirung für unsere Leser weisen wir darauf hin, daß bis zur Einführung der deutschen Gewerbeordnung, in Preußen die Grundlage des Gewerberectes bildeten: Die Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, die Verordnungen vom 1. August 1846, 11. Februar 1848, 9. Februar 1849, die Gesetze vom 3. April und 15. Mai 1854, und die Gesetze vom 22. Juni und 1. Juli 1861. —

In den übrigen deutschen Staaten war meist eher wie in Preußen die gewerbliche Freiheit zur Durchführung gebracht worden. In Nassau hatten dieselbe die Edicte vom 10. und 14. Februar 1809 und vom 1. und 3. September 1812 angebahnt, und sie war durch Gesetz vom 1. Juli 1849 zur vollen Geltung gekommen. Das Gesetz vom 3. April 1848 trug jedoch den damaligen reaktionären Bestrebungen der Handwerker auf gewerbegesetzlichem Gebiete Rechnung,

und ging noch hinter 1809 zurück. Erst im Jahre 1860 gelang es dem Ministerium selbst durch Gesetz von 1. Juni die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit als Grundlage der Arbeit hinzustellen. — Nächste Nassau müssen wir Bremen erwähnen, welches insbesondere, nachdem mittelst Verordnung vom 26. Februar 1814 die Zünfte wieder hergestellt worden waren, durch Gesetz vom 4. April 1861 die Gewerbefreiheit proklamirte. Das Gleiche geschah in demselben Jahre in Oldenburg durch Gesetz vom 11./23. Juli, und ein Jahr später im Königreich Sachsen durch Gesetz vom 1. Januar 1862. Baden bekannte sich durch publicirtes Gesetz vom 20. September 1862, Württemberg gründlich durch die Gewerbeordnung vom 12. Januar 1862, Weimar durch ein gleiches vom 30. April 1862, Meiningen durch Gesetz vom 16. Juni 1862, Gotha durch Gesetz vom 21. März 1863, Sachsen-Altenburg durch Gesetz vom 31. März 1863, wenn auch weniger freisinnig, Ruß jüngere Linie durch Gewerbeordnung vom 1. Juli 1863, Koburg durch Gesetz vom 1. Juli 1863, Waldeck durch Gesetz vom 24. Juni 1862 und Braunschweig durch Gesetz vom 3. August 1864 zur Gewerbefreiheit. Allmählig kamen auch Hamburg, Frankfurt a. M., Kurfürstenthum Hessen, Großherzogthum Hessen, Anhalt, Bernburg und Hannover nach. — Was Baiern betrifft, so war mit Ausnahme von Rheinbaiern, bis zur Einführung der deutschen Gewerbeordnung eine ziemlich gesetzliche Beschränkung des Gewerbetriebes, indem zum Betriebe der meisten Gewerbe die Concession erforderlich war, welche besonders von dem Nachweise der persönlichen Befähigung des Bewerbers abhing, und davon, ob der Ort, wo der Betreffende sich niederlassen wollte, auch den Mann bei Fleiß und im Besitze der unentbehrlichsten Hilfsmittel zum Beginn des Unternehmens, zu ernähren im Stande sein würde. Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräthe konnten nach Bedürfnis auf Grund der Instruktion vom 20. Mai 1862 gebildet werden. — Das Zunftwesen in größerer oder geringerer Starrheit hatte sich in Schwarzburg-Sondershausen, Hessen-Homburg, Lichtenstein, Schwarzburg-Rudolstadt, Lippe-Deimold, Lippe-Schaumburg, Schleswig-Holstein und Lauenburg, im Mecklenburgischen und Lübeckischen, in letzteren beiden am reinsten, erhalten. Wie es beispielsweise in Mecklenburg ausgesehen haben mag, kann man sich vorstellen, wenn man hört, daß durch die Steuerreform vom 1. October 1863 es gestattet war, Mühlenfabrikate,

Malz, Brot und frisches Fleisch, wenn auch unter schweren Bedingungen, vom Lande in die Stadt zu bringen. Seit jener Zeit durften auch die Dorfhandwerker, Schmiede, Rademacher u. s. w. sich einige Gehilfen halten.

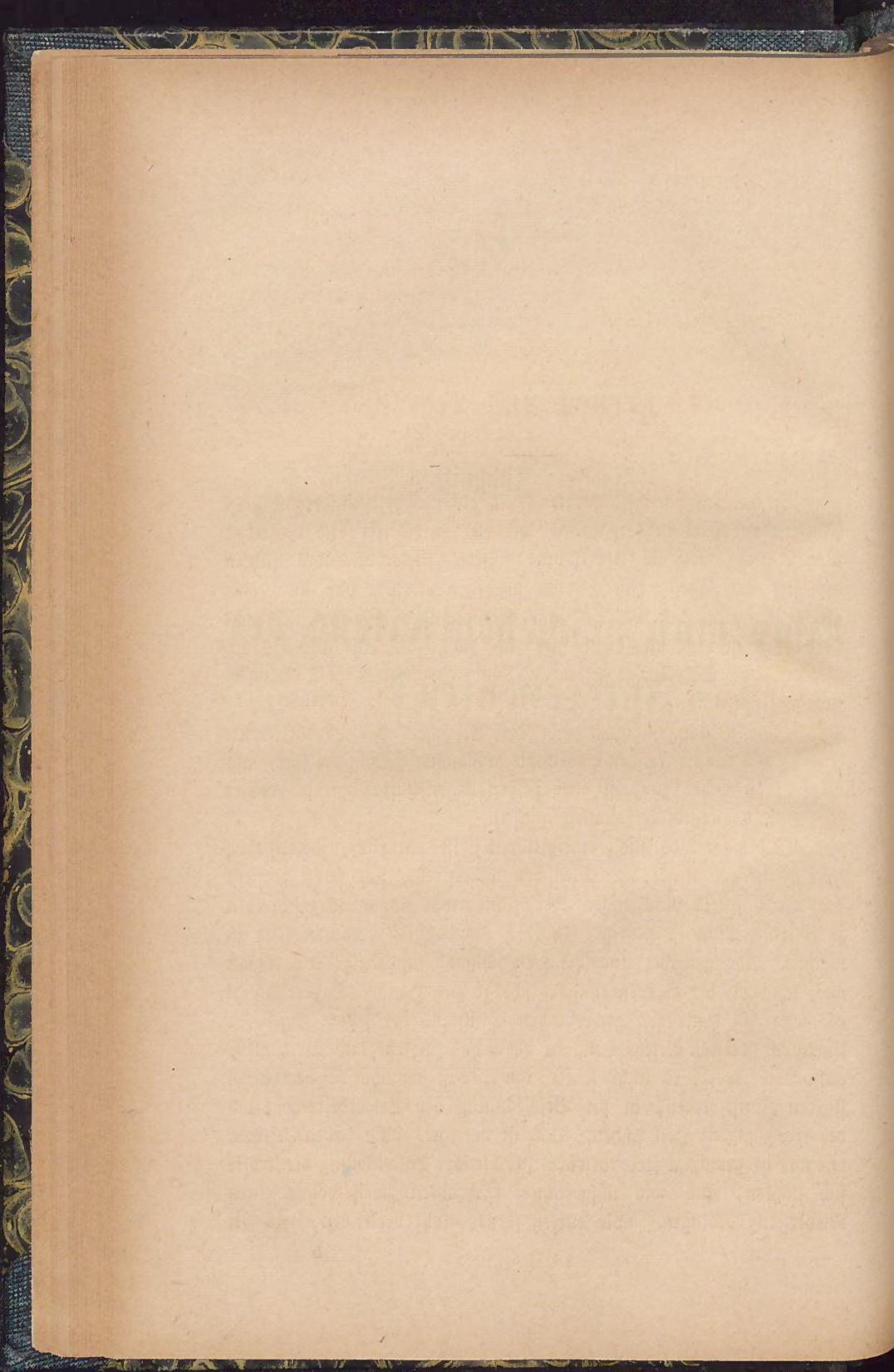
Interessant ist es zu sehen, wie in Deutschland anfangs der sechziger Jahre eine förmliche Umwälzung der gewerblichen Gesetzgebung in mehr freiheitlichem Sinne als bisher vor sich ging.

Wir wiederholen, daß es uns bei unserer geschichtlichen Darstellung der Entwicklung des deutschen Handwerks und seiner Träger auf Einfachheit ankam, um in schlichter Weise in weitere Kreise Einblick in vergangene Zustände tragen zu helfen. Besonders wünschen wir aber daraus die Lehre gezogen zu sehen, daß die Blüthe des deutschen Handwerkes im 14. und 15. Jahrhundert auf der ausgedehntesten genossenschaftlichen Selbsthilfe, der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit beruhte, und sein Verfall an den Egoismus, die Beschränkung der Erwerbsfreiheit und die Beeinträchtigung der freien persönlichen Bewegung sich knüpft. —

Lernen sollen wir aus der Geschichte! —

Zweiter Abschnitt.

Was muß geschehen seitens der
Interessenten?



I. Lernen und Lehren.

In den einleitenden Worten zum ersten Theil unserer Schrift haben wir bereits hervorgehoben, wie die Handwerker und denselben Nahestehende wol die Uebelstände unseres Gewerbestandes fühlen und sich auch sagen, daß „etwas geschehen müsse“, daß aber eine genaue Kenntniß der Mängel und der wichtigen Abhilfsmittel nicht vorhanden ist. Es macht sich hier eine ganz natürliche und deshalb entschuldbare Strömung geltend. Kein Handwerker will nämlich einsehen, daß uns

die Leistungsfähigkeit und der Geschmack des producirenden und konsumirenden Publikums abhanden gekommen sind, und daß daher zunächst diese beiden Eigenschaften wieder erobert und ausgebildet werden müssen.

Daß man dies nicht einsehen will, ist natürlich, sagten wir, weil es in der Regel dem Menschen widerstrebt, sich selbst zumeist die Schuld seines Rückganges oder Nichtvorwärtstkommens zuschreiben zu sollen. Man ist geneigt, anderes und andere verantwortlich zu machen. Das gewährt einestheils Beruhigung, anderntheils hat man auch schneller die Verbesserungsvorschläge zur Hand. Daher kommt es, daß man heute den gewerblichen Stillstand der sogen. zügellosen liberalen, freieren Gesetzgebung in die Schuhe schiebt und zur Umkehr auffordert, wobei es nicht fehlen kann, daß manche in den alten starren Zunftformen, in der Beschränkung der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit Heil suchen. Das ist verkehrt. Wir haben gesehen, wie nur in gemäßigt frei vorwärts schreitender Entwicklung die Kräfte sich stärken, und wie aufgerichtete Schranken zweifelsohne einen Niedergang bedingen. Wir dürfen ferner nicht vergessen, wie bei

dem heutigen Verkehrsweisen, wo die ganze Welt immer mehr nur eine Familie wird, bei der Benützung der Dampfkraft und der technischen Erfindungen und dem Hineinbeziehen der Wissenschaften in das Erwerbsleben, jedwede gesetzliche Beengung von dem treibenden Schaffensgeiste verspottet und zersprengt werden müsse. Jedes „Halt“ wäre nur eine „Ironie der ewigen Bewegung.“ — Und was könnten denn auch Gesetze thun? Würden Erschwerungen des Meister- und Gesellenwerdens, gesetzliche Beschränkungen des Niederlassungs- und Verehelichungsrechtes, würde der Zwang irgend einer Zunft angehören zu müssen, um ein Gewerbe betreiben zu können, die Leistungsfähigkeit bei der Anfertigung von gewerblichen Erzeugnissen erhöhen? Es wäre möglich, daß man eine Zeit lang die Handwerkerzahl beschränken und somit den Verdienst derselben vergrößern könnte, aber sicher würde dies auf Kosten der Produkte und der Konsumenten geschehen. Da aber ein jeder für alle diejenigen Artikel Konsument ist, die er nicht selbst macht, so sind wir alle mehr Konsument als Producent, und es träte durch obige Beschränkungen eine ungemeine Schädigung Aller ein. Wo die Konkurrenz nicht mehr bestünde, läge auch keine Veranlassung zu größerer Tüchtigkeit vor, und wir würden bald schlechte Fabrikate mit gutem Gelde bezahlen müssen. Anstatt der Rettung des Gewerbes und seiner Träger, träte die Erschlaffung und Vernichtung ein, wie wir solche im 16. und 17. Jahrhundert in Deutschland gesehen haben. Schutzzölle und Prohibitivmaßregeln könnten wohl auf eine gewisse Zeit ausländische Fabrikate fern halten, und dadurch die einheimischen Gewerbetreibenden schützen, aber sehr bald müßten diese Dämme gegenüber der Politik unserer Nachbarstaaten weichen, oder diese kämpften gegen uns mit gleichen Waffen. Im ersteren Falle hätten uns unsere eigenen Maßnahmen nichts genützt, im Gegentheil, die aufs neue gewonnene Gewerbefreiheit fände uns viel schwächer und zermalmt uns vollends, und im letzteren Falle würden wir vom nachbarlichen Verkehr ausgeschlossen, allmählig erstarren und zu Grunde gehen, wie beispielsweise der Gewerbetreibende, welcher das ganze Jahr seine Werkstätte nicht verläßt und für den Fortschritt kein Interesse zeigt.

Wir müssen daher von gesetzlichen Beschränkungen und von der Verklümmernng von Freiheiten absehen, und verdammen damit alle Veranstaltungen und Vorkehrungen, welche heute den Handwerkerstand

auf das politische Gebiet zwecks der Aufbesserung der Gewerbe hinüberführen. Diese Agitationen haben noch den unberechenbaren Schaden, daß sie ganze Erwerbsklassen von den wirklichen Zielen ablenken, mit trügerischen Hoffnungen nähren und die politischen Parteien nach den Berufsclassen gliedern. Es sind Hegerereien, welche die Unzufriedenheit und den Klassenkampf schüren, sociale Kriegsheere, aber keine sociale Erwerbskolonnen formiren. Die besten Kräfte vergeudet man auf dem politischen Dilettanten-Theater, während man für die Welt der Wirklichkeit invalid ist. Dergleichen haben niemals das Gewerbe gehoben. Wir haben dies anfangs der dreißiger und Ende der vierziger Jahre gesehen. Aber eins haben sie im Gefolge gehabt: die Aufrüttelung der Geister. Nachdem der politische Hader vorüber, und die Ernüchterung eingetreten, gründete man Gewerbevereine und errichtete Gewerbe-, Sonntags- und polytechnische Schulen. Es war hiermit eine dauernde Vereinigung von Gewerbetreibenden und die Anregung zu ihrer tüchtigeren Ausbildung gegeben. Die erschütternden vierziger Jahre trieben die Hoffnungen der Handwerker noch höher. Als böse Frucht mögen einige unzuweckmäßige Einrichtungen (z. B. Gewerberäthe) und reaktionäre Maßnahmen gewesen sein. Das Gute war, daß man sich in vermehrten Vereinigungen wiederfand und die Lösung der Kreditfrage des Handwerkers in die Hand nahm. Die Verdienste eines Dr. Schulze-Delitzsch in den Vorschuß- und Kreditvereinen sind zu allgemein bekannt, als daß wir des Näheren darauf einzugehen brauchen. Die allgemeine geschäftliche Misere seit Anfang 1873 trieb, wie schon gesagt, den deutschen Handwerker als solchen abermals aufs politische Feld, und auf dem glaubte er das erobern zu können, was er auf dem wirthschaftlichen eingebüßt. Bis jetzt hat er sich getäuscht, und wir verzeichnen auch diesmal als wohlthätige Nachwirkung die lebhafter denn je ventilirte Frage, was denn eigentlich zu thun sei?

Hat auf dem politischen Gebiete in den dreißiger, vierziger und auch bis jetzt, in den siebziger Jahren, für die Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks kein Heil gelegen, und hat es sich vielmehr gezeigt, daß durch dauernde Vereinsthätigkeit und Pflege des genossenschaftlichen Geistes mehr zu erwarten ist, so müssen wir wiederum an diese Selbstthätigkeit appelliren. Da aber, wie wir meinen, die bestehenden Vereine allgemein bis jetzt nur wenig gethan, die Kredit-

genossenschaften vorwiegend die materiellen Mittel zum Gewerbebetriebe beschafft haben, darf das Arbeitsfeld der Selbsthilfe noch lange nicht begrenzt und abgesteckt sein. Die zu enge Begrenzung und geringe Pflege hatte die Leistungsunfähigkeit und die allgemeine Geschmackslosigkeit im Gefolge. Leistung und Geschmack sind Produkte der Erziehung und können daher nur durch „Lernen und Lehren“ erzeugt werden. Lehrmeister kann aber nur, als zur Sache kompetent, zunächst der Handwerker und Gewerbetreibende selbst sein, an die wir uns hier wenden. Die grundlegende Schule ist das Vereinsleben mit dem dabei stattfindendem Austausch der Erfahrungen unter Anwendung aller möglichen Mittel zur Realisirung von Wünschen und Hoffnungen erhöhterer Erwerbstätigkeit.

Wir stellen daher als hauptsächlichste Forderung das „Lernen und Lehren“ auf, und glauben dies durch folgende Mittel zu erreichen.

1. Gewerbliche Ausstellungen.

Die Nothwendigkeit und Nützlichkeit gewerblicher Ausstellungen sind heute so allgemein anerkannt, daß es deshalb einer längeren Beweisführung nicht bedarf. Einer über Ausstellungen kursirenden falschen Ansicht jedoch müssen wir hier entgegentreten, und das ist die, daß man im großen Publikum annimmt, sie seien nur dazu da, um den Kundenkreis zu erweitern. Diese irrige Anschauung ist dadurch entstanden, daß man meint, es handle sich um Kunden, wenn durch den Zusammenfluß verschiedenster Industrieerzeugnisse auf einem Punkte die Konkurrenz gefördert werden solle. Unter Konkurrenz wolle man aber verstehen den Wettstreit an tüchtiger, geschmackvoller Leistung unter entsprechendem Preise, und die gegebene Möglichkeit durch den Augenschein zu lernen und zu lehren. So aufgefaßt ist die Ausstellung als der mächtigste Hebel auf dem Gebiete der Industrie und des Handels anerkannt worden. Sie fordert die Producenten auf, in den Wettkampf auf öffentlicher Arena einzutreten; sie ruft die Bevölkerung zum Schiedsrichter über alle Arten menschlicher Leistungsfähigkeit, und sie übt einen gewaltigen Einfluß auf die Ausbildung nicht allein der produktiven, sondern auch der konsumtiven Anstalten und Kräfte. — Die öffentlichen Ausstellungen sind neueren Datums. Wenn wir nicht irren begannen dieselben 1798 in Frankreich

und wurden zuerst deutscherseits 1812 in Württemberg durch König Friedrich eingeführt. Es folgten darauf Baden, Hessen, die sächsischen Staaten, Baiern und Preußen. Das waren Landes-Industrie-Ausstellungen, denen sich bald Lokal-, Bezirks- und Kreisausstellungen angeschlossen. Die erste allgemeine deutsche Industrieausstellung, veranstaltet vom deutschen Zoll-Verein, geschah 1844 zu Berlin, und hatte nicht nur eine bedeutungsvolle Rückwirkung auf die Entwicklung des Gewerbefleißes, sondern sie gab auch den Anstoß zu einer Reihe volkswirthschaftlicher Fortschritte und Verbesserungen auf den Gebieten der Gesetzgebung und der Vereinsthätigkeit. — Die erste internationale oder Weltausstellung fand 1851 zu London statt. Der Schöpfer dieser Weltkonferenzen ist der dadurch unsterblich gewordene vortreffliche Prinz Albert von Sachsen-Koburg, Gemahl der Königin Victoria von England. Unter seinem Vorsitz erließ 1850 eine Kommission englischer Notabilitäten ersten Ranges, mit Unterstützung und Vermittelung der Königl. Großbritannischen Regierung, eine Einladung an alle Völker der Erde, sich an einer im Jahre 1851 abzuhaltenden „Univerfellen Kunst- und Industrie-Ausstellung“ in London zu betheiligen, und darin wurde gesagt: „Diese Ausstellung soll ein treues Zeugniß und lebendiges Bild sein von dem Standpunkte der Entwicklung, zu welchem die ganze Menschheit gelangt ist, und einen neuen Höhepunkt geben, von welchem aus alle Völker ihre ferneren Bestrebungen in gewisse Richtungen zu bringen vermögen; sie soll die Ueberzeugung hervorrufen, daß diese Bestrebungen nur in dem Maße zur Verwirklichung gelangen können, wie wir uns gegenseitig Hilfe zu leisten bereit sind, — also allein durch Frieden, Liebe und bereitwilligen Beistand, nicht nur unter den einzelnen Menschen, sondern auch unter den Nationen der Erde.“ — Diesen schlichten aber erhabenen Worten ist nichts weiter hinzuzufügen als daß sie überall bald praktisch ausgeführt werden möchten. — An weiteren internationalen Ausstellungen, wo die Völker der Erde Universal-Konferenzen hielten, sich wechselseitig ihre Dienstleistungen durch den Austausch der Erzeugnisse ihres Fleißes und ihrer Intelligenz auf allen Thätigkeitsgebieten anboten, sich gegenseitig über die weitere Entwicklung der Menschheit beriethen und belehrten, folgten die zu New-York (1853), Paris (1855, 1867), London (1862), Dublin (1863), Wien (1873) und Philadelphia (1876).

Bei all diesen Ausstellungen wurde, wie bereits oben angeführt, zweierlei im Auge behalten, die Belebung des Sinnes für gewerbliche Unternehmungen und Leistungen, und die Anknüpfung neuer Tauschbeziehungen, oder kürzer: Industrie und Handel. — Mit Beiseitelassung des merkantilen Zweckes fand im Sommer 1872 auf Veranlassung der Universität in Moskau eine sogenannte *polytechnische* Universal-Ausstellung statt, wozu die Industriellen Muster ihrer Fabrikate, ihrer Roh- und Zwischenprodukte, die bei ihnen in Anwendung kommenden Maschinen, Werkzeuge und andere Illustrationen ihrer Arbeitsprozesse zur Ausstellung bringen sollten. Es konnte keineswegs fehlen, daß dabei die Interessenten nicht auch kommerzielle Ziele verfolgten und erreichten.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen gehen wir zu denjenigen Ausstellungen über, wie wir solche als praktische Mittel zur Hebung des Handwerkerstandes vorschlagen zu müssen meinen, und wie diese seitens der verschiedenen Vereine der Veranstaltung harren.

Es ist erforderlich, daß in der einfachsten und daher natürlichsten Weise vorgegangen wird.

Zunächst ist

a. die Ausstellung eines oder mehrerer Gegenstände in den Vereinsabenden, wo möglich in regelmäßig wiederkehrenden Zwischenräumen, vorzunehmen. Man hat dabei einen erklärenden und belehrenden Vortrag zu halten, und wenn es angänglich, mehrere Abbildungen des ausgestellten Gegenstandes herumgehen zu lassen. Die Gegenstände können sein, Rohstoffe, Zwischenprodukte, Fabrikate, Maschinen, Hilfsmaschinen und Handwerkszeuge. Wir brauchen wol nicht darauf hinzuweisen, daß die betreffenden Erläuterungen der eingehendsten Vorstudien bedürfen, und sich über Gewinnung selbst, Fundort und Verwerthung der Stoffe, über die Herstellung, Verwendung, Herstellungs-, und Verwendungs- resp. Absatzgebiete des Fabrikats, über die Anwendung der bei der Produktion nothwendigen Maschinen und Werkzeuge u. dgl. m. erstrecken müssen. Wenn es geht, wird man auch gut thun, zur vergleichenden Prüfung anderes, Geringeres oder Besseres derselben Gattung oder Art vorzuführen. Es ist selbstverständlich auf eine rege Debatte der Interessenten hinzuwirken, um nicht blos für die Hörenden einen größeren Nutzen, sondern auch einen Austausch der

Ansichten und Erfahrungen zu erzielen. Man wolle aber nicht meinen, die zur Anschauung kommenden Objekte müssen immer fremde, nicht am Orte oder in der Umgegend gewonnene, hergestellte oder gebrauchte sein.

Wir haben recht viele Vereine getroffen, in denen wie angedeutet verfahren wurde. So hat der Gewerbeverein zu Gera in dem kurzen Zeitraume von zwei Jahren an seinen Versammlungsabenden u. a. ein in Prag gefertigtes Modell einer Heißluftmaschine, welche mit Gas geheizt wurde, physikalische und chemische Apparate, Maschinen und einen Webstuhl mit Jacquardmaschine in Thätigkeit gesehen. Man beobachtete das Blasen, Spinnen und Weben des Glases, und erhielt einen Einblick in die praktische Thätigkeit der Steindrucker; die Fabrikation des Porzellans, der Paraffins, der Jute wurde durch Vorführung der Rohprodukte und der daraus gewonnenen Kunstprodukte in den verschiedensten Stadien der Entwicklung gezeigt; es arbeiteten Telegraphenapparate; Wirthschaftsgeräthe, Schlosser-, Klempner-, Tischler-, Buchbinder-, Sattler-, Schuhmacher-, Böttcher-, Korbmacher-, Seiler- und lithographische Arbeiten wurden ausgestellt; Modelle mannigfachster Art, eine Menge von Zeichnungen, Rohprodukten u. s. w. lagen aus, und in fast jeder Versammlung wurde ein gewerblicher Gegenstand zur Befichtigung gestellt. — Wie dieser Verein, so verfuhr der seit 1824 bestehende Kunst- und Gewerbeverein zu Koburg, von dem wir sagen müssen, daß er wol einer der tüchtigsten ist, was wol auch auf Rechnung seines langen Bestehens zu setzen sein dürfte. — Es empfiehlt sich auch, wie dies seit 1868 der Gewerbeverein in Ansbach gethan hat, auf Kosten des Vereins neue technische Muster und Werkzeuge anzuschaffen, welche längere Zeit im Lesezimmer oder in sonstigen geeigneten Lokalitäten ausgestellt und dann in den Vereinsversammlungen versteigert werden, um dadurch wieder Mittel zu weiteren Anschaffungen zu gewinnen. Dabei ist bei den Erwerbungen Bedacht zu nehmen, daß hauptsächlich solche Werkzeuge und Werkzeugmaschinen berücksichtigt werden, welche von neuer oder gegen früher verbesserter Konstruktion sind und an dem betreffenden Anschaffungsorte noch nicht gebraucht wurden. Wo man so verfuhr, hat man stets guten Erfolg erzielt, und es führte zu Nachbestellungen weiterer Exemplare von Maschinen seitens der Industriellen. Der so eben genannte Verein kaufte, stellte aus und versteigerte in jüngster

Zeit u. a. eine Fraismaschine für Holzarbeiten, (600 fl. Südb. W.); eine Lederverriemen-Schneidmaschine, (10 fl.); eine Lochmaschine mit Tisch und Zubehör, (80 fl.); eine Blechsheere, (36 fl.); eine Reifbiegmaschine, (82 fl.) und eine Rundschneid-Blechsheere, (100 fl.). — Eine Versteigerung ist nicht unbedingt nothwendig, sie hat meist nur den Zweck, einen den Selbstkostenpreis übersteigenden Ueberschuß im Interesse der Vereins-Kasse zu erzielen. Es kann ebenso gut ein Verkauf aus freier Hand stattfinden. Es wird ferner darauf zu sehen sein, daß durch Uebung, längeren und richtigen Gebrauch die Vortheile des neuen Hilfsmittels bekannt werden. Wir setzen dabei die Bereitwilligkeit sachkundiger Genossen voraus. — Es ist auch denkbar, daß Fabrikanten von Werkzeugmaschinen u. dergl. Exemplare ihre Fabrikate Vereinen zur Belehrung, wo möglich unter zeitweiliger Leitung eines Sachverständigen, unentgeltlich leihen, um dadurch Kunden erwerben.

Ferner ist ein ganz besonderes Gewicht auf

b. örtliche Gewerbe-Ausstellungen

zu legen. Wir haben seit Jahren die persönliche Wahrnehmung gemacht, daß die Handwerker von der Zweckmäßigkeit solcher Konkurrenz-ausstellungen der Gewerbetreibenden eines Ortes mehr als bisher durchdrungen sind und auch welche veranstalten. Nach dem unsererseits gesammelten Material scheint die erste lokale Gewerbe-Ausstellung in Deutschland, im Jahre 1825 zu Koburg, veranstaltet vom dortigen Kunst- und Gewerbeverein, stattgefunden zu haben. Obwol seit mehr als 50 Jahren die Zahl solcher Ausstellungen recht ansehnlich gestiegen ist, so ist sie noch lange nicht so groß, als sie der Nothwendigkeit nach sein müßte. Es könnte jede Stadt ihre jährliche Gewerbeausstellung haben, wozu natürlich ein Verein erforderlich, der sich auch dieser Aufgabe unterzöge. Was eine internationale Ausstellung in erzieherischer und sittlicher Hinsicht für die Völker der Erde, in gewerblicher und merkantiler für die betreffenden Interessentkreise ist, ganz dasselbe ist eine lokale Ausstellung für die Bewohner des Ortes und seiner Umgebung, für den örtlichen Handel und das örtliche Gewerbe. Wir wagen sogar die Behauptung, daß die letzteren, die lokalen Ausstellungen, für die Belebung des Kleingewerbes wichtiger sind als die internationalen. Es bilden ja auch die engbegrenzten Ausstellungen die nothwendige Voraussetzung zu umfassenden Aus-

stellungen der Weltindustrie, diese hätten gewiß nicht epochemachend gewirkt, wenn jene nicht prüfend vorausgegangen wären. — Vor allem ist zur Entfaltung des örtlichen Gewerbes das Heraustrreten der Handwerker mit ihren Leistungen auf den Konkurrenzplatz notwendig. Wo solche Wettkämpfe nicht stattfinden, kennen weder die Konsumenten noch die Gewerbetreibenden ein und desselben Berufes die Leistungsfähigkeit des Heimathsortes. Man ist bei dem Eingehen von Geschäftsverbindungen auf das Urtheil eines Freundes und auf oft recht traurige und kostspielige Erfahrungen angewiesen, weshalb es nicht selten geschieht, daß man seinen Bedarf lieber in einem der nächstliegenden größeren Orte deckt, wo eine reichere Auswahl bezw. größere Dessenlichkeit der Produkte geboten ist. Das Publikum muß selbst sehen um wählen zu können. Örtliche Ausstellungen sind ferner ein mächtiger Hebel des berechtigten Ehrgeizes der Handwerker untereinander, sie sind die Förderer des auf Intelligenz und Fleiß basirenden Standesbewußtseins und der Berufsehre, und heben die Träger des Gewerbes in der allgemeinen Achtung. Für beides kann aber nicht genug geschehen.

Wir geben nun zur Durchführung einer Lokal-Gewerbeausstellung einige praktische Winke.

Ein Gewerbe-, Handwerker- selbst Bildungsverein, oder irgend eine Vereinigung, der an der Entwicklung des Gewerbes liegt, unterzieht sich diesem Unternehmen. Es ist rathsam möglichst früh im Jahre die Vorarbeiten in die Hand zu nehmen, und die Ausstellung selbst im September zu veranstalten. Die oberste oder Allgemeinleitung wird entweder der Vereinsvorstandschafft oder einer besonderen Ausstellungskommission übertragen. Bei der Zahl der Kommissionsmitglieder ist auf die Zahl der Gruppenabtheilungen der auszustellenden Gegenstände derartig Rücksicht zu nehmen, daß je ein Mitglied die Leitung einer Gruppe übernimmt und davon nur frei bleiben der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassirer. Den Gruppenführern muß gestattet sein, sich zur Unterstützung Vereinsmitglieder oder auch andere sachverständige Ortseinwohner zuzuziehen. In der Hand des Vorsitzenden laufen die Fäden der Geschäftsthätigkeit zusammen. Ist die Ausstellungskommission gewählt, so erläßt dieselbe ein Cirkulär an die Gewerbetreibenden des Ortes zur Betheiligung an der Ausstellung, das etwa so lauten kann:

N. N. im April 18 . . .

Herr

Der Gewerbeverein hier selbst hat in seiner Generalversammlung vom . . . ten beschlossen, im 18 . . . eine

Total-Gewerbe-Ausstellung,

verbunden mit einer Verloosung passender Gegenstände hier zu veranstalten.

Nachdem in den letzten Jahren derartige Ausstellungen mit bestem Erfolge stattgefunden haben, ist es sehr zu wünschen, daß N. N. darin nicht zurückbleibt. Es ist wohl genugsam bekannt, wie ungbringend und werthvoll für die Gewerbe unserer Stadt eine solche Ausstellung sein wird. Das Gelingen hängt jedoch von der allgemeinen Betheiligung der hiesigen Gewerbetreibenden ab, und hegt daher die unterzeichnete Ausstellungskommission die feste Hoffnung, daß auch Sie das Unternehmen durch Ihre Theilnahme unterstützen werden.

Haben Sie die Güte, durch Ihre Unterschrift auf dem angebogenen Blatte, das in einigen Tagen wieder abgeholt werden wird, mitzutheilen, ob Sie gesonnen sind, Sich durch Ausstellung von in Ihrem Geschäfte gefertigten Gegenständen zu betheiligen. Specielle Angabe derselben ist einstweilen nicht nöthig, erwünscht aber die Mittheilung, welchem Zweige der Industrie dieselben angehören werden.

Sobald eine allgemeine Betheiligung festgestellt ist, wird die Kommission die nöthigen Vorarbeiten beginnen und sich mit den Ausstellern weiter benehmen.

Achtungsvoll

Die Gewerbe-Ausstellungskommission zu N.
(Unterschriften.)

Das zu unterschreibende, obigem Aufruf angebogene Blatt enthält etwa folgendes:

An den Gewerbeverein N.

An der im 18 . . . hier beabsichtigten Total-Gewerbe-Ausstellung werde ich mich wir uns betheiligen.

Unterschrift:

Art der auszustellenden Gegenstände:

Man unterlasse auch nicht, die Lokalpresse für das Unternehmen zu interessiren. Wir fanden Vereine, die zur Förderung der Ausstellung ein Preßcomité unter Vorsitz des Redacteurs der Lokalzeitung gebildet hatten.

Es ist selbstredend Pflicht und Ehrensache, daß auch eine eifrige persönliche Agitation betrieben wird.

Ist durch eine genügend erscheinende Anmeldung das Unternehmen nur halbwegs gesichert, so erscheint eine allgemeine Versammlung aller Gewerbetreibenden des Ortes nicht unrathsam, um verschiedene Wünsche zu hören, gemachte Erfahrungen und Rathschläge

entgegenzunehmen. Sodann ist die Festsetzung eines Programms seitens der Ausstellungskommission erforderlich, das in kleineren Orten nicht zu umfänglich zu sein braucht und, wie nachstehendes, genügt:

Program m
der
Gewerbe-Ausstellung in N. N.
am 18

1. Die unter Leitung des Gewerbevereins im 18 hier stattfindende Gewerbe-Ausstellung wird am ten 18 in dem Saale zum eröffnet und am ten 18 geschlossen.

2. Zur Theilnehmung an dieser Ausstellung sind die Gewerbetreibenden dieses Ortes und der umliegenden Dörfer berufen.

3. Aufnahme zur Ausstellung finden nur ganz oder theilweise hier hergestellte Gegenstände des Gewerbes, der Industrie und der Landwirtschaft, und solche Rohprodukte, welche durch Gewerbe und Industrie verarbeitet werden. Nicht aufnahmefähig sind Fabrikate von widerlichem Geruch, leicht entzündliche und in anderer Weise gefährliche Stoffe. Gegenstände von außerordentlicher Größe und Schwere können nur auf Grund besonderer Uebereinkunft mit der unterzeichneten Kommission Aufnahme finden.

4. Anmeldungen sind bis zum ten an den Unterzeichneten einzureichen, der auch die Anmelde-Formulare gratis abgibt.

Die Ausstellungsgegenstände sind auf passende Weise mit dem Namen des Verfertigers und Ausstellers zu versehen.

Die Werthangabe der Erzeugnisse im Formulare ist genau und zugleich mit dem Bemerkten anzugeben, ob ein Verkauf, wenn thunlich, ausgeführt werden soll.

Von jedem verkauften Gegenstande findet vor Abgabe des Erlöses an den Einsender ein Abzug von als Beitrag zu den Kosten der Ausstellung statt.

5. Die Ausstellungs-Kommission entscheidet über die Aufnahmefähigkeit der Gegenstände und quittirt den Empfang.

Die Ausstellungsgegenstände, deren Preis angegeben ist, werden auf Wunsch und Kosten des Ausstellers gegen Feuerschaden versichert.

6. Die Einlieferung der Gegenstände muß bis zum ten erfolgen. Vor Schluß der Ausstellung dürfen Gegenstände nicht zurückgezogen werden.

Vier Tage nach Schluß der Ausstellung müssen die Ausstellungsräume geleert sein.

7. Die Kommission überläßt den Ausstellern die erforderlichen Tische zur Benutzung. Für anderweitige Ausstellungsmittel haben jedoch die Aussteller im Einvernehmen der Kommission zu sorgen.

8. Mit dem Ausstellungs-Unternehmen ist eine von der zuständigen Behörde

unterm ten genehmigte Verloofung von Ausstellungs-
gegenständen verbunden.

Der Tag der Verloofung wird noch näher bekannt gemacht werden.

9. Zum Gedeihen des Ganzen ist es dringend geboten, den Anordnungen der
Kommission und den Angestellten sich unbedingt zu fügen.

N. N., im 18 . .

Zu Auftrage der Ausstellungs-Kommission des Gewerbevereins N. N.
Der Vorsitzende: N. N.

Die Anmelde-Formulare haben wie folgt zu lauten:

Anmelde-Bogen
der

Lokal-Gewerbe-Ausstellung zu N. N.
im 18 . .

Name und Stand des Ausstellers:

Laufende Nr.	Stückzahl	Bezeichnung der Gegenstände.	Verkaufs- preis		Werth zur Versicherung		Bemerkungen. *)
			Mark	Pfg.	Mark	Pfg.	

*) Hier ist auch anzugeben, ob Ausstellungsbefähigung der Aussteller mittheilen will.

Ich versichere, daß mir das der oben genannten Ausstellung zu Grunde
liegende Programm bekannt und für mich verbindlich ist.

N. N., den 1877.

(Unterschrift.)

An kleineren Orten genügt es, wenn die Ausstellungs-Gegenstände
in folgende 8 Gruppen getheilt werden, und jeder ein Kommissions-
mitglied, wie schon oben angedeutet, als Gruppenkommissarius vor-
geordnet wird.

1. Gruppe: Metallwaaren u.
2. " Holz- und Hornwaaren.
3. " Nahrungsmittel, Chemikalien, Getränke u.
4. " Kleider und Putzgegenstände.
5. " Federwaaren.
6. " Buchdrucker-, Buchbinder-, Photographie- und Lithographie-
waaren.
7. " Stein-, Steingut-, Cement- und Banarbeiten.
8. " Kunst, Malerei, Musik, Instrumente u.

Die Gruppenkommissarien haben sich von der Inangriffnahme der Arbeit und deren Fortgang zu überzeugen und wenn thunlich, schon bei der Auswahl der anzufertigenden Gegenstände Rath zu ertheilen. Es ist namentlich von der Anfertigung unverkäuflicher Erzeugnisse und von der Ueberanstrengung wenig bemittelter Gewerbetreibender abzurathen, da leicht Ausgaben gemacht werden, die hinterdrein von den betreffenden nicht gedeckt werden können. Unbemittelten aber tüchtigen Handwerkern kann man auch dadurch gut entgegenkommen, daß man die von ihnen gefertigten Artikel für die Verloosung ankauft. — Die Gruppenkommissarien haben die zu kaufenden Verloosungsgegenstände auszuwählen, über den von jedem Aussteller zu beanspruchenden Raum Erhebungen zu machen und für gehörige Placirung zu sorgen. Die Ausstellungsgegenstände werden am besten gruppenweise abgeliefert und dann so untergebracht. Dazu genügt ein halber, oder, wie für Tischlerarbeiten, ein ganzer Tag für jede Gruppe. Ist eine strenge Gruppensonderung auch grade nicht möglich, so schadet es nichts. Es ist thunlichst für einen ungetheilten Ausstellungsraum sich zu bemühen. — Neben den Gruppenkommissarien und ihren zugezogenen Vertrauensmännern ist auch die Bildung eines Dekorations-Komites zu empfehlen, dem zuweilen ein Bautechniker zugetheilt werden kann. Je nach der Verlichkeit, der Fülle der Ausstellungsgegenstände und der Arbeit, ist auf möglichste Arbeitstheilung der Kommissionen Rücksicht zu nehmen, und wird sich auch darnach die Einsetzung verschiedener und mehrerer Komites zu richten haben. So kann z. B. ein Verloosungs-, ein Fest- und ein Verkaufskomitée geboten erscheinen. Für eine sorgsame Bewachung der Ausstellung, für genügende Kontrolle der Entreebillets u. s. w. ist gleichfalls zu sorgen. Die Einzelkomites haben Bericht über ihre Thätigkeit in den Sitzungen des Ausstellungs-Komites zu erstatten, und dieses faßt bindende Beschlüsse.

Zuweilen zur Ausstellung selbst, immer aber zur Veranstaltung einer öffentlichen und steuerfreien Verloosung, die gelegentlich einer Gewerbe-Ausstellung stets zu empfehlen, ist die Genehmigung der zuständigen Behörde erforderlich. Es ist anzurathen, daß auf 30 Loos-Nummern eine Gewinn-Nummer entfällt, und daß 70 % des aus den verkauften Loos-Nummern erzielten Betrages zu dem Ankauf von Gewinnen verwendet werden. Die Verloosung hat an

einem bestimmten Tage, öffentlich unter Assistenz eines Gemeinde- oder Staatsbeamten stattzufinden, und ist darüber ein Protokoll zu führen. Die soeben beretzten Punkte sind in der Eingabe um Genehmigung der Verloosung anzuführen. Der Werth der Gewinnste kann, wenn beispielsweise 13000 Loose à 60 Pf. ausgegeben, und sonach die Zahl der Gewinne 443 betragen würden, zwischen 3—300 Mark variiren. Bei der Verloosung selbst empfiehlt es sich zur sicheren Kontrolle folgende Listen zu führen: 1. Die eigentliche Protokoll-Liste mit dem Protokolle im Eingange, dann die Loos-Nummern in der Reihe, wie sie gezogen werden, mit den dazu gezogenen Gewinn-Nummern. — 2. Eine Liste mit sämtlichen Loos-Nummern in fortlaufender Zahl (also von 1—13000 z. B.). Zu jeder gezogenen Loos-Nummer wird in die freie Kolonne daneben die gezogene Gewinn-Nummer eingeschrieben. — 3. Eine Liste mit fortlaufenden Gewinn-Nummern, nebst Gewinn-Gegenstand und dessen Preis; in eine danebenstehende freie Kolonne wird die gezogene Loos-Nummer eingetragen. So ist es möglich, bei der öffentlichen Ziehung sofort bekannt zu geben: Loos-Nummer 9705 gewinnt 324, einen Wasserfäßel, Werth 10 Mk. 50 Pf. — Nach beendeter Ausstellung bringt man vorerst die kleineren gewonnenen Gegenstände in ein abgesondertes Lokal, und läßt dann die übrigen Ausstellungsgegenstände wieder gruppenweise ausräumen. In der Ausstellung selbst sind wenigstens die zur Verloosung angekauften größeren Gegenstände mit dem Plakate „Zur Verloosung angekauft“ zu versehen. Dies animirt die Besucher, die noch kein Loos haben, und schließlich auch die, welche bereits mit einem solchen versehen sind, neue zu erwerben.

Der Preis der Loos-Nummern und der der Eintrittskarten wird selbstverständlich den Umständen nach zu bemessen sein, nur muß auf Billigkeit Bedacht genommen werden, um eine recht rege Betheiligung zu erzielen. Man gibt für den Besuch der Ausstellung ziemlich einfach hergestellte Tageskarten und für die ganze Ausstellung gültige fogen. Abonnements-Karten aus.

Die Loos-Nummern können so lauten:

60 Pfennige.	Gewerbe-Verein zu Chemnitz.	60 Pfennige.
Gewinne von 3—300 Mark.	Lokal-Ausstellung	Ziehung am 24. Septbr.
gewerblicher und industrieller Erzeugnisse		
vom 25. August bis 24. September 1877.		
Loos Nr. _____		
zur		
Verloosung von ausgestellten Gegenständen.		
Der Ausschuß.		

Auf der Rückseite sind etwa folgende Bestimmungen der Verloosung, die im Ausschuß beschlossen sein müssen, abzudrucken:

Haupt-Bestimmungen der Verloosung.

§. 1.

Jedes Loos ist mit dem Stempel des Gewerbevereins Chemnitz versehen.

§. 2.

Der höchste Gewinn hat einen Werth von mindestens 300 Mark, der mindeste von 3 Mark.

§. 3.

Die Verloosung findet am 24. September d. J. öffentlich unter Kontrolle des Vereins-Ausschusses und eines kgl. Verwaltungsbeamten statt. Das Resultat der Ziehung wird bekannt gegeben im „Dresdener Anzeiger“, in der „Leipziger Volks-Zeitung“ und in den „Chemnitzer Nachrichten“. —

§. 4.

Gewinne, auf welche 1 Monat nach der Verloosung noch kein gültiger Anspruch erhoben worden ist, werden nach Ablauf dieses Monats und nach vorausgegangener wiederholter Bekanntmachung der betreffenden Nummern in oben genannten Blättern zum Besten der Gewerbe-Vereinskasse versteigert.

Der Ausschuß.

Ob bei einer Lokal-Gewerbe-Ausstellung eine Prämiirung der Aussteller vorzunehmen ist, bedarf der gewissenhaftesten Ueberlegung. Anzurathen ist dieselbe nicht, da sie in kleineren Kreisen, auf die solche Konkurrenz beschränkt sind, meist Neid und Zwietracht sät und fernere derartige Unternehmungen oft unmöglich macht. Man lasse das Publikum selbst entscheiden.

Eröffnung und Schluß der Ausstellung sind mit entsprechender Feierlichkeit, Konzert, Festrede und Gesang zu umgeben.

Will man die Ausstellung gleichsam zu einem wahren Volksfeste gestalten, und sich auch dadurch größerer Theilnahme versichern, so setze man sich mit anderen am Orte bestehenden Vereinen, wie Turner-, Feuerwehr-, Gesang- u. Vereinen in Verbindung, damit sie in derselben Zeit Konzerte entriren, oder in sie ihre Jahresfeste verlegen. Auch lassen sich mit der Gewerbe-Ausstellung andere Ausstellungen für kurze Zeit verbinden. So kann beispielsweise ein landwirthschaftlicher Verein des Ortes oder der Umgegend eine Geflügel-, Kartoffel-, oder Blumen-Ausstellung arrangiren. Selbst Konjumenten können derartige Unternehmungen unterstützen, indem sie Gegenstände, die für sie gerade gemacht werden, oder eben gemacht worden sind, zur Ausstellung bringen lassen. Wir denken dabei hauptsächlich an solche Artikel, die besonders kostspielig sind und nicht jeden Augenblick gefertigt werden.

Wie nützlich auch jährlich wiederkehrende Lokal-Gewerbe-Ausstellungen sein mögen, so genügen sie für die Hebung des Handwerks in größeren Kreisen nicht. Auf sie müssen in vielleicht 3—4 jährigen Zwischenräumen

c. Kreis-, bezw. Bezirks-, und in 4—5 jährigen Zwischenräumen Provinzial- oder Landes-Ausstellungen folgen.

Die Prüfung der Zulassung von Ausstellungsgegenständen wird hierbei wie bei den Lokalausstellungen von denselben Grundsätzen aus zu geschehen haben, aber strengerer Handhabung bedürfen, damit nur Mustergültiges und Gediegenes zur Schau gelange. Es wird sich weiter darum handeln, die Kenntniß von dem Stande des Gewerbewesens in weiteren Kreisen zu fördern, zum Fortschritt anzuregen und beim großen Publikum das Vertrauen in die Erzeugungskraft der heimischen Gewerbsthätigkeit zu stärken. Bei dieser Gelegenheit soll man aber auch in erhöhterem Wettkampf die Schwächen und ihre leichtere und energichere Bekämpfung kennen lernen.

Eine solche umfangreichere Ausstellung wird ein starker Verein in einer größeren Stadt, die den Mittelpunkt eines Bezirkes bildet, vielleicht mit Unterstützung gleicher Vereine in umliegenden Orten, in die Hand nehmen müssen. Die Arbeiten werden, wenn auch im

Großen und Ganzen wie oben angegeben, doch ungleich größer sein. Es werden soviel Gruppenkommissarien ernannt werden müssen, als es Gruppenabtheilungen gibt, die aber nicht nothwendig auch Mitglieder des engeren, und die Ausstellung leitenden Ausstellungscomites zu sein brauchen, wol aber in dessen Sitzungen zu erscheinen, zu berichten und von da Ordre zu empfangen haben. Das Ausstellungs-Programm wird den Verhältnissen gemäß umfänglicher und viel geschäftlicher zu halten, die Angaben auf den Anmeldeformularen werden zahl- und umfangreicher und gleichzeitig dazu zu benutzen sein, um eine Art Industrie- und Gewerbeerhebung zu veranstalten; es werden durch Verträge, z. B. mit den Ueberlassern der Lokalitäten, oder mit den Erbauern von Ausstellungshallen und Innengebäuden, den Dekorateurs u. s. w. die Bedingungen, bezw. Leistungen genau stipulirt werden müssen; es wird erforderlich sein für sämtliche Kommissions-Abtheilungen, für das Aufsichts-, Wach- und Dienstpersonal Instruktionen zu erlassen; es wird sich empfehlen einem Spediteur die gesammte Spedition unter billigen Bedingungen zu übergeben und mit Eisenbahnen über Preisermäßigung beim Personen- und Güterverkehr zu verhandeln; die Versicherung der Ausstellungsgegenstände gegen Feuersgefahr ist unbedingt nothwendig, sowie eine dauernd anwesende Feuerwache.

Als Beispiel eines zweckentsprechenden Programms lassen wir das der oberbadischen Gewerbeausstellung zu Freiburg im Breisgau im Spätsommer 1871, nachstehend folgen:

Program

der

Oberbadischen Gewerbe-Ausstellung in Freiburg i. Breisgau

im September 1871.

§. 1.

Die unter Leitung des Freiburger Gewerbe-Vereins im Spät-Sommer d. J. hier stattfindende Industrie- und Gewerbe-Ausstellung wird am 3. Septbr. 1871 eröffnet und am 5. October desselben Jahres geschlossen.

§. 2.

Zur Betheiligung an diesem Ausstellungs-Unternehmen sind zunächst die Produzenten aus den Bezirken von Offenburg bis an den Bodensee berufen.

Aber auch anderen badischen Landestheilen sollen diejenigen Räume für hervorragende und wichtige Ausstellungsgegenstände bereitwillig zu Gebote stehen,

welche nach Unterbringung der oberbadischen Ausstellungs-Produkte noch zur Verfügung gestellt werden können.

Der Ausstellung selbst werden die hiesige Kunst- und Festhalle, sowie die noch besonders zu erbauenden Lokalitäten auf dem Karlsplatz dienen.

§. 3.

Zur Aufnahme eignen sich nicht nur die selbst producirt sein müßenden Erzeugnisse der Industrie und Gewerbe, die sich auf das umfangreiche Gebiet des Hauswesens, der Landwirtschaft, der Kleingewerbe, der Kunstgewerbe, der Fabrikeinrichtungen, u. s. w., sondern namentlich auch auf jene Rohstoffe erstrecken, welche durch die Gewerbe und Industrie verarbeitet werden.

Nicht aufnahmefähig sind dagegen Fabrikate von widerlichem Gerüche, und leicht entzündliche oder in anderer Weise gefährliche Stoffe. Gegenstände von außerordentlicher Größe und Schwere können nur auf Grund besonderer Ueberkunft mit der Ausstellungs-Kommission Aufnahme finden.

§. 4.

Anmeldungen zur Betheiligung an der Ausstellung sind längstens bis zum 1. Juni d. J. an den Vorstand des Gewerbe-Vereins einzureichen.

Die hiezu in Gebrauch zu ziehenden Anmelde-Formulare werden vom Gewerbe-Verein gratis abgegeben, und es müssen die in denselben gestellten Fragen ausführlich und deutlich beantwortet werden.

Zusbesondere sind die Ausstellungs-Gegenstände auf passende Weise mit dem Namen und Wohnorte des Verfertigers und Ausstellers, sowie mit Begleitscheinen zu versehen. Als nicht minder zweckmäßig erscheint es, wenn erläuternde Notizen über Stoff, Verfertigungsart, Betrieb und Umfang des Geschäfts u. s. w. bei einzelnen wichtigeren Gegenständen beigelegt werden.

Ebenso ist die Werthangabe der Erzeugnisse im Formular genau und zugleich mit dem Bemerken zu deklariren, ob ein Verkauf derselben gewünscht, und wenn thöulich, ausgeführt werden soll.

Von den verkauften Gegenständen findet übrigens vor Absendung des Erlöses an den Einsender ein Abzug von 3 Kreuzer*) als Beitrag zu den Kosten der Ausstellung statt.

§. 5.

Die aus Mitgliedern des Gewerbe-Vereins gebildete „Ausstellungs-Kommission“ entscheidet über die Aufnahmefähigkeit der Gegenstände und fertigt nach Empfang derselben den Ausstellern die Bescheinigung hiefür aus. Die Ausstellungs-Gegenstände stehen alsdann unter sorgfältiger Aufsicht der Ausstellungs-Kommission und werden durch dazu aufgestellte, zuverlässige Personen geschützt. Sollte gleichwol eine Beschädigung eintreten, oder ein Verlust vorkommen, so ist der Gewerbe-Verein hiefür nicht verantwortlich.

Jedem Aussteller bleibt es überdies unbenommen, entweder selbst oder durch einen Stellvertreter seine Gegenstände überwachen zu lassen. Solche Stellvertreter erhalten während der Ausstellungs-Dauer auf ihre Person lautende Eintrittskarten.

*) Das scheint denn doch zu wenig zu sein.

Die Ausstellungs-Gegenstände, deren Preis angegeben ist, werden auf Wunsch und Kosten des Ausstellers gegen Feuerschaden versichert.

§. 6.

Die Ausstellungs-Gegenstände müssen vom 1. bis zum 15. August eingeliefert sein. Spätere Zusendungen können nur ausnahmsweise und auf nochmalige Anfrage bei der Ausstellungs-Kommission angenommen werden.

Kein Aussteller ist berechtigt, Gegenstände vor Schluß der Ausstellung zurückzuziehen. Vierzehn Tage nach Schluß der Ausstellung müssen die Ausstellungsräume geleert sein.

§. 7.

Transport, Aufstellung und Verpackung fallen dem Aussteller zur Last. Wünscht der Aussteller, daß seine Gegenstände durch Vermittelung der Ausstellungs-Kommission aus- und eingepackt und aufgestellt werden, so kann dies auf dessen Kosten geschehen.

Die Kommission überläßt den Ausstellern die erforderlichen Tische zur Benutzung. Für anderweitige Ausstellungsmittel haben jedoch die Aussteller selbst zu sorgen, wie z. B. für Glasschränke, Glasbedachung, Dekorationen zur besonderen Verzierung ihrer Ausstellungs-Gegenstände u. s. w., welche aber dann stets im Benehmen mit der Ausstellungs-Kommission zu bewerkstelligen sind.

§. 8.

Das Großherzogliche Handelsministerium hat unterm 12. d. M. Nr. 837, für die mit Benützung der Eisenbahn zum Ausstellungsorte verbracht werdenenden Ausstellungs-Gegenstände eine Frachtermäßigung in der Weise gewährt, daß bei Zahlung der vollen Fracht für den Transport bis Freiburg die an die Aussteller zurückgehenden Ausstellungs-Gegenstände für den Rücktransport frachtfrei belassen werden.

Die den Besuchern der oberbadischen Gewerbe-Ausstellung vom Großherzogl. Handelsministerium bereits eingeräumten Jahrbegünstigungen werden kurz vor Eröffnung der Ausstellung bekannt gegeben werden.

§. 9.

Mit dem Ausstellungs-Unternehmen wird eine vom Großherzogl. Ministerium des Innern unterm 30. Dezember v. J. Nr. 15,837 genehmigte Verloosung von Ausstellungs-Gegenständen im Gesamtwerthe von 10,000 fl. verbunden.

§. 10.

Größeren industriellen Plätzen, wie z. B. dem Schwarzwälder-Industrie-Bezirk, wird auf besonderen Wunsch ein eigener entsprechender Raum zur Ausstellung überlassen werden.

§. 11.

Zum Gedeihen des Ganzen erscheint es dringend erforderlich, daß sämtliche Aussteller und deren Stellvertreter den Anordnungen der Ausstellungs-Kommission und den Angestellten derselben sich unbedingt fügen. Etwaige Beschwerden sind an den Vorstand des Gewerbe-Vereins zu richten.

Und somit laden wir denn die industriellen und gewerbetreibenden Produzenten von nah und fern zur zahlreichen Betheiligung an unserm oberbadischen Ausstellungs-

Unternehmen mit der Versicherung ergebenst ein, daß nicht allein unsere geschätzten Aussteller mit ihren Erzeugnissen, sondern alle Freunde des Gewerbesleißes und Verehrer des Kultur-Fortschrittes bei ihrem Besuche unseres Kunst- und Gewerbe-Festes im Spät-Sommer d. J. ein aufrichtiges „Willkommen“ in Freiburg finden werden.

Freiburg im Februar 1871.

Im Auftrage des Gewerbe-Vereins:

Der Vorsitzende: Aug. Straub.

Als Anmelde-Formular empfehlen wir das der Kunst- und Gewerbe-Ausstellung für Baden in Karlsruhe 1877, wie nachstehend:

(Kanzleibogen. 1. Seite.)

Allgemeine Kunst- und Gewerbe-Ausstellung

für das

Großherzogthum Baden

in Karlsruhe 1877.

Anmelde-Formular

für Gruppe des Programms.

Wer in verschiedenen Gruppen ausstellen will, hat für jede Gruppe ein besonderes Anmeldeformular auszufüllen.

Des Ausstellers

Firma:
Name:
Gewerbe:
Wohnort:
Amtsbezirk:

Beanspruchter Raum in Metermaß:

I. Auf dem Fußboden

Länge Meter
Breite Meter

Bemerkungen:

II. An der Wandfläche

Breite Meter
Höhe Meter

Bemerkungen:

III. Auf Tischen und Schränken u. s. w.

Länge Meter
Breite Meter

Bemerkungen:

2. Seite.)

Erwünschte Angaben des Ausstellers über:

1. Das Jahr der Gründung seines Geschäfts
2. Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter
3. Die Art und die Pferdestärken seiner Kraftmaschinen
4. Die verschiedenen Arten seiner Fabrikate.
5. Jahresumsatz
6. Die Gegend nach welcher seine Verkäufe stattfinden
7. Welche Auszeichnungen wurden auf früheren Ausstellungen erhalten?
8. Gestattet der Aussteller, daß von diesen Mittheilungen öffentlich Gebrauch gemacht wird?

Besondere Wünsche des Ausstellers:

Wohnort und Datum

Unterschrift des Anmeldenden

(3. Seite.)

Verzeichniß der ausgestellten Gegenstände.

Die Rubrik, den Preis betreffend, ist wegen der Versicherung unbedingt genauest anzufüllen.

Anzahl	Gegenstand	Preis		Ist der Gegenstand verkäuflich?
		Mark	Pfg.	

1. Seite. Adresse.)

An die

Ausstellungs-Kommission

der

Kunst- und Gewerbe-Ausstellung für das Großherzogth. Baden

in

Karlsruhe.

Auf Seite 1 des obigen Anmeldeformulars wird die Anmeldung für die betr. Gruppe des Programms gewünscht. Es ist dies deshalb sehr zweckmäßig, weil die angemeldeten Gegenstände gleich gruppenweise registriert werden können, und eine bessere Uebersicht von vornherein möglich ist. Man wird daher gut thun, dem Programm eine Gruppeneintheilungs-Angabe, wie nachstehend, beizufügen, da für eine größere Ausstellung auch eine zahlreicher gegliederte Eintheilung nothwendig ist.

Die oben erwähnte Freiburger Ausstellung hatte die Gegenstände in folgende 26 Klassen getheilt: 1. Möbel- und Tischlerarbeiten; 2. Klaviere und musikalische Instrumente; 3. Gespinnste, Bänder, Stickereien, Weißwaaren, Buxskin und Tuche; 4. chemisch-technische Präparate; 5. Kürschner; 6. Tapezier- und Vergolderarbeiten; 7. Gegenstände des persönlichen Gebrauchs; 8. Uhren; 9. kirchliche Verzierungen, Kirchenparamente und kirchliche Geräthschaften; 10. Porzellan- und Glaswaaren; 11. chirurgische und physikalische Instrumente, Messerschmiedwaaren und Handwerkszeuge, Arbeiten der Büchsenmacher; 12. Gusswaaren, Gegenstände der Gürtler, Goldarbeiter und Schlosser; 13. Blechner- und Kupferschmiedarbeiten; 14. Gegenstände der Kunst und des Unterrichts, Lithographien, Buchdruck und Photographien, Orgelwerke und gemalte Fenster; 15. Papier- und Tapetenfabrikation, Buchbinderei, Cartonnagenarbeiten; 16. Drechslerarbeiten, Holzschnitzereien, Schirmfabrikation; 17. Vogelkäfige, Spielzeuge, kleine Holz- und Metallgegenstände; 18. Hutfabrikation; 19. Bürsten, Kraken und Hefeln; 20. Geflechte, Posamentier-, Hanf- und Seilerwaaren; 21. Rohleder und Lederarbeiten; 22. Dampfmaschinen, Werkzeuge, Maschinen im Betriebe, Waagen, Pressionen und Pumpen; 23. Herde und Ofen, Feuerlöschapparate; 24. Chaisen, Sattlerarbeiten und Krankenapparate; 25. Land-, Forst- und Hauswirthschaft und Gegenstände verschiedener Gewerbe; 26. Stein-, Thon- und Cementwaaren, Gärtnerei.

Wir zählten vorstehende Klassen gern auf, um die Mannigfaltigkeit vor Augen zu führen und Anhaltspunkte für die Gruppierung bei etwaigen Ausstellungsarrangements zu geben.

Größere Ausstellungen, das schalten wir hier ein, sind ohne Hinzuziehung fähiger technischer und namentlich bautechnischer Kräfte nicht ausführbar und man wird gut thun, solche zur Verwendung

zu bringen, die bei gleichen Gelegenheiten schon thätig waren. Eine schlechte Aufstellung der Gegenstände und eine falsche Eintheilung des Raumes genügen vollauf, die ganze Ausstellung zuschanden zu machen. Der Ausstellungsplan und vertheilte Raum müssen genau rechtzeitig fertig und berechnet sein.

Ein nach den fortlaufenden Nummern, Gruppen und den Abtheilungen des Ausstellungsgebäudes oder Raumes geordneter Katalog der ausgestellten Gegenstände, mit Namen des Ausstellers und Anfertigers muß den Besuchern als Führer dienen. Diesem Katalog können gegen besondere Einrückungsgebühren Ankündigungen einzelner Aussteller angehängt werden, und dient er somit gleichzeitig als Waaren- und Firmen-Adreßbuch. Hielten wir bei der Lokal-Ausstellung Prämiiirungen für nicht angezeigt, so dürften sich dieselben bei größeren, namentlich Landes- oder Provinzialausstellungen kaum umgehen lassen. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich, an die Centralstelle für Handel und Gewerbe des Landes oder der Provinz (Minister, Regierungsabtheilung u. dergl. für Handel und Gewerbe), als gewissermaßen an eine unparteiische Behörde mit der Bitte um Bestellung eines Preisgerichts sich zu wenden. So verfuhr das Comité der schwäbischen Gesamt-Industrie-Ausstellung von 1870/71 zu Ulm. Um insbesondere den Gewerbetreibenden zu zeigen, auf was alles bei der Beurtheilung ihrer Leistungen gesehen werden muß, und um sie in ihren Arbeiten anzufeuern und ihren Gesichtskreis zu erweitern, theilen wir das Verfahren jenes Preisgerichts zur Beschaffung des Beurtheilungsmaterials mit. Jeder Aussteller wurde speciell aufgefordert, sofern er sich einer Beurtheilung unterziehen wollte, eine Reihe von Fragen zu beantworten und namentlich anzugeben: welche Vorzüge und besondere den Fortschritt in seinem Industriezweige, oder die materielle oder sittliche Hebung des Arbeiterstandes fördernde Leistungen mit seinem Etablissement verknüpft seien, ob er einen neuen Fabrikationsartikel aufgebracht, eine neue Fabrikationsmethode eingeführt, oder eine neue Maschine in Anwendung genommen, oder Maßregeln zur sittlichen und geistigen Hebung, oder zur materiellen Besserung der Lage seines Personals getroffen, oder Funktionen bei einer öffentlichen Behörde oder bei einem Vereine oder Genossenschaft versehen habe, wobei wol ins Auge zu fassen sei, daß, wer diese Notizen unvollständig liefere, es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn ihm bei der Preis-

vertheilung nicht sein volles Recht zu Theil werde, und daß er durch schüchternes Zurückhalten mit seinen Leistungen dem Zwecke der Ausstellung, durch musterhafte Beispiele zum Fortschritte zu ermuntern, entgegentrete. Als ein der Prämiirung würdiges Verdienst des Ausstellers werde übrigens nicht angesehen, wenn derselbe seinen Abnehmern bloß eine vollkommene Waare liefert, weil der solide Geschäftsmann nach dem Grade ihrer Vollendung seine Preise bestimmen wird. Für eine anerkennungswerthe Leistung in dieser Richtung wurde die einfache Belobung (ohne Diplom) vorbehalten. Bei der Prüfung selbst kam es auf Korrektheit und Gründlichkeit an. Die ausgestellten Gegenstände wurden für's Preisgericht in 7 Gruppen geordnet: 1. Metallarbeiten und Baurequisiten, 2. Maschinen, Uhren, mathematische und physikalische Instrumente, 3. Gegenstände für häusliche Einrichtungen (Möbel, Hausgeräthe etc.), 4. Faserstoffe und deren Verarbeitung, Bekleidung, Schmuck, 5. Nahrungsmittel und Chemikalien, 6. Musik-Instrumente, 7. Gegenstände der Kunst und Wissenschaft etc. Nach denselben wurden 7 tabellarische Hefte in Querfolio angelegt, in welchen nach der natürlichen Reihenfolge der Ziffern in die Kolonne 1 die Ordnungsnummern der Aussteller, in die Kolonne 2 ihre Firmen, in die Kolonne 3 ihre früher erhaltenen Auszeichnungen und in die Kolonnen 4 und 5 ihre angemeldeten gewerblichen Leistungen, und zwar in die 4. diejenigen für das Gemeinwohl, in die 5. diejenigen für den betreffenden Industriezweig eingetragen waren; drei weitere Kolonnen waren offen gelassen zum Eintragen des Befundes an den ausgestellten Erzeugnissen, Kol. 6 für kurz zu bezeichnende konstatierte wirkliche Fortschritte, und Kol. 7 für anerkennungswerthe, übrigens noch nicht zum Abschluß gekommene Bemühungen um Verbesserungen, Kol. 8 aber für sonstige Vorzüge der ausgestellten Gegenstände. Jede dieser letzten drei Kolonnen hatte eine Unterabtheilung, um den Werth der angegebenen Leistungen in einer Ziffer einzusetzen, und eine Schlußkolonne 9 enthielt dann die Summirung dieser Ziffern. — Für untadelhafte Waare und Geschäftsführung (Kol. 8) durfte nicht mehr als 1 gegeben werden; in Kol. 7 nicht mehr als 2, in Kol. 6, 5 und 4 aber bis zu 4, wobei noch die in Kol. 4 (Leistungen für's Gemeinwohl) gegebene Ziffer doppelt gerechnet wurde. Dadurch und weil, wer in den drei ersten Kolonnen geschätzt war, in den zwei letzten nicht mehr in Betracht kam, war

die höchste erreichbare Ziffer 16. — Was nun die Auszeichnungen selbst betraf, so war für Ziffer 1 die allgemeine Belobung in Aussicht gestellt, für 2 die Specialbelobung mit Diplom, für 3—6 (einschließlich) die Fortschrittsmedaille, für 7—10 die Fortschrittsmedaille mit silbernem Vorbeerfranz, für 11—14 dieselbe Medaille mit goldenem Kreuz gefaßt. Für mehr als 14 Punkte, welche jedoch immer nur zu erreichen waren, wo ausgezeichnete Leistungen für's Gemeinwohl mit solchen in der gewerblichen Production verbunden auftraten, war die große Medaille für allgemeine Verdienste um Gewerbe und Handel, eingefasst mit goldenem Vorbeerfranze, in Aussicht gestellt. So blieb keine hervorragende Leistung unberücksichtigt. — Für jede Gruppe wurden acht Preisrichter ernannt, worunter der von der Centralstelle speciell zu bezeichnende Berichterstatter mit einem Korreferenten. Der Erstere von den beiden Letzteren mußte ein gründlich gebildeter, im großen Geschäftsbetrieb bewandeter, womöglich mit früheren Ausstellungen näher bekannter Geschäftsmann, der zweite ein, wenn auch nicht allen diesen Anforderungen entsprechender, aber doch ein routinirter, an sorgfältige Geschäftsführung gewöhnter Mann sein. Diesen Referenten wurden die oben erwähnten tabellarischen Gruppenhefte übergeben, damit sie in denselben den Inhalt der Kolonnen 4 und 5 prüften und bezifferten, in die Kolonnen 6, 7 und 8 ihren Befund in einem kurzen Resumé eintrugen und daraus in 9 die Totalziffer zogen. Waren die Gruppenhefte so fertig, so wurden sie autographirt und jedem Preisrichter der Gruppe ein Exemplar zugestellt, damit derselbe nach Bequemlichkeit die Einträge der Referenten prüfen und sich sein Urtheil bilden konnte. Die Referenten erhielten 14 Tage, die einberufenen übrigen Preisrichter weitere 8 Tage Zeit, um die Aussteller zu prädisiren, bezw. die Prädisirung zu prüfen. Sodann erfolgte unter dem Vorsitz des Präsidenten der Centralstelle in der Form einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, die eigentliche Preisgerichts-Verhandlung. Der Referent stellte und begründete seinen Antrag; erfolgte kein Einspruch, so wurde dem betreffenden Aussteller durch Erheben von den Sitzen die beantragte Ziffer definitiv zuerkannt; erfolgte Einsprache, so wurde darüber debattirt, und zeigte es sich, daß sich eine solche Debatte in die Länge ziehen wollte, so wurde die Entscheidung auf die folgende Sitzung vertagt, damit die Debattanten vorher angesichts des Ausstellungsgegenstandes sich ihre Urtheile

gegenseitig erläutern und auch die Uebrigen sich ein sicheres Urtheil bilden konnten. — Auf diese Weise wurde man jeder Leistung gerecht. *) —

Gelegentlich solcher Ausstellungen empfiehlt es sich sehr, wie dies bei der oben erwähnten oberbadischen geschehen ist, daß die Fachmänner in einen Ideenaustausch über die den Fortschritt im gewerblichen Leben bedingende Fragen eintreten und daran zu knüpfende Maßnahmen besprechen. Industrielle, Gewerbetreibende, Vertreter von Gewerbe- und Handwerkervereinen und Handelskammern können dies in einer zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung thun. Man hüte sich aber, wir können es nicht oft genug wiederholen, vor dem Verlieren auf's politische Gebiet. —

Nunmehr müßten wir einige Betrachtungen über internationale Industrie- und Gewerbe-Ausstellungen und ihre Inszenirungen folgen lassen. Da dieselben aus der Initiative der Gewerbetreibenden nicht hervorgehen können, so mögen die eingangs dieses Abschnitts gemachten Andeutungen genügen.

Wenn durch die vorstehend angerathenen Ausstellungen gewerblicher Natur ein belebender Einfluß auf das Gewerbe im allgemeinen ausgeübt wird, so empfiehlt es sich, zur Hebung einzelner Industrie- und Gewerbebezüge

d. Special-Gewerbe-Ausstellungen
zu veranstalten.

Diese Kinder der neueren Zeit scheinen berufen, die allgemeinen internationalen Ausstellungen allmählig zu verdrängen, weil sich im Laufe der Zeit mit der zunehmenden industriellen Thätigkeit keine Räume finden werden, um den wahren Zweck der großen Ausstellungen erreichen zu können, nämlich die Anstellung eines Vergleiches der Leistungsfähigkeit der Völker der Erde auf allen Gebieten menschlichen Schaffens. Bei der Special-Ausstellung dagegen kann ein Jeder sicher sein an den rechten Platz zu kommen und gehörige Beachtung zu finden. Da hier namentlich Fachleute und Kenner die Besucher bilden, kann das Geringste in seiner Bedeutung erkannt und gewürdigt werden, zumal wenn, wie bei der Prager Schuhwaarenausstellung,

*) Näheres: V. Vischer, Industrielle Entwicklung Württembergs etc., Stuttgart, 1875, Carl Grüninger.

die Aussteller oder ihre Vertreter stets anwesend sind und ihre niedergelegten Gegenstände genau erklären. Vorzüglichen Leistungen wird leichter Nachahmung, hervorragenden Neuigkeiten raschere Verbreitung werden. Die landwirthschaftlichen Ausstellungen machten den Anfang und haben in ihrer jährlichen Wiederkehr große Erfolge erzielt.

Wir machen nun seit geraumer Zeit die erfreuliche Wahrnehmung, daß die Handwerker in Fachvereinen zur Beförderung ihres Wohles zusammentreten, um specielle Berufsarten zu pflegen.

Diesen, meinen wir, wird es besonders obliegen, die angedeuteten Ausstellungen in Verbindung mit Verbandsversammlungen in Scene zu setzen. Man wird hierbei nicht viel anders als bei anderen derartigen Unternehmungen zu verfahren haben. Eine Zeitdauer von 1—3 Wochen scheint der Rentabilität wegen für solche Projekte zu genügen.

Im Sommer 1868 fand in Amsterdam eine Specialausstellung von Gegenständen für die Bedürfnisse des Arbeiterstandes statt; in Leipzig eine solche von Gegenständen für das Müllereigewerbe, die einen glänzenden Erfolg gab; im Jahre 1865 eine solche für Feuerwehrequisiten. Im demselben Jahre fand eine kleine Ausstellung von Küchenherden und Stubenöfen in Schwenningen auf dem Schwarzwalde statt und 1868 eine internationale hauswirthschaftliche zu Kassel. Der Verband gewerbtreibender Bäckermeister der Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt veranstaltete gelegentlich des Verbandstages vom 6. bis 8. Juni d. J. in Halle a. S. eine Ausstellung, welche a. die Erzeugnisse der Bäckerei, Konditorei und Pfefferkücherei, b. Maschinen und Geräthe, welche in diesen Gewerben benutzt werden, c. Mehl, Hefe, Zucker u. s. w., überhaupt alle Produkte, welche zur Herstellung von Konditorei-, Pfefferkücherei- und Bäckerei-Waaren dienen, umfaßte. Dabei war eine Prämiiirung hervorragender Leistungen verbunden; zur Deckung der Kosten wurde ein Standgeld für Tisch- oder Bodenfläche von 3 Mk., für Wandfläche 2 Mk., per Quadratmeter erhoben; das Entree betrug am 1. Ausstellungstage 1 Mk., am 2. Tage 75 Pf. und am 3. Tage 50 Pf.; Verbandsmitglieder und Aussteller erhielten gegen 3 Mk. eine für die ganze Ausstellungszeit gültige Karte. Ebenso war mit dem zweiten schlesischen Schuhmacherkongreß vom 5. bis 7. August d. J. zu Brieg eine Ausstellung

von Schuhwaaren verbunden. Ganz besonders Epoche machte jedoch die Prager Schuhwaaren-Ausstellung im vorigen Winter. Nicht minder gelungen war die mit dem diesjährigen deutschen Gastwirthstage zu Breslau verbundene Ausstellung aller ins Gastwirthsfach einschlagenden Artikel etc. Auch die Verhandlungen dieses Kongresses verdienen, soweit sie fachlicher Natur waren, unsere Anerkennung, wurden jedoch belang- und zwecklos, als man sie auf das politische Gebiet überleitete. — Wir erlauben uns den Wunsch auszusprechen, daß bei diesen Special-Ausstellungen ein ganz besonderes Gewicht auf verbesserte Arbeitswerkzeuge, ihren Gebrauch und ihren Bezug gelegt werde. Wir kommen später etwas ausführlicher auf diesen Gegenstand zurück. — Wie wir internationale Special-Ausstellungen in landwirthschaftlichen Maschinen, in Molkerei und Käseerei gehabt, Konkurrenzarbeiten zwischen Nähmaschinen des deutschen, englischen und amerikanischen Fabrikats gesehen haben, so werden wir auch zu internationalen Special-Gewerbe-Ausstellungen der verschiedenen Industriezweige, und wir hoffen es, zu Konkurrenzarbeiten der dabei in Anwendung kommenden Maschinen und Werkzeuge gelangen. Für die Zeit vom 5. bis 12. August d. J. war bereits eine internationale Ausstellung von Maschinen, Geräthen und Rohstoffen für den Betrieb der Gewerbe der Bleicher, Dekateure, Drucker, Färber, Hutmacher, Posamentiere, Segelmacher und Wäscher nach Zwickau in Sachsen von einem Konfortium eines Berliner, Mühlhaußener, Hamburger, Kölner und Zwickauer Hauses ausgeschrieben, wo für den eventuellen Betrieb von Maschinen Dampfkraft unentgeltlich geliefert wurde, soweit die dafür vorhandenen Anlagen ausreichten.

Wir erwähnen ferner eines interessanten Versuches, der in Württemberg seitens der Centralstelle für Handel und Gewerbe mit einer

e. Fortschritts-Ausstellung

gemacht worden ist. Nachdem die württembergische Industrie auf drei großen auswärtigen Ausstellungen mit Erfolg erschienen war, wollte man auch die heimischen Leistungen dem eigenen Lande vor Augen führen. Zu diesem Behufe beschloß man gelegentlich eines der jährlichen Volksfeste im Kurjaale zu Cannstadt eine sogenannte

Fortschritts-Ausstellung zu veranstalten. In beschränkterem Raume und in kurzen Perioden sollten diejenigen ihre Erzeugnisse ausstellen, welche im Stande waren, mit denselben irgend einen erheblichen Fortschritt, sei es unmittelbar oder in ihrer Herstellung, in den dazu verwendeten Betriebseinrichtungen oder Materialien, oder in ihrem Geschäftsbetrieb überhaupt zu repräsentiren. Dadurch waren alle diejenigen ausgeschlossen, welche mit solchen Ausstellungen nur merkantile Zwecke verfolgen und die stets das größte Contingent liefern. Bei dieser im September 1858 veranstalteten Ausstellung wurde mit besonderer Vorsicht verfahren. Die Beurtheilungs-Kommission bestand aus den Mitgliedern der Patent-Kommission. Sie hatten zuvor die Leistungen jedes einzelnen Ausstellers, sowohl seine Waaren als die über seine Produktion und seinen Absatz eingereichten Notizen, (nach einem Fragebogen) zu prüfen und sich darüber zu äußern: ob dabei ein erheblicher Fortschritt, oder wenigstens lobenswerthe Bemühungen in einem solchen konstatiert seien. Diese Aeußerungen wurden sonach mit der Aufforderung an die Betheiligten veröffentlicht, etwa begründete Einwendungen binnen einer bestimmten Frist (8 Tage) anzubringen, bezw. weitere Notizen darüber zu liefern. War das geschehen, so wurde dann über die von der Beurtheilungs-Kommission gefällten Urtheile und die dagegen eingegangenen Reflationen an Ort und Stelle Berathung gepflogen, und über die Preisvertheilung definitiv erkannt. — Leider fand nur diese eine Ausstellung statt, da die Centralstelle durch Unterstützung der im Lande auftauchenden Bezirks- und Lokal-Ausstellungen zu sehr in Anspruch genommen war. *)

Der Vortheil solcher Konkurrenz ist in die Augen springend, und es ist zu überlegen, ob sie nicht, haben sich einmal die Gewerbetreibenden zur eigenen Hebung enger an einander geschlossen, von Provinzialverbänden, den Gewerbetreibenden einer Provinz oder eines Landes, unternommen werden soll. Man könnte, wie bei den größeren Gewerbe-Ausstellungen gezeigt worden ist, die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen. Die Anregung dazu müßte selbstredend von den Gewerbetreibenden ausgehen.

Wir gedenken hier auch der

*) Näheres wie Anmerkung Seite 90.

f. permanenten Ausstellungen, um die Gewerbetreibenden vor deren Einrichtung im allgemeinen zu warnen. Sie sind wol für die Handwerker eines Ortes, unter einem Vorstande geleitet, ein gemeinsames Lager und Verkaufsstelle für ihre in Vorrath gearbeiteten Fabrikate, und das Publikum hat hier die Auswahl der täglichen Gebrauchsartikel, aber sie sind ohne Bedeutung, seit die Mehrzahl der Handwerker eigene Verkaufsläden einzurichten anfängt. Wenn ein einzelner Privatmann ein solches Unternehmen in die Hand nimmt, große geschäftliche Kenntnisse, Fleiß und Gewandheit besitzt, und gegen Provision Erzeugnisse zum Verkaufe ausstellt, so kann es prosperiren. Diese Einrichtung verliert aber ihre Bedeutung als Ausstellung und wird zu einem Verkaufsladen, weil sich der Unternehmer nur mit sogenannten gangbaren Artikeln befaßt. Eine permanente Ausstellung verdient dann nur Beachtung, wenn in ihr die Entwicklung der Industrie durch Muster, Modelle und Maschinen in natürlicher Größe illustriert wird. Das Einzige in seiner Art bietet darin wol die Staatsanstalt Conservatoire des arts et métiers zu Paris. Unsere Gewerbemuseen scheinen die Anfänge ähnlicher, wenn auch schwächerer Institute zu werden. Sollte man jedoch, wie bereits mit der permanenten Bauausstellung zu Berlin geschehen, sich nur immer auf einen Industriezweig verlegen, und sollte die Leitung in geschickten Händen ruhen, so ist diesen Ausstellungen eine gute Zukunft zu prophezeien.

Wird nun auch durch die Veranstaltung der empfohlenen gewerblichen Ausstellungen, der Handwerker für das Gewerbe und seine Leistungen interessirt und empfänglich gemacht, und gelangt er allmählig zu einem selbstständigen Urtheile und zu einem gekläarteren Geschmacke, so darf dabei keineswegs stehen geblieben werden. Jene Ausstellungen haben meist nur einen anregenden und vorübergehenden Werth. Der nun einmal geweckte Sinn muß gepflegt und gezogen werden, und dem Gewerbetreibenden ist dauernde Gelegenheit zu geben, seine gewerblichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhöhen.

Daher schlagen wir weiter vor:

2. Institutionen mit dauernder belehrender Wirkung.

Zweifelsohne wird die Großindustrie noch mehr wie bisher in den handwerksmäßigen Thätigkeitskreis eingreifen und ein Produkt

um das andere in den Fabrikbetrieb hineinziehen. Das Handwerk wird deshalb nicht zu Grunde gehen, weil sich mit der Entwicklung der Großindustrie neue Erwerbsquellen für dasselbe eröffnen, aber es nimmt eine andere Gestalt an, und es verliert auch seine, die Konsumenten beeinflussende Macht. Es scheint als diene das Handwerk der Großindustrie und werde von ihr beeinflusst, und sei jetzt ohne Wirkung auf den Konsum. Am verderblichsten gestaltet sich jene Abhängigkeit durch den Grundsatz der Massenproduktion, indem auch der deutsche Handwerker durch die Quantität seiner Arbeiten reussiren zu müssen glaubt. Bei der Massenhaftigkeit mußten Schönheit und Eleganz leiden. Waren diese letzteren allmählig beim Producenten abhanden gekommen, so schwanden sie auch beim Konsumenten. Die Meinung ist allgemein, daß das deutsche Handwerk den Kunstsin verloren und daß darin das 19. dem 14. und 15. Jahrhundert nachsteht. Hier ist der Hebel einzusetzen. Die Arbeit ist keine leichte, da sich für einen Gegenstand das Erfinden einer schönen, seiner Bestimmung entsprechenden Gesamtform nicht anlernen läßt. Ebenso wenig läßt sich stil- und naturgemäß Zeichnung, Färbung, Maßstab der Ausführung, angemessene Verzierung u. s. w. entsprechend der Gesamtform, anlernen. Das zu können, dazu gehört der ganze Mensch, die Generationen lang gepflegte Bildung des Geschmacks, ästhetisches Wissen und künstlerisches Können, woran das deutsche Mittelalter so reich war. Wir werden eine lange Schule zu durchlaufen haben, ehe die Gedankenarbeit des Arbeiters in seinem Handprodukt wiedergespiegelt, und ehe das Publikum solchen Leistungen gerecht wird.

Woher unsere heutige Schwäche, anderen Nationen gegenüber rührt, wollen wir des Näheren nicht untersuchen. Es sei genug, wenn wir daran erinnern, daß wir an Rohprodukten, an Ergiebigkeit des Grund und Bodens, überhaupt an natürlichen Hilfsmitteln ärmer sind, als z. B. Frankreich, England und namentlich Amerika, daß wir seit fast einem Jahrhundert politische Aufgaben zu erfüllen hatten, die unsere ganze Volkskraft in Anspruch nahmen. Es sei aber auch nicht vergessen zu erwähnen, daß der Deutsche an Zähigkeit, Ausdauer, Verlnst und Genügsamkeit mit jedem anderen es aufnimmt. Das aber sind Eigenschaften, die, wenn wir nur endlich anfassen, das Gelingen sichern.

Wir meinen nun, der Handwerker insbesondere habe den Anfang zu machen, um die fabrikmäßige Massenproduktion durch kunstgewerbliche Leistung zu schlagen. Die Mittel hierzu liegen in dauernder Belehrung. Wenn wir auch zugeben wollen, daß schließlich der Staat ebenfalls verpflichtet ist, zum allgemeinen Wohl mit seinen Mitteln beizuspringen, so glauben wir doch wiederholt betonen zu müssen, daß der Gewerbetreibende die Initiative zu ergreifen, die Nothwendigkeit, das Bedürfniß und den Erfolg zu beweisen hat. Von wo soll es sonst kommen? Etwa aus denjenigen Regionen, die leider sehr oft weit entfernt vom praktischen Leben liegen und die Welt vom grünen Tische aus reformiren wollen? Ist es nicht viel richtiger, wenn die Männer des praktischen Lebens ins praktische Leben frisch fördernd eingreifen?!

Es gilt daher, daß zur Belebung des Kunstsinnes und erhöhterer gewerblicher Leistungsfähigkeit dauernde Lehranstalten für Alt und Jung geschaffen werden, die meist von Vereinen auszugehen und an Vereine sich anzulehnen haben.

Wir wollen von solchen Einrichtungen zunächst

A. den Institutionen zur Belehrung Erwachsener

eine kurze Beachtung schenken. Ihre Existenz-Nothwendigkeit ist begründet und anerkannt, da der Handwerker längst einsehen gelernt, daß er der steten Vervollkommnung durch fortwährendes Studium bedarf. Der einfachste Weg hierzu ist die Belehrung durch das geschriebene Wort, weshalb nirgends

a. eine Bibliothek,

mit Berücksichtigung der besonderen Gewerbezweige des betreffenden Ortes und der Umgegend fehlen darf. Wie sehr auch Vorträge über einzelne gewerbliche Angelegenheiten anregen und beleben mögen, so ersetzen sie niemals das dauernde Bildungs- und Erziehungsmittel, welches ein Buch zu gewähren im Stande ist. Wir finden heute allgemein ein reges Lesebedürfniß, aber es erstreckt sich meistens nur auf Unterhaltungslektüre, und was die Literatur über gewerbliche Angelegenheiten betrifft, so ist's, als ob sie in den betreffenden Kreisen geflüffentlich vermieden würde. Es mag dies zum Theil auf die Schwierigkeit, geeignetes Material auszuwählen zu können, zurückzuführen sein, zum Theil aber auch auf die durch nichts gerechtfertigte Scham, nach solchen Büchern zu greifen. Zu wiederholten Malen

begegneten wir Handwerkern, die deshalb gewerbliche Schriften nicht zum Lesen nahmen, weil sie dadurch Unkenntniß ihrer Berufswissenschaft darzuthun vermeinten. Es wird daher der unverdrossensten Mühe bedürfen, passende Bücher, Zeitschriften u. dgl. auszufuchen, und zu empfehlen. Dies besorgt am besten eine aus sachkundigen Männern zusammengesetzte Bibliothek-Kommission, die sich behufs Rathserholung zur Anschaffung von Büchern gewerblichen, und kunstgewerblichen Inhalts an größere Institute zu wenden haben wird. *)

Sie wird hauptsächlich größere kostspieligere Werke und Zeitschriften gewerblichen Inhalts ankaufen, und so dem Unbemittelten auch materiell zu Hilfe kommen, um in weiteren Kreisen das Bedürfniß zu wecken. Man hat sich ferner zu bemühen, den einzelnen Handwerker zu veranlassen, sich selbst dergl. Bücher von dauerndem Werthe anzuschaffen. Es wird ihm bald die Ueberzeugung kommen, daß er sie ebenso nothwendig braucht wie z. B. Hobel und Säge, und daß sie zu seinen Werkzeugen gehören. Besonders wird er als laufende Lektüre eines gediegenen Fachblattes seines speciellen Gewerbes nicht entbehren können. Welche Gleichgiltigkeit hierin beim deutschen Handwerker herrscht, ist rein unglaublich. Alles mögliche und unmögliche kann man bei ihm finden, die schauerhaften literarischen Erzeugnisse aus Reutlingen und Dels, Schauerromane, Schäfer Thomas Prophezeiungen, aber eine Fachzeitung, die ihm, um bei der hausbackenen Seite zu bleiben, das Brot verdienen helfen kann, ist ein unbekanntes Ding. Wiederholt hatten wir Gelegenheit zu beobachten, daß ein gutes Buch als Verschwendung, ein Photographiealbum mit

*) Als Auskunftsorte können wir unter anderen vorschlagen: 1. das deutsche Gewerbe-Museum zu Berlin, S.W. Königgräzerstraße, 120., 2. die Centralstelle für Handel- und Gewerbe zu Stuttgart, 3. das Bairische Gewerbe-Museum zu München, 4. den Kunst-Gewerbeverein zu München, per Herrn Dr. Georg Hirth daselbst, und 5. die Verlagsbuchhandlung W. Speemann in Stuttgart, welche seit einigen Jahren große Sorgfalt auf kunstgewerbliche Literatur verwendet. —

Wir machen hier noch wegen ihres praktischen Werthes auf die von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung zu Berlin, W, Matthäikirchstraße 15. herausgegebene „Anleitung zur Errichtung und Verwaltung von Vereins- und Volksbibliotheken sammt Musterkatalog und Formularen“ aufmerksam, die für 50 Pf. von der Herausgeberin zu beziehen ist.

den gränlichsten Bildern dagegen als Nothwendigkeit angesehen wurde. Und das in Familien, die zu den besseren des Ortes zählten!

Neben der Bibliothek ist eine

b. Pläne- und Bildwerkesammlung,

namentlich für gewerbliche Vereine, unerlässlich. Es thut dringend Noth, dem Kleingewerbe mit mustergiltigen Zeichnungen und anderen Vorbildern unterstützend zur Seite zu gehen, um die Arbeitsthätigkeit in technischer und artistischer Richtung zu fördern. Da solche Sammlungen in der Regel kostspielig sind, wird man nur Weniges aber Gutes anschaffen, und ganz besonders den Kleinhandwerker im Auge behalten. Es wird da der Bau- und Möbelschneider, der Maurer und Zimmermann, der Buchbinder, der Schlosser, der Glaser, der Stubenmaler, der Graveur u. s. w., jeder in seinem speciellen Fach geeignete Vorbilder finden müssen. Sollte sich dann bei genügenden Mitteln auch ein weiteres Bedürfnis geltend machen, so ist demselben Rechnung zu tragen. — Die Benutzung einer solchen Sammlung ist gleich der der Bibliothek. Man verleiht die Vorlagen nach Hause, oder sie werden im Bibliotheks- oder Lesezimmer benutzt. Im Geraer Gewerbeverein fanden wir eine nach dieser Richtung hin nachahmenswerthe Thätigkeit, und sie hat unter den Mitgliedern lebhaften Anklang gefunden, was durch die fleißige Benutzung der betr. Vorlagen bewiesen wird. Eine recht sachverständige Auswahl von Plänen und Bildwerken ist selbstverständlich nothwendig, und möge man hierzu Kataloge, die mit Hilfe von Buchhändlern überall zu haben sind, zu Rathe ziehen. Auch werden die oben genannten Auskunftsorte in diesem Falle zu Diensten stehen.

Es empfiehlt sich ferner, mit anderen Vereinen solche Sammlungen, oder Theile derselben leihweise, oder sind Doppel Exemplare vorhanden, überhaupt auszutauschen.

Sind Bibliotheken, Pläne- und Bildwerkesammlungen belehrende Mittel, die selbst von weniger bemittelten Vereinen angelegt, erhalten und vervollständigt werden können, so gibt es auch Einrichtungen, die zur Hebung des Gewerbes heute unbedingt erforderlich sind, und große Summen kosten.

Wir meinen da insonderheit

c. Gewerbemuseen, Musterlager mit einem daraus gebildeten Wandermusterlager, Handwerkszeug- und Maschinenfäle, Sammlung von größeren Zeichnungen, Werkzeugen und Modellen und andere den Bedürfnissen entsprechende Einrichtungen.

Was da der einzelne nicht vermag, muß durch größere Vereinigungen geschehen. Die gewerblichen Vereine einer Provinz, die ja meist in irgend welcher Verbindung stehen, Private, Kommunen und Regierungen, Provinziallandtage durch Bewilligung von materiellen Mitteln, müssen sich zur Realisirung solch' wichtiger Forderungen zusammenthun. — Man fängt hie und da auch an. — So hat der Gewerbe- und Industrie-Verein zu Mannheim aus eigener Initiative die Begründung oben genannter Einrichtungen im heurigen Frühjahr beschlossen. Eine erfreuliche Thätigkeit entfaltet beispielsweise die Gewerbehalle zu Kassel. Sie hat mit einem nunmehr veränderten Statut im organischen Zusammenhang mit dem Handels- und Gewerbeverein zugleich eine neue Verwaltung erhalten. Die Kosten der Erhaltung bringt das Institut theils selbst, theils der Handels- und Gewerbeverein zu Kassel in Verbindung mit den Gewerbevereinen des Bezirks, theils der Staat durch Zuschüsse auf. Bis jetzt sind in dem auf Staatskosten errichteten Neubau, den die Gewerbehalle bezogen hat, die Maschinenhalle im Erdgeschosse, die oberen Säle, in welchen sich die kunstgewerblichen, sowie die Werkzeug- und Geräthjammungen befinden, dem Besuch des Publikums geöffnet. Der Vorstand richtet mit sichtlichem Erfolge seine statutarische Thätigkeit auf Schaustellung und Ausleihung von Roh- und Hilfsstoffen, Maschinen, Werkzeugen und Modellen, Fabrikaten, Zeichnungen und sonstigen praktischen Lehr- und Bildungsanstalten. —

Eine ganz bedeutende Thätigkeit in dieser, wie überhaupt in jeder nur denkbaren, das Gewerbe und die Industrie fördernden Richtung, hat die Württemberger Centralstelle für Handel und Gewerbe entfaltet, deren Verwaltung ein Beirath von Gewerbetreibenden zur Seite steht. Seit 1848 bezw. 1849 hat sie sich die Ansammlung und Vervollkommnung eines trefflichen Musterlagers nach allen Seiten hin angelegen sein lassen. Dasselbe enthielt bereits im Jahre 1875 an Industrieprodukten 17,261 Nummern und steht täglich Jedermann zur Benutzung offen. Der Eintritt ist frei. Ein Aufseher

ist angewiesen, Gegenstände zur genaueren Untersuchung dem Besucher in die Hand zu geben. Gegenstände der Musterammlung können von Gewerbetreibenden bis auf die Dauer von 3 Wochen entlehnt werden. Es sind Desiderienbücher aufgelegt, worin man seine Wünsche betreffs Anschaffung neuer Mustergegenstände niederlegen kann, die dann stets möglichst berücksichtigt werden. Bietet beispielsweise irgend ein Verein des Landes die Hand, oder glaubt die Centralstelle mit Hilfe einer Lokalbehörde einen nützlichen Einfluß auf die örtliche Gewerbsthätigkeit ausüben zu können, so wird eine Auswahl entsprechender Gewerbszeugnisse an Ort und Stelle zur Ausstellung gebracht und ein Delegirter der Centralstelle erläutert das Musterlager, oder nunmehr Wandermusterlager, den Besuchern. — In einem besonderen Raume, im Maschinensaale, werden nicht nur Maschinen aufgestellt und versuchsweise in Betrieb gesetzt, sondern auch Werkzeuge, Werkzeugmaschinen etc., welche neu und von allgemeinem Interesse sind. Ist wegen der Kostspieligkeit, oder weil man sich eine besondere Bedeutung für die Industrie nicht verspricht, von der Anschaffung einer Maschine Abstand zu nehmen, so sucht man doch ein Modell derselben zu beschaffen. An Private werden Maschinen zur Benützung und Erprobung auf eine Zeit lang ausgeliehen. Viele Industrielle finden es in ihrem Interesse, daselbst ihre neuen Maschinen oder neue Erfindungen zur Schau aufzustellen. Kleine Motoren, Dampflokomobilen, Gaskraftmaschinen, Heißluftmaschinen, Wasserdruckmaschinen etc. sind zwecks Inangabezung von Maschinen und Werkzeugen mittelst einer durch den ganzen Saal angebrachten Triebwelle, vorhanden. Einzelnen Industriezweigen, wie z. B. der Gewerbeindustrie, ist eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die Musterammlung derselben war bis zum Jahre 1875 auf 330 umfangreiche Bände angewachsen.*)

Zu recht segensreichem Wirken verspricht das erst seit 1867 gegründete deutsche Gewerbe-Museum zu Berlin emporzuwachsen. Es ist dies ein Verein, der den Zweck hat, den Gewerbetreibenden die Hilfsmittel der Kunst und Wissenschaft zugänglich zu machen. Zur Erreichung dieses Zweckes wird eine Sammlung von künstlerischen

*) Siehe Näheres: Die industrielle Entwicklung Württembergs etc., wie Anmerkung Seite 90.

und technischen Mustern, Modellen und eine Bibliothek angelegt und dem Publikum zugänglich gemacht, sowie damit eine Unterrichts-
anstalt verbunden, in welcher Gelegenheit zur Erwerbung wissenschaftlicher
und künstlerischer Fachbildung geboten wird. Der Gesamtbestand
der Sammlung betrug am Schlusse des Jahres 1874 ca. 11,670
Stück im Gesamtwerthe von 372,000 Thlr. Hierzu ca. 2000 Stück
Doublotten für Wanderausstellungen, Unterrichtszwecke zum Austausch
und zur Abgabe an Provinzial-Sammlungen bestimmt; ferner mehrere
Kollektionen von Stoffproben, Stickereien, Spitzen, Borden zc., sowie
eine Kollektion antiker Glasproben von ca. 900 Stück im Werthe
von 2000 Thlr. Die Sammlung der Gipsabgüsse umfaßte zur
selben Zeit 1823 Nummern. Wir übergehen die Bibliothek, die
Leistungen und den Besuch der Unterrichtsanstalt, den Photographien-
Verkauf und die Wander-Ausstellungen. Von letzteren wollen wir
nur bemerken, daß sie häufiger stattfinden möchten, und daß uns
die Bestimmung, wonach im Laufe eines Sommers höchstens fünf
in Aussicht genommen werden können, wobei noch die sich gemeldeten
Orte unter sich und von Berlin nicht zu weit entfernt sein dürfen,
doch sehr einschränkend erscheint. Gerade auf diese Art kunstgewerblichen
Anschauungs-Unterricht sollte ein recht bedeutender Werth gelegt werden.
Das deutsche Gewerbe-Museum läßt in seinen Räumen auch die
Ausstellung neuer, besonders gelungener Industrie-Erzeugnisse auf
Kosten des Fabrikanten oder Künstlers zu. Eine Prüfung solcher
Gegenstände hat vorauszugehen. Es werden dabei zumeist alle
diejenigen Umstände in Betracht gezogen, die wir bei den Fortschritts-
Ausstellungen und der schwäbischen Gesamtindustrie-Ausstellung in
Ulm genauer angaben.

Da es mehr als überraschend sein würde, zu sehen, wie ein
Privat-Verein in so wenig Jahren so gewaltige Resultate erzielen
kann, müssen wir hier anfügen, daß Sr. Majestät der Kaiser, die
Königl. Preussische Regierung und die städtische Friedrich Wilhelm-
stiftung zu Berlin in höchst anerkennenswerther Weise dieses Unter-
nehmen mit bedeutenden Geschenken und Mitteln unterstützt haben,
und noch unterstützen.

Es mögen die gegebenen Andeutungen über Gewerbemuseen,
Musterlager zc. genügen, um ihre Nothwendigkeit und Nützlichkeit
darzuthun. Es konnte keineswegs unsere Absicht sein, durch praktische

Wünke die Gewerbetreibenden selbst zur Errichtung solcher umfangreicher Institute für ihre alleinige Rechnung zu unterstützen. Es genügt uns, wenn der Sinn und das Verständniß dafür geweckt, und zur Benutzung bestehender Einrichtungen Anregung gegeben ist. Will man nach dieser Seite hin etwas leisten, so wird man, wie angedeutet, auf das Entgegenkommen und die Unterstützung von Behörden angewiesen sein. Für diesen Fall jedoch hier Wünke für Anlage, Einrichtung, Verwaltung u. zu geben, ist der uns zu Gebote stehende Raum viel zu knapp bemessen. Es werden sich dann in dergleichen Sachen erfahrene Männer finden, und vornehmlich wird man des Beiraths der Verwaltungsbehörden schon bestehender Einrichtungen nicht entzathen können.

Eine ganz hervorragende Aufmerksamkeit müßte ferner seitens der Gewerbetreibenden auf die Errichtung von

d. Handwerkszeug=Lagern,

und auf den Bezug ihres Bedarfes von da =gelegt werden. Der Anschauungsunterricht, wie er durch die oben erwähnten Institute betrieben werden soll, genügt zur besseren Herstellung von Fabrikaten und Gegenständen allein nicht. Die Industrie=Ausstellung zu Philadelphia, und das scheint für unseren Handwerksbetrieb die Haupt=errungenschaft dabei zu sein, wichtiger als die Erkenntniß des „Billig und Schlecht“, hat uns gelehrt, daß die Konkurrenzfähigkeit Amerikas zum größten Theil in der Leistungsfähigkeit seiner Werkzeuge liegt. Die Schwereffälligkeit des Deutschen, sich von lieb gewordenen Gewohnheiten zu trennen, ist allbekannt. Man kann sich davon durch den Besuch von Werkstätten und durch die mit Handwerkern über ihre Werkzeuge angeknüpften Gespräche sattfam überzeugen. Ueberall, oder doch meist, geschieht die Herstellung von Gegenständen auf Kosten der Zeit und der Menschenkraft, ohne dadurch Mustergiltiges zu leisten. Man betrachte nur den Stiel der amerikanischen Art, mit welcher der Hinterländer im fünften Theile der Zeit einen Baum fällt, die ein europäischer Holzhaner mit einer europäischen Art brauchen würde. Die Form der letzteren findet sich ganz genau so schon in den Steinzeiten der auf mehr als 4000 Jahre zurückreichenden Pfahlbauten. Erst die Amerikaner haben diese Jahrtausend alten Gewohnheiten mit neuen und besseren Formen durchbrochen. Man denke nur an

die von ihnen erfundenen Werkzeugmaschinen, die Näh- und Strickmaschine und die Holzbearbeitungsmaschine. Ihre Werkzeuge haben gegen unsere drei Eigenschaften im voraus. Sie befriedigen höhere Ansprüche, sind theurer und haltbarer. Um die Verbreitung der Kenntniß von solchen Handwerkszeugen hat sich in jüngster Zeit auf Veranlassung des bairischen Ministeriums der Sekretär des „bairischen Gewerbemuseums“, Hrn. Dr. Seelhorst durch Wandervorträge in einer Anzahl Städte recht verdient gemacht. Das genannte Ministerium hat aber auch weiter gehend dem eben angeführten Museum einen Betrag von 2134 Mk. aus den Centralfonds zur Verfügung gestellt, um einerseits die gelegentlich der Ausstellung in Philadelphia erworbene Sammlung von amerikanischen Werkzeugen zu einer Musterammlung zu vervollständigen, und anderseits ein Preisverzeichnis derselben mit Beschreibung drucken und in größerer Anzahl an die bairischen Gewerbevereine vertheilen zu lassen. Seit Mitte Mai d. J. ist diese Musterammlung im bairischen Gewerbemuseum ausgestellt, und später können die Gewerbevereine des Landes, welche Mitglieder des Verbandes bairischer Gewerbevereine sind, auf ihren Wunsch und gegen Uebnahme der Transportkosten einzelne Stücke, oder die ganze Sammlung zu Ausstellungszwecken erhalten. Seitens des Ministeriums ist auch mit dem Gewerbemuseum eine Vereinbarung getroffen worden, daß dasselbe von den Gewerbetreibenden Bestellungen auf solche amerikanische Werkzeuge und kleinere Maschinen entgegennimmt. Schon laufen die Berichte über die günstige Aufnahme dieses Unternehmens ein. Selbst der ultrakonservative altbairische Bauer ist wie veressen auf die amerikanischen Handgeräthe, welche ihm wegen ihrer Handlichkeit und Leichtigkeit, wie wegen ihrer Leistungsfähigkeit und Dauer gar sehr zusagen.

Durch das Vorgehen des bairischen Ministeriums in Verbindung mit dem betr. Museum, ist für Gewerbe- und Handwerkervereine, insbesondere für Verbände solcher Vereinigungen, der Weg gezeigt, der zur Anlegung von Handwerkszeug-Lagern und zur Verbreitung brauchbarer Werkzeuge eingeschlagen werden kann. Es dürfte sich auch empfehlen, solche Lager mit den permanenten Ausstellungen, bezw. Musterlagern in Verbindung zu bringen. Von Kosten kann eigentlich keine Rede sein, da ja schließlich die Werkzeuge von den Handwerkern angeschafft werden.

Wir wissen sehr wohl, daß durch die bis hierher vorgeschlagenen Mittel allein unser Handwerker nicht soweit emporzubringen ist, daß er den täglich wachsenden Anforderungen vollauf genügen kann. Wir werden schon viel erreichen, wenn bei den intelligenten Gewerbetreibenden der Nachahmungstrieb geweckt und sie zu erhöhterem Schaffen angetrieben werden, und wenn das Publikum im Geschmack vorwärts schreitend größere Anforderungen an die gewerbliche Leistungsfähigkeit stellt. Eine möglichst vollständige Aufbesserung muß von unten kommen und kann nur langsam vor sich gehen, wozu wir als Hauptmittel die

B. Institutionen zur Belehrung der Gewerbelehrlinge

ansehen. Eine systematische und umfänglichere Berufserziehung wird nicht nur die gewerbliche Fertigkeit an sich steigern, sondern auch die Fähigkeit vermehren, durch spätere Selbstbelehrung mit der Gewerbsentwicklung Schritt zu halten und fördernd, schöpferisch in sie einzugreifen. Eine bessere gewerbliche Erziehung während der Lehrlings- und Gesellenzeit befähigt erst den selbstständigen Gewerbetreibenden, die oben erwähnten Einrichtungen der Selbstbelehrung und des Anschauungsunterrichtes voll und ganz ausnützen zu können.

Alle Welt ist heute einig, daß bei uns das Volksschulwesen gegenüber den Zeitforderungen, den veränderten Wirthschafts- und politischen Verhältnissen zurückgeblieben ist und durchaus umgestaltet werden muß. Man macht dem Schablonismus auf der einen, und der Ueberladung mit unnötigem Wissensballast auf der anderen Seite Vorwürfe, und zieht beide wegen der allgemein mangelhaften Ausbildung des Könnens zur Rechenschaft. Was bei den Volksschulen zutrifft, kann in nicht geringerem Grade den höheren Lehranstalten, insbesondere den Gymnasien, aufs Kernholz gesetzt werden. Man ist daher auch über die Nothwendigkeit eines erzieherischen Einflusses über die Volksschule hinaus, in Fortbildungsschulen, im Klaren. Merkwürdig dabei ist, daß man in Norddeutschland, namentlich in Preußen, glaubt, dieses Erkennen sei eine gewaltige Errungenschaft. Was wir daselbst heute erst begreifen, hat man seit Jahrzehnten in England, Frankreich und der Schweiz gepflegt, ja in einzelnen Staaten Deutschlands auf diesem erzieherischen Gebiete gradezu für die ganze Welt Mustergiltiges geleistet. Wir erinnern an die treff-

lichen gewerblichen Fortbildungsschulen und Fachschulen Württembergs, Hamburgs und zum Theil Badens, (die Schwarzwald-Gegend), an die Schulen des polytechnischen Central-Vereins für Unterfranken und Nischaffenburg, und an das ausgebreitete Netz von badischen Gewerbeeschulen. Was neu in der Fortbildungsschulfrage sein dürfte, ist der Schulstreit, ob allgemeine oder gewerbliche Fortbildungsschulen einzurichten, und ob der Besuch derselben ein fakultativer oder obligatorischer sein müsse. In der jüngsten Zeit scheint man sich für das letztere entschieden zu haben, doch meinen wir, daß man hierbei sehr vorsichtig zu Werke wird gehen müssen. Wir sind nur für zwangsweise allgemeine Fortbildungsschulen, während wir fakultative gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulen befürworten. Wo jedoch, wie in Preußen, durch Staatsgesetz zwangsweise allgemeine Fortbildungsschulen zur Zeit nicht errichtet werden können, da werden wir den zwangsweisen gewerblichen Fortbildungsschulen, die auf Grund der Gewerbe-Ordnung einführbar sind, das Wort reden. Der um diese Fragen ausgebrochene Streit soll uns hier nur wenig interessieren, ebensowenig ob die Gemeinde oder der Staat, jedes ganz oder beide zusammen und in welchem Verhältniß, die Unterhaltungskosten von dergleichen Anstalten zu tragen haben. Wir sprechen hier zum Handwerker Deutschlands, und da die Fortbildungsschulverhältnisse in den einzelnen deutschen Staaten verschieden sind, und dem Gewerbe und seinen Trägern sofortiger erzieherischer Einfluß hinsichtlich des Nachwuchses, der Lehrlinge, Noth thut, wird er, der Handwerker, auch mit den jeweiligen Verhältnissen rechnen müssen. Wenn wir daher von der Selbstthätigkeit des Handwerkers

a. gewerbliche Fortbildungsschulen

fordern, so wollen wir damit sagen, er habe unter den gegebenen Verhältnissen in jeder möglichen Weise für ihre Errichtung und Unterstützung einzutreten. Wo solche neben allgemeinen zwangsweisen Fortbildungs- und Sonntagschulen als fakultative bestehen, und der Besuch dieser von dem jener dispensirt, so müssen die Meister kein Mittel scheuen die ihnen Untergebenen zum fleißigen Besuche zu veranlassen. Leider dürfen wir hier nicht verschweigen, daß grade die Meister die heftigsten Gegner der Fortbildungsschulen, und daß an ihrem Widerwillen schon viele gescheitert sind. Wollte man alle die den Meistern abgelauchten Gründe ihres gegnerischen Verhaltens

veröffentlichen, so würde man wahrhaftig staunen. Nur einiges: „Zu was, hört man sagen, braucht ein Junge mehr zu lernen, als ich; seine Kraft gehört mir, in der Werkstelle ist sein Platz und nicht in der Schule! — Soll etwa der Bengel klüger werden wie ich, damit er mir nicht mehr parirt? — Wenn er in die Fortbildungsschule geht, macht er nur Dummheiten!“ — — Wir brauchen uns wohl auf die Widerlegung solcher Ansichten nicht einzulassen. An jedem Orte gibt es heute schon Handwerker, die dies für uns thun können, nur müssen sie sich den Muth dazu nehmen, was um so leichter ist, als grade jene Gegner die Unwissendsten zu sein pflegen. Sie reden, um geredet und ihre große praktische Einsicht dokumentirt zu haben.

Wo überhaupt keine Fortbildungsschulen vorhanden sind, da erwächst dem Handwerker die Pflicht, auf die Einrichtung gewerblicher gradezu zu bringen. Behufes dessen stelle man diesen Gegenstand wiederholt auf die Tagesordnung der verschiedenen Vereinsversammlungen und suche einen darauf hinizielenden Beschluß zu erlangen. Gleichviel, ob der Verein, wie sehr häufig geschehen, aus eigenen Mitteln eine solche Schule gründet und sie vielleicht später der Gemeinde zuführt, oder ob er sich mit dem Gesuche um Errichtung und Erhaltung aus Gemeindemitteln an die Kommunalbehörde wendet, jedenfalls ist das Ansuchen unter allen Verhältnissen geboten. Man beginne nur, das sei Grundsatz! Mag auch anfänglich das Resultat einer solchen Anstalt den gehegten Erwartungen nicht entsprechen, so entmuthige man nicht, sondern verfolge den betretenen Weg und mühe sich endlich um Verbesserung. Wo man so gehandelt, wie z. B. seitens der Bildungsvereine zu Frankfurt a. M., zu Gräfenenthal und namentlich des Gewerbevereins zu Elbing, u. a. D., hat man stets günstige Erfolge erzielt. Freilich ist es am besten, man betreibt die Errichtung gewerblicher Fortbildungsschulen auf Grund der §§. 106 und 142 der Gew. Ordnung vom 21. Juni 1869, und zwar in Preußen unter Berücksichtigung der Verfügung des Kultusministeriums, betreffend die gewerblichen Fortbildungsschulen, vom 17. Juni 1874, nebst den Grundzügen für die Einrichtung solcher Schulen.*)

*) Näheres: „Das Lehrlingswesen u. von Julius Keller. Verlag F. Schaffer & Comp. in Landsberg a. W. — Ganz besonders empfehlen wir zum genannten

Material für Einrichtung u. herbeizuschaffen, da solches in den in der Anmerkung angezogenen Broschüren, in den leicht zu erhaltenden Jahresberichten des polytechnischen Central-Vereins zu Würzburg und des Landesgewerbevereins zu Darmstadt, vorhanden ist. Dagegen lassen wir die wichtigsten Punkte aus den Verhaltensregeln und Strafbestimmungen für die Schüler der Fortbildungs- und Gewerbeschule zu Ohrdruf folgen, indem wir meinen, daß darin recht beherzigenswerthe Fingerzeige gegeben sind. Auf die Erziehung zur Ordnung und zum Gehorsam wird bei dem heranwachsenden Geschlecht sehr zu sehen sein.

In jenen Verhaltensregeln u. ist zunächst das Verhältniß des Schülers zu den Lehrern und zu seinen Mitschülern präcisirt. Sodann sind Verhaltensregeln über den Aufenthalt in und außerhalb der Schule, über Anstand, ehrerbietiges Betragen und Reinlichkeit gegeben. Allgemeine Winke über die zu verrichtenden häuslichen Arbeiten für die Schule folgen darauf. Der Beitritt zu Vereinen und das Betreten der Tanzsäle ist streng verboten. Das Besuchen der Wirthshäuser und Bierstuben ist den Schülern nur in Begleitung ihrer Eltern und Lehrherren gestattet. Das Rauchen wird sämtlichen Schülern in wohlmeinender Absicht widerrathen, auf der Straße und auf den Schulwegen ist dasselbe unbedingt verboten. Im Uebertretungsfalle können Strafen von jedem Lehrer, vom Direktor oder dem Lehrerkollegium, und von dem Schulvorstande verhängt werden. Von der Strafe sind Verweis, Arrest, Entziehung der Schulgeldfreiheit und anderer Unterstützungen und Geldstrafen anzuführen. Die anzuwendende Strafe hängt vom Vergehen ab. Strafen für Schulversäumnisse werden auf Grund des Statuts der Fortbildungsschule verhängt. Ein Exemplar der gedruckten Verhaltensregeln erhält jeder Schüler eingehändig. — Große Auseinandersetzungen und Beweise zu Gunsten der Fortbildungsschulen führen auch nicht zum Ziele. Wie gesagt,

Studium der gewerblichen Fortbildungsschulfrage bezw. zur Kenntnißnahme von Organisations- und Stundenplänen „die gewerblichen Fortbildungsschulen Deutschlands, von Dr. R. Nagel. Verlag von J. Neumeister in Eisenach.“ —

Sehr empfehlenswerth: Lehr- und Lesebuch für gewerbliche Fortbildungsschulen, von Friedr. Autenheimer, bei J. Huber in Frauenfeld. — Die schweizerischen Volksschulbücher verdienen überhaupt unsere Beachtung.

man fange an. Bald werden die Meister den Nutzen solcher Institute nicht nur an der Ordnungsliebe, den Sitten und dem Fleiße, sondern auch an der Geschicklichkeit ihrer Lehrlinge gewahr werden.

Wir möchten grade bei dieser Gelegenheit warnen, den Regierungen einen Vorwurf zu machen, als ob sie nicht genug für die Verbreitung genannter Schulen gethan hätten. Die Rässigkeit liegt einzig und allein an den Gewerbetreibenden. Sie müssen zunächst durch Selbstbethätigung das Bedürfniß nachweisen, und wo sie es gethan, hat man auch seitens der Behörden mit eingegriffen. Selbst Preußen, das betreffs dieser Unterrichtsanstalten anderen deutschen Staaten, namentlich dem Süden gegenüber, zurück ist, hat seit Anfang dieses Jahrhunderts immer und immer wieder die Bezirksregierungen, und diese die Gemeindebehörden auf die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der Anlegung von Handwerkschulen, meist aber ohne Erfolg, aufmerksam gemacht. Ja noch mehr! Wie bekannt wurden 1874 im preußischen Haushaltsetat mehr als 47000 Thlr. zur Unterstützung von gewerblichen Fortbildungsschulen ausgeworfen. Bis zur Stunde sind diese nicht einmal aufgebraucht worden, da sich eine genügende Zahl von Bewerbern nicht fand. Das spricht deutlich genug für die Gleichgiltigkeit der bei dieser Sache interessirten Handwerker. — Von selbst wird eben nichts, mit politischen Agitationen und ewigem Wünschen setzt man keine Säge in Bewegung, und zieht keine Linie. —

Als das wichtigste Mittel zur Ausbildung unserer Handwerker erachten wir

b. die Fachschulen und Lehrwerkstätten.

Wenn wir oben den allgemeinen Fortbildungsschulen freundlich entgegentreten, so dachten wir nicht an den jungen Handwerker, sondern an den die Elementarschule verlassenden jungen Menschen, und wir meinen, daß der eine gewerbliche Fortbildungsschule besuchende Jüngling von dem Besuche der allgemeinen Fortbildungsschule, falls diese beide an einem Orte bestehen, befreit sein muß. Diese letztere Schule denken wir uns obligatorisch durchs ganze Reich und an jedem Orte, jene an mehr gewerbsreichen und industriellen Orten, fakultativ oder obligatorisch, eingeführt. Principiell jedoch sind wir der Ansicht, daß die gewerbliche Fachschule und Lehrwerkstatt allein die dem Handwerker und dem Industriearbeiter nothwendige berufliche Fertigkeit

zu geben, das „Können und Wissen“ gleichzeitig zu vermitteln, im Stande ist. Wo man aber diese wegen Mangel an geeigneten Lehrkräften, an Schülern und an Verständniß nicht einführen kann, da natürlich wird ohne Zweifel zu jenen zu greifen sein. Wie nothwendig aber Fachschulen sind, das lehrt ein Blick in die ersten besten Handwerksverhältnisse. Nehmen wir einmal einen Schneidergesellen, der soeben seine vierjährige Lehrzeit beendet hat. Was hat man mit Recht von ihm als einem Erwerbsgehilfen zu fordern? Möglichst selbstständiges Arbeiten. Das kann er nicht. Er kann nicht bügeln oder plätten, nicht Maß nehmen, nicht einmal eine Weste, geschweige denn einen Rock zuschneiden. Der eine ist auf Anfertigung von Hosen, der andere auf Röcke, Ueberzieher u. s. w. dressirt. Gebt ihm eine Schneiderzeitung in die Hand, Kreide, Korpusmetermaß, Lineal und Stoff, er weiß nicht, was er damit anfangen soll. Es ist schon gut, wenn er ein brauchbares Knopfloch herstellen kann. Die Regeln des Tanzes aber befolgt er exakt, und das social-demokratische Programm sagt er am Schnürchen herunter. Und so ist's mit den meisten Handwerksgehilfen, nicht blos mit den der Schneider. Es möchte noch gut sein, wenn das Fehlende während der Gesellenzeit nachgeholt würde. Das geschieht aber nicht. Wer ist Schuld? Nur die Meister. Woher soll es denn der Lehrling nehmen, wenn es ihm nicht gelehrt wird? Woher der Geselle, wenn er keine Gelegenheit zum Lernen hat und seine Zeit zum bloßen Erwerben verwenden muß? Es darf uns dann nicht wunder nehmen, wenn so vorbereitete und erzogene Menschen ihre Schwäche und Unbeholfenheit, und die Unmöglichkeit sich emporarbeiten zu können, fühlend, an sich verzweifeln, und wirthschaftlich und sittlich zu Grunde gehen. Wir wissen recht gut, daß bei den heutigen Erwerbsverhältnissen, der vorge schrittenen Arbeitstheilung und der herrschenden Konkurrenz, die Werkstätte des Meisters weder Zeit noch Raum hat, sich eingehender mit der Ausbildung des Lehrlings im ganzen Handwerk, noch viel weniger mit der des Gehilfen, zu befassen. Es gilt nur beide, Zeit und Kräfte auszunützen. Andere Verhältnisse bedürfen auch andere Mittel. Was der einzelne Meister in der Werkstätte nicht vermag, das muß die Vereinigung durch die Fachschule thun. Wird dort vorwiegend maschinenmäßig gebildet, und das einzelne gepflegt, so muß hier Hand und Kopf zusammengehen, um das Handwerk völlig und ganz zu lehren

und zu erlernen. Der Segen und die Fruchtbarkeit solcher Thätigkeit ist einleuchtend, und es fragt sich nur, wie machen?

In fast jedem halbwegs gewerbreichen Orte sind Fachschulen möglich, in größerem ein Bedürfniß, für ganze Bezirke eine zwingende Nothwendigkeit. Einige Lehrlinge und auch Gesellen eines Berufes finden sich in kleineren Orten immer, die eine dargebotene Gelegenheit sich im Handwerk zu vervollkommen gern wahrnehmen werden. Jene zwingt man seitens der Meister zum Besuche und diese werden, wird ihnen Vorthail geboten, schließlich gern freiwillig kommen. Junge strebsame Meister, die sich in der Welt umgesehen und was gelernt haben, oder andere mit gewissen speciellen Fachkenntnissen ausgerüstete Männer, sind fast überall zu haben, wenn man sie nur suchen will, um als Lehrer freier Fachschulen fungiren zu können. Man denke sich, es treten 10 Tischlermeister eines Ortes zusammen; sie verpflichten sich ihren 10—15 Lehrlingen wöchentlich einige Stunden Zeit zu geben, um sie durch einen oder zwei Tischlermeister und einen tüchtigen Zeichenlehrer fachlich unterrichten zu lassen. Der Zeichenunterricht lehne sich an das Tischlergewerbe in seinen verschiedenen Nuancen, Möbel-, Bau- und Kunsttischlerei an. Fachzeitungen, Photographien, Modelle u. a. m. werden satfam unterstützen. Man lehre die Grundlehren der Mathematik, die verschiedenen Holzarten und ihre zweckmäßigste Verwendung; man unterrichte über Poliren, Lackiren und Farbmischung. Wenn nothwendig können selbst praktische Uebungen in einer Werkstätte vorgenommen werden. Es wird den jungen Leuten Anleitung zu einem Anschlag, Entwürfe u. dgl. m. gegeben. Man hüte sich jedoch bei den Schülern zu viel voranzujagen, da sie sonst sehr bald die Lust verlieren. Dies scheint auch der Grund des Eingehens der Schuhmacher-Fachschule der Berliner Schuhmachervereinung gewesen zu sein. Es wird gut sein, die Arbeit der Lehrerschaft zu honoriren, selbst wenn Meister Unterricht ertheilen. Bemittelte Lehrlinge mögen Schulgeld zahlen, unbemittelte dagegen frei sein, wenn es nicht vorgezogen wird, was gerecht wäre, daß die Meisterschaft für die gesammten Kosten aufkommt.

In größeren Orten müßte man unbedingt seitens bestehender Innungen, Fach-, Gewerbe-, oder dgl. Vereine Fachschulen ins Leben rufen. Durch die größere Zahl der Meister, Gesellen und Lehrlinge eines Berufes ist dies auch viel leichter möglich, und die Einrichtung

selbst zweckmäßiger zu gestalten. Es sind daselbst eher Lokalitäten zu erhalten, und geeignete Lehrkräfte und Lehrmittel zu beschaffen, auch wird das Unternehmen billiger, da sich die Kosten auf viele Köpfe berechnen. Es empfiehlt sich dann die Fachschule in 3 Abtheilungen zu theilen. Die 1. Abtheilung, die Elementar-Fortbildungsschule des N.-Gewerbes zu K. nimmt in sich die jüngeren und in der Elementarbildung zurückgebliebenen Lehrlinge auf. Die Lehrgegenstände können sich auf Rechnen, Lesen, Geschäftsaufsätze und Zeichnen beschränken, und dazu wöchentlich 4 Stunden verwandt werden. In die 2. Abtheilung, die eigentliche Fachschule, rücken die Schüler der vorigen, nachdem sie dort vielleicht 1—2 Jahr mit Erfolg geübt haben, auf, und es wird zu dem fachlichen, theoretisch-praktischen Unterrichte übergegangen. Was hier für Lehrgegenstände aufzunehmen, und wie viel Stunden wöchentlich zu unterrichten sein wird, unterliegt der Beurtheilung der Berufsgenossen, unter Beirath der Lehrer. Es dürfte darauf zu sehen sein, daß durchschnittlich die Absolvirung dieser Abtheilung mit dem Schluß der Lehrzeit zusammenfällt. Die 3. Abtheilung ist vorwiegend für die Gesellen und die fortgeschrittenen und älteren Lehrlinge bestimmt, und sind diesen entsprechende Lehrgegenstände zu behandeln. Was den Besuch betrifft, so müßte derselbe für die 1. Abtheilung, wäre am Orte gar keine zwangsweise Fortbildungsschule vorhanden, obligatorisch sein, andernfalls fakultativ und von jener dispensirend. Für diesen event. Fall wäre beispielsweise in Preußen ein Ortsstatut nothwendig. Der Besuch der 2. Abtheilung mag in das freie Belieben gestellt werden, doch können denselben die Meister und Eltern der Lehrlinge beim Abschluß von Lehrverträgen kontraktlich obligatorisch machen. Durchans freier Besuch müßte bei der 3. Abtheilung, bis etwa auf Lehrlinge obwalten. — Hinsichtlich der Aufbringung der Kosten gibt beispielsweise die Berliner Schuhmacherinnung für ihre Elementar-Fortbildungsschule, die z. B. von 54 Schülern besucht ist, die in 2 Klassen unterrichtet werden, jährlich 50 Thl. Zuschuß. Die Stadt selbst honorirt jede Stunde mit 2 Mk. Da in jeder Klasse wöchentlich 4, also zusammen 8 Stunden gegeben werden, so zahlt sie wöchentlich 16 Mk. Der Hauptlehrer erhält für die Leitung der Anstalt pro curs. quart. 7,75 Mk. Der Schuldiener für Lokalbereinigung quart. 15 Mk. Zieht man ferner in Rechnung, daß die Stadtgemeinde die Beleuchtung liefert, die während der

Wintermonate quart. curs. 60 Mk. kostet, und die Klassenräume hergibt, so muß man die Opferwilligkeit der Berliner Kommune anerkennen, zumal z. B. 13 derartige Fortbildungsschulen für die verschiedenen Gewerbe bestehen, und die Zahl damit nicht abgeschlossen ist. In kleineren Städten dürften Lehrerhonorar und Vereinigung niedriger zu stehen kommen. — Die Kosten der Fachschule (2. Abtheilung) werden wol vorwiegend von den Meistern und Lehrlingen, bezw. von den Eltern, aufzubringen sein, doch ist es mehr als wahrscheinlich, daß, wenn von ihrem Bestehen eine besondere Entwicklung des betr. Gewerbes des Ortes oder der Umgegend abhängt, die Kommune oder die Regierung einen Zuschuß geben. — Die 3. Abtheilung dagegen wird sich wol nur in seltenen Fällen einer kommunalen oder staatlichen Subvention zu erfreuen haben. —

Während wir dieses schreiben, geht die Nachricht von der projektirten Gründung einer Obst- und Weinbauschule zu Grünberg ein, welche im nächsten Frühjahr unter Protektion des dortigen Gewerbe- und Gartenbau-Vereins eröffnet werden soll. Eine anerkannte tüchtige Musterweb- und Fabrikantenschule besteht schon seit einer Reihe von Jahren dortselbst und hat wesentlich zur Hebung des guten Geschmacks in der Tuchbranche beigetragen.

Die Wiener Schuhmachergenossenschaft hat unter Direktion des bekannten rührigen Schuhmachermeisters und Chefredacteurs der Neuen Wiener Schuhmacherzeitung, R. Knöfel, ebenfalls eine Fachschule neuer ins Leben gerufen, um der jüngeren Kollegenschaft Gelegenheit zu geben, sich jene allseitigen Fachkenntnisse anzueignen, welche zum selbstständigen Geschäftsbetriebe erforderlich sind. Honorar ist nicht zu zahlen, doch verbleiben die gefertigten Arbeiten Eigenthum der Anstalt. Die tägliche Arbeitszeit ist auf zehn Stunden festgesetzt, dieselbe beginnt früh 7 Uhr mit dem theoretischen Unterrichte, welcher in der Regel bis 9 Uhr dauert. Dieser erstreckt sich auf Freihand- und geometrisches Zeichnen, Studium des Fußes, die Herstellung von Mustern jeder Art, gewerbliche Buchführung, Waarenkunde, Fellauszeichnung u., sowie auf die Anleitung zur Arbeit an den verschiedenen Hilfsmaschinen, und es stehen auch zu diesem Behufe Nähmaschinen verschiedener Systeme, Aufpappe- und Walkmaschinen u. zur Verfügung. Die weitere Arbeitszeit wird benützt, um die Schüler in der praktischen Anwendung des Erlernten zu üben. Zu diesem

Zwecke werden Muster geschnitten, Maß genommen, Leisten und Obertheile hergerichtet und sämtliche Arbeiten bis zur Fertigstellung der Waaren ausgeführt. — An diesen Kursen können aber nur praktisch vorgebildete Schuhmacher Theil nehmen.

Der Verband deutscher Barbierherren hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Ausbildung der Principale, Gehilfen und Lehrlinge zu betreiben. Deshalb wurden in fast allen größeren Städten Friseur-Fachschulen errichtet. In Berlin existirten im Juni d. J. schon drei. In zweien wurde von 5 Lehrern, welche vorher auf Kosten der Berliner Kollegen von einem tüchtigen Friseur ausgebildet worden waren, die Kabinetbedienung gelehrt. Die Schülerzahl betrug 18, und es sind dies lauter Principale. Diese waren wieder kontraktlich verpflichtet, das unentgeltlich Erlernte später als Lehrer weiter zu lehren, wodurch in Bälde die Möglichkeit gegeben ist, Berlin mit einer Reihe solcher Schulen zu überziehen, in welchen dann Principale, Gehilfen und Lehrlinge kostenfrei unterwiesen werden können. In der 3. Schule wurde von einem gewandten Friseur (künstlicher Haararbeiter) in der Tischarbeit (künstliche Haararbeit) Unterricht ertheilt. Dasselbst lernten 10 Kollegen unentgeltlich, mit der Verpflichtung des späteren Weiterlehrens ohne Entschädigung. Die durch diese Schulen erzielten Resultate machen sich jetzt schon recht segensreich fühlbar, denn jeder bemüht sich, das Erlernte in seinem Geschäfte einzuführen, und es kann dreist behauptet werden, daß die Leistungen in den betr. Geschäften bedeutend besser geworden sind. Zuweilen findet ein öffentliches Prüfungsfrisirren der Schüler statt.

Wir sind uns bewußt, daß auf die Dauer die oben geforderten Fachschulen für das deutsche Handwerk nicht Bahn brechend sein können, zumal bei Gewerben, die zu einem großen Theile auch dem Kunstgewerbe angehören. Es müssen da die Berufsgenossen ganz Deutschlands zusammentreten und Fachschulen einrichten. Wir erinnern an die „Schneider-Akademie“ zu Dresden, die seit Jahrzehnten mit bestem Erfolge besteht. In neuerer Zeit sind die Blecharbeiter Deutschlands an die Gründung einer Fachschule herangegangen und haben dazu zu Aue in Sachsen am 26. Mai d. J. den Grundstein gelegt. Auf der zweiten Versammlung deutscher Blecharbeiter im September 1875 in Kassel wurde ein Komitee gewählt, welches für die Fachschule wirken sollte. Da aber von dieser Seite die Sache

nicht nach aller Wunsch gefördert wurde, betrieben sie namentlich sächsishe Blecharbeiter. Das Unternehmen fand durch das Entgegenkommen der sächs. Regierung, der Stadt Aue und durch Beiträge von Fachgenossen raschen Fortgang. Der deutsche Blecharbeiter-Verein forderte die letzteren für jene Schule zu Zeichnungen auf, deren Satz auf zehn Mark normirt war. Die genannte Regierung verlieh dem Vereine die Rechte einer juristischen Person, sicherte ihm 30,000 Mk. als unverzinsliches Darlehn zur Errichtung und einen jährlichen Zuschuß zur Unterhaltung der Schule. Von den Fachgenossen sollen 30,000 Mk. gezeichnet worden sein. Der Kostenanschlag über Grundstücke, Gebäude, Mobilien, Utensilien und Lehrmittel beziffert sich auf nur 84,400 Mk., fürs 1. Schuljahr bei 20 Schülern, ist der Etat in Ein- und Ausgabe auf 33,000 Mk., fürs 2. Schuljahr bei 50 Schülern, auf 36,200 Mk. fürs 3. bei 80 Schülern auf 37,736 Mk. und fürs 4. bei 100 Schülern auf 46,736 Mk. veranschlagt. Man hofft bis zu dieser Schülerzahl zu kommen, da in Deutschland mehr als 40,000 selbstständige Blecharbeiter existiren, so daß nur von 400 wenigstens einer seinen Sohn in die Anstalt schicken darf. Die Schule besteht aus zwei Gebäuden, aus einem für den theoretischen, und einem für den praktischen Unterricht. Die Aufnahme ist geknüpft an vollendete Lehrzeit, tadellose Führung, und Ablegung einer Prüfung, bei welcher als Berechtigung zum Eintritt in die unterste Klasse: Vorkenntnisse in der deutschen Sprache, Sicherheit in der Orthographie, Vorkenntnisse im Rechnen, die vier Species, gemeine und Decimalbrüche, angenommen wird. Die Aufnahme in eine höhere Klasse hängt von dem Nachweis der Reife zu den planmäßigen Unterrichtsgegenständen dieser Klasse ab. Das Jahreshonorar beträgt 225 Mk. — Der ganze Kursus, welcher auf 3 Semester ($\frac{1}{2}$ Jahr) ausgedehnt werden soll, vereinigt einen praktischen und theoretischen und besteht aus 3 aufeinander folgenden Klassen. In der III. Klasse = 1. Semester, werden wöchentlich 2 Stunden Geometrie, je 4 St. Arithmetik, deutsche Sprache und Freihandzeichnen, 8 St. geometrisches Zeichnen und 22 St. praktisches Arbeiten, im Ganzen 44 St. vorgenommen. — In der II. Kl. = 2. Semester, finden wöchentlich je 2 St. Geometrie, deutsche Sprache, Technologie und Buchführung, je 4 St. Arithmetik, Physik und Mechanik, und Projektionslehre, 6 St. Freihand- oder architektonisches Zeichnen und 22 St. praktisches Arbeiten, zusammen 48 St. statt. — In der

I. Kl. = 1. Semester wird wöchentlich in je 2 St. deutsche Sprache, Technologie, Stillehre und Buchführung, in je 4 St. Arithmetik, Projektionslehre, Physik und Mechanik, und Modelliren, in 8 St. Freihand- und architektonisches Zeichnen und in 18 St. praktisches Arbeiten, zusammen 50 St. unterrichtet. — Es werden 2 ordentliche Lehrer einschl. des Direktors, drei Hilfslehrer und Blecharbeitermeister Beschäftigung finden.

Allenthalben fängt man an das Bedürfniß für Fachschulen, kleineren und größeren Umfanges, zu wecken und zu befriedigen. In Heinsberg (Regb. Aachen) besteht eine solche für Korbflechter, welche für dieses Jahr eine Unterstützung von 2000 Mk. vom preuß. Handelsminister bewilligt erhalten hat. Wie wir hören sind Verhandlungen des nassauischen Gewerbevereins mit den betreff. Regierungsbehörden zur Errichtung einer Fachschule für die Thonindustrie in Grenzhausen im Gange, die allem Anscheine nach zu einem günstigen Resultate führen werden. Der deutsche Uhrmacherverband wird über die Gründung einer Uhrmacher-Fachschule in Glashütte in Sachsen auf seinem im September d. J. stattfindenden ersten Verbandstage in Berathung treten, zum wenigsten wohl nicht durch die seit 1872 bestehende Fachschule der Wiener Uhrmacher, und die Bemühungen der badischen Regierung um Hebung der Uhrmacherei des Schwarzwaldes, angeregt. Wie nothwendig ein um sich greifender Fachunterricht, sowol in theoretischer als auch praktischer Hinsicht ist, zeigt grade das Uhrmachergewerbe. Seit undenklichen Zeiten waren die Schweiz und der Schwarzwald tonangebend, seit einigen Jahren aber scheinen beide von Amerika überflügelt zu werden. Von Interesse dürfte es sein, den Lehrplan der Uhrmacher-Schule zu Furtwangen kennen zu lernen. Der theoretische Unterricht wird werktäglich vormittags von 8—12 Uhr ertheilt und umfaßt wöchentlich je 2 St. in Freihandzeichnen, Geometrie, allgemeine Arithmetik und Algebra, Physik und Theorie der Zeitbestimmungen, und Mechanik, je 3 St. in Technologie der Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, sowie der Kraftmaschinen, soweit solche bei der Uhrmacherei Anwendung finden, und in der Uhrenkunde, und 8 St. in Fachzeichnen mit Inbegriff der Projektionslehre. Der praktische Unterricht in der Werkstätte wird in den Nachmittagsstunden von 1—5 Uhr ertheilt und umfaßt 1. Handhabung der Handwerkzeuge und Benützung der Werkzeugmaschinen bei Bearbeitung

der verschiedenen Materialien und dadurch zu erzielende mustermäßige Vorrichtungen aller handlichen Fertigkeiten der Uhrmacherei, wie Feilen etc., 2. Anfertigung einzelner Hilfswerkzeuge und betriebsfähige Instandsetzung der Werkzeugmaschinen, 3. Anfertigung der einzelnen Uhrenbestandtheile, und 4. Zusammensetzung, Zerlegung und Justiren vollständiger Uhrwerke. — Der Unterricht in der Buchführung wird durch Besuch der betreffenden Unterrichtsstunden der Gewerbeschule daselbst ermöglicht. — Die Aufnahme hängt vom zurückgelegten 16. Lebensjahre und einer zweijährigen praktischen Thätigkeit in der Uhrmacherei ab. Die Anstalt gehört dem Staate. —

Seitens des preuß. Handelsministeriums beabsichtigt man in einer Anzahl größerer Städte Baugewerkschulen zu errichten und die bereits bestehenden städtischen, bezw. Privat-Baugewerkschulen durch Geldmittel zu unterstützen, damit diese in derselben Weise wie die konkurrirenden Staatschulen ihre Aufgaben erfüllen können. Ueber die Organisation dieser Schulen soll das zu erwartende Unterrichtsgesetz entsprechende Bestimmungen enthalten. Alljährlich sollen Abgangsprüfungen unter Aufsicht des Staates abgehalten und Qualifikations-Atteste ausgestellt werden.

Zum Großen und Ganzen können wir eine recht erfreuliche Regsamkeit für Einrichtung solcher Anstalten konstatiren, doch genügen dieselben an Zahl und lokaler Ausdehnung z. B. noch lange nicht. Die erfolgreichste und allseitigste Agitation hierfür muß von den Gewerbetreibenden selbst ausgehen. Wie sehr auch darauf hinielende Kongreßbeschlüsse anzuerkennen sind, so darf dabei nicht stehen geblieben, sondern es muß zur That geschritten werden.

Für Fachschulen, die den Charakter einer „Akademie“ haben, wie z. B. die oben erwähnte zu Aue, dürften in den meisten Fällen staatliche Subventionen und das Entgegenkommen von Gemeinden zu erwarten sein.

Wenn Dr. Carl Blücher*) die Lehrwerkstätten, — wir verstehen darunter Anstalten, in denen theoretischer und praktischer Unterricht in einem Gewerbe erteilt wird, — die gewerblichen Bildungsanstalten der Zukunft nennt, so können wir ihm uns nur anschließen. Bei

*) Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang von Dr. Carl Blücher. Verlag von J. Neumeister, Eisenach 1877.

der fortwährend steigenden gewerblichen Entwicklung und der mit ihr eng zusammenfallenden Konkurrenz, kann man sich sogar den Zeitpunkt denken, wo Handwerksmeister keine Zeit mehr finden werden, sich mit der Ausbildung von Lehrlingen zu befassen. Es wird der Lehrling im heutigen Sinne verschwunden sein. Die Fachakademien werden den Handwerkern die Gehilfen vorbilden und zuführen. Mit diesem Zeitpunkte werden sich dem Gewerbe Elemente aus allen, selbst den sog. besseren Gesellschaftskreisen, gern zuwenden. —

Vorher aber ist der redliche Wille der Selbsthilfe durch die That zu dokumentiren. Dieser Wille fehlt noch sehr. In Berlin besuchen die sog. Kunstschule der königl. Akademie und die Unterrichtsanstalt des deutschen Gewerbemuseums, — welche gebundenes Zeichnen und darstellende Geometrie, Freihandzeichnen u., architektonisches Zeichnen, plastische Darstellung durch Modelliren u., Zeichnen und Malen nach Gipsabgüssen, Figuren- und Thier-Zeichnen, Blumen-Zeichnen und Malen u. lehrt, so daß Bau- und Möbelschler, Bildhauer, Stuckateure, Modelleure, Kunstschlosser, Bronze-, Gold- und Silber-Arbeiter, Maler, Lithographen, Graveure und Musterzeichner für Weberei, Stickerei, Tapetendruck u. reichliche Gelegenheit zur Erlangung systematischer Vorbildung finden, — von daselbst beschäftigten 3076 Angehörigen des Betriebes „für feine Steinwaaren“, Stuckateure, Bildhauer, Graveure, Musterzeichner u. 376, also auf durchschnittlich 8 je Einen. Die ca. 2290 Stubenmaler stellen 219 Schüler. Die Werkstätten für „feine Blei- und Zinnwaaren“, die „Zinngießereien und Prägereien“, die „Betriebe für Erzeugung u. von Metall-Legirung“ u., die „Eisengießereien und Emailirwerke“, und die „Schlossereien und Betriebe für Geldschränke“ stellen auf 184 Mann je Einen. Von den bei der „Parquetfabrikation und Tischlerei“ beschäftigten 11,590 Köpfen besuchen 61, also auf 190 Mann je Einer, die genannten Anstalten. Bei den „Dreh- und Schnitzwaaren“ kommt auf 280, bei „Gold- und Silberschmieden“ auf 300, aus dem großen Bereich der „Glas-, Steingut-, Thon- und Porzellan-Waaren“ auf 500 Arbeiter je 1 Schüler, und aus dem ganzen Gebiete der Seidenwirkerei, Weberei und Stickerei, der Tapissierwaaren-, Teppich- und Möbelfstofffabrikation ist ein einziger Schüler vorhanden, und von den Buchbindereien, Karton- und Portefeuille-Fabriken, die zusammen 3515 Arbeiter beschäftigen, gar keiner.

Angesichts solcher Resultate will man noch die liberale Gesetzgebung für den Rückgang des Gewerbes verantwortlich machen? Hier fehlt nicht blos bei den Meistern und Arbeitgebern, sondern auch bei den Arbeitern, Gesellen und Gehilfen das Verständniß für die Förderung des heutigen Gewerbes. Wir geben gern zu, daß der Einfluß der Arbeitgeber auf ihre Gehilfen zc. ein geringerer geworden sein mag, aber man wird doch mehr wie bisher in der in diesem Werkchen angedeuteten Weise thun müssen, zumal es immer junge Leute geben wird, die einmal selbstständig werden wollen.

II. Sociale und wirthschaftliche Aufgaben.

Man sieht wol ein, daß durch „Lernen und Lehren“ in der entwickelten Weise die Geschicklichkeit im Handwerk erzielt, die Leistungsfähigkeit gesteigert und allmählig zum Kunsthandwerk übergegangen werden kann, aber man weiß auch, daß damit keineswegs, oder doch nur sehr mittelbar dem heutigen Gewerbetreibenden in seiner socialen und wirthschaftlichen Lage gedient wird. Die gesammte moderne Gesellschafts- und Wirthschafts-Entwicklung, welche dem Princip des Individualismus die Thore geöffnet, hat den Handwerker zwar besonders isolirt hingestellt, ihm aber auch die Mittel der Selbsthilfe gegeben. Trotz dessen kommt er einem vor, wie Peter in der Fremde, der anstatt frisch auf dem ersten besten Wege vorwärts zu gehen und sich auf sich selbst zu verlassen, kleinmüthig hinter Mütter's Ofen zurückkehrt. Auch unsere Handwerker möchten am liebsten die milde Wärme des souveränen Gesetzgebungs-Ofens auf sich ausströmen lassen, ohne zu bedenken, daß hinter'n Ofen die alten Weiber gehören. Die seligen Zeiten sind vorbei, wo man alles nur dem Großvater nachzumachen und die Polizei anzurufen brauchte, die unser ganzes Thun und Treiben wohlwollend und verständig überwachte. Wer heute nicht untergehen will, der muß sich rühren, und wer Freiheit hat, muß sie gebrauchen. In unserer schnelllebigen und energischen

Zeit gilt es den ganzen Menschen in seinen gesammten Verhältnissen zu erfassen. Mit den wachsenden Aufgaben des Staatswesens, mit der in Folge der steigenden Kultur vermehrten Gesetzgebung und der unaufhaltsam fortschreitenden Mündigkeit der Völker, tritt die Selbstverwaltung im Staats- und Gemeindeleben nicht nur, sondern auch im Gesellschafts- und Wirthschaftsleben in den Vordergrund und wird Bedingung der Existenz. Das ist der wahre Charakter des Socialismus und nicht, wie man in Verblendung oder mit Berechnung meint, der Staatsbeamte, der bis in die Kochtöpfe guckt. Es gibt daher auch für den Handwerker nur Heil in der Selbstordnung und Selbstverwaltung seiner socialen und wirthschaftlichen Angelegenheiten, von denen wir leider zugeben müssen, daß sie sehr im Argen liegen.

Ohne große und vielleicht zwecklose Einleitung gehen wir sogleich zu den Aufgaben über, die auf dem eben genannten Gebiete der zwingenden Lösung harren.

Da ist vor allem andern

1. die Regelung des Lehrlingswesens

eine allseitig anerkannte gebieterische Nothwendigkeit. Wie man in der Hauptfrage einig ist, daß etwas geschehen müsse, so ist man es auch in dieser Nebenfrage. Ist die Mehrheit der Interessenten in ihrer Meinung hinsichtlich der Regelung und Aufbesserung des gesammten Gewerbewesens nicht grade für ein Eingreifen der Gesetzgebung, so ist sie es um so mehr bei der Regelung des Lehrlingswesens. Dies mag meistens seine Entschuldigung finden in der Verpflichtung des Staates für gediegene Heranbildung der Minderjährigen zu nützlichen Gesellschaftsgliedern einzutreten, meistens aber wol auch darauf zurückzuführen sein, daß man nicht tief genug in die ganze Materie des heutigen Gewerbewesens und seiner Heilmittel einging, und froh war, die Veranlassung des Niedergangs nicht beim Meisterstande, sondern bei den Lehrlingen entdeckt zu haben. Damit hatte man die Schuld leidlich von sich gewälzt, Mittel zur Hilfe durch Gesetze, die womöglich noch die Polizei zu executiren habe, schnell gefunden, und den großen Vortheil erreicht, daß der andere Interessent dieser Frage, der Lehrling, nicht gefragt zu werden brauchte. Als vollends das Reichskanzleramt dieser Frage durch die angestellten Erhebungen sich bemächtigte, glaubten die verschiedenen politischen

Parteien des Reichstages ihren Hintermännern eine rettende That auf dem socialen Gebiete schuldig zu sein, und legten mehr oder weniger umfangreiche Gesetzesvorschläge zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, also auch des Lehrlingswesens, vor. Wir bedauern die Resultatlosigkeit dieser Anstrengungen grade nicht, weil wir, durch die Thatfachen belehrt, mit freudiger Genugthuung konstatiren können, daß auch ohne Gesetz und Polizeigewalt die selbstständigen Gewerbetreibenden Anstrengungen und Versuche machen, sich selbst zu helfen. Wird man erst die Selbsthilfe bei einem Theile der Handwerksfrage mit Erfolg angewandt haben, so wird man sehr bald belehrt weiter gehen. Mit dem Vertrauen in die eigene Kraft hält auch das Vertrauen zur Sache und ihrer Gesundung Einzug. Nach wie vor,^{*)} und durch wachsende Erfahrungen bestärkt, halten wir an der Meinung fest: die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, in Verbindung mit der Thätigkeit auf dem weiten Gebiete der Selbsthilfe reichen vollständig zur zeitgemäßen und ersprißlichen Reform unseres Lehrlingswesens, soweit diese Reform namentlich das Lehrverhältniß betrifft, aus. Wir übergehen hier die Untersuchung, wer der schuldige Theil an der Zersahrenheit unseres Lehrlingswesens ist, und wie viel dabei auf Rechnung der veränderten gewerblichen und der allgemeinen socialen Zustände, der Meister, der Lehrlinge und ihrer Eltern zu setzen ist. Wir nehmen die Zersahrenheit und die Nothwendigkeit ihrer Beseitigung im Interesse des Handwerkerstandes und der Gesellschaft an, und betonen nur, daß die Lehrherren, nicht nur als berufliche Erzieher, sondern auch in Stellvertretung der Eltern ihrer Lehrlinge, ihre volle Schuldigkeit in angestrengtester Weise thun müssen. — Erziehen aber heißt den ganzen Menschen bilden. — Wenn es uns nur darauf ankommt, praktische Mittel vorzuschlagen, so werden wir uns auch hier wie meist überall befeißigen, den offenkundigen Uebelständen bereits anderweit erprobte Medikamente entgegen zu bringen. Wie bei jedem Rechtsverhältniß, das zwischen zweien oder mehreren besteht, die Kenntniß der gegenseitigen Rechte und Pflichten unerläßlich ist, wenn nicht unnöthige Streitigkeiten entstehen sollen, so ist es auch beim Lehrverhältniß. Die Grundlage dieses bleibt nur der Vertrag. Wenn wir daher zur Regelung des Lehrlingswesens zuförderst

^{*)} Näheres: Julius Keller, Lehrlingswesen 2c. wie pag. 106.

a. den Lehrvertrag

in Vorschlag bringen, so meinen wir keine schriftliche Abfassung. Die Erhebungen des Reichskanzleramtes berichten, daß theils schriftliche, theils mündliche, theils aber auch gar keine Verträge existiren. Wir haben sogar in Erfahrung gebracht, daß es Meister gibt, die nicht einmal wissen, wie ihr Lehrling mit Zunamen heißt, woher er und was sein Vater ist. — Es hat sich nun unter den Meisten überwiegend die Ansicht Bahn gebrochen, es müsse durch schriftlichen Vertrag das Lehrverhältniß genau stipulirt sein. Sämmtliche Interessenten halten sich für mehr gebunden, bei entstehendem Zweifel oder Streitigkeiten ist eine Entscheidung schneller und exakter zu treffen und die Lehrvertragsbrüche beiderseitig sind dadurch seltener. Wenn man schriftliche Verträge oder Verträge überhaupt zu machen noch vorschlagen muß, so beweist dies eine durch nichts zu erklärende Nachlässigkeit, oder es bestärkt die Ansicht, daß in den Augen der Betreffenden ein Lehrverhältniß nicht viel zu bedeuten habe. Das dürfte auf gut deutsch übersetzt lauten: Was liegt an einem Jungen! oder, eine Profession zu erlernen ist ja so unwichtig, daß wir uns darüber nicht erst den Kopf zerbrechen wollen!

Es ist ganz gut, daß das Lehrverhältniß zu Klagen Veranlassung gab, denn dadurch wird der Sinn zur Ordnung auch unter den Erwachsenen wieder erweckt.

Der Vertrag selbst wird Bestimmungen enthalten müssen über 1. Probezeit, 2. Berufswechsel, 3. tägliche Arbeitszeit, 4. Abend- und Sonntagszeit, 5. Hausarbeit, 6. Lehrgeld und Lehrlingslohn, 7. Dauer der Lehre, 8. Besuch von Fortbildungs- oder Fachschulen, 9. Abschluß der Lehre, 10. Bruch des Lehrvertrages, bezw. Vereinbarungen gegen den Bruch desselben und 11. Pflege in Erkrankungsfällen.*)

Wir begründen die einzelnen Bestimmungen in Kürze wie folgt:

Eine dem Gewerbe und den ortsüblichen Verhältnissen angemessene Probezeit ist für die Kontrahenten nothwendig. Der Meister kann dadurch in den Stand gesetzt werden, zu prüfen, ob der Lehrling die erforderlichen Eigenschaften besitzt, um in dem bestimmten Gewerbe zu einem brauchbaren Menschen heranzuwachsen, die Eltern und der

*) Wir weisen wiederholt auf: Julius Keller, Lehrlingswesen etc. hin.

Lehrling, ob letzterer die wünschenswerthe Lust und Liebe hat, um mit Ausdauer und Freude in dem betreffenden Berufe zu arbeiten. Sind diese Vorbedingungen vorhanden, so wird die Erfüllung des Lehrvertrages leichter und das ganze Lehrverhältniß ein angenehmeres sein. — Die Möglichkeit des Berufswechsels muß entschieden gewahrt werden. Das Entgegengesetzte wäre eine Quälerei, hätte auch für den vereinenden Theil im betreffenden Verhältnisse keinen Nutzen, und fiel zum Unsegen des Einzelnen und schließlich der Gesellschaft aus. Wie es beim Wechsel des Berufes um die Entschädigung des bisher Geleisteten steht, unterliegt der Vertragsbestimmung nach freier Vereinbarung. Niemals aber sollten solche Bestimmungen fehlen. — Die tägliche Arbeitszeit wird zunächst den jugendlichen Kräften im allgemeinen und dem minder schweren und leichten Betriebe des Gewerbes angepaßt werden müssen. Es ist dies der geistigen und körperlichen Entwicklung wegen nothwendig. Außerdem halte man nur immer daran fest, daß beispielsweise in einer 10stündigen Tagesarbeitszeit mehr geleistet werden kann, als in einer 12stündigen, wenn die Zeit nur wahrgenommen und nicht verloddert wird, und daß überangestrengte Kräfte sehr bald erst recht nichts Ordentliches schaffen werden. Wenn die Gewerbeordnung die Kraft der jugendlichen Fabrikarbeiter schützt, denen doch die Zeit außer den Fabrikstunden voll gehört, um wieviel mehr ist da nicht der Schutz der Kräfte der Lehrlinge nöthig, die meist noch außer der Werkstätte für Haus und Familie des Meisters thätig sein müssen? — Die Abend- und Sonntagszeit gehört wol zum großen Theil dem Lehrlinge, wenn er dieselbe nicht zum Besuch der Schule und der Kirche zu verwenden hat. Unter allen Umständen ist jedoch der Meister auch zur Ueberwachung der freien Stunden des Lehrlings verpflichtet. — Gegen jede Hausarbeit des Lehrlings können wir uns nicht ganz entscheiden, doch muß sie nicht auf Kosten der beruflichen Ausbildung und der Erholungszeit geschehen. Der Lehrling soll selbstständiger Gewerbsmann und Vorsteher eines Hausstandes werden, und da schadet ihm Kenntniß und Fertigkeit in häuslichen Arbeiten gar nicht. Theils wird die ortsübliche Gewohnheit, theils die gute Sitte, theils die Umgebung (Gesellen, andere Meister, Eltern etc.) die Hausarbeit regeln. In Geschäften, wo der Meister ein anständiger Mann ist, auf tüchtige Ausbildung der Lehrlinge und auf Ehre und Achtung

seines Gewerbes hält, ist noch niemals der Lehrling mit Hausarbeiten belästigt oder überbürdet worden. — Lehrgeld und Lehrlingslohn läßt sich nicht vorschreiben, es werden auch da Gebräuche und Gewohnheiten mitsprechen; doch müssen feste Abmachungen darüber getroffen werden. Wenn irgend thunlich empfiehlt sich die Auslohnung der Lehrlinge. Dadurch würde man dem Andrang der jungen Leute zu den Fabriken und den Vertragsbrüchen entgegenarbeiten, der wirtschaftlichen Seite der Interessenten gerecht werden und die Arbeitslust und Leistung erhöhen. Der Auslohnung wird dann natürlich Lehrgeld, und ist der Lehrling in Kost und Pflege des Meisters, auch Kostgeld gegenüber stehen. — Die Dauer der Lehrzeit hat sich nach Gewerksgebrauch, Anlage des Lehrlings und Lehrgeld zu richten. — Wenn wir den Besuch von Fortbildungs- und Fachschulen als erforderlich hinstellten, so müssen wir denselben auch durch die Lehrverträge zu verwirklichen suchen. — Ist einmal ein schriftlicher Lehrvertrag vorhanden, so ist es nur konsequent, wenn der Abschluß der Lehre durch ein schriftliches Zeugniß bescheinigt wird. — Zur Verhütung des Vertragsbruches empfiehlt es sich, dem widerrechtlich und widervertragsmäßig brechenden Theile eine Entschädigung schon im Vertrage aufzuerlegen. — In gesunden Tagen vergesse man nicht für die der Krankheit zu sorgen, es thut dies gerade bei Lehrlingen unbemittelter Eltern noth. Wir möchten da die Versicherung der Lehrlinge für den Krankheitsfall empfehlen, sei es, daß bestehende Vereine die Anlegung von Lehrlingskrankenkassen begünstigen, sei es, daß man vorhandene Unterstützungsvereine benutze. —

Nach diesen Ausführungen denken wir uns nun den Lehrvertrag in folgender Fassung:

Lehrvertrag.

Der minderjährige aus
geboren am 18 zu tritt bei
Herrn zu in die Lehre
und ist deshalb zwischen dem Lehrherren und dem Vater (Mutter, Vormund) des
Lehrlings nachstehender Lehrvertrag geschlossen worden.

§. 1. Der Lehrling soll bei Herrn
das Gewerbe lernen, und tritt vom 18
bei dem Lehrherren eine Probezeit bis zum 18 an.

Während dieser Zeit steht jedem Kontrahenten der Rücktritt von diesem Vertrage, ohne welche Rechtsfolgen, frei.

§. 2. Geschieht bis zum Ablauf des letzten Probetages kein Rücktritt, so gilt dieser Vertrag als perfekt und zur eigentlichen Lehrzeit, welche hiermit auf Jahre festgesetzt wird, wird die Probezeit zugerechnet, so daß denn die gesammte Lehrzeit am 18 begonnen und am 18 zu endigen hat.

§. 3. Sollte der Lehrling während der Lehrzeit mit Einwilligung seines Vaters (Mutter, Vormundes) den Beruf wechseln, so ist an den Lehrherrn, geschieht der Wechsel innerhalb des ersten Lehrjahres, eine Entschädigung von M. Pf. für jeden Lehrtag (Sonntage und Feiertage eingerechnet), geschieht er innerhalb des zweiten Lehrjahres, eine Entschädigung von M. Pf. für jeden Lehrtag, geschieht er innerhalb des dritten Lehrjahres
.
zu zahlen.

§. 4. Die tägliche Arbeitszeit wird bis zum 16. Lebensjahre des Lehrlings auf zwölf Stunden, einschließlich der täglichen Arbeitspausen von zusammen zwei Stunden festgesetzt. In dringenden Fällen kann die Arbeitszeit von Seiten des Meisters verlängert werden, doch darf sie innerhalb vier Wochen zwei Arbeitstage nicht übersteigen.

§. 5. Die Abend- und Sonntagszeit gehört dem Lehrlinge, soweit sie nicht durch den Besuch der Fortbildungsschule und der Kirche, im letzteren Falle haben die natürlichen oder die gesetzlichen Vertreter des Lehrlings Bestimmungen zu treffen, absolviert wird. Der Aufsicht des Lehrherrn ist der Lehrling während dieser Zeit auch unterstellt.

§. 6. Zu häuslicher Arbeit ist der Lehrling nur insoweit anzuhalten, als dadurch seine berufliche Ausbildung nicht leidet. Es wird hierbei besonders auf billige Rücksichtnahme des Lehrherrn gerechnet.

§. 7. Der Lehrherr erhält vom Vater, (Mutter, Vormund)
. Mk. Lehrgeld
und zwar bei Beginn der Lehrzeit Mk.
nach Ablauf des ersten Lehrjahres Mk.
nach Ablauf des zweiten Lehrjahres Mk.

(oder anstatt des vorstehenden §. 7 folgenden:)

§. 7. Der Lehrherr zahlt nach Ablauf des ersten halben Lehrjahres an den Lehrling einen seinen Leistungen angemessenen Lohn, der im Verhältniß zu der steigenden Leistung wächst.

An Kostgeld dagegen zahlt der Vater (Mutter, Vormund) an den Lehrherrn Mk. wöchentlich, und an Lehrgeld Mk.

Leistung gegen Leistung werden vierteljährlich verrechnet, aber erst nach Ablauf der Lehrzeit ausgeglichen.

§. 8. Der Lehrling erhält während der Lehrzeit

- a) Die Beföstigung vom
- b) Die Schlafstelle vom
- c) 1 vollständiges Bett nebst Bettstelle
- d) Die Reinigung der Leib- und Bettwäsche übernimmt d
- e) Für anständige Ankleidung während der Lehrzeit sorgt d

§. 9. Der Lehrherr ist verpflichtet den Lehrling die am Orte bestehende Fortbildungsschule (Fachschule für) regelmäßig besuchen zu lassen und ihm die hierzu nöthige Zeit zu gewähren.

§. 10. Nach Ablauf der Lehrzeit hat der Lehrherr dem Lehrlinge ein Zeugniß über seine Leistungen und sein Betragen auszustellen.

§. 11. Im Fall des Vertragsbruches ohne gesetzlichen Grund ist an den beharrenden Theil eine Entschädigung von Mk. zu zahlen.

§. 12. Erkrankt der Lehrling in Folge der Erfüllung der Berufspflicht, so hat unter allen Umständen die Verpflegungs- und Heilungskosten der Lehrherr zu tragen. In anderen Krankheitsfällen übernimmt diese Verpflichtung der Lehrherr nur bei einer Krankheitsdauer bis zu Monat. Sollten die Krankheitsfälle während der ganzen Lehrzeit, soweit sie nicht eine Folge der Erfüllung der Berufspflichten waren, zusammen die Dauer von Monaten übersteigen, so ist eine gleiche Zeitdauer, wenn es der Lehrherr verlangt, nachzulernen.

§. 12. Der Lehrherr muß es sich angelegen sein lassen, den Lehrling durch Beschäftigung und Unterweisung im Handwerk zu einem tüchtigen Gehilfen auszubilden und zu guten Sitten anzuhalten.

Der Lehrling hat sich moralisch gut zu führen, ehrlich, treu und verschwiegen zu sein. Uebertragene Geschäfte sind unverdrossen und fleißig zu verrichten, die Hausordnung zu befolgen und Gehorsam dem Lehrherrn, bezw. dem den Lehrherrn vertretenden Gehilfen zu leisten. Die Unterwerfung unter die väterliche Zucht des Lehrherrn ist selbstverständlich.

§. 13. Der Vater des Lehrlings verspricht, dafür zu sorgen, daß der Lehrling alle diese Pflichten stets erfülle und verpflichtet sich, dem Lehrherrn jeden Schaden zu ersetzen, der ihm durch des Lehrlings Bosheit, Muthwillen oder grobe Fahrlässigkeit etwa verursacht werden sollte.

§. 14. Streitigkeiten aus vorstehendem Vertrage werden durch die hierzu kompetente Behörde (durch das gewerbliche Schiedsgericht des zu) entschieden.

Vorstehender Vertrag ist in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt, von beiden Kontrahenten eigenhändig nach Durchlesung unterschrieben und jedem ein Exemplar ausgehändigt worden.

. den 18

Es wird zur genauen Beachtung bemerkt, daß wenn kein Lehrgeld, oder nur ein solches von unter 150 Mk. verabredet ist, zum

Lehrverträge ein Stempel von 50 Pfg. erforderlich ist. Bei 150 Mk. Lehrgeld und darüber müssen 1,50 Mk. Stempel verwendet werden. Die Verwendung des gesetzlichen Stempels muß bei Vermeidung von Stempelstrafe innerhalb 14 Tagen vom Tage des Vertragsabschlusses geschehen. Neben-Exemplare zu einem Verträge müssen ebenfalls mit dem gesetzlichen Stempel versehen sein, wenn sie von den Kontrahenten vollzogen, d. h. wenn diese Nebenexemplare auch eigenhändig unterschrieben worden sind und nicht als Abschriften gelten, und Lehrverträge über Bevormundete müssen mit dem Vormunde abgeschlossen und vom Vormundschaftsgerichte genehmigt sein.

Am zweckmäßigsten ist es, wenn Gewerbe- und ähnliche Vereine, die Ordnung des Lehrlingswesens für den Ort, oder Fachgenossenschaften über ganze Bezirke, Provinzen u. s. w., in die Hand nehmen, wie es bereits in anerkannter Weise vielfach geschieht. Eine solche Vereinigung entwirft den lokalen und gewerblichen Verhältnissen und Gebräuchen entsprechend ein Lehrvertragsformular, das der Hauptsache nach die Mitglieder bei Lehrvertragsabschlüssen unterzulegen haben werden. Solche Vereinigungen thun gut, wenn sie weiter eine

b. Aufnahme der Lehrlinge

in den Kreis der Gewerbevereine vor dem z. B. Vereine oder dem Vorstände desselben einführen. In jedem Falle müßte der Vorsitzende des Vereins dann gewissermaßen als Vertragszeuge den Lehrvertrag mit unterzeichnen. Wir halten den Uebertritt eines Kindes zu einem Berufe für einen nicht minder wichtigen Akt, wie die Konfirmation, weshalb wir rathen, diesen Akt mit einer entsprechenden Feierlichkeit und Feierlichkeit zu begehen. Vor versammeltem Vorstände z. B., werde der Vertragsinhalt in Gegenwart der Kontrahenten und des Lehrlings nochmals verlesen, die Innehaltung desselben durch Handschlag gelobt, und dem Lehrling, dem Lehrherrn und den Eltern eine entsprechende Ansprache gehalten. Wo man so verfahren, hat man immer noch gute Erfahrungen gemacht.

Wir rathen hier an, abseits der oben empfohlenen gewerblichen Ausstellungen,

c. Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten,

weil wir sie als ein Mittel zur Regelung des Lehrlingswesens ansehen. Durch solche Ausstellungen, die jährlich bei jährlichen

Gelegenheiten wiederkehren können, und die sich einer gewissen Beliebtheit zu erfreuen anfangen, wird es erst dem Publikum möglich, sich ein Urtheil über die Lehrgeschicklichkeit der Meister zu bilden, was für die betreffenden Eltern sicher nicht gleichgiltig sein kann. Es wecken ferner solche Veranstaltungen den berechtigten Ehrgeiz der Meister und Lehrlinge, spornen zu Fleiß und Ausdauer an, und heben das ganze Gewerbe. Eine Prämirung der jungen Aussteller ist anzurathen. Der Gewerbeverein zu Greiz thut dies, indem er die besseren und besten Leistungen durch ein Anerkennungszeugniß auszeichnet. Das betr. Zeugniß ist eine künstlerisch einfache aber geschmackvolle Druckarbeit, in der Größe eines halben Ranzleibogens. Demselben wird ein Pappumschlag in Buchform, 16^o gegeben, auf dessen Vorderseite die Worte gedruckt stehen: Anerkennungs-Zeugniß des Gewerbe-Vereins zu Greiz, — und dann wird es innen so an den Rückdeckel angeklebt, daß es, zweimal zusammengefaltet, vollständig von dem Umschlage überdeckt ist und nunmehr als Büchel bequem in der Tasche getragen werden kann.

Daß Zeugniß selbst hat folgenden Wortlaut:

Die
Kommission für Anstellung von Lehrlingsarbeiten
hat den Lehrling

H. Hofmann aus Greiz,

der bei Herrn Formstecher H. Hofmann seit 5 Jahren in der Lehre ist, nach
genauer Prüfung der von ihm ausgestellten Arbeit,
eine Holzform;

die verdiente Anerkennung ausgesprochen, und ertheilt ihm hierüber dieses
Z e u g n i ß.

Greiz, den 9. April 1876.

Der Gewerbe-Verein.

H. Fritz, d. B. Vorsitzender.

H. Jahn, d. B. Schriftführer.

Die Ausstellungs-Commission.

H. Dettel, Bäckermeister.

H. Habenicht, Kaufmann.

B. Braum, Tischlermeister.

L. Dix, Schmiedemeister.

M. Heßler, Kaufmann.

H. Jahn, Registrator.

B. Roth, Tischlermeister.

D. Spaleck, Schlossermeister.

Chr. Teich, Buchhändler.

R. Wille, Schneidermeister.

Mit diesen Ausstellungen müssen auch die Leistungen der gewerblichen Fortbildungs- und Fachschule zur Schau kommen, wenigstens

soweit sie mit irgend einem Gewerbe zusammenhängen. Nähere Andeutung zum Arrangement einer solchen Ausstellung ist wol im Hinblick auf den obigen Abschnitt „gewerbliche Ausstellungen“ überflüssig. Im Großen und Ganzen sind dieselben Vorbereitungen und Maßnahmen zu treffen, und wo Abweichungen vorkommen, wird man sie leicht heraus- und sich zurecht finden. Darauf wollen wir jedoch aufmerksam machen, daß auf Einlieferung solcher Gegenstände gesehen werden muß, welche die Lehrlinge selbst gefertigt haben, oder doch auf solche, an denen es leicht erkenntlich, was der junge Aussteller selbst daran gearbeitet hat. Der Ausstellungskommission sind Angaben über Fleiß und Betragen der Lehrlinge (auf Fragenbogen) zu machen, die bei der Prämierungsfrage mit berücksichtigt werden müssen.

Die Ausfertigung eines

d. Prüfungszeugnisse und Lehrbriefes

nach beendeter Lehrzeit muß im Interesse der Betheiligten gefordert werden. Es gehört, man braucht darüber nicht viel zu reden, nun einmal zur Ordnung und guten Gewöhnung. Ansehen wird ein solcher Lehrbrief genießen, wenn er nicht von dem Lehrmeister allein, sondern von mehreren auf Grund des Befundes der Kenntnisse und Fertigkeiten des Attestaten ausfertigt worden ist. Es müssen daher Gewerbe- und dgl. Vereine Kommissionen zu solchen Geschäften einsetzen, die sich auf zweckthunliche Weise über die Befähigung des Lehrlings unterrichten. Es wäre zu überlegen, ob nicht die Ausstellungsgegenstände der die Lehrzeit bald hinter sich habenden Lehrlinge als Prüfungsstücke gelten könnten. Beliebt man dieses nicht, und greift zu Prüfungen und dgl., so rathen wir dabei von jedem Kostenaufwande seitens der Lehrlinge ab. Solche Aufwände ertragen viele nicht und machen sehr bald die sonst an sich nützliche Einrichtung unbeliebt. Dies haben wir des öftern von verständigen Meistern zu hören Gelegenheit gehabt.

Die Formen dieser Prüfungszeugnisse und Lehrbriefe können verschieden sein. Es liegen uns solche in ziemlich künstlerischer Ausführung vor, welche mit überladenen und geschmacklosen Verzierungen, aber auch recht einfache und praktische. Wir befürworten die letzteren, und da wiederum die des bereits genannten Greizer Vereines. — Prüfungszeugniß und Lehrbrief sind in einem Stück, und haben die

Form und Papierstärke der Korrespondenzkarten mit Rückantwort. Der Rücken ist der Haltbarkeit wegen mit einem schmalen Längsstreifen Buchbinderleintwand beklebt. Auf der 1. inneren Seite steht das Prüfungszeugniß, auf der 2. der Lehrbrief, und geben wir nachstehend das Muster:

1. innere Seite.

Prüfungs-Zeugniß.

Dem
 geh. den . . . ten 18 . . . zu
 ist, nachdem er bei zu gelernt und
 nachdem er vor der unterzeichneten Kommission dargethan, daß er die einem
 nöthigen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzt, auch die
 Fortbildungsschule mit Fleiß und Erfolg besucht hat, das gegenwärtige
 Zeugniß ertheilt worden.

. den . . . ten 18 . . .
 Die Gewerbe-Kommission des Gewerbe-Vereins in Greiz.

.

2. innere Seite.

Lehr-Brief.

Hierdurch bescheinigen wir, daß
 geh. am . . . ten 18 . . . zu
 die bei in
 erlernt, auch laut Prüfungs-Zeugniß vom . . . ten
 18 . . . sowie Prüfung bestanden hat.
 Wir ertheilen ihm daher diesen Lehrbrief mit Unterschrift und Beidrückung
 unseres Vereins-Siegels.

. den . . . ten 18 . . .

Auf dem äußeren Theile des „Prüfungszeugnisses“ steht als Titel:
Lehrbrief der Gewerbe-Kommission des Gewerbes-Vereins zu Greiz.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, weil wir hier von einer Gewerbekommission lesen, die das Prüfungszeugniß erteilt, bemerken wir, daß der Gewerbeverein zu Greiz eine solche Kommission zur Wahrung besonderer gewerblicher Angelegenheiten eingesetzt hat. Wir kommen später auf diese Einrichtung ausführlicher zu sprechen.]

Wie die Aufnahme, so ist auch der Austritt aus dem Lehrverhältniß mit einem feierlichen Akt zu begehen.

Immer von der Annahme ausgehend, daß die meisten Handlungen zur Vessergestaltung der gewerblichen Verhältnisse von einer Gemeinschaft der Genossen unternommen werden müssen, wenn sie insbesondere auf den Chorgeist belebend und dauernd wirken sollen, ist noch

e. die Ueberwachung des Lehrlingswesens

einzuführen und einer Kommission zu übergeben. Diese wird dafür zu sorgen haben, daß die Eltern und Vormünder, welche ein Kind in die Lehre bringen wollen, sich bei ihr melden und unter ihrem Beistande einen tüchtigen Lehrherrn, oft auch erst das Gewerbe selbst, wählen. Auch die Lehrlinge suchenden Meister werden die Hilfe der betr. Kommission in Anspruch zu nehmen haben. Den braven Gewerbetreibenden wird das meiste an eben solchen Lehrherren liegen, und es werden unzuverlässigen Meistern keine Lehrlinge zuzuführen sein. Diese Kommission wird ferner mit Rath und That bei der Festsetzung der Vertrags-Bestimmungen und bei Abfassung des Vertrages selbst zur Hand gehen. An mehreren Orten, die wir zu besuchen Gelegenheit hatten, wie z. B. Greiz, wird kein Lehrling untergebracht bzw. gesucht, außer durch Vermittelung der Gewerbekommission des Gewerbevereins. Ein Mitglied derselben befaßt sich insbesondere damit, indem es Anmeldungen, Anfragen u. entgegennimmt und darüber Listen führt. Durch das wiederholte Annonciren seitens der betr. Kommission in den Lokalblättern kennt man dortselbst seit Jahr und Tag kein anderes Verfahren. Sind von vornherein bei der Wahl des Berufes, des Lehrherrn, des Lehrlings, sowie bei dem Abschluß des Lehrvertrages, alle Umstände genau erwogen werden, so ist die übrige Kontrolle über das Lehrlingswesens

des Ortes gewiß nicht allzuschwer. Sie kann sich dann hauptsächlich nur darauf beziehen, daß die gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen treu erfüllt, und wenn nicht, Abhilfe geschafft werde. Bei Gewissenhaftigkeit, Sachkenntniß und Liebe zum Gewerbe wird sich stets unter ehrlichen Männern der richtige Weg finden. — Der Gewerbeverein zu Gera legte in günstig gelegenen Geschäftslokalen Listen aus, in welche sich Lehrlinge suchende Meister und junge Burichen, welche Meister wünschten, eintragen konnten. Viele Lehrlinge sind auf diese Weise untergebracht worden. —

Außer den angeführten Mitteln zur Regelung des Lehrlingswesens und seiner Hebung gibt es noch viele, die je nach Zeit, Ort und Verhältnissen verschieden sind. Wir gaben nur diejenigen an, die überall bald durchführbar sind, weil uns am sofortigen Handeln mehr als an Wünschen und Hoffnungen liegt. Es wird, um nur eins anzuführen, in volkreichen Städten und Fabrikcentren, wo die Verpflegung der Lehrlinge nicht mehr allgemein im Hause des Lehrherrn stattfindet, Sache der Interessenten sein, dieser, besonders in moralischer Beziehung nicht günstigen Erscheinung, ein erfolgreiches Gegengewicht zu schaffen. Man hat in dieser Richtung in Stuttgart durch die Lehrlingsherbergen zc. des Jugendvereins recht namhaftes geleistet, und kann jene Einrichtung unter Beiseitelassung des etwas zu pietistischen Anstriches warm befürwortet werden. — Wir betonen ausdrücklich, daß diese, wie alle unsere Vorschläge als praktische bereits sich bewährt haben, und daß jeder Zweifel an ihrer etwaigen Durchführbarkeit zurück gewiesen, wenn nicht gar auf Rechnung der Gleichgiltigkeit gesetzt werden muß.

Nicht minder wichtig wie die Lehrlingsfrage, ist die nach der

2. Regelung des Gesellen- und Gehilfenwesens.

In der ganzen neueren socialen und gewerblichen Bewegung scheint es, als ob man die heutigen Gesellen vergessen hätte. Wol werden zahllose Klagen seitens der Meister wider sie laut. Neben der beruflichen Untüchtigkeit beschwert man sich über den Gang zum Vertragsbruche und über die steigenden Lohnforderungen bei verminderter Arbeitszeit. Thatsächlich sind das sehr alte Beschwerden, denen wir schon so lange begegnen, als es Meister und Gesellen gibt, — aber nur ganz vereinzelte annehmbare Maßnahmen und Vorschläge

zur Beseitigung solcher Mißstände, haben wir angetroffen. Auch hat man geglaubt, die Interessen der Arbeiter, — d. h. der in Fabriken beschäftigten Leute, die zeitlebens keine begründete Aussicht haben, einmal selbstständige Gewerbetreibende zu werden, — fallen mit den Interessen der Gehilfen zusammen, weshalb man mit den für das Wohl der Arbeiter ins Leben gerufenen Vereinen und Einrichtungen auch dem Gesellenstande aufzuhelfen vermeinte. Ein großer Theil dieser Bestrebungen, das erkennen wir willig an, ist geeignet, auch dem Handwerksgehilfen zu nützen, vorwiegend aber nur insofern, als damit allgemeine sociale Zustände in Betracht kommen. [Wir halten es für einen schweren erzieherischen Fehler, den Gesellen mit dem heutigen Fabrikarbeiter, betreffs der Besserung seiner Lage, auf eine Stufe zu stellen, weil dadurch sein Ideenkreis ein begrenzter bleibt und in ihm das Streben zu beruflicher Selbstständigkeit zu wenig, oder gar nicht geweckt wird. Allgemein unter „Arbeiter“ auch den Handwerksgehilfen zu verstehen, mag ja richtig sein, aber es scheint uns doch zwischen dem Begriff Arbeiter, wie wir denselben oben erläuterten, und dem eines Gesellen, ein gewaltiger Unterschied vorhanden. Der Geselle soll und kann in weit größerem Maße als der Arbeiter schlechtweg, das Streben in sich tragen, und diesem gemäß sich vervollkommen, einmal eine Werkstätte sein eigen zu nennen, und selbstständiger Geschäftsmann zu werden.] — Die Bedeutung der Einrichtungen zur Hebung des Gesellenwesens schwinden in dem Umfange, in welchem Einrichtungen zur Hebung und Pflege des Lehrlingswesens getroffen werden. Treten erst unsere Lehrlinge theoretischer, praktischer und allgemein gebildeter in den Gehilfenstand ein, so bildet ihr Bildungsfonds ein fortwirkendes, wohlthätiges Kapital, und die heutige Gesellenfrage ist gelöst. Hieraus ersehen wir wiederum die hohe Bedeutung der verbesserten gewerblichen Erziehung. Zur Zeit wird der Meisterstand in erzieherischer Hinsicht auf die Gehilfen nur meist mittelbar einwirken können. Diese Einwirkung kann nicht ausbleiben, wenn die selbstständigen Gewerbetreibenden in der ausgedehntesten Weise alles mögliche zur Aufbesserung des Gewerbestandes thun, durch Fachschulen und Bibliotheken, und durch gutes Beispiel in der gesammten Lebenshaltung besonders, den Gesellen die Gelegenheit zu weiterer Vervollkommnung geben, bezw. aufzwingen. Unmittelbar könnte man eingreifen, indem man den Gehilfen

a. die Gründung von Gesellenvereinen

gradezu anriethe und sich an der Konstituierung derselben betheiligte. Als die zur Zeit beste Vereinigung empfehlen wir die deutschen Gewerksvereine, die den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen ihrer Mitglieder auf gesetzlichem Wege bezwecken. Diesen Zweck suchen sie durch Kranken-, Begräbnis- und Alter-Versorgungs- (Invaliden) Kassen, durch Unterstützung ihrer Mitglieder in außerordentlichen Nothfällen, durch Arbeitsvermittlung, gewerbliche Bildung, Beaufsichtigung des Lehrlingswesens, und durch Gründung und Unterstützung von wirthschaftlichen Genossenschaften zu erreichen. Sie sind über ganz Deutschland in nahezu 500 Ortsvereinen verbreitet, und vereinnahmen und verausgaben in ihren nationalen Unterstützungs-Kassen, die nach den Berufsklassen sich gliedern, jährlich viele Hunderttausende Mark, und es erhalten zur Stunde 146 Invaliden eine wöchentliche Pension von zusammen 661 Mk. Durch das Reichshilfskassengesetz sind jene Vereine „eingeschriebene Hilfskassen“ geworden und sie ruhen nunmehr auf gesetzlicher Unterlage. Die Kenntniß dieser Vereine, ihre Einrichtungen und Leistungen sollten keinem gewerblichen und Arbeitervereine fremd sein, und an keinem Orte dürfte der Versuch gescheut werden, sie ins Leben zu rufen. *) — Sie waren es in Deutschland mit zuerst, welche in der jetzigen gewerblichen Bewegung für die Nothwendigkeit der Verbesserung des Lehrlingswesens und die Fachausbildung ihre Stimme erhoben. Der Gewerksverein der Tischler ist in allerjüngster Zeit thatsächlich vorgegangen, indem er 150 Mk. zur Prämierung für gute Leistungen bei der demnächst in Berlin stattfindenden Ausstellung von Tischlerlehrlingsarbeiten zur Verfügung gestellt hat. Indem wir die Gewerksvereine als die zur Zeit besten ansehen, wollen wir damit keineswegs gesagt haben, daß nicht auch andere Vereine wohlthätig für den Gesellenstand wirken können. Bei Gründung und Thätigkeit solcher Vereine wird man als leitenden Grundsatz die Aufbesserung des ganzen Handwerkerstandes und des Handwerkes selbst, und als Ziel die einstige gewerbliche Selbstständigkeit der Mitglieder im Auge haben müssen, — anderes verfolgend,

*) Näheres: 1. Dr. Max Hirsch und Hugo Polke, Gewerksvereinsleitfaden bei Carl Krabbe — Stuttgart. 2. „Gewerksverein“ — Organ des Verbandes der deutschen Gewerksvereine.

können wir uns Gesellenvereine nicht denken. Ein Verschmelzen von Meister- und Gesellenvereinen halten wir principiell nicht für gut, obgleich wir es auch nicht billigen, ja gradezu verwerfen, wenn den Gehilfen jede Betheiligung an den Meistervereinen abgeschnitten wird.

Wir möchten weiter den Vereinen selbstständiger Gewerbetreibender

b. die Unterstützung der Gesellen

in möglichster Ausdehnung zwecks gewerblicher Ausbildung recht warm ans Herz legen. Es können dazu die mannigfachsten Wege gewählt und verschiedene Gelegenheiten wahr genommen werden, wie es auch schon hin und wieder geschieht. Wir meinen da unter anderem die Gewährung von Beihilfe zum Besuche von technisch-theoretischen Anstalten, und gewerbliche Ausstellungen. Man müßte die Gesellen zu den örtlichen Bezirks- und Provinzial-Gewerbeausstellungen mit ihren Leistungen heranziehen und prämiiren, bezw. ihren Antheil Arbeit an den vom Meister ausgestellten Gegenständen ins gebührende Licht stellen und ihnen die verdiente Anerkennung zu Theil werden lassen. Man könnte unbemittelten Gehilfen auf Kosten des Gewerbes, der Vereine u. das Wandern, den Besuch großer industrieller Gegenden und Städte durch Reisestipendien ermöglichen, um dort in ihrem Gewerbe Kenntnisse und Fertigkeit sich selbst anzueignen. Man würde nicht nur würdige und tüchtige junge Leute dazu finden, sondern auch solche, die gern selbstständig geworden, die Aufwendung wieder heimzahlten. — Vielleicht verdient auch der Vorschlag, Preisarbeiten auszuschreiben, einige Erwägung. — Auf eine Unterstützung aber weisen wir ganz besonders hin, die so selbstverständlich erscheint und doch immer mehr aus dem Gebrauche kommt, nämlich auf die in der Werkstelle, im Betriebe des Gewerbes. [Sehr viele Meister gibt es, die ihren Gehilfen gewisse Handwerksfertigkeiten, sog. Kunstgriffe, absichtlich nicht lehren, sondern vorenthalten, die ihnen Einsicht in den allgemeinen Geschäftsverlauf nicht gestatten und ihnen nur soweit zur Hand gehen, als sie dadurch zur Zeit oder in Zukunft sich nicht gefährdet glauben. So mancher Handwerksmeister wittert in seinem Gehilfen den zukünftigen Konkurrenten, der wo möglich schon vom ersten Lehrlingstage an zu bekämpfen ist!] Und das nennt man Handwerker bilden? Und das will noch über den Verfall des Hand-

werkes, über Zuchtlosigkeit und Gleichgiltigkeit der Gehilfen klagen? Wir nennen ein solches Verfahren schmutzigen Selbstmord. —

Nicht ohne Grund steht die Forderung der

c. Arbeitsnachweisbücher

da, wenn es auch nicht gebilligt werden kann, dieselben durch gesetzlichen Zwang zu erlangen. Bei Erwerbsfreiheit, Freizügigkeit und Paßfreiheit, diesen gesunden freiheitlichen Gesetzen, würde der gesetzliche zwangsweise Ausweis, „wo und wie lange ich mir zuletzt meinen Unterhalt erworben“, sich wie ein altes Gemäuer ausnehmen. Solche Bestimmung müßte sehr bald zu der noch nicht einmal ganz abgeworfenen polizeilichen Kontrolle und Bevormundung zurückführen, die sicher in ihrem Gefolge gewerbsnachtheilige Beschränkungen für alle Interessenten hätte. Wie lange würde es dann dauern, so ließen selbst die ordentlichsten Menschen als bestraft herum, und dies, nebst den unausbleiblichen kleinlichen Chikanen möchte in manchen das Recht- und Ehrgefühl tödten. Wir können in der Realisirung solcher Wünsche keine Aufbesserung des Gewerbes, der Zucht und Sitte, sondern nur eine Beschränkung der persönlichen Freiheit sehen, die noch schließlich den Polizisten als Sittenwächter hinstellte. — Man kann die Befürworter gesetzlicher Arbeitsbücher mit dem einfachsten und natürlichsten Einwurfe zurückweisen, indem man sie fragt: Warum nehmt Ihr Leute ohne Arbeitsattest in Beschäftigung? — Ist einmal das Arbeitsverhältniß heute ein freies Vertragsverhältniß, was niemand mehr anzufechten wagt, so müssen auch die Kontrahenten selbst für die nothwendigen Vorbedingungen eines nach allen Seiten gesicherten Vertrages sorgen. Rüttelt man an den Säulen, so fällt zuletzt das ganze Gebäude zusammen. Das Ende des freien Arbeitsvertrages schließt in sich das Ende der modernen Industrie. Da wir aber auch die Wohlthat des Arbeitsnachweises in möglichst geregelter Weise anerkennen, so mag man sich hier ebenfalls selbst helfen. Zunächst also, wie schon gesagt, nehme man keinen ohne diesen Nachweis in Arbeit. Jeder Arbeitgeber ist auf Grund des §. 113 der Gewerbe-Ordnung verpflichtet, auf Verlangen des Arbeitnehmers ein Zeugniß über die Art und Dauer der Beschäftigung auszustellen, welches sogar, natürlich ebenfalls auf Verlangen, auf die Führung ausgedehnt werden kann. Das Gesetz hat hier seine volle Schuldigkeit gethan, mögen die

Interessenten, ihretwegen und wegen eines strengeren erzieherischen Einflusses, insgesammt die ihrige thun. Der ordnungsliebende und brave Arbeiter wird, wie der gewissenhafte Arbeitgeber, von selbst auf den Besitz eines Attestes halten, und den Nachlässigen zwingt man durch die Thätigkeit freier Vereinigungen und ihren Einfluß. — Zu diesem Behufe haben örtliche Vereine, sowie ganze Verbände von Fachgenossenvereinen den Arbeitsnachweis ihrer Gehilfen derartig eingeführt, daß sie nach einem bestimmten Schema die Atteste ausstellen und ausgestellt verlangen. So hat der Gewerbeverein zu Greiz Arbeitsbücher, in dem auf Seite 129 angeführten Formate eingeführt und mit starkem Umschlag versehen. Dieselben enthalten 20 Seiten. Auf der ersten steht als Titel:

Arbeitsbuch zur Legitimation

für den

geb. am 18 zu

Ausgefertigt vom

Vorstande der Gewerbe-Kommission des Gewerbe-Vereins Greiz.

am 18

Unterschrift der Kommission:

Unterschrift des Arbeitsbuch-Inhabers:

Die 3. und 4. Seite enthält Nachstehendes, das zur Nachahmung zu empfehlen ist:

„Der Zweck des Arbeitsbuches ist: Eine durchaus nothwendige Kontrolle herzustellen und zu verhindern, daß kontraktbrüchige Lehrlinge oder sonstige Unberechtigten als Gesellen oder Gehilfen Arbeit finden, dem Meister Nachtheile bereiten und die Ehre der Gesellschaft schädigen.

Diese Kontrolle wird in nachstehender Weise gehandhabt:

- a. Ein jeder arbeitssuchende Geselle oder Gehilfe muß sich im Besitze eines Arbeitsbuches befinden.
- b. Dieses Arbeitsbuch muß vom Vorstande der Gewerbe-Kommission unterschrieben und mit dem Stempel des Gewerbe-Vereins versehen sein.
- c. Ein Arbeitsbuch darf dem Arbeitssuchenden nur dann ausgestellt werden, wenn er einen regelrechten Lehrbrief besitzt oder sonst genügend nachweisen kann, daß er die Lehrzeit ordnungsmäßig beendet und sein Gewerbe erlernt hat.
- d. In den Städten, wo ein Arbeitsnachweis-Bureau für Handwerker eingerichtet ist, muß der Geselle oder Gehilfe bei Meldung um Arbeit das Arbeitsbuch im Bureau abgeben. Bei Arbeits-Nachweis erhält der Geselle oder Gehilfe dann das Arbeitsbuch zurück, um es dem betreffenden Meister bei Antritt

der Arbeit zu übergeben. Der Meister trägt das Datum des Arbeitsantritts ein und behält das Buch bis das Arbeitsverhältniß gelöst ist.

e. Das Arbeitsbuch wird dem Gesellen oder Gehilfen kostenfrei ausgestellt und übergeben.

f. Um Mißbrauch zu vermeiden, hat jeder Geselle oder Gehilfe seinen Namen ins Arbeitsbuch selbst an der dazu gegebenen Stelle in Gegenwart des Ausstellers einzuschreiben.

g. Das Arbeitsbuch darf zu Führungs-Attesten nicht benutzt werden.

Greiz, am 1. Februar 1877.

Der Gewerbe-Verein zu Greiz.

M. Käßler, Vorsitzender.

(LS)

Die Gewerbe-Kommission.

R. Dettel, Vorsitzender, Herm. Habenicht, Schriftführer.

Hierauf sind auf jeder folgenden Seite, bis einschließlic Seite 16, zwei Attestformulare wie nachstehend gedruckt zu finden:

Der Geselle
 der Gehilfe
 ist bei dem Meister
 in am 187
 in Arbeit getreten.

Aus Arbeit getreten am 187
 (Stempel.) (Unterschrift des Meisters.)

Auf Seite 17 bis 20 sind in gebundener Sprache „Lebensregeln“ abgedruckt. Man kann nach Belieben davon Gebrauch machen. Wir halten es aber für zweckmäßiger an deren Stelle die Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche sich auf das Verhältniß der Gesellen und Gehilfen zu ihren Meistern beziehen, (§§ 105—114 incl.) zum Abdruck zu bringen.

Der allgemeinen Beachtung und Einführung, vielleicht unter Berücksichtigung der Eigenthümlichkeiten der verschiedenen Gewerbe, sind die Maßnahmen des Verbandes der deutschen Barbierherren, betreffend

d. Arbeitsnachweis und Arbeitsvertrag mit Attest zu empfehlen. Die Barbierherren hatten bisher auch mehr oder weniger durch die Willkür der Gehilfen, hervorgegangen aus dem

Mangel zwingender Bestimmungen der Herren untereinander, zu leiden. Man verließ ohne Kündigung seinen Platz und setzte dadurch den Principal in nicht geringe Verlegenheit. Meister behaupten sogar deshalb in ihrer Existenz bedroht gewesen zu sein, was bei der Eigenthümlichkeit des Barbier- und Friseurgeschäfts zu glauben ist. Um diesem Uebelstande entgegenzutreten, beschloß der genannte Verband, zu dem fast 600 Orte in Deutschland gehören, keinen Gehilfen ohne eingebrachtes Entlassungsattest und ohne Kontrakt zu engagiren und auch keinen ohne Attest zu entlassen. Um ferner den Gehilfen entgegenzukommen und dabei auch den Principälen zu nützen, überzogen letztere Deutschland mit einem Netz von Nachweise-Büreau. Fast an jedem zum Verband gehörigen Orte übernahm und übernimmt ein Barbierherr das Arbeitsnachweisegeschäft. Ein Arbeit suchender Gehilfe hat sich an die Nachweistestelle zu begeben, dort sein letztes Attest vorzulegen, und es werden ihm die vakanten Stellen mitgetheilt. Die Vermittelung resp. die Nachweisung der Vakanten besorgt mit Hilfe des Verbands-Organs das Central-Nachweise-Bureau zu Berlin, welches das Verbandsmitglied Werthmann, Neue Jacobstr. 21, leitet. Ist das letzte Attest älter als vier Wochen, d. h. ist der Gehilfe seit Ausstellung des letzten Attestes vier Wochen lang ohne Stellung gewesen, so hat er seinen Aufenthalt über diese Zeit hinaus schriftlich nachzuweisen, widrigenfalls er das Nachweise-Bureau nicht in Anspruch nehmen kann. Mittels dieser Stellenvermittlung, die übrigens kostenfrei geschieht, haben Gehilfen nicht nöthig, ohne vorheriges festes Engagement, das alte zu verlassen, ebensowenig kommen sie in die Lage, sich als Arbeitsuchende auf der Landstraße herumzuschlagen zu müssen. Allseitig hat man uns die wohlthätige Folge dieser Einrichtung für Herren und Gehilfen gepriesen. — Wir geben hier das von den Barbierherren benutzte Vertrags- und Attestformular. Dasselbe besteht aus einem halben Bogen. Auf der 1. Seite ist der Vertrag mit einer Bemerkung des Präsidiums des Verbandes, auf der 2. des Attest und ein Verzeichniß der Orte und Vorsteher der über Deutschland verbreiteten Nachweistellen.

(1. Seite.)

Vertrag.

Unter heutigem Tage ist zwischen dem Barbier-Herrn
. und dem Barbier-Gehilfen
. folgender Vertrag abgeschlossen worden:

Der Barbier-Gehilfe gebürtig aus
. tritt am ten 18 . . .
bei mir in Kondition gegen ein monatliches Honorar von Mk. . . . Pf.
ein wöchentliches Honorar von Mk. . . . Pf. halbe Kost, ganze
Kost und Wohnung.

Der Gehilfe dagegen verpflichtet sich allen Branchen des Geschäfts seine
ganze Thätigkeit zu widmen.

Sollte der eine oder der andere Theil diesen Vertrag auflösen wollen, so
verpflichten sich beide Theile gegenseitig Tage vorher zu kündigen.
. den 187 .

Obiger Vertrag ist am gekündigt.

Bestimmungen für die Vorseher der Nachweise-Büreaux und der Konditionsuchenden
Gehilfen.

1. Ein gestempeltes Verbands-Attest hat nur vier Wochen Gültigkeit. Ist diese
Zeit verflossen, so hat der Gehilfe seinen ferneren Aufenthalt schriftlich
nachzuweisen.
2. Hat der Gehilfe angeblich in einem Ort konditionirt, welcher noch nicht zum
Verbande deutscher Barbierherren gehört, so muß derselbe im Besitz eines
von seinem Herrn geschriebenen und von der dortigen Behörde beglaubigten
Attestes sein.

Das Präsidium.

(2. Seite.)

Attest.

Unter heutigem Tage ist der Barbier-Gehilfe
. gebürtig aus unter Erfüllung seiner
umstehenden kontraktlichen Verpflichtung aus meinem Geschäft entlassen.

Derselbe war Jahr Monat Tage bei mir in Kondition
und hat sich während dieser Zeit betragen.
. den 187 .

Mitglied des Zweigvereins

Anmerkung. Auf Grund obigen Attestes habe ich den Barbier-Gehilfen
. zum ten 198 .
für mein Geschäft engagirt.

. den ten 187 .

Mitglied des Zweigvereins.

Darauf folgt ein Verzeichniß der Nachweisebüreau mit den Namen des jedesmaligen Vorstehers. Unter diesem Verzeichniß ist noch die Bemerkung zu lesen:

Die Herren Vorsteher der Nachweisebüreau sind recht gern bereit, den reisenden Gehilfen über die örtlichen Logisverhältnisse Auskunft zu ertheilen.

Kann kein Engagement verschafft werden und ist der Gehilfe zu reisen gezwungen, so empfängt er an den Verbandsorten ein der betreffenden Stadt angemessenes Viatikum, welches ihn vor dem herben Bettel schützt.

Ohne schriftlichen Vertrag sollte überhaupt kein Arbeitsverhältniß angetreten werden, und ebenso wäre es wünschenswerth, daß über die Lohnabrechnung gegenseitige Abrechnungsbücher geführt würden. Es würde dadurch vielem Streit und Mißtrauen vorgebeugt. Für eine größere Werkstelle, für einen Fabrikbetrieb, selbst für je ein Gewerk eines Ortes, halten wir die Errichtung von

e. Ältesten-Kollegien

zur Handhabung der Werkstattordnung, Fabrikordnung u. dergl. für äußerst vortheilhaft. Solches ist hin und wieder mit gutem Erfolg ins Leben gerufen worden. Die Direktion der Marienhütte zu Kohnau hat die Arbeiter (wir können hier auch sagen, Gesellen) versammelt, und in ihre Hände die Disciplinargewalt in der Fabrik gelegt. Zu diesem Behufe haben sie aus ihrer Mitte ein Kollegium, das also aus Arbeitern besteht, gewählt, welches in regelmäßig wiederkehrenden Zeiträumen Sitzung hält, und ihren Kollegen zc. gegenüber, die Disciplin auf Grund einer mit der Direktion und den Arbeitern berathenen und festgesetzten Fabrikordnung, sowie das Lehrlingswesen und die gesammte Aufsicht über das Arbeiter-Personal, handhabt. Es ist uns versichert worden, daß dieses Arbeiter-Ältesten-Kollegium strenger ist als früher die Direktion, und daß sich die Arbeiter selbst zufriedener fühlen, wenn sie von ihren eigenen Genossen abgeurtheilt werden. — Jedenfalls verdient ein solches Vorgehen zwecks der Befestigung des socialen Friedens die vollste Beachtung. Ähnliches könnte nicht allein, wie schon angedeutet, von Inhabern größerer Werkstätten, sondern auch von den Meistern eines Berufszweiges eines Ortes eingeführt werden. Ließe man die Gesellen und Gehilfen in derartiger Weise an der Ordnung gewerkschaftlicher Angelegenheiten

Theil nehmen, so würde dies bald recht wohlthätig wirken. Sie übten frei auf Grund gemeinschaftlich mit den Meistern verabredeter und niedergeschriebener Satzungen die Disciplin und konnten sich an der Beaufsichtigung und Regelung des Lehrlingswesens betheiligen. Dadurch würden die Gehilfen nicht allein geehrt und zu socialen Mitarbeitern gemacht, sondern sie würden den auch von ihrer Seite wünschenswerthen erzieherischen Einfluß bei Heranbildung der jüngeren Elemente der Gewerbe ausüben. Man versuche dies 'mal frisch! — Ein geschickter Lehrer erzählte uns einmal, daß dann in seiner Abwesenheit die Schüler in dem Klassenzimmer am ruhigsten waren, wenn er ihnen den unruhigsten Schlingel als Aufseher bestellt hatte. —

Wir halten die vorstehend angerathenen und erprobten Mittel für ausreichend, um in das heutige Gesellenwesen die etwa wünschenswerthe und erreichbare Ordnung zu bringen. Keineswegs verhehlen wir uns, daß auch hier, wie überall bei unseren angeregten Punkten, weitgehendere und deshalb vielleicht auch durchgreifendere Maßregeln vorgeschlagen werden können, aber wir meinen, daß dann wegen ihrer Mannigfaltigkeit und Schwierigkeit die Inangriffnahme auf passiven Widerstand stoßen würde. Um grade das zu vermeiden und zum endlichen Handeln zu gelangen, halten wir uns stets an das sofort mögliche.

Man vergesse nie, daß lässige Meister leichtsinnige Gesellen machen! —

3. Schiedsgerichte und Einigungsämter.

Das Verlangen, entstehende Streitigkeiten privatrechtlicher Natur durch seines Gleichen schiedsrichterlich entscheiden zu lassen, ist nicht neu. Wir finden dies in Deutschland zur Zeit der Ohnmacht der Kaiser und der daraus folgenden Machtlosigkeit bei der Rechtsprechung der kaiserlichen Reichsgerichte. Allmählig mit der Entwicklung des Autoritätsprinzips im Staat und durch die Kirche, sowie durch die Verpflanzung des römischen Rechts auf deutschen Boden, ging die Selbstrechtsprechung, als ein Theil der Selbstverwaltung, der Nation verloren. Für Streitigkeiten der Gewerbetreibenden erhielten sich durch die Zünfte diese Art Sondergerichte, oder besser gesagt, die aus Berufsgenossen gebildeten Gewerbegerichte, bis auch sie versielen und zumieist vor das Forum der Polizeigewalt gebracht wurden.

Nur der Handelsstand hat die Befähigung, sein eigenes Recht auszubilden, bis zu dem Grade bewiesen, daß die Handelsgerichte ihren Platz in der Gerichtsorganisation gefunden haben. Wir hoffen dasselbe im Laufe der Zeit von den Gewerbegerichten, bemerken aber gleich hier, daß weder diese noch jene „Standesgerichte“, sondern „Gerichte für besondere Klassen von Angelegenheiten“ sind und schließlich im Wege der Gesetzgebung ihre Regelung finden werden, sobald sich hierzu hinlänglich das Bedürfnis herausgestellt hat. Zum Theil ist dies versucht worden und zum Theil auch geschehen. Wir verweisen da in Preußen auf das Institut der Gewerberäthe, wovon aber fast gar kein Gebrauch gemacht worden ist. Vielleicht trug hierzu der Umstand dabei, daß darin die Arbeitgeber im Uebergewicht waren, und auch Elemente, wie Kaufleute bezw. Fabrikbesitzer, ihren Platz haben, die bereits anderweitig, (in Handelskammern und Handelsgerichten) eine Vertretung ihrer Interessen fanden.

Eine Lösung der Frage der

a. gewerblichen Schiedsgerichte,

versuchte man in der neuen Gewerbeordnung durch §. 108. Es ist leider von dieser Bestimmung nur ein sehr geringer Gebrauch gemacht worden, und zwar wie wir meinen, vorwiegend wegen Indifferentismus der Betheiligten, dann aber auch wegen Unbeholfenheit und Unkenntniß der Sache, und wol nicht zum geringsten, weil die Gemeindebehörden, denen die Entscheidung zufällt, wenn am Orte keine andere Behörde zur Aburteilung der aus Arbeitsverträgen entstandenen Streitigkeiten besteht, nichts von ihrer gewohnten Macht einbüßen wollten.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht in den Streit einlassen, der darüber geführt wird, ob die betreffenden Schiedsgerichte auf Grund des angezogenen §. 108 l. c. zweckdienlich sind oder nicht, und ob durch Gesetz diese Institute anders organisirt werden müssen,*)

*) Näheres: Gutachten über Schiedsgerichte und Einigungsämter, erstattet auf Veranlassung des Vereins für Socialpolitik, erschienen bei Duncker und Humblot in Leipzig. — Ebendasselbst erschienen: Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik am 12. und 13. October 1873. — H. C. Oppenheim, Gewerbegericht und Kontraktbruch, bei Rob. Oppenheim, Berlin. — F. F. S. Danneberg, das deutsche Handwerk und die sociale Frage, Leipzig, Duncker und Humblot, II. a. III.

sondern wir wollen zeigen, daß heute schon, ohne fortwährend an die Gesetzgebung zu appelliren und mittlerweile die Hände in den Schooß zu legen, Gerichte geschaffen werden können, welche, aus sachverständigen Richtern aus den Kreisen der Interessenten zusammengesetzt, Recht sprechen. Gehen wir erst zur Bildung solcher Einrichtungen allgemeiner, wie bisher geschehen, über, so werden wir die Betheiligten sehr bald aus der Gleichgiltigkeit aufwecken und Wohlgefallen an diesem Zweige des Self-government gewinnen sehen. Die vermehrte Praxis wird dann auch zeigen, wo Lücken und Mängel dieser neuen Einrichtungen sind, und so nur allein werden eventuell neue entsprechende Veränderungen getroffen werden können. Aber der Deutsche will alles vorher haarklein und wohl erwogen auf dem Papiere sehen und dabei vertraut er zuviel den zuweilen leidigen Theoretikern. Das in Görlitz seit 1871 eingeführte gewerbliche Schiedsgericht z. B., dessen Statut nachfolgt, hat sich nach, beim derzeitigen Obmann eingezogenen Erkundungen seitens des Schreibers dieser Zeilen, gut bewährt und wird von vielen Arbeitgebern und Nehmern benutzt. Im Jahre 1876 wurden 82 Streitfälle anhängig gemacht. Davon waren in 34 Fällen Arbeitgeber und in 48 Fällen Arbeitnehmer die Kläger. In ersteren Fällen wurde bei 23 Sachen auf Rückkehr ins Arbeitsverhältniß, und bei 11 Sachen auf Rückkehr in die Lehre geklagt. — In den zweiten Fällen wurde 9 mal auf Weiterbeschäftigung, 2 mal auf Lösung des Arbeitsverhältnisses, 36 mal auf Zahlung rückständigen Lohnes und 1 mal auf Aenderung des Zeugnisses Klageantrag gestellt. Es wurden 21 Fälle durch Vergleich und Rücknahme der Klage und 61 durch Mandat bezw. Erkenntniß erledigt. Was diese letzteren betrifft, so wurde 22 mal auf Rückkehr in die Arbeit, 3 mal auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses, 21 mal auf Entschädigung, 1 mal auf Aenderung des Zeugnisses und 14 mal auf Abweisung des Klägers erkannt. Unser Gewährsmann sagt, daß die Thätigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte eine noch wirksamere wäre, wenn ihnen eine größere Exekutivgewalt zustünde. — Um weitere Beispiele von der Wirksamkeit bez. Arbeit solcher Schiedsgerichte anzuführen, theilen wir mit, daß im Jahre 1874 im Sinne des §. 108. l. c. in Stuttgart 933 Fälle zu verhandeln waren. Davon wurden erledigt durch Entscheidung 96, auf andere Weise 833, und unerledigt blieben 4 Fälle. Sachverständige waren

in etwa 20 Fällen beizuziehen, fast blos in Streitigkeiten zwischen Schreinergefelln und ihren Arbeitgebern. Am meisten Streitigkeiten kamen vor bei Maurer- und Steinhauergehilfen, im Ganzen 223; sodann bei Tischlern mit 183, Zimmerleuten mit 89, Schlossern mit 63 und Gypsfern mit 44 Fällen. Was die Streitobjekte anbelangt, so handelte es sich bei 56 % um Klagen von Arbeitern auf Lohnzahlung, bei 16 % um Entschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung, bei 24 % um Klagen der Arbeitgeber auf Rückkehr von Arbeitern, die ohne Kündigung die Arbeit verlassen hatten. Vom 1. Januar bis 1. December 1875 sind in Stuttgart 645 Streitigkeiten im Sinne des angezogenen Paragraphen anhängig gemacht worden, wovon 84 durch Urtheil, 559 auf andere Weise erledigt und 2 Fälle als schwebende ins Jahr 1876 hinüber genommen wurden. Sachverständige wurden in 20 Fällen beigezogen. —

Das Dresdener Gewerbe-Schiedsgericht hat im Jahre 1876 445 Klagesachen erledigt. Viele Klagen sind von Gewerbsgehilfen gegen ihre Prinzipale auf Bezahlung einer Lohnentschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung erhoben worden. In vielen Fällen wurden diese Klagen für ungerechtfertigt, in vielen andern aber auch für gerechtfertigt befunden. Die Klagen auf Zahlung rückständigen Lohnes waren in der Hauptsache ganz oder wenigstens theilweise begründet. Leider war in vielen Fällen das Exekutionsverfahren erfolglos und die entstandenen Kosten erwiesen sich häufig als uneinbringlich. Die Klagen, welche in dem vorzeitigen Entlaufen der Lehrlinge ihren Grund haben und auf Entschädigung zu richten sind, sind nicht so häufig erhoben worden, als man annehmen könnte. Die wenigen Fälle, in welchen gegen den Bescheid des Gewerbeschiedsgerichts remonstrirt wurde, sprechen dafür, daß die Parteien im allgemeinen bei dem Bescheid des Gewerbeschiedsgerichts, welcher keine Appellation erlaubt, und nur wegen auf Absicht oder auf grober Fahrlässigkeit beruhender Verletzung statutengemäß angefochten werden kann, sich beruhigen.

Die Bildung des Schiedsgerichts scheint noch die schwierigste Frage zu sein. Die Stelle des ständigen Vorsitzenden und seines Stellvertreters nehmen überall zwei vom Magistrat aus seiner Mitte gewählte Personen ein, während die Vervollständigung des Gerichtskollegium durch die Beisitzer verschieden gehandhabt wird. Wie wir

aus nachstehendem Statut ersehen, haben in Görlitz die streitenden Parteien das Recht, eine jede einen oder zwei Schiedsrichter namhaft zu machen, und erst wenn dies nicht geschieht, vervollständigt der Magistrat das Richterkollegium. Nach anderen Statuten, wie beispielsweise den in Zeitz, wählt die Stadtverordneten-Versammlung regelmäßig im December jeden Jahres 12 Personen zu Beisitzern, wovon sechs dem Stande der Arbeitgeber und sechs dem der Arbeitnehmer angehören. (Halb Arbeitnehmer und halb Arbeitgeber zu wählen muß überhaupt festzuhaltender Grundsatz sein.) Vier Wochen vor der Wahl sind die Gewerbetreibenden aufzufordern, der Stadtverordneten-Versammlung Personen vorzuschlagen, welche sich zu Beisitzern eignen. Aus den 12 Gewählten beruft der Vorsitzende die Beisitzer in gleicher Zahl aus den Arbeitgebern und Arbeitnehmern für jeden Streitfall. Der Unterschied ist also der, daß in Zeitz wenigstens auf ein Jahr ein ständiges Richterkollegium ist, bezw. nur aus den zwölf Gewählten Beisitzer berufen werden können, während in Görlitz für jeden Streitfall, außer dem Vorsitzenden, andere Beisitzer in Funktion kommen können. Dr. Max Hirsch tritt dafür ein, daß wenigstens die Beisitzer alljährlich durch allgemeine direkte Wahl zur Hälfte von den Arbeitgebern und zur Hälfte von den Arbeitern gewählt werden. Das scheint auch uns das Richtige zu sein. Denn es verspricht dies nicht nur dem Princip der Gerechtigkeit, sondern es wird dadurch auch der Zweck der Schiedsgerichte, „Streitigkeiten zu schlichten“ leichter erreicht und sich eine Art nothwendiges gewerbliches Gewohnheitsrecht herausbilden. Gewiß läßt sich für jeden Modus der Zusammensetzung eintreten. Schließlich wird die praktische Erfahrung das Richtigere treffen. Wir lassen nun mehr das Görlitzer Statut zur allgemeinen Unterlage folgen:

Orts-Statut

betreffend

die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte in Görlitz.

Auf Grund der §§. 108, 127, und 142 der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 wird, nach Anhörung betheiligter Gewerbetreibender und mit Genehmigung der Königl. Regierung in Liegnitz, für den Gemeindebezirk der Stadt Görlitz folgendes Orts-Statut zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzt.

§. 1.

Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen, desgleichen Streitigkeiten der Fabrikhaber mit ihren

Fabrikarbeitern, die sich auf den Austritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben, oder auf die Ertheilung oder den Inhalt von Zeugnissen der Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung und über ihre Führung während derselben, oder über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten eines Lehrlings, sowie über dessen Betragen beziehen, sind in Zukunft im hiesigen Gemeindebezirk durch gewerbliche Schiedsgerichte zur Entscheidung zu bringen.

§. 2.

Diese Schiedsgerichte werden unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Magistrats und unter gleichmäßiger Zuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern derartig gebildet, daß jede Partei für den zur Entscheidung stehenden Fall je einen oder zwei Schiedsrichter bezeichnet.

Der Arbeitnehmer darf jedoch nur Arbeitnehmer, der Arbeitgeber nur Arbeitgeber zu Schiedsrichtern in Vorschlag bringen.

§. 3.

Die von den Parteien zu ernennenden Schiedsrichter müssen das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, kein persönliches Interesse an der zu entscheidenden Sache haben, mit keiner der Parteien bis zum vierten Grade verwandt oder verschwägert sein und mindestens seit einem Jahre in Görlitz wohnen oder beschäftigt sein.

Daß dies der Fall, muß von dem Vorsitzenden vor Eröffnung der Verhandlung durch abzunehmende eidesstattliche Versicherung festgestellt werden.

Der Vorsitzende darf ebensowenig mit den Parteien verwandt oder an der zu entscheidenden Sache interessiert sein und hat vor Eröffnung der Verhandlung zu versichern, daß dies nicht der Fall ist.

§. 4.

Sobald ein Gewerbetreibender (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) einen Streitfall vor dem Schiedsgericht zur Entscheidung bringen will, hat er seine Klage entweder schriftlich oder mündlich beim Magistrat anzubringen, dabei gleichzeitig seine Beweismittel, sowie die Namen der Schiedsrichter anzugeben, welche er für die Entscheidung hinzugezogen haben will.

Wird die Klage schriftlich angebracht, so ist eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen mit einzureichen, widrigenfalls die Ausfertigung auf Kosten des Klägers erfolgt.

§. 6.

Nach erfolgter Prüfung der Zulässigkeit des Klage-Anspruchs überhaupt wird die Klage nebst ihren Beilagen, sofern das Objekt 50 Thaler nicht übersteigt, dem Beklagten mit der Aufforderung mitgetheilt, entweder den Kläger binnen einer bestimmten Frist, welche einen dreitägigen Zeitraum nicht übersteigen darf, klaglos zu stellen, oder aber innerhalb dieser Frist bei dem Magistrat schriftlich oder zu Protokoll unter Bezeichnung der von ihm gewählten Schiedsrichter Widerspruch zu erheben, widrigenfalls die Klage für begründet erachtet, und auf den

Antrag des Klägers, welcher von deren Behändigung zu benachrichtigen ist, ohne Weiteres zur Vollstreckung gebracht wird.

§. 6.

Sind in der Klage oder der Widerspruchsschrift Schiedsrichter nicht ernannt, so erfolgt deren Ernennung durch den Magistrat.

§. 7.

Erhebt der Verklagte rechtzeitig Widerspruch oder hält der Vorsitzende das im §. 5. vorgeschriebene Verfahren für nicht angänglich, oder beträgt das Objekt mehr als 50 Thaler, so wird Termin zur Klagebeantwortung und mündlichen Verhandlung festgesetzt.

Zu diesem Termine werden beide Theile, der Kläger unter Androhung der Aktenweglegung, falls der Verklagte den Klageanspruch nicht anerkennt, und einer Ordnungsstrafe, der Verklagte unter der Verwarnung vorgeladen, daß bei seinem Ausbleiben entweder der Klageantrag für vollstreckbar erklärt oder aber ein neuer Termin angesetzt und seine zwangsweise Gestellung dazu verfügt werden wird.

Das Kontinual-Verfahren findet auch statt, wenn eine der Parteien eine Verhandlung vor dem Schiedsgericht durch ihr Verhalten, oder auf andere Weise unmöglich macht.

§. 8.

Die Parteien sind in der Regel persönlich vor dem Schiedsgerichte zu erscheinen verpflichtet, eine Vertretung ist nur in Fällen bescheinigter Abwesenheit oder Krankheit und nur durch Eltern, Geschwister, Ehegatten, Kinder, Enkel und dauernd in ihrem Dienst oder Geschäft stehende Personen auf Grund einer schriftlichen Vollmacht zulässig.

Durch andere als die vorgedachten Personen dürfen die Parteien sich nur vertreten lassen, wenn solche am Orte nicht vorhanden, und dann durch Gewerbsgenossen.

Als Vertreter überhaupt werden nur majorenne Personen zugelassen. Mangelhafte oder unzulässige Vertretungen werden dem Ausbleiben gleich errachtet.

§. 9.

Das Schiedsgericht darf nur dann verhandeln, wenn außer dem Vorsitzenden noch mindestens zwei Schiedsrichter, von denen der eine vom oder für den Kläger, der andere vom oder für den Verklagten ernannt sein muß, anwesend sind.

Die Beschlüsse und Entscheidungen des Schiedsgerichts werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Falls die Parteien sich vor getroffener Entscheidung vergleichen, hat das Schiedsgericht deren Vergleich zu Protokoll zu nehmen.

Die vor dem Schiedsgericht abgeschlossenen Vergleiche haben gleiche Rechtswirkung wie die Urtheilssprüche desselben.

§. 11.

Eine Unterzeichnung der über die Verhandlungen vor dem Schiedsgerichte zu führenden Protokolle findet durch die Parteien nicht statt.

§. 12.

Den Parteien wird eine schriftliche Ausfertigung der Entscheidungen des Schiedsgerichtes auf Verlangen mit Gründen ertheilt.

§. 13.

Die Ablehnung zur Uebernahme des Amtes als Schiedsrichter ist nur aus denselben Gründen zulässig, aus welcher die Uebernahme eines unbesoldeten Gemeinde-Amtes nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung verweigert werden darf.

§. 14.

Wer als Schiedsrichter oder Zeuge trotz der an ihn ergangenen Vorladung und ohne vorherige ausreichende Entschuldigung, die rechtzeitig bei dem Vorsitzenden des Schiedsgerichtes anzubringen ist, in einer Sitzung des Schieds-Gerichts ausbleibt, verfällt in eine Ordnungsstrafe bis zu 3 Thalern, welche der Magistrat festsetzt. — Die Ordnungsstrafe ist in der Vorladung anzudrohen.

§. 15.

Der Ausspruch des Schiedsgerichtes ist nichtig:

- a. wenn die Parteien gar nicht gehört oder offenbar erhebliche Thatfachen ganz unerörtert gelassen sind.
- b. wenn gegen ein den vorliegenden Fall ganz klar entscheidendes Landesgesetz erkannt worden ist.

Wird eine solche Nichtigkeit von einer Partei behauptet, so steht derselben frei, sich binnen 10 Tagen nach eröffnetem Ausspruch an den ordentlichen Richter zu wenden.

§. 16.

Die Anwendung der Provokation (§. 15.) hält die Vollstreckung des angefochtenen Urtheils nicht auf, es sei denn, daß durch die Vollstreckung ein unersetzbarer Schaden entstehe.

§. 17.

Rechtsverwirklungen oder Ordnungsstrafen, welche den Parteien durch Unterlassung der rechtzeitigen Erhebung des Widerspruchs gegen eine Klage oder durch Ausbleiben in einem Termine gemäß der Bestimmungen der §§. 5 und 7 erwachsen sind, können dadurch unschädlich gemacht werden, daß die Verklagten innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach erfolgter Ankündigung der Rechtsverwirklung oder Ordnungsstrafe die Rücksetzung in den früheren Stand bei dem Schiedsgericht beantragen.

Diesem Antrage wird jedoch nur dann stattgegeben, wenn die Parteien ihre Unterlassungen durch ein entschuldbares Verfahren, oder durch ein unabweisliches Hinderniß oder durch die Vornahme eines Geschäfts zu rechtfertigen im Stande sind, dessen Verschiebung ihnen mehr Nachtheil verursacht haben würde, als die ihnen angedrohte Rechtsverwirklung oder Ordnungsstrafe.

Die Rücksetzung in den früheren Stand ist nicht zu einem zweiten Male zulässig.

§. 18.

Kann die Entscheidung des Streitfalles nicht in einem Termin erfolgen, so ist das Schiedsgericht deren mehrere anzusetzen berechtigt, und darf dazu die

Parteien unter Androhung ähnlicher Rechtsverwürfungen oder Ordnungsstrafen vorladen, wie bei dem ersten Termine.

Auch gegen den Vollzug dieser Rechtsverwürfungen oder Ordnungsstrafen ist der Nützlichkeit in den früheren Stand (§. 17.) zulässig.

§. 19.

Das Schiedsgericht hat im Erkenntniß festzusetzen, wem die entstehenden Kosten zur Last fallen.

Zeugengebühren werden Seitens des Schiedsgerichts nach denselben Vorschriften an die Zeugen gezahlt und von den Parteien erstattet verlangt, welche darüber für das Verfahren bei den ordentlichen Gerichten bestehen.

§. 20.

Die Vollstreckung der von den Schiedsgerichten ergangenen Erkenntnisse steht dem Magistrat zu.

§. 21.

Dieses Orts-Statut tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Görlitz, den 7. Oktober 1871.

Der Magistrat
Gobbin. Wallach.

Das vorstehende Orts-Statut für die Errichtung gewerblicher Schieds-Gerichte in Görlitz wird hierauf auf Grund der §§. 108, 127, 142 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 von uns genehmigt.

Liegnitz, den 25. November 1871.

(L.S.) Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Um die gewerblichen Schiedsgerichte, die „Streitigkeiten aus bestehenden Arbeitsverträgen schlichten und richten sollen“, einzuführen, bedarf es mehr als bisher der Initiative der Gewerbetreibenden. Man mache sich in Versammlungen und Privatgesprächen mit dieser Idee betraut, und bringe bei der Gemeindebehörde auf Erlass eines diesbezüglichen Ortsstatuts. Mit der Zeit werden die Schwierigkeiten überwunden werden, die diese Behörden oft, vielleicht auch manchmal nicht ohne Grund, entgegenstellen. Ein Vorstelligwerden bei den Regierungsbehörden übt meist den nöthigen Druck auf die unteren Verwaltungsorgane. In keinem Falle unterlasse man, sich zur Belebung dieser Angelegenheit der Presse zu bedienen. Viele Leute überzeugen sich erst von der Nützlichkeit einer Sache, wenn sie darüber was Gedrucktes gelesen haben.

Während bei uns diese vorstehend geschilderten Schiedsgerichte, wenn auch nur leider sehr langsam, Eingang halten, sind

b. die Einigungsämter

eine noch fast ungekannte Einrichtung. Bei jenen handelt es sich um Schlichtung und Rechtssprechung von Streitigkeiten der Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen aus bestehenden Arbeits- oder Lehrverträgen bzw. Verhältnissen, während die Einigungsämter nicht blos dieses thun, sondern auch die Arbeitsverhältnisse, Arbeitslohn, Arbeitszeit u. u. für eine gewisse zukünftige Zeit regeln sollen. Jene lassen außerdem einen Dritten, von einer Obrigkeit gewählten Obmann zu, während hier nur Männer schlichten und richten, welche aus der Wahl der Interessenten, Arbeitnehmer und Geber, und aus diesen selbst, hervorgehen. — Weiter aber unterscheiden wir zwei Arten von Einigungsämtern, die übrigens beide aus England importirt sind und nach ihren Schöpfern die Mundella'schen und die Kettle'schen, benannt werden. Jene werden durch eine gleiche Anzahl von Arbeitgebern und Nehmern durch Wahl ihrer Genossen gebildet. Die Gewählten konstituiren sich für jeden Streitfall so, daß sie aus ihrer Mitte, unwechselnd, einmal einen Arbeitgeber und einmal einen Arbeitnehmer, zum Vorsitzenden wählen. Die Entscheidungen sind nicht exekutivbar, sondern man erwartet die Erfüllung der Rechtssprüche als eine freiwillige moralische Handlung. Die Kettle'schen Statuten richten ihr Augenmerk auf die Schaffung eines für beide Parteien bindenden Vertrages. Hier amtirt außer der gleichen Zahl von Delegirten beider Parteien ein unparteiischer Schiedsmann, der den Vorsitz führt und bei der Spruchfällung eventuell den Ausschlag gibt. Die Urtheile dieser Schieds- und Einigungskammern können, falls sie sonst nichts Gesetzwidriges enthalten, durch die Grafschaftsgerichte, durchgesetzt werden. Dem entsprechend hat die engl. Gesetzgebung durch das Gesetz über Schiedsgerichte in Arbeitsstreitigkeiten am 6. Aug. 1872 den Schieds- und Einigungskammern die Möglichkeit gegeben, rechtsverbindliche Entscheidungen zu fällen.

Wir sehen, daß die unterscheidenden Merkmale von principieller Bedeutung sind, Prof. Dr. E. Brentano gibt den Kettle'schen den Vorzug, Dr. Max Hirsch, der Anwalt der deutschen Gewerksvereine, tritt für die Mundella'schen Institute ein. Der Zweck und Rahmen unserer Schrift gestattet uns nicht, unsere unmaßgebliche Meinung in begründender Weise zu äußern. Wir glauben beide

Einrichtungen verdienen bei uns, ja nach den zu berücksichtigenden Umständen eingeführt zu werden. Wo der sittliche Zustand, sagen wir die Mannes-, Standes- und Berufslehre, hoch entwickelt ist, wo wie in kleineren und mittleren Orten, ein moralischer Druck durch die öffentliche Meinung ausgeübt werden kann, und das Verhältniß des Arbeitsgebers und Nehmers ein innigeres zu sein pflegt, werden wir uns für Mundella entscheiden. Wir ersuchen, uns nicht mißverstehen zu wollen, wenn wir daher sagen, daß zwischen Handwerksmeister und Gesell die Einigungsämter nach Mundella, zwischen Großindustriellen und ihren Arbeitern, besonders wenn letztere nicht in anerkannten Gewerkvereinen vereinigt sind, die Einigungsämter nach Kettler zu empfehlen sein werden. Die letzteren sind aber bei uns noch nicht einführbar, weil wir keine gesetzliche Bestimmung haben, nach welcher ihre Entscheidungen über zukünftige Arbeitsverhältnisse zwangsweise realisiert werden könnten. Wir können deshalb hier auf die Wiedergabe eines Musterstatuts verzichten. Dagegen möchten wir da, wo die von uns angegebenen Voraussetzungen vorhanden erscheinen, die Einführung von Einigungsämtern nach Mundella dringend empfehlen, und besonders auch, weil in ihnen ein nicht hoch genug anzuschlagendes erzieherisches Moment liegt, das an die freie Erfüllung eingegangener Verpflichtungen, als an einen Akt männlicher Tugend, appelliert. Zu diesem Behufe lassen wir das von Dr. Max Hirsch entworfene Musterstatut folgen, und weichen nur insoweit ab, als wir im §. 8. die Abänderung der Einigungs-Kommission der Berliner Zimmerer nach Hirsch's besserer Fassung adoptiren. Wir weisen noch vorweg darauf hin, daß Einigungskammern wie Schiedsgerichte für je ein Gewerk, unter Hinzunahme etwa verwandter Gewerke, zu errichten sind.

Statuten

für das

Einigungsamt des . . . Gewerks zu

§. 1.

Das Einigungsamt des . . . Gewerks zu hat den Zweck, über alle, die Löhne und Arbeitsverhältnisse betreffenden Streitfragen, welche jeweils von den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern bei ihm angebracht werden, schiedsrichterlich zu entscheiden und durch versöhnliche Mittel dahin zu wirken, allen entstehenden Differenzen ein Ende zu machen.

§. 2.

Das Einigungsamt besteht aus neun *) Arbeitgebern und neun Arbeitnehmern; die neun Arbeitgeber werden von einer öffentlichen Versammlung der Arbeitgeber, die neun Arbeitnehmer von einer öffentlichen Versammlung der Arbeitnehmer erwählt. Die Gesamtheit der Vertreter bleibt ein Jahr im Amte und ist wieder wählbar. Die Neuwahl der Einigungsämter findet im Januar jedes Jahres statt.

§. 3.

Jeder Vertreter erscheint im Einigungsamte mit Vollmacht von seiner Wählerschaft und soll die Entscheidung des Einigungsamtes als bindend für beide Theile, Arbeitgeber und Nehmer, angesehen werden. Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens drei Vertretern beider Theile erforderlich.

§. 4.

Ein Prüfungsausschuß aus vier Mitgliedern des Einigungsamtes, zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern bestehend, hat alle Streitfälle, welche von den Sekretairen bei ihm angebracht werden, zu untersuchen und soll die Beilegung von Streitigkeiten zu bewirken suchen. Falls der Ausschuß nicht im Stande ist, eine bei ihm vorgebrachte Angelegenheit freundschaftlich zu ordnen, so soll dieselbe an das Einigungsamt selbst überwiesen werden; in keinem Falle darf der Ausschuß ein Urtheil fällen. Der Prüfungsausschuß wird jährlich in der ersten Sitzung des neugewählten Einigungsamtes ernannt.

§. 5.

Das Einigungsamt erwählt in seiner ersten Jahres-Sitzung aus seiner Mitte zwei Vorsitzende und zwei Sekretaire, welche ein Jahr im Amte bleiben und wieder wählbar sind. Ein Vorsitzender und ein Sekretair müssen Arbeitgeber, und der andere Vorsitzende und der andere Sekretair müssen Arbeitnehmer sein.

§. 6.

Das Einigungsamt versammelt sich zur Erledigung der Geschäfte einmal vierteljährlich an einem bestimmten Tage. Außerdem hat der Vorsitzende auf einen von drei Mitgliedern unterzeichneten Antrag, welcher das Wesentliche der zu erledigenden Angelegenheit enthält, binnen acht Tagen eine Versammlung der Mitglieder zu berufen. Das Berufungs-Circular soll das Wesentliche der vorliegenden Angelegenheit darlegen, vorausgesetzt, daß die Angelegenheit zuvor dem Prüfungsausschuß unterbreitet worden und von diesem unentschieden gelassen worden ist.

§. 7.

Klagen, welche dem Einigungsamt zur Untersuchung unterbreitet werden, sind schriftlich derart abzufassen, daß das Wesen der Beschwerde so klar als möglich daraus ersichtlich ist und muß diese Klageschrift spätestens acht Tage vor der Sitzung des Einigungsamtes eingereicht werden.

*) Die Zahl neun ist hier nur beispielsweise angenommen, die wirklich zu bestimmende Zahl der Einigungsmänner hängt von der Größe und den sonstigen Verhältnissen des Gewerkes ab, nur muß die Zahl der Arbeitgeber und Nehmer im Einigungsamt die gleiche sein.

§. 8.

Die beiden Vorsitzenden führen abwechselnd den Vorsitz in den Sitzungen des Einigungsamtes. In Abwesenheit desjenigen Vorsitzenden, an welchem die Reihe ist, wird, falls derselbe Arbeitgeber ist, von den anwesenden Arbeitgebern, im andern Falle von den Arbeitnehmern, aus ihrer Mitte ein Vorsitzender für die betreffende Sitzung gewählt. Der Vorsitzende hat eine Stimme und bei Stimmengleichheit die entscheidende Stimme.

§. 9.

Wenn in einer Sitzung des Einigungsamtes die Zahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ungleich ist, so sollen zwar Alle das Recht haben, sich an der Berathung aller vorliegenden Gegenstände zu betheiligen, aber nur eine gleiche Zahl von jeder Seite soll stimmen; das Ausscheiden der überflüssigen Mitglieder geschieht durch das Loos.

§. 10.

Alle von dem Einigungsamte gemachten Ausgaben werden gleichmäßig von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen und soll die Rechnung in jeder Vierteljahrsitzung gelegt und entlastet werden.

§. 11.

Änderungen oder Zusätze zu diesen Statuten dürfen nur in einer Vierteljahrsitzung oder in einer zu diesem Zwecke einberufenen außerordentlichen Sitzung angenommen werden. Jedes Mitglied des Einigungsamtes, welches eine Aenderung oder einen Zusatz vorzuschlagen beabsichtigt, soll den genauen Wortlaut seines Antrages schriftlich vier Wochen vor der betreffenden Sitzung den Sekretären zustellen, und haben die Sekretäre drei Wochen vor der Sitzung jedem Mitgliede davon Kenntniß zu geben. Jede Aenderung und jeder Zusatz zu diesen Statuten bedarf der Genehmigung von Seiten der Versammlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche mit einfacher Majorität zu beschließen ist. *)

c. Schiedsgerichte gewerblicher Vereine.

Es ist denkbar und wünschenswerth, daß die Gewerbetreibenden, wenn sie sich in Vereinen zur Wahrung und Förderung ihrer Rechte und Interessen zusammenthun, möglichst viel in den Kreis ihrer freien Thätigkeit ziehen. Dahin rechnen wir auch die Aburteilung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und zwischen Vereinen, die gleiche Ziele verfolgen oder zu einem Verbande gehören. Dadurch werden nicht nur Gerichts- und Advokatenkosten gespart, die ein Handwerker nur im äußersten Nothfalle übrig haben dürfte, sondern es weckt auch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und verhindert die Beein-

*) Näheres und insbesondere wegen Geschäftsordnung der Einigungsämter: „Normal-Statuten für Einigungsämter und Geschäftsordnungen von Dr. Max Hirsch“, bei Carl Krabbe in Stuttgart.

trächtigung der sachlichen Aufgaben durch persönliche Streitigkeiten, die sehr oft der Ruin eines ganzen Vereines werden. Die deutschen Gewerkvereine fangen hier und da mit recht gutem Erfolge an diese Selbstrechtspflege zu üben, und es wird oft nur der Anregung bedürfen, um solche Einrichtungen ins Leben zu rufen. Wir brauchen wol nur anzudeuten, daß man zu Schiedsrichtern allgemein geachtete und im Vertrauen gefestigte Männer wählen muß. — Wir entwerfen das hieran sich schließende Statut, das selbstredend den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden kann.

Statut des Schiedsgerichts des etc.-Vereins zu

§. 1.

Bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern, sei es in Vereins- oder Privatangelegenheiten, wird auf Antrag eines der streitenden Theile ein Schiedsgericht gebildet. Dasselbe besteht aus dem Vereinsvorsitzenden als Obmann und zwei Beisitzern, von denen jeder Theil einen aus den vollberechtigten Mitgliedern des Vereins zu wählen hat.

Der Obmann und die Beisitzer dürfen mit keinem Theile der streitenden Parteien verwandt oder bei der streitigen Angelegenheit betheiligt sein. Ist dies der Fall beim Vorsitzenden, so tritt für ihn der stellvertretende Vereinsvorsitzende ein.

Das Protokoll führt der Schriftführer des Vereins oder in dessen Vertretung ein anderes vom Obmann zugezogenes geeignetes Vereinsmitglied.

Von der Entscheidung des Schiedsgerichts sind privatrechtliche Streitigkeiten, deren Gegenstand den Werth von 150 Mk. übersteigt, ausgeschlossen.

§. 2.

Der Antrag auf Bildung des Schiedsgerichts ist neben der Klage und dem Namen des gewählten Beisitzers schriftlich an den Vorsitzenden, bezw. stellvertretenden Vorsitzenden zu richten und dieser hat sofort ebenfalls schriftlich unter Klagemittheilung und Angabe des bezeichneten Beisitzers den Verklagten zur Wahl des anderen Beisitzers aufzufordern und zugleich Zeit und Ort der Sitzung des Schiedsgerichts festzustellen. Das Schiedsgericht muß, wenn nicht ganz besondere Gründe der Verzögerung vorliegen, spätestens binnen 8 Tage vom Tage der Klageeinreichung zusammentreten. Der Verklagte hat den von ihm gewählten Beisitzer, innerhalb 24 Stunden von der Zustellung der Klage an gerechnet anzumelden, widrigenfalls angenommen wird, er überläßt diese Wahl dem Obmann. Alle betheiligten sind spätestens 48 Stunden vor der Sitzung einzuladen.

Erscheint eine Partei trotz gehöriger Vorladung, und ohne triftigen Grund, worüber der Obmann befindet, nicht, so wird, ist es der Verklagte, in contumaciam verhandelt, ist es der Kläger, die Klage zurückgelegt. Bei genügender vorheriger Entschuldigung hat der Obmann die nächste Sitzung sobald als möglich anzuberäumen.

§. 3.

Die Leitung der Verhandlung gebührt dem Obmann. —

Zeugen, Sachverständige und andere Beweismittel haben die Parteien zur Stelle zu bringen. —

Als Zeuge oder Sachverständiger zu erscheinen, ist jedes Vereinsmitglied verpflichtet, und er hat seine Aussage durch die Worte: „Ich spreche die Wahrheit, wie es einem freien Menschen geziemt“, zu bekräftigen.

Die Verhandlungen sind mündlich, und für die Vereinsmitglieder öffentlich, jedoch kann in besonderen Fällen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Sie muß ausgeschlossen werden, wenn die öffentliche Sitte darunter leidet, oder beide Parteien es beantragen.

§. 4.

Das Schiedsgericht hat vor Schluß der Verhandlung einen Sühneversuch zu machen. Kommt der Vergleich zu Stande, so ist derselbe ins Protokollbuch einzutragen, von den Parteien und dem Schiedsgerichtskollegium zu unterschreiben. Auf Verlangen ist jedem Theile eine Abschrift des Vergleichs zu ertheilen.

Kommt kein Vergleich zu Stande, so entscheidet das Schiedsgericht mit Stimmenmehrheit. Der Schiedsspruch ist ins Protokollbuch einzutragen, von den Schiedsrichtern zu unterfertigen und sofort am Schlusse der Verhandlung zu verkünden. Abwesenden Parteien ist derselbe binnen drei Tagen abschriftlich zuzustellen.

In Injurienfachen kann das Schiedsgericht auf Antrag auch auf Veröffentlichung der Entscheidung durch eine oder mehrere Zeitungen erkennen.

§. 5.

Auf Strafen darf das Schiedsgericht nicht erkennen, sondern nur den Thatbestand event. die zu leistende Entschädigung feststellen.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgiltig und schließt den Rechtsweg aus.

Wer dem Spruch des Schiedsgerichts nicht Folge leistet, soll vom Obmann nach spätestens 48 Stunden hierzu aufgefordert werden. Geschieht dies ohne Erfolg, so wird der Säumnige aus dem Vereine unbedingt ausgeschlossen.

§. 6.

Die Mitglieder des Schiedsgerichts erhalten die vom Vereine festgesetzte Sitzungs-Entschädigung aus der Vereinskasse, aus welcher auch andere kleine Ausgaben, wie Porto, gedeckt werden. Außerordentliche Kosten, welche sich als nothwendig erweisen sollten, hat die unterliegende Partei zu tragen und soll bei beträchtlichen Summen von den Parteien ein Kostenvorschuß gezahlt werden.

Will man das Schiedsgericht auf Vereine untereinander ausdehnen, so werden die Statuten durch gemeinsame Versammlungsbeschlüsse oder durch Deputirte festgesetzt werden müssen.

Noch für wichtiger für die selbstständigen Gewerbetreibenden als eben erwähntes Schiedsgericht halten wir

d. die Gewährung von Rechtsschutz an besonders unbemittelte Vereinsmitglieder. Der Gleichheit wegen kann auch bemittelten Personen der Rechtsschutz nicht vorenthalten werden, wir glauben aber, daß ihn diese von selbst auf Kosten der Vereinskasse nicht beanspruchen dürften. Wie bei der Gewährung dieses Rechtsschutzes etwa zu verfahren sein wird, geht aus nachstehendem Reglement hervor.

Reglement für den Rechtsschutz des N. N.-Vereins zu . . .

§. 1.

Um den Mitgliedern des N. N.-Vereins zu Schutz bei Verfolgung von Rechtsansprüchen zu gewähren, hat derselbe eine Rechtsschutzkommission von drei Mitgliedern eingesetzt, die alljährlich durch allgemeine Wahl gebildet wird. Wiederwahl ist zulässig.

§. 2.

Um den Rechtsschutz in Anspruch nehmen zu können, hat der Vereinssekretair dem Nachsuchenden eine Legitimation auszustellen, welche dokumentirt, wie lange das Mitglied dem Vereine angehört, da Mitglieder, welche noch nicht 3 Monate bei dem Vereine sind, nur eine Legitimation zur Ratherteilung erhalten.

§. 3.

Mit dieser Legitimation hat sich der Rechtsschutzsuchende zunächst an den juristischen Beistand des Vereines*) zu wenden, und wenn sie dieser mit der Bemerkung „kann genommen werden“ versieht, so muß dieselbe, um zur Klageaufstellung und Prozeßführung durch den Rechtsanwalt auf Kosten der Vereinskasse zu berechtigen, noch von einem der drei Rechtsschutz-Kommissaren unterschrieben werden.

§. 4.

Die Rechtsschutz-Kommission entscheidet durch Mehrheitsbeschluß über Gewährung des Rechtsschutzes. In zweifelhaften Fällen ist der Rechtsanwalt (juristischer Vereinsbeistand) zuzuziehen.

§. 5.

Die Genehmigung zur Klageführung wird nicht erteilt in:

- a. Injurien- (soweit dieselben nicht das Verhältniß des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber betreffen), Kriminal-, Ehecheidungs- und Erbschafts-Prozessen;
- b. Schuldforderungen, welche von Anderen übernommen oder käuflich erworben sind;
- c. Klagen wegen vermeintlicher Forderungen an den Verein;
- d. Prozessen, deren Ursprung älter als die Mitgliedschaft;
- e. Prozessen, welche nach Urtheil des Rechtsbeistandes nicht zu gewinnen sind;
- f. Klagen von Mitgliedern untereinander.

*) Man thut wol am besten, einen thätigen Anwalt als juristischen Beistand durch Vereinsbeschluß zu wählen.

§. 6.

Es bleibt der Rechtsschutzkommission zu entscheiden, ob auch in gewissen Fällen juristische Hilfe zu gewähren, wenn der Rechtssuchende der Verklagte ist und nicht im vorigen Paragraph aufgeführte Hindernisse vorliegen.

§. 7.

Nur die Anwaltsgebühren werden vom Vereine bezahlt.

§. 8.

Jeder gewonnene oder verlorene Prozeß ist binnen 3 Tagen dem Vorsitzenden der Rechtsschutz-Kommission anzuzeigen. Mitglieder, welche dies unterlassen, werden auf ein Jahr vom Rechtsschutz ausgeschlossen, und tragen bei etwaiger Appellation die entstehenden Anwaltskosten.

§. 9.

Vom Vorsitzenden wird eine Liste über Namen, Streitfall, Objekt, Ausfall und Kosten des Prozesses geführt, und alle Vierteljahre der Vereinsversammlung Bericht erstattet.

§. 10.

Die Rechtsschutz-Kommission ist berechtigt, die vom Rechtssuchenden vorgeschlagenen Zeugen über den Sachverhalt zu hören, ehe sie die Legitimation zur Prozeßführung unterzeichnet.

4. Das Kredit- und Borgwesen,

in seiner heutigen Entwicklung in Groß- und Kleinhandel, ist mit Recht seit geraumer Zeit ein Gegenstand der eifrigsten Diskussionen gewesen. — Unter Kredit verstehen wir den Aufschub, den die eine tauschende Person für die Erfüllung der Tauschbedingungen gewährt oder erhält. An die Stelle der Leistung oder Zahlung tritt also ein Leistungs- oder Zahlungsverprechen. Hieraus erwächst die Möglichkeit über Werthgegenstände eines Zweiten mit dessen Einwilligung zu verfügen, ohne selbst als Gegenleistung einen Werthgegenstand im Augenblicke des Tausches hingeben zu dürfen. Die Kreditgewährung hängt ab: 1. von der Fähigkeit, die abgetretenen Güter oder deren Werth bis zur bedungenen Rückerstattung entbehren zu können, 2. von dem Vertrauen, das man in die Redlichkeit und die Zahlungsfähigkeit des Schuldners setzt, 3. von der Arbeitsfähigkeit des Kreditnehmers und 4. event. von den zu Gebote stehenden Zwangsmitteln. In geordneten wirthschaftlichen Verhältnissen liegt dem Kreditnehmer die Absicht zu Grunde, die kreditirten Güter fruchtbringend zu verwenden und das ist erst das Moment, wodurch der Kredit seine eminente volkwirthschaftliche Bedeutung gewinnt. Eine solche Benutzung kann sich nur auf eine ausgebildete Verkehrs- und Geldwirthschaft stützen,

weshalb wir auch finden, daß da, wo das Wirthschaftsleben nicht hoch genug entwickelt ist, der Zinsfuß beträchtliche Höhen erreicht. — Man könnte nun, um auf unsere Kreditverhältnisse nach den einleitenden Worten zu kommen, aus der um sich gegriffenen leichten Krediterlangung und Kreditgewährung schließen, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse bei uns im besten Flor sind. Dies müßte auch der Fall sein, wenn bei unseren Kreditverhältnissen die oben angegebenen Bedingungen des Kredits vorhanden wären und unter ihren Auspicien gewirthschaftet würde. Wir Deutsche sind im allgemeinen noch nicht reich genug, um durchweg große Kredite und lange Rückerstattungsfristen gewähren zu können. Wir sind viel zu vertrauensfelig, um uns nicht mißbrauchen zu lassen. Unsere Geld- und Verkehrswirthschaft ist nicht ausgebildet genug, die Circulation der Zahlungsmittel und besonders der Zahlungsmodus erscheint uns zu schleppend, als daß wir hingeebene Güter ohne Leistung lange entbehren oder andere fremde Güter ohne Leistung rasch und lange in Nutzung erhalten könnten. Wir möchten uns auch einen bescheidenen Zweifel an unserer Arbeitsfähigkeit anderen Industriestaaten gegenüber auf dem großen Weltmarkte erlauben.

Nirgends haben aber die fehlenden Kreditbedingungen mehr geschadet als im kleineren Gewerbebetriebe. Da sind sie zu einer Calamität geworden, weil der Kredit in Borg oder Punnp ausartete. Der Borg ist nämlich eine Leistung ohne eine an einen bestimmten Termin gebundene Gegenleistung, so daß der Gläubiger der Laune des Schuldners anheimgegeben ist. Diese Laune schwächt aber im Laufe der Anhäufung der Schulden des Einzelnen dessen Zahlungswillen und Fähigkeit, und ist geeignet allmählig den Ruin des Gläubigers und Schuldners herbeizuführen. Ungefunde Kreditverhältnisse schädigen daher das Sitten- und Wirthschaftsleben. Dies erkennend, hat man denn, wie oben angedeutet, in erfreulicher Weise allseitig die Kreditfrage auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt, und es fehlte auch hier nicht an Stimmen, welche einzig wieder von der Gesetzgebung Abhilfe erwarteten. In der Mehrheit erkannte man aber an, daß die Gefundung dieser Verhältnisse vom Volke, und insbesondere von unten, also auch von den Handwerktreibenden ausgehen und ein Akt der Selbsthilfe sein müsse. Auch darin herrscht Einigkeit, daß das Borgsystem in den Mittelständen am meisten zu Hause ist und daß

Geschäftsleute und Kunden zur Abstellung dieses das Wirthschaftsleben so tief schädigenden Unwesens gemeinschaftliche Sache machen müssen. Viel würde schon gewonnen, wenn die besser Situirten den Handwerker und kleinen Handelsmann gleich baar bezahlen möchten, als unnütz das Geld aus reiner Vornehmthuerei und Bequemlichkeit lange zurückzuhalten. Ein Vortheil durch Kredit erwächst den Käufern in der Regel auch nicht, da gebrauchsmäßig die Zinsen für die Zahlungsfrist auf den Preis der Waare geschlagen werden.

Die Hauptursache unseres Kreditunwesens aber meinen wir in der wirthschaftlichen Unkenntniß des Tauschverkehrs und der Tauschkraft der Güter suchen zu müssen, weshalb wir dankbarst die Bestrebungen von Vereinen und Korporationen anerkennen, welche durch Schrift und Wort die Nach- und Vortheile des Kredits zur allgemeinen Kenntniß bringen wollen. Ganze Bücher ließen sich darüber schreiben. Wir müssen auf ein detaillirtes Eingehen verzichten, weil es uns darum zu thun ist, dem kleinen Gewerbetreibenden zu zeigen, wie er ins Geschäftsleben eintreten, und darin sich zu verhalten hat, um dem beregten Unwesen gegenüber nicht zu Schaden zu kommen.

Vor allem rathen wir ihm, schon bei der Etablirung des Geschäftes den

a. Vorausschlag

nicht zu unterlassen. Eine unendliche Zahl grade unserer Kleingewerbetreibenden tritt in den selbstständigen Geschäftsbetrieb ein, ohne das dazu verfügbare Kapital und die Kreditkraft geprüft zu haben. Man verläßt sich auf das gute Glück, seine Arbeitskraft und die Pünktlichkeit des zu erwartenden Kundenkreises. Das Glück ist aber kein Faktor mit dem sich rechnen läßt, die Kunden sind ungewiß und meist selbst schlechte Rechenmeister und die Arbeitskraft allein genügt beim selbstständigen Geschäftsbetriebe nicht. Es mag daher den jüngeren Kräften Veranlassung zum Streben geben, wenn wir sagen, daß niemals eine Etablirung stattfinden sollte, wenn nicht wenigstens ein kleines Baarkapital oder zu verarbeitendes Material, gediegenes Handwerkzeug, ein gewisser Kredit und eine den Kundenkreis mit ziemlicher Gewißheit erobernde Leistungsfähigkeit vorhanden sind. Sodann überstürze man sich noch nicht. Es ist besser ein kleines

aber sicheres, als großes und unsicheres Geschäft zu machen. Insbesondere lasse sich der junge Handwerker in keine sogenannte Spekulation ein, und er habe nicht das Streben recht bald und leicht ein reicher Mann zu werden. In tausend Fällen mag es einmal glücken, in den anderen gibt es den Untergang oder doch wenigstens einen unzufriedenen Mann. Ist in dieser Weise, auf allgemeinen Grundsätzen beruhend, der geschäftliche Voranschlag gemacht, so versäume man nicht, auch einen hauswirthschaftlichen Etat zu entwerfen. Dieser ist oft schwieriger wie jener, und erfordert besonders Sparsamkeit, Genügsamkeit und rechnerisches Talent. Mit Vielem hält man Haus, mit Wenigem kommt man auch aus. Hier darf, um uns eines recht populären Ausdrucks zu bedienen, der Zuschnitt nicht verpaßt werden. — Einen besseren Ueberblick wird man haben, wenn einige Zeit, vielleicht ein Jahr des eigenen Geschäftsbetriebes und Hausstandes verflossen ist. Erkannte Mängel müssen dann unbedingt beseitigt werden, denn sie fressen Krebsartig um sich. Hier kenne man keine Nachsicht, denn es hängt Sein oder Nichtsein, es hängt die Freiheit im Erwerbe davon ab.

Die sicherste Unterlage für den nothwendigen Voranschlag und die Uebersicht des ganzen Geschäftes ist

b. die Buchführung.

Man braucht unseren kleinen Gewerbetreibenden nicht mehr zu beweisen, daß sie durch eine einfache geordnete Buchführung eine Uebersicht über ihre Gläubiger und Schuldner und die Höhe der Verbindlichkeiten erlangen, das begreifen sie. Was sie aber nicht begreifen, ist, daß sie, falls ihnen die Kenntniß der nöthigen Buchführung mangelt, sofort an das Erlernen derselben herangehen müssen, und sich vor Papier, Dinte und Feder nicht zu fürchten brauchen. Dieser Furcht entspringt die Nachlässigkeit im Notiren der Geschäftsvorfälle, die zuweilen soweit geht, daß sich oft bei Handwerkern nicht einmal Dinte und Feder vorfindet. Die Buchführung im kleinen Betriebe kostet weder Zeit noch Mühe. Es genügt, regelmäßig täglich nach Feierabend nur eine Stunde dran zu wenden, um an jedem Sonntag seinen Vermögensstand feststellen zu können. Man vermag mit einem Blick seine Verbindlichkeiten zu übersehen und seine Außenstände zu prüfen. Dies verschafft Geschäftssicherheit und Ruhe. Ist die Buchführung

möglichst einfach eingerichtet, was wir empfehlen, so muß dieselbe sogar von der Frau oder der Tochter besorgt werden können. Wir möchten daher den Vereinen dringendst rathen, Buchführungskurse für die Handwerker einzuführen, und scheint uns als Anleitung das von Jul. Morgenstern bei Friedr. Voigt in Weimar 1877 erschienene Buch: „Praktische Buchführung für den Handwerkerstand“, wegen seiner Klarheit und Einfachheit am besten zu sein. Empfehlenswerth sind auch die Werkchen von Amthor, Sigismund Salomon und Schiebe-Odermann.

Bei dieser Gelegenheit versehen wir auch nicht auf die Nachlässigkeit, den Kunden immer bald Rechnungen auszusprechen, aufmerksam zu machen. Wir haben viele getroffen, die gern sofort den Handwerker bezahlten, wenn von ihm nur eine Nota zu erhalten wäre. Interessant und charakteristisch für die wirthschaftliche Bildung unserer Gewerbetreibenden ist es, wenn sie solches Verfahren damit entschuldigen, daß sie das Anlaufen großer Rechnungsbeträge bei guten Kunden als Sparfonds betrachten, über den sie bei Bedarf, zum Ausgleich einiger großer fälliger Posten ihren Gläubigern gegenüber, bei Miethszahlung u. a. m. verfügen können. Daraus geht unzweifelhaft die Unbeholfenheit, Baarbestände mitbringend auch außerhalb des Geschäftes unterzubringen, hervor. Man müßte sich dazu der Spar- und Vorschußvereine bedienen. — Wenn wiederum anderseits eine nicht starke Neigung zur baldigen Ausgleichung der Rechnungen seitens der Kunden herrscht, so liegt dies an der Nichtgewährung von Rabatt für sofortige Baarzahlung. Die Handwerker werden sich zu ihrem eigenen Nutzen daran gewöhnen müssen. — Zweifelsohne erzieht aber auch die Lässigkeit im Rechnungsschreiben lässige Bezahler. — Um nun diesen drei Uebelständen abzuhelpen, sind schon hie und da die Gewerbetreibenden zusammengetreten und haben die Regelung dieser Verhältnisse in die Hand genommen. Sie haben bestimmte Creditfristen, Rabatt und Zinsenansprüche festgesetzt. Man ist da beispielsweise dahin übereingekommen und hat es auch durchgeführt, daß in den Zeitungen die Handwerker bekannt machen, sie werden von einem bestimmten Tage an bei jedem neu gefertigten Stück Waare sofort, bei Reparaturen nach 3 Monaten, Rechnung geben, gehen innerhalb 14 Tagen vom Tage der Rechnungsausstellung die Rechnungsbeträge ein, so werden dafür 2 % Rabatt gewährt, dagegen 6 % Zinsen für

die Rechnungsbeträge berechnet, welche länger als drei Monate ausbleiben. Um eine Einheitlichkeit zu erzielen und dem betr. Beschlusse eine gewissermaßen äußere Gestalt zu geben, fertigt man gleiche Rechnungsformulare an, welche an ihrem Kopfe obige Bedingungen vorgedruckt haben.

Wir möchten hier noch einen, wie uns dünkt, recht nützlichen und hierher gehörigen Vorschlag machen. Wie wäre es, wenn die Meister sich bemühten, aus den Lehrlingen sich Buchhalter zu erziehen? Wenn namentlich der erstere diese Arbeit versteht, dürfte es ihm leicht werden, den letzteren schnell damit vertraut gemacht zu haben.

Nächstdem ist aber

c. Vorsicht beim Kreditnehmen und Kreditgeben

geboten. Das eine scheint uns bei einer und derselben Person so nothwendig wie das andere, jenes insofern nothwendiger, als es im Geschäft zu dem letzteren drängt. Das Kreditnehmen hängt innig mit dem Boranschlage und der Geschäftskraft zusammen. Wer über diese hinaus Schulden macht, wird schnell zugrunde gehen. Ein großer Bruchtheil unserer Kaufmannswelt, der mit dem Gewerbetreibenden in Verbindung steht, geht leider von dem wirtschaftlich falschen und unsittlichen Standpunkte aus, der Kunde müsse durch ein hoch aufgelaufenes Konto gefesselt werden. Stehe er einmal so hoch im Buche, daß er nicht mehr auf einem Brette reguliren kann, so sei er ein dauernder Abnehmer. Das ist im allgemeinen richtig, wie auch, daß dieses Verhältniß nicht selten zum Ruin des Handwerkers, als Abnehmer, führt. Nun wird er die Waaren, Rohstoffe zc. nicht nur theurer bezahlen, sondern auch an Quantität und Qualität noch benachtheiligt werden. Meist sind die Empfänger so ungeschult, daß sie die Sendung niemals mit der Rechnung vergleichen, und geschieht es, so ist's oft zu spät, um mit Erfolg Ausstellungen machen zu können. In Folge dieses ganzes Kreditmanövers fallen so manche von Jahr zu Jahr tiefer in Schulden, sie lassen, haben sie ein Häuschen, auf derselbe eine Hypothek um die andere aufnehmen, und anstatt mit zunehmendem Alter ein sorgenfreieres Dasein führen zu können, müssen sie für den Kaufmann arbeiten. Wir glauben daher nicht eindringlich genug vor Ueberkauf und zu großer Kreditanstrengung beim Einkauf warnen zu können. Kaufe nur, was du nicht nöthig

haft, so wirst du bald das Nöthige verkaufen müssen, sagt der arme Richard.

Wer zu viel, zu theuer und zu schlecht kauft, wird das Streben haben, viel, theuer und schlecht zu verkaufen. Der Rohstoff muß aufgearbeitet, die Waare an den Mann gebracht werden und dabei will noch verdient sein. Man wählt daher nicht mehr in dem Kundenkreise, sondern bedient schließlich jeden der kommt. Die Parole ist eben „absetzen“. Nebenher verschlechtert sich nothwendigerweise noch das Fabrikat und das vertreibt vollends die soliden Abnehmer. —

Man kann mit Recht sagen: Vorgen kennen ist eine Kunst. Das bisher über Borg- und Kreditwesen Angeführte, (weniges und allgemeines konnte es nur sein, da dieser Gegenstand zu vielseitig und im praktischen Leben zu gestaltreich ist) wird zu seiner Vessergestaltung vornehmlich auf einer inneren, sagen wir wirthschaftlich-sittlichen Umbildung und Tüchtigkeit des Menschen basiren, die in den meisten Fällen nur einer äußeren Anregung bedürfen werden. Wo aber diese Tüchtigkeit nicht, wol aber der Hang zum leichtsinnigen Schuldenmachen auf Kosten des Handwerkers vorhanden ist, da muß aus dem Schaden des einen, Nutzen für den anderen gezogen werden. Aus diesem Princip der Gegenseitigkeit entstanden denn auch

d. die Schutzgemeinschaften für Handel und Gewerbe, welche Hebung und Schutz des Gewerbestandes in seinen materiellen Interessen und Förderung der Reellität im Geschäftsverkehr anstreben. Zur Erreichung dieses Zweckes dient: 1. die Benutzung der Presse für geeignete Fälle, 2. gegenseitige Mittheilungen über gemachte Erfahrungen im Geschäftsleben überhaupt, 3. vertrauliche Mittheilungen über solche Personen, welche die Einrede der Verjährung benützt haben oder als säumige oder zahlungsunfähige oder böswillige Schuldner die Gewerbetreibenden bei Kreditgewährung in Nachtheil bringen können, und 4. die Besorgung geschäftlicher Inkasso's für die Mitglieder von Seiten des Vorstands. Es haben sich viele Vereine in Deutschland zu dem genannten Zwecke gebildet, die in einen Verband der Schutzgemeinschaften zusammengetreten sind, der z. B. in Dresden seinen Sitz hat. *) Die Mittheilungen geschehen durch nach

*) Näheres durch den derzeitigen Verbandsdirektor: Alfred Rostroh, Dresden, große Meißnergasse.

Bedürfniß erscheinende Vereinsberichte. Zu denselben nehmen die Verzeichnisse böswilliger Schuldner den hervorragendsten Platz ein. Wir können die Einsicht in dieses Verfahren und wol auch den Anschluß an den betr. Verband empfehlen, obschon wir nicht verhelfen wollen, daß uns ganz tüchtige Geschäftsleute versicherten, man könne dasselbe Ziel auch ohne Verband erreichen, zumal die Hauptaufgabe hierbei für die Gewerbetreibenden sein müsse, sich am Wohnorte gegen die regelmäßigen Herumpumper zu schützen, und Effect durch die Existenz eines solchen Vereines zu bewirken. Ein nicht zu unterschätzender Vortheil beim Anschluß an den Verband liegt in der Verbindung vieler über ganz Deutschland verbreiteter Vereine und der dadurch erleichterten Auskunftserlangung über die Kreditfähigkeit auswärtiger Kunden. — Wir bedauern wegen Raumangel das uns zu Gebote stehende reiche Material zur Errichtung von Schutzgemeinschaften u. hier nicht verwerthen zu können, und verweisen wir wiederholt auf die letzte Anmerkung, bezw. den Verband in Dresden hin, von wo bereitwilligst das Erforderliche übermittelt werden wird.

Nothwendig scheint uns die Beantwortung der Frage, was zur

e. Sicherung und Befestigung des Kredits

zu thun sei. Wenn man die Kreditfähigkeit eines Geschäftsmannes prüft, so wägt man zunächst das Individuum, und dann erst seinen Besitz. Der redliche, ehrliche, sparsame und fleißige Mann, der prompte und mühsame Zahler, ohne Besitz, ist gewiß kreditfähiger als der schmutzige, nörgelnde und quälende reiche Besitzer. Es bedingen daher Fleiß, Sparsamkeit und Ehrlichkeit den Kredit. Nächste diesen in der Person liegenden Eigenschaften müssen aber auch gewisse Maßregeln getroffen werden, welche dem Kredit eine materielle stützende Unterlage geben. Wir meinen daher, daß die Betheiligung an Spar- und Vorschußvereinen, die Versicherung der Waarenbestände, des Mobiliars, der Wäsche und des Vieh's gegen Feuersgefahr, die Benutzung einer Lebensversicherung, die Mitgliedschaft bei Kranken-, Begräbniß- und Invalidenkassen im höchsten Grade geeignet sind, den Kredit zu befestigen. Leider müssen wir gestehen, daß diese modernen Institute, welche die menschlichen Schicksalsschläge auf Tausende von Schultern zu vertheilen, also zu mildern vermögen, noch lange nicht

genug gewürdigt werden. Zum großen Theil ist Indifferentismus und unverzeihliche wirthschaftliche Lüderlichkeit die Ursache, zum Theil aber auch die Schwäche, von Zeit zu Zeit eine kleine Entbehrung sich aufzuerlegen, um für jene Institute die Beiträge, Prämien u. dgl. zu bestreiten. Ein Handwerker müßte gar keinen Waarencredit genießen, wenn er nicht wenigstens mit seinem Mobiliar, Handwerkszeug und seinen Waarenbeständen in eine Versicherung gegangen wäre; man dürfte ihm die Tochter nicht zur Frau geben, wenn er sie nicht durch Beitritt zu einer soliden Lebensversicherung im Fall seines Ablebens, sicher gestellt hätte. Es mag furchtbar hart klingen, überall rechnen zu müssen, aber es ist einmal nicht anders.

Wie die eigene Sicherheit, der Schutz des Eigenthums und der Familie durch Benutzung jener Anstalten gewinnt, bedarf nicht erst des Beweises. Kommt man nicht in die traurige Lage, trotz der Mitgliedschaft, die Hilfe jener Einrichtungen zu beanspruchen, so hat man nebst diesem Glücke noch den Gewinn der inneren Ruhe, dieses fruchtbaren Arbeitsfaktors! —

Wie wir sehen, eröffnet sich auch nach dieser Seite hin ein weites Feld der Vereinsthätigkeit. Belehrung, Anregung und Beispiel können da viel wirken, und niemals sollte man unterlassen, in geeigneten Fällen auf solche Einrichtungen hinzuweisen. Einzelne Vereine haben auch durch ihre Vorstände mit verschiedenen Versicherungsgesellschaften Abkommen zu billigen Versicherungsabschlüssen ihrer Mitglieder getroffen. Der sonst den Agenten zufallende Gewinn bleibt dabei theils den sich Versichernden, theils der Vereinsklasse.

Wenn wir im vorstehenden hauptsächlich vom geschäftlichen Kreditwesen sprachen, so wollen wir uns auch einige Bemerkungen über

f. das Kreditwesen des Haushaltes

erlauben. Bereits oben deuteten wir an, daß man mit vielem Haus hält, mit wenigem aber auch auskommt. Das Wirthschaften des Hauses liegt in der Hand der Frau. Es mag daher der Handwerker bei seiner Verheirathung vornehmlich auf diese Hausfrauentugend Rücksicht nehmen. Dies kann nicht dringend genug empfohlen werden, zumal es den Anschein hat, als werde die Lebensgefährtin nicht mehr im Hause und Familienleben, sondern auf Konzert- und Ballfälen gesucht, und als glaubten die Mütter und die heirathsfähigen Töchter,

der Ehestand sei eine Versorgungs- und nicht auch für den weiblichen Theil eine Arbeits- oder doch Zusammenhaltungsanstalt. Und zusammenhalten soll die Frau was der Mann erobert hat. Die Arbeit und Sparsamkeit des tüchtigsten Geschäftsmannes wird keine sichtbaren Früchte tragen, wenn die Frau der Tugend der Wirthschaftlichkeit entbehrt. Wenn gesagt wird, daß ein französischer Untersuchungsrichter bei jedem Criminalfall frug, wo ist die Frau?, so könnte man fast immer mit Recht beim Untergange eines Handwerks-Hausstandes fragen, wie ist die Frau? Wie fürs Geschäft, so ist auch für die Hauswirthschaft ein Voranschlag und besonders eine Trennung des Geschäfts- und Wirthschaftsgeldes nothwendig. Man muß vornherein feststellen, wie viel verbraucht werden darf, und davon ist unter keinen Bedingungen abzugehen. Außerdem müssen noch diese Ausgaben genau verzeichnet werden, um die Prüfung zu weiterer Sparsamkeit zu erleichtern. Es ist ein Unglück für den größten Theil unserer Gewerbetreibenden, daß sie ihren häuslichen Aufwand nicht kennen. Man nimmt ein, und gibt aus, ohne am Jahreschluß zu wissen, wie viel? Wäre davon Kenntniß vorhanden, so würde man sich über das Einkommen nicht minder wie über den Bedarf wundern, und wir hätten dann die feste Hoffnung, daß, stellte sich das Alles in Ziffern dar, so manches Hauswesen sehr bald im Interesse des Bestandes auf andere Füße gestellt werden würde. — Um nur anzudeuten, weisen wir darauf hin, was eine tüchtige Wirthschafterin nur an Feuerung, an Kleidung durch rechtzeitiges Ausbessern, an Erhaltung von Möbeln, Wäsche &c. durch fleißige Säuberung u. a. m. Jahr um Jahr zu ersparen im Stande ist. Dabei rechnen wir unnöthigen Tand und Luxus, Schneidermädchen und Putzmacherin nicht, wobei die Ausgaben schon zu mindern wären, wenn nur die Frau selbst die Nadel zu führen verstünde. — Wir wissen, daß das Alles sehr kleinlich klingt, aber wir wissen auch, daß das ganze Wirthschaftsleben aus Kleinigkeiten zusammengesetzt ist, und daß man in der Regel das nicht sieht, was täglich vor unseren Füßen liegt. Bei der Anschaffung eines Gegenstandes muß man nicht fragen, brauchst du das?, sondern, geht es ohne das noch? So verfahren, erspart man viel Geld!

Wenn irgendwo die Baarzahlung eine zwingende Nothwendigkeit, so ist sie es bei der Anschaffung der täglichen Verbrauchsgegenstände.

Führt man da erst den Punn ein, so nimmt auch der Aufwand zu. Weil es augenblicklich nichts kostet, kauft die Frau $\frac{1}{4}$ Pfd. Kaffee, 1 Pfd. Fleisch u. s. w. mehr, der Mann zum Ueberfluß eine Hose oder Weste. Dieser Kredit verleitet den Beamten, anstatt den Bäcker und Fleischer bei Gehalttempfang vollständig zu begleichen, nur Ratenzahlung zu leisten und mit dem so zurückbehaltenen Gelde unnötigen Aufwand, vielleicht eine Vergnügungsreise u. dergl. zu machen. Solche Schulden bezahlen sich schlecht, weil man später von dem Gekauften nichts mehr sieht. Wir würden wie mit einem Schlage unsere ganzen Kreditverhältnisse nicht allein, sondern auch unsere socialen Verhältnisse zum großen Theil aufbessern, wenn nichts in unseren Münd und auf unseren Körper käme, was nicht vorher baar bezahlt worden wäre. — Es scheint uns, als müßten hier die Frauen die Initiative ergreifen und nichts anschaffen, wozu ihnen der Mann nicht das Geld gegeben hätte. Möchten sie doch einmal hier ihre sonst so gerühmte Zähigkeit und häusliche Macht erproben! —

5. Associationen.

Wenn wir die heutige Handwerksfrage im Großen und Ganzen als eine Erziehungsfrage auffassen, die auf den Boden der Selbsthilfe zu lösen angefangen werden muß, und zwecks dieser Lösung die gemeinsame Thätigkeit der Genossen in Vereinen forderten, die vorwiegend die Aufgabe das Lernen und Lehrens, und der Besserordnung socialer und geschäftlicher Zustände sich setzen, so verlassen wir unsere principielle Stellung keineswegs, wenn wir hier auch der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften als Institute gedenken, die in hervorragender Weise an dem soliden Wirthschaftsaufbau und an der Erziehung der Nation Antheil haben. Der Gründer dieser Associationen in Deutschland, die bereits in Oesterreich, Frankreich, Italien und Rußland Nachahmung gefunden haben, Dr. Schulze-Delitzsch hat stets ausdrücklich die hervorragende erzieherische Seite seiner Schöpfungen betont. Wenn es eine der besonderen Aufgaben der öffentlichen Erziehung ist, widerstreitende Elemente auf neutralem Boden zu einigen, sie durch Parteizerklüftungen und hitzige Interessenkämpfe, noch interessirt und die Sache selbst intakt erhaltend, hindurch zu führen, so haben die deutschen Genossenschaften in den jüngst politischen, social, wirthschaftlich und religiös hoch gehenden Zeitwogen ihre

Feuerprobe bestanden, wie wol keine andere Vereinigung im weiten Vaterlande. Fahrtüchtiger sogar sind sie aus den ringsum brandenden Wogen hervorgegangen, und werden stark gepanzert die offene Wirthschaftssee befahren. Wol mag ein gut Theil auf Rechnung des kundigen und unerischrockenen Kapitäns zu setzen sein, aber auch dessen Kraft wäre pygmäenhaft dem gigantischen Ansturm gegenüber, wenn die gesammte Besatzung nicht im Geiste des Führers geschult und der Bau des Schiffes bis zum letzten Spahn nicht meisterhaft konstruirt wäre.

Der 18. allgemeine Vereinstag der Deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften zu Wiesbaden im Septbr. d. J. liefert für unsere obige Behauptung den Beweis. Nach dem von Anwalt gegebenen Rechenschaftsbericht gehören 2,830 Kreditgenossenschaften, 743 Genossenschaften in einzelnen Gewerbszweigen, 1,049 Konsumvereine und 64 Baugenossenschaften, in Summa 4,686, dem Verbande an. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt gegen 1,400,000; die gemachten Geschäfte haben im Laufe des verflossenen Geschäftsjahres ca. 2,650 Millionen Mark, die angesammelten eigenen Kapitalien in Geschäftsanteilen und Reserven 170—180 Millionen Mk., die von den Mitgliedern aufgenommenen fremden Kapitalien 360—370 Millionen Mk. betragen. — Solche Zahlen sprechen besser als die gewandteste Feder es vermag.

Die segensreiche Wirkung dieser Vereinigungen ist dem deutschen Handwerker zu bekannt, als daß wir dieselbe näher darzulegen brauchen und es genügt, wenn wir Behufs Gründung und Einrichtung auf das jüngst im Verlage von Ernst Reil zu Leipzig erschienene Buch „die Genossenschaften in einzelnen Gewerbszweigen, praktische Anweisung zu ihrer Gründung und Einrichtung von Dr. Schulze-Delitzsch unter Mitwirkung von Dr. F. Schneider“, hinweisen. Wir empfehlen ferner: Eugen Richter, die Konsumvereine, ein Noth- und Hilfsbuch für deren Gründung und Einrichtung, Dr. F. Schneider, Anweisung für Konsum-Vereine u. nebst Muster-Statuten u., Gustav Oppermann, die doppelte kaufmännische Buchführung insbesondere für Konsumvereine, sämtliche in Stuttgart bei Carl Krabbe, verlegt.

Um nur Einiges über die verschiedenen Associationen, soweit sie für die Gewerbetreibenden errichtet sind und ihnen nützen, anzuführen, erwähnen wir,

a. der Rohstoffvereine,

welche als Zweck den gemeinsamen Einkauf des im Gewerbebetriebe zu verarbeitenden Materials zu Engrospreisen haben. Dadurch rücken die Handwerker hinsichtlich der Anschaffung ihrer Verarbeitungstoffe an die Seite der Großindustriellen. Ferner

b. Der Verkaufshallen,

in welchen die gefertigten Waaren der Handwerker feilgeboten werden. Sie dürften sich besonders für die Professionisten empfehlen, welche selbst einen Verkaufsladen nicht errichten, und über einen äußerst tüchtigen Geschäftsführer der Verkaufshalle verfügen können. (Siehe permanente Ausstellungen.) Sodann geben sie Gelegenheit während der geschäftsarmen, sog. Saurengurken-Zeit, die ja regelmäßig jährlich einmal für fast jedes Gewerbe eintritt, ruhig weiter arbeiten und die Fabrikate verkaufen zu können. Im Württemberg'schen hat man die Erfahrung gemacht, daß nur dann die Verkaufshallen in der Regel prosperirten, wie sie auf die Erzeugnisse ein und desselben Gewerbes beschränkt wurden.

Wir gedenken ferner der zu einer ganz bedeutenden wirtschaftlichen Macht emporgewachsenen

c. Vor schußvereine,

auch Volksbanten und Kreditvereine genannt. Durch sie soll jeder, der sonst kreditunfähig, in der Gemeinschaft unter solidarischer Haftbarkeit kreditfähig werden. Vermöge dieser Kreditfähigkeit werden dem kleinen Geschäftsbetriebe die ihm sonst fern bleibenden Großkapitalien zugeführt und dem Einzelnen vermittelt, um über den nöthigen baaren Betriebsfonds zur vortheilhafteren Produktion verfügen zu können. Mit diesen Kreditvereinen ist stets die Gelegenheit zur Ansammlung eines Kapitals durch Sparvereine verbunden.

In recht erfreulichem Aufstreben sind auch

d. die Konsumvereine

begriffen, welche den gemeinsamen Einkauf und die Vermittelung der täglichen Verbrauchsgegenstände an die Mitglieder besorgen. Es sollte zwar nicht erst bemerkt werden, daß dabei auf reine und unverfälschte Waaren, sowie auf richtiges Maß und Gewicht zu sehen ist; der aber täglich mehr um sich greifenden Unsitte gegenüber, das Publikum durch verfälschte Nahrungs- und Genußmittel zu schädigen, verdient es der Erwähnung. Während es der Staatsfinanzpolitik längst gelungen ist,

den Bürger durch „Verzehren“ steuern zu lassen, lösten die Konsumvereine das hohe wirtschaftliche Problem, den Konsumenten durchs „Konsumiren“ verdienen zu lassen. Das größte Verdienst erwerben sich jedoch diese Genossenschaften durch die fast überall eingeführte Baarzahlung. — Die Krönung des ganzen Associationsgebäudes liegt unstreitig in den

e. Produktivgenossenschaften,

weil durch sie die sociale Kluft überbrückt wird, welche den Arbeitgeber vom Arbeitnehmer trennt, indem hier beide in einer Person vereinigt sind. Wenn bisher diese Einrichtungen im Verhältniß zu den Kredit- und Konsumvereinen einer umfangreicheren Entwicklung sich nicht erfreuten, so spricht dies statt gegen, für sie. Sie fordern nämlich zu ihrer Prosperität eine Menge von Vorbedingungen, die nur die Früchte einer langen und mühsamen, auf dem weiten Boden der Selbsthilfe bethätigten Arbeit sein werden. Zu diesen Vorbedingungen zählen wir insbesondere: Umfassende Geschäftskennntniß, Kapital, Fleiß und die unerläßliche demokratische Tugend, dem Mehrheitsbeschluß sich zu unterordnen. So natürlich sind sie auch der Preis sittlicher, wirtschaftlicher und socialer Tüchtigkeit.

f. Versicherungsgenossenschaften.

Wir empfehlen die Anregung und Gründung von Unterstützungskassen verschiedener Art, zur Regelung des Gesellen- und Gehilfenwesens. Dasselbe thaten wir, um dadurch die Kreditfähigkeit der selbstständigen Gewerbetreibenden zu befestigen und zu erhöhen. Kommen wir hier nochmals darauf zurück, so geschieht es, weil jene Kassen ein Zweig des großen Genossenschaftsbaumes sind und dem Meister nicht minder, wie dem Gehilfen und Arbeiter, die stets ungewisse Zukunft, die Unsicherheit des Looses in etwas mildern helfen. Man hat in jüngster Zeit bei dem Rufe: „Hilfe für den Arbeiter“, übersehen, oder zu wenig betont, daß wir Tausende von Klein- selbst Großmeistern haben, die im Fall lang andauernder Krankheit, eines plötzlichen Todesfalles oder eintretender Arbeitsunfähigkeit viel unglücklicher und rathloser dastehen, als die von denselben Heimsuchungen betroffenen Gesellen. Die bisherige polizeiliche Bevormundung solcher Kassen mag auch sie den Meistern entfremdet haben. Wir können daher nicht dringend genug anrathen, nachdem zum wenigsten

an Stelle der Polizei, die Organe der gesetzlichen Selbstverwaltung als beschränkte Aufsichtsbehörden getreten sind, und jene Institute als freie Klassen errichtet und von den Mitgliedern selbstständig verwaltet werden können, mit deren Einrichtung und Gründung sich betraut zu machen. Als Vorbilder hinsichtlich der Statuten und Verwaltung machen wir wiederholt auf die deutschen Gewerkvereine aufmerksam und geben zu bedenken, ob es nicht angezeigt wäre, zwecks erhöhter Leistungsfähigkeit, solchen Instituten eine größere territoriale Ausdehnung zu geben. *)

In der weiteren Entwicklung selbsthilflicher Vereinsthätigkeit, in der Erkennung der Macht, welche die Gemeinschaft zu entfalten vermag, in der gegenseitigen Verührung und dem Austausch der Erfahrungen über die engen lokalen Grenzen hinaus, wird die Anregung und Konstituierung größerer genossenschaftlicher Verbände zur Lösung der mannigfachen Aufgaben nur noch eine Frage der Zeit sein. Wir denken uns nicht allzuschwer die Gründung von Lebens-, Feuer-, Kapital-, Wittwen-, Waisen-, Aussteuer-, u. dgl. Klassen der deutschen Handwerker und Arbeiter, die eben so viel Agenten und Geschäftsstellen durch das ganze Reich hätten, wie es Vorstände gewerblicher Vereine gäbe. Durch die Wirkung des Gesetzes der großen Zahl vertheilten und erleichterten sich die Lasten, würden die Beiträge niedriger und die Klassenleistungen höher. Der Gewinn, der bei den meisten bestehenden ähnlichen Instituten den Gesellschaften, Aktionären oder Genossenschaftlern zufällt, käme dann den gesammten Mitgliedern, den Handwerkern, zugute. Was hier für die Gewerbetreibenden noch Wunsch ist, hat eine andere Kategorie von Bürgern in dem Preussischen Beamten-Vereine zum Theil zu verwirklichen angefangen. Derselbe ist am 7. Sept. 1875 mit dem Sitz in Hannover ins Leben getreten und hat durch Allerhöchsten Erlaß seiner Majestät vom 29. Octbr. dess. Jahres die Rechte einer juristischen Person erlangt. Was den Preussischen Beamten, muß auch den Deutschen Handwerkern möglich sein. —

*) Wir halten es im Interesse der Unparteilichkeit für unsere Pflicht, außer auf die Deutsch. Gewerksvereinsstatuten zc. auch auf das bei J. Bacmeister in Eisenach erschienene Buch von J. Feldmann: die eingeschriebenen Hilfskassen in Preußen zc., hinzuweisen. D. B.

g. Die gemeinsame Benutzung von Betriebskräften für das Kleingewerbe verdient mit der zunehmenden Anwendung von Maschinen in den Handwerksstätten volle Beachtung. Man wird zur Erreichung dieses Zweckes Etablissements zu errichten haben, die nur aus Arbeitsräumen bestehen, welche die zum Betriebe der darin aufgestellten Maschinen nöthige Kraft mittelst Transmission von einer Dampfmaschine erhalten. Triebkraft wie Arbeitsraum sind dann an einzelne Gewerbetreibende zu vermietthen. Die Miethspreise müssen zum Vortheile der Miether möglichst gering und nur soweit es die selbstständige Erhaltung des Unternehmens erfordert, angelegt werden. Je mehr der Gebrauch der Maschinen im Kleingewerbe Platz greift, desto mehr werden die Gewerbetreibenden in die Lage kommen, wenn sie nicht in den Leistungen zurückbleiben wollen, sich der Wasser- oder Dampfkraft zum Betriebe der Maschinen zu bedienen. Da nun erfahrungsgemäß die Anschaffungs-, Unterhaltungs- und Beheizungskosten einer großen Maschine verhältnißmäßig niedriger zu stehen kommen, als die einer kleinen, so werden die Gewerbetreibenden schließlich zur gemeinsamen Benutzung von Betriebskräften in der angedeuteten Weise durch die Verhältnisse gezwungen werden. Die Preissteigerung des Grund und Bodens in großen Städten und gewerbreichen Orten steigert auch die Miethspreise der Werkstätten; besonders aber sind da kleinere in gelegenen Gegenden nicht nur schwerer, sondern auch verhältnißmäßig kostspieliger zu haben als große. Auch dieser Umstand wird die Errichtung gemeinsamer Werkstätten begünstigen. — In verschiedenen Orten hat man auch die Vortheile des Großbetriebes gegenüber den Kleingewerken, die in der Anwendung von Werkzeugmaschinen und Motoren bestehen, recht gut eingesehen und verschiedene Mittel in Anwendung gebracht, um dem fühlbaren Bedürfnisse in dieser Beziehung entgegenzukommen. In Nürnberg z. B. besteht zu diesem Zwecke die sogenannte Schwabenmühle. Dieselbe ist ein aus 46 abgesonderten Werkstätten bestehendes Haus mit einer Wasserkraft von 250 Pferden an der Regnitz, welche in allen diesen Werkstätten Transmissionen mit größerer oder geringerer Kraft treibt. Diese Werkstätten sind von dem Eigenthümer, der Stadtgemeinde, an ebenso viele Handwerker vermiethet. In Berlin gibt es große Maschinenfabrikanten, welche Dampfkraft in dieser Weise vermietthen, die mittelst Transmissionen in benachbarte Werkstätten

geleitet wird. In Paris ist man schon einmal mit dem Plane umgegangen, zur Versorgung der Kleingewerbe mit Betriebskraft ein pneumatisches Röhrensystem einzurichten. Auch braucht man städtische Wasserleitungen mittelst Miniatur-Turbinen um Drehbänke, Schleifsteine und dergl. in Werkstätten zu treiben. Andererseits hat man viele Versuche gemacht, um das Bedürfniß isolirt zu befriedigen, durch Herstellung ganz kleiner Motoren, die nach verschiedenen Prinzipien konstruirt sind. So sind die kleinen aufrecht stehenden Lokomobilen, ohne Räder von 1 bis 2 Pferdekraft und mehr entstanden, die wie ein Ofen in der Werkstätte stehen können. Den gleichen Zweck sucht man mit der kalorischen Maschine, der Gaskraft-Petroleum- und elektro-magnetischen Maschine zu erreichen. Professor Grove in Hannover hat sich neuerdings die dankenswerthe Mühe genommen, die Betriebskosten dieser verschiedenen Motoren auszurechnen und ist dabei auf folgendes Resultat gelangt. Die Betriebskosten einschließlich der Kosten für die Abnutzung, beziehungsweise für die Verzinsung und Amortisation des durch die Maschine repräsentirten Kapitals stellen sich bei den verschiedenen Motoren per Stunde und Pferdekraft wie folgt: Bei einer kleinen stehenden Dampfmaschine oder Lokomobile auf 31,6 Pfennige; bei einer kalorischen Maschine, welche endlich geräuschlos zu konstruiren gelungen ist, auf 28,5 Pfennige; bei einer Gaskraft- und Petroleummaschine auf 25,5 Pfennige; bei einer Wasserdampfmaschine (Wasserleitung) auf 95,5 Pfennige, bei einem Pferddegöpel auf 45 Pfennige; bei einer Menschenkraft auf 200 Pfennige und bei einer 100pferdigen Dampfmaschine auf 8,5 Pfennige. Dieser Untersuchung zu Folge kommt also außer einer gewöhnlichen Naturwasserkraft die Betriebskraft einer großen Dampfmaschine am billigsten, und es ist daher am zweckmäßigsten, ein ähnliches Verfahren wie bei der Nürnberger Schwabemühle einzuschlagen und die Werkstätten im Zusammenhang gebaut, mit einer großen Wasser- oder Dampfkraft in Verbindung zu setzen.

Wir fürchten fast, im Vorstehenden Vorschläge gemacht zu haben, die ihrer Zahl und der Schwierigkeit ihrer Ausführung wegen auf einen gewissen passiven Widerstand stoßen werden. Zur Entschuldigung unserer Weitläufigkeit möge gesagt sein, daß wir uns auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben bemühten und nichts anriethen, was nicht

bereits irgend wo anders praktische Verwerthung gefunden hätte. Niemand wird die Inangriffnahme aller Mittel auf einmal und an einem Orte im Ernst verlangen wollen. Dazu reichen weder die vorhandenen geistigen noch materiellen Kräfte aus. Was man aber fordern muß, das ist die reifliche Prüfung und die geistige Verarbeitung des dargebotenen Materials, trotz seiner mangelhaften und oft nur andeutungsweise Behandlung. Sodann untersuche man gewissenhaft die vorhandenen Vorbedingungen und nächste Nothwendigkeit des Anslebens einzelner Einrichtungen, und hat man sie gefunden, so gehe man mit fester Zuversicht an ihre Ausführung.

Es wächst der Mensch mit seinen Zwecken.

Und wären die Ziele, die sich der deutsche Handwerker zu stecken hat, nicht groß und schwer erreichbar, so verlohnte es sich nicht sich darum zu bemühen! —

III. Organisation von Vereinen.

Man hört öfters die Behauptung, wir leben in dem Zeitalter der Vereine. Das ist jedenfalls nicht ernst gemeint, denn die Zeit vor uns war durchaus nicht vereinsarm, und am wenigsten soll wol damit den Vereinsbildungen und Bestrebungen entgegenwirkt werden. Es mag richtig sein, daß es im allgemeinen nicht an Vereinen, aber doch an solchen fehlt, welche wirklich nützen und greifbaren Zwecken nachleben. Es wird mit der Gründung zuviel Mißbrauch getrieben. Persönlicher, unberechtigter Ehrgeiz, die Sucht „vorstehen“ zu wollen, das Verlangen eine längst durchdachte Rede vom Stapel zu lassen, einem Gastwirth Kundschaft zuzuführen und andere mehr oder weniger wichtige Ursachen geben zur Mißcreditirung vernünftiger gemeinschaftlicher Bestrebungen nur zu oft die Veranlassung. Unter solchen Umständen und gemachten Erfahrungen ist es dann schwer, selbst Vereine ins Leben zu rufen, die einem fühlbaren Bedürfnisse abhelfen sollen. Nicht selten begegnet man auch einer gewissen Gleichgiltigkeit und Vornehmthuererei. Es gibt Leute die da meinen, sie schaden ihrer Autorität und dokumentiren eine Art Unwissen-

heit, wenn sie sich bei Vereinen betheiligen. Wiederum welche wären keine Gegner, ginge es nur, den und jenen von der Mitgliedschaft auszuschließen. Andere mögen mit weniger Bemittelten nicht zusammenkommen, andere geniren sich vor den Reicherem. Da schükt man die Jugend, dort das Alter vor, hier die Unbekanntschaft mit solchen Dingen, da anderweitige Arbeitsüberbürdung. Dem einen paßt der Name, dem andern das Versammlungslokal des Vereines nicht. Und so könnten wir noch hundert und mehr Gründe der Nichtbetheiligung und Gleichgiltigkeit anführen, wenn sie nicht alle bekannt genug wären. Aber wir haben auch herzhaftere Männer mit gesundem Verstande und offenem Blicke gefunden, die von all diesen Einwürfen nicht zurückschrecken und frisch ans Werk gingen. „Was wir wissen sollen,“ sagten sie, „wird uns die Erfahrung lehren.“ Das Gerede der Leute soll uns nicht kümmern, der Vortheil ist zunächst unser und den anderen werden wir auch dienen. Wenn wir erst angefangen haben, kommen sie alle nach.“ Und so kam und kommt fast jeder Verein zu Stande. Es gehört große Routine, umsichtige Unterstützung und viel Glück dazu, wenn man im Fluge eine Vereinigung zur Welt bringen will. Am besten gelingt es noch, wenn von den Mitgliedern wenig Geld und Anstrengung gefordert werden. Da aber Vereine mit der Verfolgung der in diesem Schriftchen entwickelten Ziele viel Arbeit erheischen, wird deren Gründung nicht allzu leicht sein. Kommen sie zum Leben, so werden sie recht bald zu kränkeln anfangen, wenn namentlich die Thätigkeit auf die Ordnung socialer und wirthschaftlicher Angelegenheiten der Mitglieder sich erstrecken wird. Hier will sich niemand gern drein reden lassen und jeder glaubt unfehlbarer Meister seiner Wirksamkeit zu sein. Darum ist Vorsicht, aber niemals Nachsicht anzurathen, denn hierin grade liegt das erzieherische Moment, das keinem Vereine fehlen darf. Mag immerhin die Mitgliederzahl zurückgehen, die Zurückgebliebenen, die Verständigen werden um so Ersprießlicheres leisten, und sehr bald der Krystallisationspunkt der Flüchtlinge werden und die Garde bilden, die zwar stirbt, sich aber nicht ergibt.

Sollen wir zum Ueberfluß noch die Nothwendigkeit der Vereine beweisen? Wenn die Geschichte des deutschen Handwerks nicht dargethan hätte, daß dasselbe erst durch ein innigeres Zusammenschließen der Gewerbetreibenden lebensfähiger geworden und Bedeutendes geleistet,

wenn die ganze Kulturentwicklung nicht auf die Arbeit der Gemeinschaft zurückzuführen, die Natur in ihrer lebensvollen Thätigkeit nicht auf gegenseitigem Geben und Nehmen beruhte, wenn die Staatsform und Gliederung von der Familie bis zu den austauschenden Nationen nicht auf der Vereinigung aufgebaut wäre, wenn der Mensch als Individuum nicht zugrunde gehen müßte und nur in der Gesellschaft existiren könnte, — dann natürlich hätten wir die Verpflichtung mit dem Rathen der Gründung auch die Nothwendigkeit der Vereine unter Beweis zu stellen. — Da wir das alles wissen, und da wir vereinzelt die uns hier gesteckten Aufgaben zur Hebung des Gewerbes unmöglich erfüllen können, müssen wir schon unserer selbst wegen das schützende Vereinsdach aufsuchen. Was seit Menschengedenken heilsam gewesen, kann uns nicht schaden. Die praktische Thätigkeit spricht dafür. Die thatsächlichen Verhältnisse von heute sind auch hier die besten Lehrmeister. Sie zwingen unsere Gewerbetreibenden, sich unter den verschiedensten Formen zu vereinigen und ihre Interessen zu wahren. Es liegt uns daher fern, sofern wir es vermöchten, in den Werdegang dieser Vereine irgendwie störend oder reformatorisch eingreifen zu wollen.

Wir wollen nur andeuten und Winke geben, in dem guten Glauben, daß doch zuweilen ein keimfähiges Körnchen herausgefunden werden dürfte. Die Hauptaufgabe dabei wird der praktischen Thätigkeit zufallen, die aus dem Boden der Bedürfnisse hervorstößt. Nur muß man nicht müßig am Wege stehen!

Wir denken uns die Organisation von Vereinen so, daß in jedem Orte irgend ein bestehender Verein, natürlich wenn eine Kollision der alten Aufgaben mit den neu hinzuzunehmenden vermieden werden kann, die Verfolgung und Beförderung gewerblicher Fragen in die Hand nimmt, und auch darnach die Vereinsaktionen umgestaltet. Wir halten alle Vereine für geeignet dazu, besonders in kleineren Orten, und können nur an größeren die Bildung von Vereinigungen der Berufsgenossen, befürworten, die vorwiegend die Ordnung gewerblicher Angelegenheiten in die Hand nehmen.

Bei Neugründung gaben wir nachstehende Satzungen als Anhaltspunkte für kleinere Orte, indem wir da von der Ansicht ausgehen, es sei nicht gut möglich, für jede Gewerbsklasse einen separaten Verein ins Leben zu rufen.

Satzungen des Gewerbevereins zu

Zweck.

§. 1.

Der Gewerbeverein zu bezweckt, auf dem Boden der Selbsthilfe die Leistungsfähigkeit der Gewerbe und ihrer Träger zu erhöhen, die Interessen und die Rechte der Gewerbetreibenden zu fördern und zu schützen.

§. 2.

Dieser Zweck soll erreicht werden:

- I. durch Errichtung und Erhaltung von Maßnahmen und Einrichtungen erzieherischen und belehrenden Charakters, als da sind:
 1. Gewerbliche Ausstellungen aller Art, resp. Beförderung u. Unterstützung derselb.;
 2. Bibliotheken, Pläne und Bildwerkesammlungen, Gewerbemuseen, Musterlager, Wandermusterlager, Handwerkszeuglager;
 3. Gewerbliche Fortbildungsschulen, Fachschulen und Lehrwerkstätten.
 4. Belehrende Vorträge;
- II. Durch Lösung socialer und wirtschaftlicher Aufgaben, wie:
 1. Regelung des Lehrlings- und Gesellenwesens;
 2. Schiedsgerichte und Einigungsämter;
 3. Regelung des Kredit- und Borgwesens;
 4. Förderung des Genossenschaftswesens;
 5. Gewerbestatistik;
- III. durch Verbindung mit anderen gleiche oder ähnliche Ziele verfolgenden Vereinen zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung.

Mitgliedschaft.

§. 3.

Mitglied kann jeder Gewerbetreibende und jede für das Gewerbe sich interessirende unbescholtene Person werden, welche sich durch Verträge verpflichtet, einen Beitrag von am Anfang jedes . . . in die Vereinskasse zahlen kann und den Bestimmungen dieses Statuts und dem statutenmäßig gefaßten Beschluß nachkommt.

§. 4.

Die Mitgliedschaft hört auf a. durch freiwilligen Austritt noch vorhergegangener vierwöchentlicher Kündigung; b. durch Ausschuß bei Nichterfüllung der statutenmäßigen Pflichten, oder bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in welchen letzteren Fällen der Vorstand beschließt. Die Zahlung der Beiträge seitens der Ausgeschiedenen hat sich noch auf den Austrittsmonat zu erstrecken.

§. 5.

Nichtmitglieder können nur mit Genehmigung des Vorstandes zu den Vereinsversammlungen zugelassen werden. Nur einmaligen Zutritt haben solche Personen des Vereinsortes, welche nach §. 3. d. St. Mitglied werden können.

Organisatorische Bestimmungen.

§. 6.

Zur Leitung, Verwaltung und Vertretung der Vereinsangelegenheiten ist ein aus 9 Personen bestehender Vorstand bestellt, welcher aus seiner Mitte: 1. den

Vorsitzenden, 2. den Stellvertreter, 3. den Schriftführer, 4. dessen Stellvertreter, und 5. den Schatzmeister wählt.

Der Vorstand wird durch die Generalversammlung auf Jahr mit einfacher Stimmenmehrheit durch Stimmzettel gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§. 7.

Für einzelne Zweige der Vereinsthätigkeit können nach Bedürfnis ständige oder vorübergehende Kommissionen durch die Vereins- oder Generalversammlung mittelst Stimmzettel oder Affirmation gewählt werden.

§. 8.

Die Einladung zur Generalversammlung erfolgt unter Mittheilung der Tagesordnung durch die Zeitung mindestens 3 Tage vor der Versammlung oder durch Aushang im Vereinslokal.

§. 9.

Die Generalversammlung hat die oberste Entscheidung in allen Vereinsangelegenheiten, insonderheit bei den Wahlen des Vorstandes und der Revisoren, bei Genehmigung des Haushaltsplanes, Entlastung des Vorstandes u. s. w., sowie in Abänderung, Ergänzung und Auslegung des Statuts.

§. 10.

Alle Anträge für die Generalversammlung müssen von 10 Mitgliedern unterstützt dem Vorsitzenden schriftlich eingereicht werden.

§. 11.

Beschlußfähig ist die Generalversammlung durch die Anwesenheit von mindestens dem Drittel der Mitglieder. Eine in Folge der Beschlußunfähigkeit der vorherigen, einberufene neue Generalversammlung ist unter allen Umständen beschlußfähig. Alle Beschlüsse und Wahlen erfolgen durch einfache Stimmenmehrheit. Bei Abänderung des Statuts und Auflösung des Vereins ist jedoch $\frac{2}{3}$ Majorität der Anwesenden erforderlich.

§. 12.

Der Vorstand führt die Verwaltung und erledigt die ihm obliegenden Geschäfte kollegialisch durch Mehrheitsbeschluß der Anwesenden. Alle im Namen des Vereins erlassene Schreiben müssen von dem Vorsitzenden unter Gegenzeichnung des Schriftführers und, wenn es sich um Geldangelegenheiten handelt, noch unter Gegenzeichnung des Schatzmeisters vollzogen werden. Die in den Vorstandssitzungen gefaßten Beschlüsse werden in ein Protokollbuch eingetragen und von den anwesenden Vorstandsmitgliedern unterschrieben. Die Einsicht derselben steht den Vereinsmitgliedern frei.

§. 13.

Die Rechnungslegung geschieht in derjenigen Generalversammlung, welche innerhalb der ersten 4 Wochen des mit dem (1. Januar) beginnenden Geschäftsjahres zu berufen ist.

§. 14.

Als Revisoren werden 3 Vereinsmitglieder gewählt, welche die Pflicht haben, jährlich, das Recht jeden Augenblick, die Kasse, deren Führung, Rechnungen

und Belege zu revidiren und der Generalversammlung, sowie vorher schriftlich dem Vorstande darüber Bericht zu erstatten.

§. 15.

Die Aemter des Vorstandes und der Revisoren werden unentgeltlich verwaltet.

§. 16.

Eine Generalversammlung muß vom Vorstande berufen werden, wenn $\frac{1}{10}$ aller Mitglieder dieselbe unter Angabe des Zweckes schriftlich beantragt.

§. 17.

Bei Auflösung des Vereins ist das vorhandene Vermögen
. zuzuwenden. Ort. Datum.

Der Gewerbe- u. Verein eines kleineren Ortes, der also alle Gewerbetreibenden und die, welche Interesse am Gewerbe haben, umfassen dürfte, würde zunächst die Pflege der örtlichen Angelegenheiten im Auge zu behalten haben. Dahin zählen wir insbesondere die Anlegung und Erhaltung einer Bibliothek, die Entrirung örtlicher und die Beschickung von Bezirks- oder Landesausstellungen, die Errichtung und Erhaltung, bezw. Unterstützung gewerblicher Fortbildungs- und Fachschulen und Lehrwerkstätten, die Regelung des gesammten Lehrlings- und des Gesellenwesens, die Begründung von gewerblichen Schiedsgerichten, Einigungsämtern und Schiedsgerichten der Vereinsmitglieder, die Regelung des Kredit- und Borgwesens, die Förderung und Unterstützung von Genossenschaften aller Art. Theils um die Arbeit zu theilen, theils um ein regeres Interesse an der Sache selbst zu beleben, ist es anzurathen, für die einzelnen Thätigkeitszweige (§. 2. des obigen Statuts) besondere Kommissionen zu wählen.

Diese Kommissionen bearbeiten die Gegenstände, welche ihnen ressortmäßig gehören, oder durch den Vorstand und den Verein überwiesen, oder in ihrem Schooße angeregt werden. Sie haben sich so oft, als es die ihnen zustehenden Geschäfte erfordern, zu versammeln. Jede Kommission wählt sich aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und Schriftführer und sind Beschlüsse, Gutachten u. zu protokolliren, und zur Kenntniß des Vorstandes zu bringen. Das letztere geschieht am besten in Vorstandsversammlungen durch mündliche Berichterstattung. Die Kommissionen sind berechtigt, sich durch Sachverständige zu verstärken oder deren Gutachten einzuholen.

Um einem wahrgenommenen Bedürfnisse entgegenzukommen, geben wir hier noch den Entwurf einer Geschäftsordnung, welche bei allen Versammlungen zur Beachtung zu empfehlen ist.

Geschäftsordnung für Versammlungen.

§. 1.

Die Tagesordnung für jede Versammlung ist vom Vorstande festzusetzen und mindestens zwei Tage vor der Versammlung bekannt zu geben.

§. 2.

Alle Anträge müssen schriftlich gestellt werden.

Anträge von Mitgliedern und dem Vorstande, welche zu keinem Gegenstande der vorliegenden Tagesordnung im inneren Zusammenhange stehen, und daher einen neuen Gegenstand der Tagesordnung bilden, dürfen nur dann verhandelt werden, wenn $\frac{2}{3}$ der Anwesenden deren Dringlichkeit anerkennen.

Mitglieder-Anträge müssen von der Versammlung erledigt werden.

§. 3.

Beim Beginn der Versammlung ist die Tagesordnung vom Vorsitzenden in der Reihenfolge, in welcher die Gegenstände verhandelt werden sollen, zu wiederholen.

§. 4.

Der Vorsitzende, bezw. dessen Stellvertreter eröffnet, leitet und schließt die Versammlung. Falls beide fehlen, so wählt die Versammlung für die Leitung der Tagesgeschäfte den Vorsitzenden und Stellvertreter aus ihrer Mitte.

§. 5.

Niemand darf sich an der Debatte betheiligen, ohne zuvor das Wort vom Vorsitzenden erhalten zu haben. Der letztere ist berechtigt, die Redner bei Abschweifungen vom Gegenstande „zur Sache“, bei Verletzung der Ordnung „zur Ordnung“ zu verweisen. Ist dies zweimal erfolglos geschehen, so muß dem Redner das Wort entzogen werden.

Betheiligt sich der Vorsitzende an der materiellen Diskussion, so hat er an einen Stellvertreter den Vorsitz abzutreten.

§. 6.

Das vom Schriftführer zu führende Protokoll ist am Anfang der Versammlung zu verlesen. Erfolgen Einwendungen nicht, so wird es als richtig anerkannt, vom Vorsitzenden und Schriftführer unterzeichnet. Etwaige Aenderungen dürfen nur durch Nachträge angebracht werden.

§. 7.

Ob eine Diskussion über einen Gegenstand, der eine Abstimmung nicht nach sich zieht, stattfinden soll oder nicht, entscheidet die Versammlung ohne vorhergehende Diskussion.

§. 8.

Ein Vorstandsmitglied führt die Rednerliste. In der Reihenfolge der Anmeldung erhalten die Redner abwechselnd für und gegen den Antrag das Wort.

§. 9.

Außer der Rednerliste erhalten das Wort die Berichterstatter und diejenigen, welche „zur Geschäftsordnung“ sprechen wollen.

Zu persönlichen Bemerkungen werden die Redner jederzeit notirt, erhalten aber das Wort erst nach Schluß der Debatte.

Zur faktischen Berichtigung wird das Wort nicht erteilt.

Gäste erhalten nur das Wort, wenn die Versammlung es in jedem einzelnen Falle gestattet.

§. 10.

Der Schluß der Diskussion tritt ein durch Erledigung der Rednerliste oder durch Beschluß der Versammlung. Wird von einem Mitgliede der Schluß schriftlich beantragt, so wird die Rednerliste verlesen und über den Schluß, ohne Debatte dafür oder dagegen, abgestimmt. Wird der Schluß angenommen, so erhalten nur noch das Wort die Einbringer von Anträgen und Amendements, der Berichterstatter und diejenigen, welche sich zu persönlichen Bemerkungen gemeldet haben. Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste ist unstatthaft.

§. 11.

Die Abstimmungen erfolgen durch Handaufheben. Ist das Resultat zweifelhaft, so findet die Gegenprobe statt. Die Entscheidung über die Stimmenmehrheit erfolgt durch die bei der Eröffnung vom Vorsitzenden zu berufenden drei Beisitzer aus der Zahl der Vorstandsmitglieder, bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§. 12.

Wahlen erfolgen in der Regel durch Zettel und sind nur dann durch Handaufheben zulässig, wenn $\frac{2}{3}$ der Anwesenden sich dafür entscheiden.

Sind Vorschläge zu einer Wahl gemacht, so hat der Vorsitzende die Vorschlagsliste mitzutheilen. Die Vorgeschlagenen haben sich der Versammlung vorzustellen. Interpellationen an die Kandidaten sind zulässig.

Stimmenübertragungen sowie schriftliche Abstimmungen Nichtanwesender sind unstatthaft.

§. 13.

Liegen mehrere Anträge vor, so wird über den weitestgehenden zuerst abgestimmt.

Amendements kommen vor den Anträgen, zu welchen sie gestellt, zur Abstimmung.

In zweifelhaften Fällen entscheidet über die Reihenfolge der Abstimmung die Versammlung.

§. 14.

Die im Fragekasten enthaltenen oder dem Vorsitzenden übergebenen Fragen werden möglichst in jeder Sitzung nach Erledigung der übrigen Gegenstände beantwortet. Anstößige Fragen, sowie solche, welche persönliche Angriffe enthalten, ist der Vorsitzende im Einvernehmen mit den Beisitzern ermächtigt zu beseitigen.

§. 15.

Die Versammlung kann nur dann von der Bestimmung dieser Geschäftsordnung abweichen, wenn auch nicht ein Mitglied dagegen Widerspruch erhebt.

In größeren Städten ist die Bildung von ausgeprägteren Fachvereinen anzurathen. Da können beispielsweise die Bäcker und Konditoren, die Metallarbeiter und verwandte Berufsgenossen, Tischler und verwandte Berufsgenossen u. s. w. je einen Verein gründen, um

ihre speciellen gewerblichen Interessen, wie Fachschulen, Lehrwerkstätten, gewerbliche Schiedsgerichte und Einigungsämter, Aufnahme und Prüfung der Lehrlinge, Beschickung größerer Gewerbeausstellungen, Verbreitung von Maschinen, Werkzeugmaschinen, Handwerkzeugen u. dergl. m. intensiver zu pflegen.

Falls Fachvereine gebildet werden, bemerken wir, daß solche leicht die Rechte einer juristischen Person erhalten können, wenn sie sich „Innungen“ nennen, und ihre Statuten den Vorschriften der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 entsprechen. Insbesondere ist in den Satzungen der Zutritt nur selbstständigen Gewerbetreibenden des N. N.-Gewerbes zu gestatten; ausgeschlossen und nicht zugelassen können diejenigen werden, welche die bürgerlichen Ehren verloren haben, sie auf Zeit nicht ausüben dürfen oder sich im Konkurse befinden. Es ist ferner der Zweck der Innung: „Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen“, anzugeben, sowie Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Mitglieder zu treffen und der Maßstab anzugeben, nach welchem laufende Beiträge der Innungsgeossen auszuschießen, bezw. zu leisten sind. Ferner ist die Art der Zusammensetzung des Vorstandes, und die Einrichtung für die Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten festzusetzen.

Die Genehmigung der Innungs-Statuten steht den höheren Verwaltungsbehörden zu.

Wir verweisen anstatt einer näheren Ausführung über Errichtung einer Innung auf die §§. 81—104 incl. der Reichs-Gewerbeordnung hin und können die Bildung solcher Fachvereine wegen leichterer Erlangung der Korporationsrechte, die zur Vermögensverwaltung und Erwerbung sehr wünschenswerth sind, nur anrathen. Wir theilen nicht die allgemeine Voreingenommenheit gegen die Innungen, da uns der Name, nicht aber der Zweck und die Thätigkeit, gleichgiltig ist. Wir haben Vereinigungen mit recht modernen Firmen getroffen, die in ihren Bestrebungen den verpönten alten Zünften nicht nachstanden. Nothwendig erscheint uns aber, daß in den Innungsversammlungen selbst und in der Presse recht oft die jetzt erforderlichen modernen Aufgaben, unseren Verhältnissen entsprechend, erläutert werden, da im allgemeinen nun einmal Innungen in bösem Geruche stehen.

Immer aber ist weiter empfehlenswerth, daß die Fachvereine eines Ortes zu einem Ortsverbande zusammentreten, um gemein-

schaftliche gewerbliche Angelegenheiten mit größerem Nachdrucke wahrnehmen zu können. Seiner Thätigkeit wären schon die Orts- und Bezirks-Gewerbeausstellungen, Wandermusterlager, Musterlager und wol auch hie und da Gewerbemuseen u. a. m. zu überweisen.

Die Ortsvereine und Ortsverbände müßten sodann in Provinzialverbänden gipfeln, denen dann ein weites Gebiet für ihre Thätigkeit erschlossen ist. Diesen wäre insbesondere als Ziel, das sie theils anregend, theils direkt zu fördern hätten, wie es die Centralstelle für Handel und Gewerbe in Württemberg thut, zu stecken:

1. Begutachtung und Vorberathung der auf die Gewerbe sich beziehenden Gesetze, Verordnungen und Verfügungen;
2. Begutachtung der die Verhältnisse mit anderen Staaten betreffenden Fragen in ihren Beziehungen zu den Gewerben;
3. Anträge auf Abänderung oder Abschaffung von Einrichtungen und Verfügungen, welche der freien Entwicklung von Gewerben hinderlich oder überhaupt unzweckmäßig sind, und Herbeiführung von denselben förderlichen Maßnahmen;
4. Kenntnißnahme von dem Zustande des gewerblichen Unterrichts und Mittheilung von Verbesserungs-Vorschlägen an die zuständigen Behörden (Vereine, Schuldeputation u. a.)
5. Begutachtung der Leistungen von Bewerbern um die für Verdienste auf dem gewerblichen Gebiete ausgesetzten Preise;
6. Mittheilung von Wünschen des Gewerbestandes in Absicht auf die bestehenden Verkehrsverhältnisse und sonstige dessen Interessen berührende Einrichtungen an die betreffenden Behörden;
7. Wahrnehmung der Lage der Handwerksgehilfen und Lehrlinge in ökonomischer und sittlicher Beziehung;
8. Einwirkung auf Gründung von Anstalten und Einrichtungen zur Förderung der Gewerbe und zwar von Messen, Märkten, Versicherungsanstalten, Kreditanstalten, Vorschußkassen, Spar- und Hilfskassen, Genossenschaften und dergl.
9. Erhebung statistischer Notizen im Gebiete der Gewerbe, Zusammenstellung der in dieser Beziehung eingehenden Berichte der gewerblichen Vereine, Handels- und Gewerbekammern zum Zwecke der periodischen Veröffentlichung ihres Inhalts;
10. Verbreitung gewerblich-technischer Kenntnisse durch Unterricht, durch nützliche Schriften, Aufstellung einer Sammlung muster-

hafter oder anderer gesuchter Fabrikate aus anderen Ländern, Unterstützung von Gewerbebezöglingen zu ihrer Ausbildung durch Reisen u. dergl.

11. Vervollkommenung des Betriebes der Gewerbe durch Bestellung von Technikern zur Berathung der Gewerbetreibenden, Absendung von Sachverständigen auf Gewerbeausstellungen, Erwerbung von Musterwerkzeugen und Verfahrensarten, Verbreitung neuer Maschinen und Werkzeugen, Ausendung von Wanderlehrern für gewerbliche Fächer u. a.
12. Berathung und Verbindung mit anderen Centralstellen für Gewerbe und mit Regierungsbehörden bei ihrer Thätigkeit in Absicht auf Gewerbe.

Behufs Lösung dieser Aufgaben wird die Centralstelle von den Gewerbe-, Handwerker- u. dergl. Vereinen des Landes (der Provinz) unterstützt. Sie ist diesen Vereinen die gewissermaßen vorgesetzte Stelle. An sie haben sie sich mit ihren Wünschen und Anträgen zu wenden, durch dieselben stehen sie mit einander in Verbindung und empfangen durch sie Anregung, Rathschläge, Weisungen und event. Entschlüsse des Ministeriums, der Regierungen und anderer Behörden, denn es ist kein Grund vorhanden, warum diese letzteren drei nicht mit jenen Stellen wie mit gesetzlich eingeführten Handels- und Gewerbekammern verfahren, Gutachten und Anfragen entgegennehmen und beantworten sollten.

An dieser Centralstelle, die nach dem Umfang der Geschäfte mehrere Büreaus haben könnte, müßten sich verschiedene Institute reihen und zwar meist oder zunächst permanente Anstalten, als

1. Gewerbemuseum;
2. technisches Musterlager;
3. Maschinenaal, (wo auch die Maschinen in Thätigkeit wären);
4. Ausstellungssaal, worin theils wiederkehrende, theils vorübergehende Ausstellungen verschiedener (specieller) Art abgehalten würden;
5. Zeichen- und Modellirschule mit Centraldepot von Zeichnungen und Gypsmodellen. Dieses Centraldepot ist zur Benutzung für das ganze Land, für alle Zeichenschulen, insbesondere der der Centralstelle zugehörigen Vereinschulen zc. bestimmt; in Zusammenhang hiermit wäre eine Wanderkunstabibliothek zu

bringen, welche jedes gewerbliche Fach möglichst vertritt und in den betr. Schulen circulierte;

6. Muster-Fachschulen und Lehrwerkstätten hervorragender und auf die Entwicklung der Provinz einflußreicher Gewerbe, welche am besten in den betreffenden Industriebezirken anzulegen wären;

7. Chemische Probiranstalten mit Laboratorien; u. a. m.

Aus den aufgeführten Aufgaben einer solchen Centralstelle geht hervor, daß ihre Zusammensetzung die größtmöglichste Sorgfalt bedarf. Es werden darin administrative und technische Beamte, Lehrer von gewerblichen Unterrichts-Anstalten und umsichtige, erfahrene Gewerbetreibende ihren Platz finden müssen.

Wir verhehlen uns keineswegs, daß die hier gestellte Forderung, Landes-Centralstellen der gewerblichen Vereine mit den betreffenden Aufgaben zu schaffen, das höchste und schwierigste wäre, was man leisten könnte, und daß es deshalb der allseitigsten aufopferndsten Thätigkeit der Interessenten bedürfte. Wir stecken diese Ziele, die meist dem Programm der bereits genannten Centralstelle für Handel und Gewerbe Württembergs entlehnt sind, um den Gewerbetreibenden einerseits den noch weiten zurückzulegenden Weg anzudeuten, und um ihnen anderseits zu zeigen, wie wenig bisher noch geleistet worden ist. Vorerst legen wir Gewicht auf eine umfangreichere lokale Thätigkeit und auf Ausbreitung gewerblicher Vereine. Der so von unten bebaute Boden muß naturnothwendig nach oben hin zu einem Abschluß gelangen. Wir sehen dies aus verschiedenen Bestrebungen. So haben Gewerbsleute und Industrielle Badens in einer Versammlung in Heidelberg zunächst erklärt, daß zur Förderung und Mehrung des Gewerbewesens die organische Verbindung der Gewerbevereine zu einem Landesverbande erforderlich ist. Es wurde ferner ein provisorisches Verbandsstatut angenommen; die Anwesenden verpflichteten sich, die Bildung von Orts- und Bezirksvereinen anzuregen und zu fördern; an das Großh. Handelsministerium wurde das Ersuchen gerichtet, dem Gewerbebestande eine ständige Vertretung einzuräumen und behufs wirksamerer Erörterung und Durchführung des angestrebten Landesverbandes wurde in Ermangelung eines geschäftsführenden Centralorgans, die Bildung eines provisorischen Central-Comitees beschlossen und zu dessen Vorsitzenden Herr Ministerialrath Stöpper aus Karlsruhe mit dem Rechte der Kooptation der weiter benötigten Mitglieder gewählt.

Eine Frage der Zeit und der Bedürfnisse würde es dann sein, ob die Landesverbände zur Wahrung und Förderung des nationalen Charakters und nationaler Aufgaben der Gewerbe nicht in einer Reichs-Centralstelle ihren Abschluß finden dürften.

Wir zählen es ferner zur Organisation von Vereinen, wenn sie von Zeit zu Zeit aus dem Rahmen örtlicher Versammlungen herantreten und größere veranstalten. Wir haben da bis jetzt zweierlei bemerkt, und zwar Versammlungen von Gewerbetreibenden aller Berufe und von Fachgenossen. Sie erstreckten sich über bald größere und bald kleinere Territorien, als Bezirks-, Provinzial-, Landes- und Reichsversammlungen, ja einzelne Berufsklassen, wie die selbstständigen Schneider, haben ihnen eine noch größere Ausdehnung gegeben, indem sie in diesem Sommer zu Berlin eine Versammlung der deutschen, österreichischen und ungarischen Fachgenossen ausschrieben und auch unter großer Betheiligung abhielten. Charakteristisch ist es, und es bestätigt unsere in diesen Blättern wiederholt ausgesprochene Meinung, daß, betreten die Gewerbetreibenden als solche einseitig und noch den reactionären politischen Boden, ihre Thätigkeit sofort unter den Genossen selbst erlahmt und sie auch der allgemeinen Sympathie verlustig gehen. Ein trauriges oder vielleicht richtiger, ein glänzendes Beispiel hierfür liefern die „Delegirtentage selbstständiger Handwerker und Fabrikanten“ Deutschlands. Wenn Zahlen sprechen, so sei erwähnt, daß hier von 43 Theilnehmern des letzten Kongresses am 9. August d. J. in Darmstadt berichtet wurde, während der kurz oben erwähnte Fachkongreß der Schneider von etwa 400 Delegirten besucht war. In Berlin legte man den Schwerpunkt der Abhilfe von eingerissenen Uebelsständen und der Aufbesserung des Gewerbes in die Selbsthilfe, in Darmstadt dagegen in die Staatshilfe.

Mehr, wie geschehen, über Vereinsorganisation zu sagen dürfte überflüssig sein, da bei den einzelnen Vorschlägen immer eingeflochten worden ist, wie sie im Vereinsrahmen durchgeführt werden können.

Dritter Abschnitt.

Was hat der Staat zu thun?
(bez. die Gesetzgebung und die Verwaltung?)

Handwritten text in a historical script, likely a form of Old German or Dutch. The text is arranged in two lines, with the second line enclosed in parentheses. The script is a cursive hand, and the ink is dark on a light-colored parchment or paper.

Bei all' unseren Ausführungen haben wir vorwiegend Gewicht auf die eigene Thätigkeit der Gewerbetreibenden gelegt und uns bemüht, den Beweis der Möglichkeit der Durchführung der Abhilfs- und Aufbesserungsmittel seitens der Interessenten zu führen. Wenn wir nun im Nachstehenden unsere Ansichten über das niederlegen wollen, was der Staat, bezw. die Gesetzgebung und Verwaltung zu thun verpflichtet ist, so werden wir unserem Princip durchaus nicht untren. Staatszweck ist es, die Glieder der Staatsgesellschaft zur höchstmöglichen Wohlfahrt zu bringen, um die gesammte Lebenshaltung zu erhöhen. Wir sagten bereits, daß in unserem heutigen Wirthschaftsleben, in der freien Konkurrenz, es nur wenig Bevorzugten, mit reichlichen geistigen und materiellen Mitteln ausgestattet, vergönnt ist, siegreich in dem Kampfe bestehen zu können. Das wenigstens ist die Regel. Ganz besondere Glücksumstände haben auch schon unbemittelte und geistig grade nicht sehr begabte Menschen über das Niveau der wirthschaftlichen Mittelmäßigkeit emporgehoben. Das aber sind Ausnahmen. Wir halten es außerdem für nicht richtig, wenn der Staat auf die Dauer Zustände schaffen oder begünstigen wollte, die nur Wenigen Nutzen zu bringen vermögen, während die große Masse ewig ringend um die Tagesnothdurft kämpfen muß. Wir sind weit entfernt, der bisherigen Gesetzgebung und Verwaltung ein Mißtrauensvotum auszustellen, wir meinen vielmehr, daß schon recht Ersprießliches geleistet worden ist, und wo mehr hätte gethan werden können, sind Entschuldigungsgründe genug vorhanden. Deutschland litt bis vor kurzer Zeit an politischer Zerrissenheit, und hat sich bis zur Stunde noch nicht ganz gefestigt. Bis zur Begründung des deutschen Zollvereins kannten wir keine deutsche Handelspolitik, kein deutsches Gewerbe, und keine deutsche Industrie mit hervorstehend

nationalem Charakter. Jeder Staat und jedes Staatchen gefiel sich in seiner Sonderstellung und gab ihr überall die ausgeprägteste Gestalt. Wir denken dabei weniger an die im Volkstamme, in Bildung, Gesittung, klimatischer Verschiedenheit und besonderer Bodenbeschaffenheit liegenden Unterschiede, welche auch in den Erzeugnissen des Gewerbefleißes sich wieder spiegeln können und müssen, wenn das den Umständen angemessene Vollkommenste geleistet werden soll, als vielmehr an die Maßnahmen der Sonderpolitik, welche der naturgemäß nationalen Entwicklung Zwang anthaten. Jener vielgestaltigen Zerrissenheit verdanken wir es, wenn in Deutschland bis vor wenigen Jahren soviel Münzen, Maße und Gewichte im Schwunge waren, als es zum mindesten selbstständige Staaten gab, wenn wir keine einheitliche Civil- und Strafrechtspflege besaßen und uns noch keines einheitlichen deutschen bürgerlichen Gesetzbuches erfreuen. Das war jene famose Zeit, wo der Greizer in Gera als Ausländer behandelt wurde und der Eisenacher eines wohl geordneten Passes bedurfte, wenn er seine Schwiegereltern in Gotha besuchte. Damals spottete des Deutschen der Ausländer und nützte seine Ehrlichkeit, seinen Fleiß und seine Intelligenz, die er zu Hause Mangels Einheit und daher auch Mangels Freiheit nicht verwerthen konnte. Wir hatten vollauf zu thun, um uns selbst und das Vaterland wiederzufinden. Daran setzten wir denn auch unsere ganze Kraft. Sauer und schwer wurde zwar die Arbeit, und die sich heut der Ergebnisse mit erfreuen, haben ihr am meisten Hindernisse in den Weg gelegt. In diesem gewaltigen, ein halbes Jahrhundert andauernden Einheitskampfe mußten wir die besten und frischesten Kräfte, verfolgt und gehegt, an andere Nationen und Staaten abgeben, wenn sie ihre Vaterlandsliebe hinter den Kerfermauern nicht abkühlen lassen wollten. Die Selbsthilfe hat aber auch hier das Werk angeregt und vorbereitet, die Staatshilfe es dagegen zum Abschluß gebracht. Wer wollte leugnen, daß die Burschenschaften, Arbeiterbildungs-, Handwerker-, Turner- und Sängervereine, die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und der Nationalverein, mit ihren Bestrebungen, Wanderversammlungen und Festen nicht die nationale Einheitsidee belebt, aufrecht erhalten und ihr schließlich konkrete Gestalt gegeben hätten? Wer wagt es, zu bestreiten, daß ohne diese Vorarbeiten des Bürgerstandes jemals die Duodezfürsten gedrängt von der öffentlichen Meinung

und beeinflusst vom Volkswillen, ihre Rechte mit dem Volke getheilt und sich eines Theiles ihrer Macht begeben hätten? Sei es, daß sie ein guter Stern leitete, sei es, daß sie von der modernen Kultur-entwicklung beeinflusst wurden, sie machten sich mit dem Volksgedanken betraut und halfen ihn verwirklichen. Als Frucht sehen wir heute ein halbwegs geeintes Vaterland, die Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und die Selbstverwaltung. Wie überall bei menschlichen Einrichtungen werden auch hier noch genug Wünsche und Hoffnungen bleiben, was, anstatt zu beklagen, im Interesse der lebendigen Theilnahme aller Schichten der Gesellschaft an der Entwicklung als eine Wohlthat angesehen werden muß.

Wenn wir die vorausgegangene politische Arbeit überblicken, finden wir es erklärbar, daß in industrieller, gewerblicher und socialer Hinsicht bei uns noch nicht viel geschehen ist. Wir hatten eben mit anderen Aufgaben vollauf zu thun.

Soll unser gewerbliches Leben zu gedeihlichem Fortgange gelangen, so werden wir dabei denselben Prozeß der Entwicklung durchlaufen müssen, wie auf politischem Gebiete. Von unten aus muß die Bewegung gehen. Was im Volke Vertrauen gewinnen soll, muß aus dem Volke selbst hervorgehen. Ein großer Staatsmann sagt mit Recht: „Um den Uebergang von dem gegenwärtigen Zustande zu neu beschlossenen zu bewirken, lasse man, so viel wie möglich, jede Reform von den Ideen und Köpfen der Menschen ausgehen. Die Nation wird selbst aufgeklärter und gesitteter, wenn sie zur Begründung der Aufklärung und Sittlichkeit in der heranwachsenden Generation mitwirkt.“ In der freien Thätigkeit, in der täglichen Erfahrung und im Austausch der Meinungen werden wir am besten lernen, wo in Zukunft der Eingriff des Staates, der Gesetzgebung und der Verwaltung noththut.

Aus den bisher aufgespeicherten Erfahrungen wissen wir, daß zur Belebung des Erwerbslebens die Freiheit der Person, die Freiheit des Erwerbes und das Institut des Privateigenthums vor allem anderen staatlicherseits geschützt werden müssen.

Diese Grundpfeiler jedes Staats- und Gesellschaftslebens haben sich stets bewährt. Wir finden dies in der Kulturgeschichte sattham bestätigt. Mit der sich durchdrungenen persönlichen Freiheit aller Glieder der mittelalterlichen deutschen Gesellschaft und dem Niederreißen

der Erwerbschranken ging die Bildung des Kapitals und die Werthansammlung in erhöhterem Maße vor sich. Die Vermehrung der Gütermasse war aber erst von dem Zeitpunkte an rascher und allgemeiner, von welchem aus das Fallen des letzten Restes irgendwelcher Abhängigkeit datirt. Dieser Entwicklungsgang hat mehr als tausend Jahre bis zu seiner heutigen Gestalt gebraucht, denn erst vor kurzer Zeit fielen die letzten Schranken des feudalen Systems. Daß in der neuen Ordnung der Dinge, insbesondere in der Selbstverwaltung in Preußen, die alten feudal-aristokratischen Klassen wieder zur Herrschaft zu gelangen suchen, kann uns hier nur vorübergehend interessieren, es gibt uns dies den Beweis, wie schwer es ist, mit der ganzen Vergangenheit plötzlich zu brechen, und wie das öffentliche Leben einem dauernden Werden unterworfen ist. — Der Befestigung der persönlichen und der Gewerbefreiheit folgte die Anerkennung des Instituts des Privat-Eigenthums. Auch dies haben wir aus der geschichtlichen Darstellung des deutschen Handwerks gelernt. Frei sein, ohne Eigenthum bilden zu dürfen, ist so unfaßbar, daß Freiheit ohne eigenthumbildende Kraft gleich Knechtschaft ist. Wir sehen dies in den heutigen Arbeitsverhältnissen nur allzu sehr bestätigt. Der Kleingewerbetreibende fühlt es täglich der Großindustrie gegenüber. Persönliche Freiheit und Eigenthum hängen dergestalt von einander ab, daß das eine das andere bedingt, denn Freiheit schafft Eigenthum und Eigenthum Freiheit.

Soll daher auf die Dauer der deutsche Handwerkerstand dem Großbetriebe gegenüber standhalten können, so bedarf es größerer Garantien der Entwicklung und leider müssen wir heute auch sagen, der Erhaltung der drei genannten Grundpfeiler. Wir erblicken diese größeren Garantien in der Ausdehnung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auf die Wahlen zu allen Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften. Die Ausübung politischer Rechte an den Vermögens- resp. Besitzstand zu binden ist angesichts des allgemeinen Wahlrechts für den Reichstag nur noch durch den Einfluß der Besitzenden auf das politische Leben der Einzelstaaten zu erklären. Wo der Einzelne, ohne Ansehen der Person und des Vermögens, seine Vaterlandsliebe durch Einsetzung des höchsten menschlichen Gutes, des Lebens, in der allgemeinen Wehrpflicht, bethätigen muß, da muß ihm im gleichen Maße durch allgemeine gleiche staatsbürgerliche Rechte

zweifelsohne gestattet sein, die Vaterlandsliebe auch bei der Gesetzgebung zur Geltung zu bringen. Mit welchen Gründen will man im modernen Staatsleben die gleiche Vertheilung der Pflichten bei ungleichen Rechten beschönigen? Was bei der Gesetzgebung, gilt auch bei der Verwaltung. Hier sehen wir den Besitz mit noch größeren Machtbefugnissen ausgestattet, aber auch ein eifrigeres Bemühen, diese Verhältnisse durch das größere Maß von materiellen Leistungen des Besitzes zu rechtfertigen. Man vergißt oder übersieht dabei absichtlich dreierlei: erstlich genießen die zu größeren Leistungen herangezogenen auch in höherem Maße alle durch jene Leistungen geschaffenen und erhaltenen Einrichtungen und Institute, wir erinnern nur an das Schul- und Unterrichtswesen; zweitens geschieht oder soll geschehen die Vertheilung der Steuern nach dem Verhältniß des Einkommens, so daß der Steuerpfennig des ärmeren der Steuermark des reicheren Bürgers im Staats- oder Gemeindefädel an Werth ganz gleichkommt, ja vielleicht fällt es schwerer den Pfennig als die Mark aufzubringen; sodann drittens bietet der größere Besitz auch nicht die geringste Garantie für ein umfänglicheres Maß von Wissen und Können zwecks besserer Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten. Es scheint uns sogar manchmal als stünde die Entwicklung des Wissens des Einzelnen, mit der Vermehrung des Reichthums des Einzelnen im umgekehrten Verhältnisse. — Es gibt aber außer diesen, gewissermaßen rechtlichen Gründen, noch andere, weit zwingendere und praktischere, derenwegen die gleiche Betheiligung aller Staats- und Gemeindebürger an Gesetzgebung und Verwaltung verlangt werden muß. Die Erfahrung lehrt, daß in dem Maße, in welchem Jeder zur Theilnahme am öffentlichen Leben herangezogen wird, seine Einsicht, Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit wächst, Eigenschaften, die sehr bald auch dem Gewerbsleben und der Gesittung zugute kommen. Wer an der Maschine des Staats- und Gemeindebetriebes mit thätig ist, wird sehr bald heilsame und in der That das Ganze fördernde konservative Anschauungen sich zu eigen machen, weshalb wir sogar die sog. Rabulisten hierbei nicht fürchten. Es ist ja z. B. allbekannt, daß ein gewiegter Bürgermeister die Wahl eines alles tadelnden Bürgers ins Stadtverordneten-Kollegium begünstigt, weil er weiß, daß die Wühlerei von dieser Seite aufhört, wenn der Gewählte, trotz seiner den Wählern gegebenen

Versprechungen, selbst an der Verwaltung theilnehmend, das Verheißene nicht erfüllen kann.

Wir wecken das regste Interesse fürs öffentliche Leben und fördern gleichzeitig die nothwendigen geschäftlichen Tugenden, wie Umsicht, Selbstvertrauen und das Gefühl der Verantwortlichkeit, wenn wir den Bürger ohne Rücksicht auf Vermögen zur Gesetzgebung und zur Verwaltung heranziehen. Aus diesen Gründen besonders ist im Interesse der Hebung des Gewerbes und der persönlichen Freiheit das allgemeine gleiche Wahlrecht zu fordern. —

Wir verlangen ferner als Korrelat dieser Freiheit ein freieres Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht mit vollständiger Pressfreiheit. Das alles ist gleichbedeutend mit der Forderung der Ausbildung des Rechtsstaates. Was für die Jugend die Schule in erzieherischer Hinsicht ist, das sind für den Erwachsenen, den Bürger, jene Rechte und Freiheiten. Der freie Mann bedarf des freien Austausches der Gedanken; es muß ihm unbenommen sein zur Erlangung nicht gemeingefährlicher Zwecke von Mann zu Mann sich zu verbinden, und durch die Vereinigung seine Rechte sich zu wahren. Das niedergehaltene Wort macht die Unzufriedenheit unter der Decke glimmend, die bald mit verheerender Gewalt hervorbricht, wovon uns Frankreich traurige Beispiele gegeben. Als Korrektiv stehe der Richter mit dem Gesetzbuch, niemals aber die Polizei mit ihrem Machtpruch da. Vor jenem sich beugen lernen erzieht freie Männer, vor diesem sich beugen müssen befördert unserer Meinung nach nur Unfreiheit und das Gefühl der Abhängigkeit, die aufs Gewerbeleben rückwirkend, störend und erstarrend sind. Wenn wir beispielsweise finden, daß in Preußen Handwerker-, Gewerbe-, Turn- u. dergl. Vereine keine juristische Rechte haben, also Vermögensangelegenheiten auf gesetzlicher Grundlage nicht verwalten können, so ist dies zu beklagen und als eine Beschränkung der Freiheit und des Instituts des Eigenthums anzusehen, ganz abgesehen davon, daß durch den Mangel legaler Schutzbestimmungen viele nützliche Bestrebungen im Keime erstickt werden. Wo man Vereinigungen, wie Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften begegnet, welche eine gesetzlich geschützte Vermögensverwaltung, ohne Einmischung irgend welcher Verwaltungsbehörde besitzen, so ist dies eine Frucht langer und schwerer Kämpfe, besonders aber des geführten Nachweises, daß jene Genossen-

schaften eine solche Umwälzung der in das Wirthschaftsleben tief einschneidenden Produktions-, Kredit- und Konsumverhältnisse zu Wege gebracht haben, daß ihren Forderungen sich verschließen gleichbedeutend mit der Hemmung national-ökonomischer Entwicklung wäre. Mögen daher die Genossenschaften den gewerblichen Vereinen als Vorbild dienen. Sobald letztere den unwiderlegbaren Beweis ihrer Existenznothwendigkeit werden geliefert haben, wird auch ihnen, wie schon in Württemberg, Hessen und dem Großh. Sachsen-Weimar-Eisenach, die staatliche Anerkennung nicht fehlen. Was eine gesunde Bewegung zu Stande zu bringen vermag, haben ferner die deutschen Gewerksvereine durch die Eroberung des Reichshilfskassengesetzes, das auch anderen Versicherungsvereinen zugute kommt, dargethan. Es ist zu verwundern, daß man dem Rufe nach gesetzlichem Schutz nicht Gehör schenkt! Solchem Verlangen müßte mit der größten Bereitwilligkeit entsprochen werden, denn dies wäre der einfachste und beste Lohn loyaler Gesinnung, und der Ansporn zu weiterer nützlicher Thätigkeit auf dem Gebiete der Selbsthilfe. Ungenügenden und hemmenden Gesetzen des freien Vereinslebens ist es zuzuschreiben, wenn uns heute die zur Selbstverwaltung nothwendigen Menschen fehlen. —

Unzertrennlich von obigen Forderungen sind die nach Erwerbsfreiheit und Freizügigkeit. Im Großen und Ganzen dürfen wir uns über den Mangel dieser beiden Rechte nicht beklagen, aber in unserer reaktionär angehauchten Zeit halten wir es für Pflicht, sie behufs der Erhaltung und Nichtverkümmern zu betonen. Das sind Grund- und Elementarrechte, über die unter vernünftigen Menschen nicht gestritten wird und die, fehlen sie in einem Kulturstaate, ohne jede Debatte einfach dekretirt werden müßten. Nichtsdestoweniger werden Stimmen laut, welche die Erwerbsfreiheit und das Niederlassungsrecht an die Erfüllung lästiger Bedingungen geknüpft wissen wollen, weil sonst andere, — die nämlich schon Nahrung und Wohnsitz haben — in ihren wohl erworbenen (?) Gerechtsamen geschädigt werden. — Wer aus der vollen Schüssel ißt, weiß nicht wie dem Hungerigen zu Muth ist! — Wir verweisen zunächst auf die Geschichte des deutschen Handwerks, in der wir fanden, daß das blühende Gewerbe sank, als man die Errichtung eines selbstständigen Gewerbetriebes und die Niederlassung an einem Orte, vom Befähigungsnachweise, Wandern, edler Abstammung, von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Zunft,

der Verheirathung mit einer ehrbaren Jungfer, einer Meisters Wittwe oder Tochter, von genügenden Handwerkszeugen und Geldmitteln u. a. m. abhängig machte. Will die zünftlerische und feudale Richtung heute auch nicht grade so weit gehen, will sie nur etwa zwangsweise Lehrlings- und Gesellenprüfungen, die Unmöglichkeit von einem Berufe in den anderen überzuspringen, zwangsweise polizeilich beglaubigte Arbeitsbücher und Atteste, kriminelle Bestrafung der Kontraktbrüche auf Seiten der Gesellen, Gehilfen und Arbeiter, die erschwerte Ansiedelung bezw. namentlich erschwerten Verzug nach der Stadt und in die Fabrikcentren, so sind dies einstweilig der herrlichen Blüthen genug, die recht bald weitere reaktionäre Früchte zeitigen würden. Was aber das widerliche ist, es tragen diese Forderungen die Klassenherrschaft, den krassesten Egoismus an der Stirn, während sie sich als gesellschaftsrettende geriren. Vergift man denn ganz, daß damit natürliche Grundrechte angetastet werden, für die der Mensch das Höchste wagen darf?! — Sodann würden wir bei Einführung dieser Beschränkungen in der Kultur und dem gesammten Erwerbsleben einfach zurückgehen, wie bereits in den vorigen Abschnitten ausgeführt worden ist. Nur im Wettbewerbe auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit liegt der Fortschritt, weil sich da erst die Kräfte entfalten können. Nur so ist es möglich, die Natur mit ihren Gaben und Kräften uns unterzuordnen und immer mehr Befriedigungsmittel in den Kreis unserer Bedürfnisse zu ziehen. Die Fesseln der Konkurrenz sind auch die Fesseln des Geistes und der Materie! Jene Forderer klagen über Zuvielregiererei und bedenken nicht, daß dieser mit der Erfüllung ihrer Wünsche erst recht Thür und Thor geöffnet ist. Aber darauf kommt's ihnen nicht an, sie wollen auf Kosten der anderen ein bequemes und faules Dasein führen und die Generalpächter der Arbeitsfrüchte sein. Sie glauben durch die Herunterdrückung der Lebenshaltung der Gesamtheit ihre eigene zu erhöhen. Wir denken endlich aus der wirthschaftlichen Bevormundung der Regierungs- und Verwaltungsorgane herauszukommen und meinen die etwa nackte, ungesunde und brutale Konkurrenz durch Akte der freien Thätigkeit, durch Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit aus dem Felde schlagen zu können. Wir meinen aber auch, daß die gesetzgebenden Gewalten und die Regierungen des Satzes eingedenk bleiben werden, daß ein freies Volk sich leicht regieren läßt. —

Wenn der Gewerbetreibende mit vielen Anderen eine Reform der Steuern und Lasten und eine Verkürzung der Militärdienstzeit verlangt, sie ist er dies der Entwicklung seines Gewerbebetriebes nur schuldig. Es ist dabei an eine Verminderung der Abgaben und an eine Schwächung der deutschen Wehrhaftigkeit nicht gedacht. Der Staat bedarf mit wachsenden Aufgaben und territorialer Ausdehnung, wenn er seine Mission erfüllen will, der Einnahmen. Mit dem sich mehrenden Maße der Freiheiten und Rechte werden die Mehrforderungen an den Staatsbürger wachsen. Um was es sich aber handelt, ist, um eine dem Einkommen entsprechende gerechtere Vertheilung der Steuern und um die zu machenden Gegenleistungen seitens des Staates und der Kommunen, ferner um eine kürzere, die Ausbildung und Vervollkommenung des Gewerbes nicht hindernde und dabei doch die Schlagfertigkeit des Heeres nicht beeinträchtigende Militärdienstzeit. Eine Steuerreform ist heute nirgends mehr strittig, doch gehen die Wege und Mittel, um dazu zu gelangen, himmelweit auseinander. Die einen verlangen als Quelle der Einnahmen die Vermehrung der indirekten, also der Verbrauchssteuern, während die andern diese allmählig gänzlich beseitigt, und an ihre Stelle lauter direkte gesetzt wissen wollen. Die Vertheidiger jener machen geltend, daß sie weniger fühlbar und mit dem steigenden Konsum auch einträglicher sind, und daß sie auf Gegenstände, wie Branntwein, Bier, Tabak, zc. gelegt werden, welche zum Luxus gerechnet werden. Die Befürworter der direkten Steuern dagegen argumentiren wie folgt: Es sei die Nothwendigkeit theilweiser indirekter Steuern anzuerkennen, sie müssen aber auf wirkliche Luxusgegenstände zu liegen kommen. Branntwein, Bier und Tabak sind heute tägliche Verbrauchsgegenstände, da sie aus der Reihe der Luxus- und Genußmittel längst ausgeschieden. Ihre Versteuerung ist nicht blos gleichbedeutend mit der Vertheuerung täglicher Verbrauchsobjekte, was die Steuerpolitik niemals thun darf, sondern auch mit der Mehrbelastung des ärmeren Theiles der Bevölkerung zu Gunsten des begüterten, da es Steuerobjekte trifft, welche hauptsächlich von der großen Masse des Volkes konsumirt werden. Die Vermehrung dieser Steuern ziehe auch eine Vergrößerung des steuererhebenden Beamtenpersonals nach sich, schaffe also auch größere Ausgaben an Gehältern, Pensionen und Einrichtungen. Indirekte Steuern leisten

dem Schmuggel und der Durchstecherei Vorschub und tragen daher ein entsittlichendes Moment in sich, besonders aber bewirken sie, daß der Staatsbürger sich niemals über den wirklichen Bedarf des Staates und seine eigene Steuerkraft klar wird. Diesen Gründen fügt man als politische hinzu, daß in dem Maße das Budgetrecht der Volksvertretung vermindert werde, in welchem die indirekten Steuern sich vergrößern, denn bei der Verathung des Etatsvoranschlages ist unzweifelhaft auch nicht annähernd festzustellen, wie hoch sich der Ertrag der indirekten Steuern belaufen wird, zumal wenn man bedenkt, wie oft diese Erträge in einem Vierteljahr gegen dieselbe Zeit des Vorjahres oder gegen den Voranschlag selbst um Millionen variiren. Zieht man ferner die allgemeine Abneigung des Volkes gegen diesen Steuermodus und das Urtheil volks- und finanzwirtschaftlicher Kapacitäten, das dagegen lautet, in Betracht, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß auf die Dauer die direkte Steuer die einzig rationelle sein wird. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir die in jüngerer Zeit geüffentlich verbreitete Behauptung der Agrarier, als sei die Landbevölkerung und der Grund und Boden, gegenüber den Städten und den beweglichen Vermögensobjekten zu hoch belastet, in etwas zu widerlegen versuchen. In Preußen ist die Wirkung der Klassensteuerreform in der Weise verspürt worden, daß der dadurch eingetretene Steuererlaß vom Jahre 1874 an auf 8,797,678 Mk. sich belief, von welchem Betrage aufs platte Land ca. 7,800,000 Mk., auf die Städte aber nur ca. 900,000 Mk. entfallen sind. Dieses Ergebniß ist nicht überraschend, denn in den Städten sind heutzutage auch in den untersten Klassen nur verschwindend wenige Personen, die ein Einkommen unter 420 Mk. haben, wohingegen auf dem platten Lande das Gesinde für diese Kategorie ein reiches Kontingent stellt. Hier hat aber diese Maßregel die Wirkung einer Erleichterung nicht für den Steuerpflichtigen selbst, sondern für den Dienstherrn, welcher thatsächlich diese Steuer bezahlt. Man kann daher mit vollem Rechte sagen, jene 8—9 Millionen Mk. erlassener Steuern sind zum allergrößten Theil der Landwirthschaft zugute gekommen. Die Klassen- und Einkommensteuer vertheilte sich, um nur zwei Jahre, 1867 und 1875 herauszugreifen, auf Stadt und Land wie folgt: das platte Land brachte davon 1867, 34,161,447 Mk. und 1875 nur 30,201,810 Mk., also fast 4 Mill. weniger auf; die

Städte 1867, 31,205,175 Mk., und 1875 sogar 44,455,278 Mk., also ein Mehr von etwa $13\frac{1}{4}$ Mill. gegen 1867, und ein Mehr von etwa $14\frac{1}{4}$ Mill. gegen das platte Land im Jahre 1875. Auf den Kopf der Bevölkerung des platten Landes kamen 1867, 2 Mk. 8 Pf., 1875 nur 1 Mk. 85 Pf. also 23 Pf. weniger; auf den Kopf der Städter 1867, 4 Mk. 57 Pf. 1875 aber 5 Mk. 42 Pf. also 85 Pf. mehr. Der Städter zahlte 1875 pro Kopf an Klassen- und Einkommensteuer gegenüber der Landbevölkerung pro Kopf nicht weniger als 3 Mk. 57 Pf. mehr. Und da will man noch von Ueberbürdung des platten Landes reden! Uns ist nur ein Regierungsbezirk bekannt, wo die Landbevölkerung pro Kopf mehr zahlt als die der Städte, das ist Stralsund. Dort entfallen pro Kopf und Jahr 6,40 Mk. auf die Stadt, und 7,90 Mk. auf das platte Land. Das hat aber seinen Grund in den überwiegend kleinen ackerbautreibenden Städten. Auch die Lamentationen der Agrarier über ihre Doppelbesteuerung sind nicht stichhaltig. Diese trifft Stadt und Land. Hier Klassen- und Einkommen- nebst Grundsteuer, dort Gewerbe- und Gebäudesteuer. — Was die Städter besonders drückt und daher der genauesten Prüfung bei einer Steuerreform bedarf, scheint uns das Ueberhandnehmen der Kommunallasten im Gegensatz zu den Leistungen an den Staat zu sein. Die Ausgaben der städtischen Gemeinden werden durch Einfluß des Staates, wir erinnern auch hier an Schule, Minimalgehalt der Lehrer, Pensionsansprüche, Stadtbeamte, Polizei und Verwaltung, von Jahr zu Jahr so drückend, daß manche Stadt, 300 ja 500 % oft bis $\frac{1}{5}$ des Einkommens ihrer Bürger, an Kommunalabgaben erheben muß. Der Schwerpunkt dürfte sonach in der möglichsten Beseitigung der indirekten Verbrauchssteuern, der Einführung einer Einkommensteuer nach Selbsteinschätzung und der Auseinandersezung der Kommunen und des Staates in der Ueberlassung jetziger Staatssteuern an die Gemeinden, liegen. — Die Verkürzung der Militärdienstzeit forderten wir ebenfalls im Interesse der gewerblichen Entfaltung und fügen wir gleich hinzu, in Absicht disponibel werdender Mittel für Zwecke des Friedens. Wir sind weit entfernt, wie wir schon sagten, die Schlagfertigkeit, Wehrhaftigkeit und Tüchtigkeit des Heeres dadurch in Frage zu stellen, und wir schwärmen auch keineswegs für ein Milizsystem. Da wir nun einmal vermöge der nicht günstigen Lage Deutschlands, vermöge der uns gewordenen Feinde infolge der

legten uns aus politischen Nothwendigkeiten aufgedrungenen Kriege, vermöge des allgemeinen Glaubens, der Friede sei nur durch Kriegsbereitschaft aufrecht zu erhalten, tüchtig technisch ausgebildeter Streitkräfte bedürfen, so müssen wir gegen ein Milizheer sein, weil jenem niemals, wie die Erfahrungen in Amerika und die jüngsten in Frankreich dargethan, die zur hentigen Kriegsführung erforderliche Tüchtigkeit innewohnen wird. Da ferner alle Staaten um uns herum auf Kosten der Kultur der bewaffneten Macht Opfer bringen, und man diese noch der Staats-Existenz wegen erhöhen zu müssen meint, so können wir leider nicht zurückbleiben, wenn auch $\frac{10}{11}$ der Reichseinnahmen zu militärischen Zwecken Verwendung finden. Aber eins müssen wir verlangen und zwar dringend, daß die Aufwendungen fürs Heer im Einklange mit denen für friedlichere Kulturzwecke stehen, wenn nicht im Laufe der Zeit eine Ueberspannung der Kräfte und daraus folgende Erschlaffung der Allgemeinthätigkeit das traurige Ergebniß sein soll. Wir meinen daher, es würde mit einer 1—2 jährigen Dienstzeit dasselbe erreicht werden wie heute mit einer 3 jährigen. Mit konsequent und systematisch gehandhabter Sparsamkeit, der natürlich ein recht durch- und übersichtiges Militärbudget unterliegen müßte, mit sparsameren Zurdispositionsstellungen und im späteren Dienst- und Lebensalter erfolgenden Pensionirungen, (es geht bei anderen Staats- und Reichsbeamten nicht so rasch,) ließe sich eine erkleckliche Summe für andere Zwecke, die wiederum die Heerestüchtigkeit begünstigten, wir meinen für Schule und Erziehung, erübrigen. Der Generalfeldmarschall Graf v. Moltke sagte in der Reichstagsitzung vom 16. Februar 1874 zur Begründung des §. 1. des Reichsmilitärgesetzes*), daß die Schule der Punkt sei, wo der Hebel eingesetzt werden müsse, wenn wir uns auch gegen Angriffe von außen schützen wollen. Da aber, meinte er weiter, die Schule nicht die ganze Jugend in sich aufnehmen und die Mehrheit derselben nur auf einer verhältnißmäßig kurzen Strecke ihres Lebensganges begleite, so trete bei uns glücklicherweise da, wo der eigentliche Unterricht aufhöre, sehr bald die Erziehung ein,

*) Dieser Paragraph lautet: „die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis zum 31. December 1881, 401,659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedens-Präsenzstärke nicht in Anrechnung.“

und keine Nation habe bis jetzt in ihrer Gesamtheit eine Erziehung genossen wie die unsrige durch die allgemeine Wehrpflicht. Mit der v. Moltke'schen Erklärung sind wir einverstanden. Auch wir wollen die allgemeine Wehrpflicht, wenn auch weniger als Erziehungsmittel als wegen ihres echt demokratischen und patriotischen Charakters, aber wir wollen die Erziehung zur Tüchtigkeit im Heere mit der allgemeinen und beruflichen Erziehung zusammenfallen lassen, und das Erziehungswert nicht bis in die Zeit vom 20.—23., sondern vom 14.—18. Lebensjahre unserer angehenden Staatsbürger verlegen. Dehnen wir, mit Hilfe der Gesetzgebung, insbesondere mit Staatssubventionen, die Erziehung, wie im zweiten Abschnitte gezeigt worden ist, über das 14. Jahr hinaus, wo der jugendliche Geist empfänglicher und aufnahmefähiger ist, legen wir weiter in jene Zeit Gewicht auf körperliche Ausbildung und Gewandtheit, so werden unsere Rekruten an Geist und Körper tüchtiger und vorge schulter sein, so daß sehr leicht mindestens 1—1½ Dienstjahre erlassen werden können. Wenden wir vollends den ersparten Aufwand der weggefallenen Dienstzeit für die Zwecke jener Erziehung auf, so würde geradezu Erstaunliches geleistet werden, wenn man bedenkt, daß uns das Militär pro Mann und Jahr 225 Thr. = 675 Mk. kostet. Dieses flüssig gewordene Kapital aber würde der militärischen Tüchtigkeit nicht allein zugute kommen, indem eine schnellere technische Ausbildung möglich wäre und die Intelligenz des Heeres stiege, sondern es vermehrte die Gesamtbildung und Leistungsfähigkeit der Nation. Hier, meinen wir nun, ist der Hebel einzusetzen, um eine nun einmal-unvermeidliche, unproduktive Institution, wie die Armee, durch die erhöhte Produktionsfähigkeit des Volkes selbst, leichter ertragen zu können. Es läge ein hoher Akt ausgleichender Gerechtigkeit darin, wenn in dieser Weise unser Armeewesen sein aufgelaufenes Konto saldirte. Die Uebelstände, die eine dreijährige Dienstzeit, die Einberufung zu den Uebungen u. a. m. für den jungen Gewerbsmann namentlich im Gefolge haben, glauben wir nicht näher darthun zu müssen, da sie bekannt sind. Nur vorübergehend machen wir auf die unterbrochene gewerbliche Ausbildung, auf den Verlust an Kenntnissen und Fertigkeiten im Gewerbe durch dreijährigen Nichtbetrieb, auf die Nothwendigkeit nach absolvirter Dienstzeit gleichsam von vorn wieder anfangen zu müssen, und auf den Zeit- und materiellen Gewinnverlust aufmerksam. —

Wir verlangen ferner das energischere Eingreifen des Staates, der Verwaltung, der Gesetzgebung und der Kommunen in das Schul- und Erziehungswesen. Wir wollen uns mit Beschuldigungen nicht abgeben, da wir der Ansicht sind, daß vor- auf wenig Zeit und Mittel waren, besonders in Preußen, für die Erziehung des Volkes thatkräftiger und den Zeitanforderungen gemäß einzugreifen. Wir wollen auch annehmen, daß in der Masse des Volkes das Bedürfniß hierzu noch nicht erwacht war. Beide Hindernisse sind aber beseitigt. Wo es sich um die wichtigsten Interessen der Nation, die Heranbildung des Volkes, handelt, wird es Zeit und Mittel geben, und wir haben bereits oben die hierzu zu erschließende Quelle angedeutet. Durch alle Schichten des Volkes, insbesondere im Gewerbe- und Arbeiterstande, hat man die Nothwendigkeit eines erhöhten Maßes von Bildung und Intelligenz, und die Gelegenheit zu weiterer Vervollkommnung in hervorragender Weise ausgesprochen. Die Gegner sind in der Minderheit oder werden von selbstsüchtigen Zwecken geleitet. Wie groß das Bedürfniß und das Verlangen nach Befriedigung ist, beweisen nicht nur die stets steigenden Aufwendungen der Gemeinden, sondern auch die Opfer der Eltern, die für die Ausbildung der jüngeren Generationen gemacht werden. Den Kommunen fehlen aber theils die materiellen Mittel, theils die erzieherischen Kräfte, wir verweisen nur auf den fühlbaren Lehrermangel und die unzureichende Besoldung der Lehrer, theils ist aber auch unsere Erziehung von einer nicht einladenden Beschaffenheit. Insbesondere tönt eine Klage durch's ganze Land, daß die Ausbildung in den höheren Fächern des Wissens und in der abstrakten Gelehrsamkeit, auf Kosten des allgemeinen Wissens und der konkreten Wissensgegenstände vor sich gegangen ist. Man wünscht daher das Vorherrschen der realen Unterrichtsgegenstände ohne den ideellen Eintrag zu thun. Man verweist u. a. mit Recht auf die Ueberbürdung des Gehirns mit Gedächtnis, während das selbstständige Denken darunter leidet. Die Mühler'schen Regulative in Preußen sind zu bekannt, als daß wir darauf näher hier eingehen sollten. Hervorheben wollen wir jedoch, daß der Naturgeschichte, Mathematik, dem Zeichnen und der vaterländischen Geschichte, gegenüber der Religion zu wenig Beachtung geschenkt wird. Ist es nothwendig, daß ein Kind der Volksschule mit der Geographie

Palästinas gequält wird, während es die seiner Heimathprovinz nicht kennt? Daß es den Weg zu beschreiben weiß, den die Kinder Israels bei ihrem Auszuge aus Egypten einschlugen, während es nicht versteht, daß zwischen zwei Punkten die grade Linie die kürzeste ist? Daß es die israelitischen Könige am Schnürchen herunterzählt, während es nicht weiß, ob Deutschland ein König- oder Kaiserreich ist? Daß es die persönliche Himmelfahrt Christi glaubt, während ihm nicht gelehrt wird, daß, wäre Christus mit der größten Geschwindigkeit aufgestiegen, er heute noch am Ziele anlangen sollte? In den höheren Lehranstalten ist es nicht viel besser. Wir gehen da bis zum 20. Lebensjahre und länger bei den Römern und Griechen in Kost und können unsere eigenen nationalen Gerichte nicht verspeisen, geschweige denn verdauen. Wir glauben demnach ein Recht auf eine dem praktischen Leben mehr entsprechende Erziehung beanspruchen zu müssen. Zur Reform der Volksschule und der höheren Lehranstalten, wie nicht minder zur Einführung der allgemeinen Fortbildungsschule, reicht die Selbsthilfe nicht aus, weshalb wir das Eingreifen der Gesellschaft, bezw. des Staates verlangen. Wie der Staat zum Theil, — zum Theil thun es auch die Gemeinden — für die Ausbildung seiner höheren Beamten Sorge trägt, so muß ihm auch an einer durchgreifenderen technisch-praktischen Erziehung des Gewerbe- und industriellen Standes liegen, denn aus diesem Boden heraus wachsen vornehmlich die staatserkaltenden Steuerzahler und die Kräfte, welche auf dem Wirtschaftsgebiete mit dem Auslande konkurriren und dem Vaterlande eine achtunggebietende Stellung im Kulturleben der Erde erringen sollen. Wie sehr wir auch hinsichtlich der Erziehung zur gewerblichen Thätigkeit an die Initiative der Gewerbetreibenden selbst appellirt haben, so müssen wir doch sagen, daß all' dieses Bemühen nicht den nothwendigen Effekt haben wird, wenn nicht der Staat und die Gesetzgebung helfend und fördernd eingreifen. So fehlt es vor allem an Lehrern, nicht blos für die Volksschule, sondern auch für die gewerblichen Lehranstalten. Es ist daher nothwendig mit der Errichtung von Lehrerseminarien vorzugehen. Um die Lust zur gewerblichen Ausbildung zu erhöhen, müßte von dem regelmäßigen und erfolgreichen Besuche der Fachschule z. B. die Berechtigung zu einer geringeren Militärdienstzeit abhängen. Zur Anlegung solcher Anstalten bedarf es reichlicher staatlicher und kommunaler Subventionen. Wir

acceptiren dankbarst das geringste Entgegenkommen, und können nur versichern, daß mit der Annäherung des Staates an den gewerbetreibenden Stand diesen neue segensreiche Hoffnungen beleben und allmählig die düsteren Schatten extremer Richtungen verschwinden werden. *) — Wie schließlich die ganze Lebensauffassung eine falsche, das heißt einseitig übertriebene sein kann, wenn die reale Seite bei der Erziehung eines Volkes in den Hintergrund gedrängt wird, hat Friedrich Rapp in seiner Einleitung zu Benjamin Franklin's Leben treffend gekennzeichnet, indem er sagt: „Wir sind in richtiger Würdigung des Erwerbes von Geld zur Erreichung geistiger und sittlicher Zwecke noch bedeutend hinter den materiell entwickelteren Nationen zurück. Es ist Jahrhunderte lang unser nationales Unglück gewesen, daß wir uns eingebildet haben, wir könnten den Himmel stürmen, wenn wir auch keinen Heller in der Tasche hätten, und den Völkern der Erde ein entscheidendes Wort drein reden, wenn wir nur von idealem Schwung und uneigennütziger Begeisterung getragen wären. Wir vergaßen bei dieser groben Selbsttäuschung leider den realen Faktor, daß der, welcher Hunger hat, selten auf die Dauer ein Held ist, und daß ein öffentlicher Charakter, der aus einer Hand in den Mund lebt, leicht ermüdet oder von seinem Gegner noch leichter müde gemacht wird.“ — Und dann weiter: „Ich kannte und kenne deutsche Väter, welche es mit ihren Söhnen zwar gut meinten, aber ihnen aus falschem Idealismus tagtäglich die Abgeschmacktheit predigen, es sei schimpflich und eines freien Geistes nicht würdig, für den Erwerb zu arbeiten, anstatt daß sie ihnen hätten rathen sollen, durch unverdrossene Arbeit möglichst viel Geld zu verdienen, das also Gewonnene aber zu ihrem eigenen und ihrer Mitmenschen Besten möglichst edel zu verwenden. Solche Lehren erzeugen leicht arme Bürger und gefügige Werkzeuge, welche selten

*) Wir müssen uns hier der weiteren Ausführungen und der specielleren Wünsche und Vorschläge enthalten, da solche von kompetenter Seite gemacht worden sind. Zur näheren Information und Belehrung verweisen wir daher auf die trefflichen Schriften von Dr. R. Nagel „Gewerbliche Fortbildungsschulen“ und von Dr. Karl Bücher „Die gewerbliche Bildungsfrage etc.“ Nicht minder lehrreich ist Dr. F. Beck's „Was können und sollen Gewerbe, Ackerbau und Handel zu ihrer Hebung von der Schule verlangen?“ Berlin, 1877, bei Carl Heymann.

im Leben den erhebenden Stolz des unabhängigen Mannes kennen lernen.“ —

Wie sehr wir auch bei der als nothwendig erkannten Ordnung des Lehrlingswesens die freie Thätigkeit der Interessenten betont haben, soweit es sich um die Anregung zur Gründung, die Gründung selbst und Erhaltung von Fortbildungs- und Fachschulen und deren Besuch, um Regelung des Verhältnisses zwischen Lehrherr und Lehrling bezw. Eltern und Vormünder und der Lehrherren untereinander handelt, so können wir dabei doch nicht ganz auf die gesetzliche Hilfe verzichten. Was bei der Lehrlingsfrage staatlicher- und kommunalerseits hinsichtlich der Schulen zu thun ist, haben wir bereits an den betreffenden Stellen angedeutet, hier interessirt uns nur noch die Frage der Regelung des Arbeitsverhältnisses, und wenn wir hier das Eingreifen der Gesetzgebung fordern, so geschieht es, um die gewissenhaften Lehrherren und Eltern vor den gewissenlosen zu schützen, und einen erzieherischen Einfluß auch gesetzlich auszuüben. Nur aus diesen Gründen wünschen wir in die Reichsgewerbeordnung aufgenommen:

1. Daß zum rechtsgültigen Bestehen des Lehrverhältnisses die Abfassung eines schriftlichen Lehrvertrages nothwendig ist, in welchem Bestimmungen über Probezeit, Lehrzeit, Lehrgeld bezw. Arbeitsbedingungen und Lehrgegenstand enthalten sind;
2. daß der Nachweis des Arbeitsverhältnisses bis zum 18. Lebensjahre zu führen sei;
3. daß die Bestrafung desjenigen Meisters oder Arbeitgebers, welcher einen der Lehre widerrechtlich entlaufenen Lehrling ohne Einwilligung des vorigen Lehrherrn und der Eltern bezw. Vormünder in die Lehre oder Arbeit aufnimmt, eintreten muß, und
4. daß die Schutzbestimmungen für Kinder und jugendliche Arbeiter in den Fabriken auch auf die Lehrlinge ausgedehnt werden.

Bei diesen Forderungen wollen wir aber nicht mißverstanden werden, denn wir legen immerhin noch das Hauptgewicht auf die freie Thätigkeit, da das Gesetz im besten Falle nur die Form geben, die Paktirenden und Interessenten den Geist der gewissenhaften Ausführung und Befolgung hineintragen müssen. Am dringendsten scheint uns das unter Nr. 3. und 4. Geforderte zu sein. Die mit

Recht beklagte Zuchtlosigkeit, das Entlaufen der Lehrlinge nach meist zurückgelegter halber Lehrzeit wurzelt vornehmlich in der schmutzigen Konkurrenzsucht gewisser Meister und der Nachlässigkeit der Eltern. Ist die Annahme eines widerrechtlich entlaufenen Lehrlings ohne Einwilligung des vorigen Lehrherrn und der Eltern strafbar, so wird das alte Lehrverhältniß entweder wieder aufgenommen oder regelrecht gelöst werden müssen, wenn nicht schlechterdings ein Bagabund erzogen werden soll. Im letzteren Falle träte ja auch die überall einzuführende obligatorische allgemeine Fortbildungsschule und der durch die bessere Gesamterziehung gepflegte und gute Geist der jüngeren Generation korrigierend ein. Selbst den schlimmsten Fall angenommen, Schule, Haus und Lehrherr wären ohne jede Macht einem solchen Individuum gegenüber, so haben die Landesgesetze stets noch Mittel übrig den Besserungsversuch zu wagen. Hilft auch der nicht, nun — Strolche wird es immer geben. Die Schutzbestimmungen der Kinder und jugendlichen Arbeiter in den Fabriken auch auf die Lehrlinge auszudehnen, ist ein so echt humanes Verlangen, daß man über die Einwendungen erröthend zur einfachen Tagesordnung übergehen und grade weil Einwendungen gemacht werden, jenen Schutz dekretiren müßte. Die Nothwendigkeit solcher Bestimmungen noch näher zu begründen, hieße dem deutschen Lehrherrn Schamlosigkeit zutrauen, und wo sie angetroffen wird, müssen die Genossen zur Ehre der Menschheit und des Gewerbes energisch Remedur schaffen.

Zur sachgemäßen und schnelleren Regelung des Arbeitsverhältnisses aller Interessenten halten wir Normativbestimmungen für gewerbliche Schiedsgerichte und Schieds- und Einigungs-kammern nach Kettle'schem System für unerläßlich. Eine obligatorische Einführung können wir nicht rathen. Das Bedürfniß hierzu ist nicht allgemein genug, das Verständniß noch nicht genügend geweckt; es fehlen uns auch an den meisten, insbesondere kleineren Orten, die Menschen dazu und nicht selten die Mittel. Wo aber diese nothwendigen Voraussetzungen vorhanden sind, da werden Normativbestimmungen genügen zur Errichtung solcher Institute, die vornehmlich mit rasch wirkender exekutiver Gewalt ausgestattet sein müssen. Nur im äußersten Nothfalle, und der liegt nicht vor, darf der Gesetzgeber in private Wirthschafts- oder ähnliche Verhältnisse eingreifen. Er würde damit mehr schaden als nützen, denn, wie schon an anderer Stelle gesagt,

muß das, was Vertrauen im Volke finden soll, aus dem Volke selbst hervorgehen.

Ein größeres Allgemeininteresse der Behörden wie bisher, ist für das Gewerbe mehr als erwünscht. Es ist nicht immer eine gesetzliche Verpflichtung hierzu erforderlich, es ließe sich da durch Winke, Hinweise und Unterstützungen viel thun. Ein wohlthätiger, anregender Anfang ist schon gemacht worden. Wir gedenken dabei an die Subvention der Königl. sächsischen Regierung zum Bau der Blecharbeiterfachschule zu Aue, an die zugesagte Unterstützung der preuß. Regierung zur Errichtung einer Tischler- und Holzbildhauer-Fachschule zu Magdeburg, an die Beihilfen derselben Behörde zur Ausstattung des deutschen Gewerbemuseums, an die Theilnahme und des Entgegenkommen, die die gen. Regierung den Vaugewerkschulen angedeihen lassen, an die Maßnahme des bayerischen Ministeriums für Handel und Gewerbe hinsichtlich der Aufbesserung des Gewerbestandes, und ganz besonders an die mehr als 25jährige, durchaus musterghltige Thätigkeit der Württembergischen Regierung zur gewerblichen und industriellen Entwicklung des Landes. Außer vielem schon früher Angeführten ist da vornehmlich der Beirath praktischer Männer hervorzuheben, damit nicht alles vom grünen Tische aus gemacht werde. Wir erinnern weiter an die Reichserhebungen über das Verhältniß der Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter zu ihren Lehrherren und Arbeitgebern, und über das Verhältniß der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken. Der betretene Weg muß weiter ausgearbeitet und fleißiger begangen werden. Es würde sich empfehlen, wenn durch vorgelegte Fragebogen die gewerblichen Vereine zu regelmäßig wiederkehrenden statistischen Erhebungen und zur Deposition von Ansichten und Wünschen veranlaßt, und die gewonnenen Resultate in zweckdienlicher und preismäßiger Weise dem Publikum zugänglich gemacht würden. Offen gestanden stehen wir den gewerblichen Verhältnissen wie einer Fata Morgana gegenüber, und droht einmal die Gewerbsmaschinerie, wie jetzt, ins Stocken zu gerathen, so schauen wir nach einem deus ex machina aus.

Hat man doch erst bei der letzten Volkszählung eine Gewerbe-zählung mit veranstaltet, und alle Welt war erstaunt zu hören, daß im Kleinbetriebe unendlich mehr Menschen beschäftigt sind als bei der Großindustrie. Dieser Thatsache gegenüber muß man fragen,

ob es recht war, bisher überall den handwerksmäßigen Betrieb auf Kosten der Fabriken zu vernachlässigen? Wenn wir da mit einem „Nein“ antworten, so bleibt uns aber auch das Bekenntniß nicht erspart, daß es uns bislang an genügendem Einblick in die gewerblichen Verhältnisse gebrach, und daß diese Lücke auszufüllen eine unserer Hauptbeschäftigungen der nächsten Zukunft sein muß. Dem Mangel einer sorgfältigen und ausgebildeten Statistik, und dem Mangel der lebendigen Theilnahme der Gewerbetreibenden dabei, ist es nicht zum geringsten zuzuschreiben, wenn zum Schutz und zur Förderung der Gewerbe die seltsamsten Anforderungen gestellt, und wir auf den Experimentirboden gedrängt werden.

Um aber alle die gewerblichen Fragen, Verhältnisse und Beziehungen mit Erfolg und systematisch verfolgen und pflegen zu können, halten wir die Bildung eines *Gewerbeministeriums*, wohl getrennt, aber nicht ohne Fühlung mit dem Handels- und Landschaftsministerium, für sehr nothwendig. Es ist gar kein Grund vorhanden, warum beispielsweise der Landwirthschaft im Ministerium ein eigener Ressortchef gegeben ist, und dem Gewerbe nicht! Zu thun gibt es wahrlich genug! — —

Schl u ß w o r t.

Wir stehen am Schluß unserer Aufgabe und maßen uns nicht an, dieselbe gelöst zu haben. Wir können nur wiederholen, daß wir im bescheidenen Kreise und Umfange mitwirken wollten. Was wir niedergelegt ist nicht neu, aber im Zusammenhange genommen doch der Beachtung nicht unwerth. Auch ist das Neue nicht immer gut und viel Altes noch lange der vollen Beachtung und des harmonischen Ausbaues werth. Vieles wird im ersten Augenblicke recht unwichtig erscheinen, weil es zu sehr in das Gebiet der Alltäglichkeit greift, wir möchten aber daran erinnern, daß der Tropfen den Stein höhlt, und eine Menge Vernachlässigungen auch der scheinbar geringsten Bedeutung, schließlich unerseßlichen Schaden anzurichten im Stande sind. Vielleicht ist es auch ein Fehler des Deutschen, daß er bislang zu wenig begriff und verstand, wie das Geringe und Alltägliche die Unterlage der höheren Entwicklung und Vervollkommenung ist und daher der Pflege besonders bedarf. Auch der noch zu allgemein unter den Handwerkern verbreitete Glaube, es sei eine intensive, anhaltende, den ganzen Handwerker als Mensch, Gemeinde- und Staatsbürger erfassende Thätigkeit nicht nothwendig, hat sie bisher noch nicht wieder auf die Stufe der Entwicklung und Macht erhoben, auf der sie im 14. und 15. Jahrhunderte zum Stolze und Segen des Vaterlandes gestanden haben. Weit über allen Ständen der Gesellschaft muß der Gewerbetreibende seinen Platz suchen, denn er repräsentirt, das ist eine historische Thatsache, den das Ganze zusammenhaltenden Mittelpunkt, und er birgt in sich die Grundlage nationaler Bildung,

Gesittung und nationalen Reichthums. Er soll durch seinen Fleiß, der auf theoretischer und praktischer Ausbildung beruhen muß, durch seine Sparsamkeit besonders im Kleinen, durch seine Lebenshaltung und Stellung die andern mehr oder weniger extremen Parteien des socialen Lebens, verbinden. Ewig alt, aber auch ewig wahr ist der Gedanke, daß nur auf einem gesunden Mittelstande die Sicherheit der Staatsgemeinschaft gefestigt wird. Wir halten daran fest und behaupten, daß es heute noch so ist und in Zukunft noch mehr sein soll. Alle gegentheiligen Behauptungen weisen wir zurück, insbesondere aber die der jüngsten Zeit, daß der Mittelstand, der selbstständige Kleingewerbetreibende, unaufhaltsam der Unselbstständigkeit verfallen und eine Beute der Großindustrie geworden sei. Das ist entweder Schwarzseherei, gedankenloses Nachplaudern oder gewissenloses, tendenziöses Agitationsmittel. — Technische und maschinelle Einrichtungen und Erfindungen befördern zwar die Ausdehnung der Massenproduktion, sie sind aber auch gegenüber der steigenden Bevölkerung und der sich täglich mehrenden Ansprüche und Bedürfnisse nothwendig. Man denke sich die Befriedigung des heutigen Bedarfes auf die Erzeugnisse des handwerksmäßigen Betriebes angewiesen, so ist ein Zurückschrauben der Bedürfnisse die unausbleibliche Folge und nach derzeitigen Begriffen schließt dies in sich den Verfall der Kultur. Es ist rein unmöglich durch die Handwerksstätte die auch nur nothdürftigst ausreichenden Mittel zu beschaffen. Das rasche Auftauchen und die immense Verbreitung der maschinenmäßigen Produkte, verbunden mit dem ausgedehnten Verkehrsweisen und dem Hineinbeziehen der Wissenschaftsresultate in die Industrie, überraschten nur den sonst bedächtig vorwärts schreitenden Deutschen, so daß dem Gewerbetreibenden bangte, zumal es beliebt wurde, ihm bange zu machen. Wir haben das Vertrauen zu des Deutschen Ruhe, daß er diese neue Erscheinung gewerblich-revolutionären Charakters nüchterner ansehen wird, und wir hoffen von deutscher Fähigkeit und Intelligenz, daß der industrielle Fortschritt dem Handwerke selbst zu Diensten stehen wird. Die Thatfachen lehren dies schon. In die Handwerksstätten ziehen Werkzeugmaschinen, Maschinen u. dgl. ein, und erleichtern nicht nur die Arbeit, sparen an Material und Zeit, sondern spornen zu weiterer Anschau und Vervollkommnung an. In der erfreulichsten Weise fangen die Handwerker an zu benutzen die neueren Einrichtungen

der Kreditinstitute, wie Vorschußvereine und Volksbanken, die Institute der beruflichen Erziehung, wie technische Lehranstalten und Fachschulen, und die Anstalten der Versicherung, wie Feuer-, Lebens-, Kranken-, Begräbniß- u. dergl. Kassen. Dringend ist nur eine noch regere und allseitigere Betheiligung zu wünschen, die auch, wie wir hoffen, mit der Verallgemeinerung wirthschaftlicher und socialer Kenntnisse, erfolgen wird. — Durch die Großindustrie sind aber auch eine Menge neuer handwerksmäßiger Betriebe ins Leben gerufen worden, die Tausenden die selbstständige Existenzbegründung ermöglichen. Es ist auch nicht zu beklagen, daß die Fabriken der kleineren Werkstätte die weniger Kunstfertigkeit und geistige Anstrengung erheischenden Erzeugnisse entzogen haben, denn dadurch vornehmlich werden wir dem Kunstgewerbe unsere ungetheilteste Aufmerksamkeit zuwenden müssen, Kunstgeschmack und Sinn allgemein wecken. Darin liegt auch ein Gewinn für die ethische Entwicklung der deutschen Nation. Sodann darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Großindustrie des Kleingewerbes, und mit seiner Vervollkommenung zum Kunstgewerbe, auch des letzteren bedarf. Jemehr die Erkenntniß dieses Umstandes in den theilgenommen Kreisen Eingang finden wird, desto mehr werden die heute noch feindlichen Brüder, Fabrikant und Handwerker, die Punkte ihres gemeinsamen Interesses erkennen und die jedem eigenthümlichen und getrennten Betriebsfelder respectiven lernen. Der so zustande gekommene Friede wird der nationalen Wohlfahrt unschätzbaren Vorschub leisten.

Nebenhin will es uns scheinen, als ob ein Vergleich mit anderen Industriestaaten nicht korrekt gezogen werden kann, da wesentliche Vergleichsmomente fehlen. Eine vervollkommnetere Industrie Englands und Frankreichs beispielsweise der Deutschlands gegenüber beweist nichts zu unseren Ungunsten. Dort bildet die territoriale Lage, das höhere Alter der Industrie und ein stark ausgebildeter älterer nationaler Geist gewichtige Gründe tüchtiger gewerblicher und industrieller Leistungsfähigkeit. Wir werden es uns angelegen sein lassen, durch angestrenzte Arbeit in einigen Jahrzehnten auf dem Turnierplatze menschlicher Thätigkeit mit Erfolg eine Lanze brechen zu können. Den Ritterschlag meinen wir längst verdient und erhalten zu haben. Wir möchten auch hier die allmählig laut gewordene Ansicht registriren, daß Deutschland seiner Lage wegen besonders auf das Kunstgewerbe

angewiesen ist. Insgesammt scheint Industrie und Gewerbe der Neuzeit noch nicht in dem Stadium angelangt zu sein, in welchem bei nationaler und lokaler Etablirung derselben gewissenhaft auf die Vorbedingungen Bedacht genommen wird, die nationale und lokale Verhältnisse bieten. Der Zweck und Charakter unserer Schrift gestattet uns nur diese Ansicht anzudeuten, die wir insofern erweitern wollen, als wir noch hinzufügen, es wird auf dem Gesamthätigkeitsgebiete der Menschheit eine größere Arbeitstheilung nach Nationen unter Berücksichtigung ihrer Anlagen, Befähigungen, Bodenbeschaffenheit, Klima und Naturprodukte vor sich gehen, als es bisher geschah oder nur möglich war. Natürlich wird dieser Prozeß langsam reifen und zunächst in den einzelnen Völkern und Nationen zum Aus-
trage kommen.

Der Handwerker ist nun bei und in seiner Arbeit angewiesen zu dieser Ausbildung beitragen zu helfen. Wie viel er da zu leisten hat, kann nicht einmal annähernd, geschweige denn ziffermäßig festgestellt werden. Soviel aber ist zu fordern, daß einem Jeden dieses große Ziel vorschwebt, und mit Bestimmtheit muß gesagt werden, daß hierzu keine Leistung zu gering ist. Das in den vorausgegangenen Abschnitten Verlangte wird nur die nothwendige Vorarbeit eines wesentlichen Bruchtheils der Menschen ausmachen, die diesem Bruchtheil in unserem Zeitalter zufällt und, die auf dem Boden vereinter Thätigkeit der Gewerbsgenossen geleistet werden muß. Die genossenschaftlichen Vereinigungen zu Verfolgung geistiger und materieller Zwecke werden sich weiter vermehren und entwickeln, und wäre dies nicht der Fall, so müßte auf die Dauer der nackte Egoismus das ganze Gesellschafts-
leben zum Fluch der Menschheit inficiren. Unmenschliches Entbehren auf der einen und unmenschliches Genießen auf der anderen Seite wären das bedauerliche Los, bedauerlich, weil bei beiden der Lebens-
zweck, möglichst geistig und materiell erhöhte Lebenshaltung der Gesamtmenschheit, aus den Augen verloren ginge. Wie bedauerlich man die einseitige Entwicklung oder die Anbetung der Materie finden mag, nicht minder beklagenswerth ist auch das Entgegengesetzte. Mögen auch Geist und Materie, oder Idealismus und Materialismus, oder wie man diese Gegensätze nennen mag, eine Zeit lang getrennt gehen, sie müssen, es ist dies ein Naturgesetz, zur gedeihlichen Wechselwirkung zurückkehren. Die Anzeichen für diese Rückkehr

mehren sich täglich, und wir finden sie auch auf dem gewerblichen Gebiete. Man erkennt nicht allein die Allianz der Theorie und Praxis als eine Nothwendigkeit an, sondern man fordert und übt auch immer mehr die Pflege der Ethik und Sittlichkeit auf dem Wirtschaftsgebiete. Nur möge man sich hüten, diese wirtschaftliche Sittlichkeit oder sittliche Wirtschaftlichkeit mehr des „Gottes Lohns“ als der „Menschlichkeit“ wegen zu betonen und zu üben. Im ersteren Falle verlieren wir die eigene sittliche Herrschaft nur zu leicht über uns selbst und dienen schließlich aus Egoismus, während im letzteren Falle der Mensch das Gute des Guten wegen thun lernt. Und darin allein liegt die werththätige Religion. — Jedes künstliche und daher nicht natürliche Eingreifen in dieses Werden würde nur Störung hervorbringen und die Schöpfung verzögern. Nachhelfen aber müssen wir, um die Wässer die Ufer nicht überfluthen und die Anbauungen nicht zerstören zu lassen. Wie bei der Regulirung eines Stromes Rücksicht zu nehmen ist auf den Fall und die Sohle des Bettes, das Oberwasser, die Zuflüsse und die ganze landschaftliche Umgebung von der Quelle bis zur Mündung, so ist beim Eingreifen in die Gewerbeentwicklung Bedacht zu nehmen auf den Verlauf und die Unterlage, Vor- und Ausbildung des Gewerbewesens, auf die historische Vergangenheit, die das Gewerbe beeinflussenden Nebenumstände, seine Stellung zu anderen Thätigkeitsgebieten und seine Beziehungen zu fremdländischen Erzeugnissen. Das Studium all dieser Erscheinungen ist um so schwieriger, als wir überall mit dem Menschen als einem schwer vom Gewerbe trennbaren Objecte zu rechnen haben, das wir nicht nur als Individuum, sondern auch als Kollektivwesen nehmen müssen. Gerade die Trennung des Menschen von dem Produkte des Wirtschaftslebens, d. h. die um sich gegriffene Anschauung, daß im Vordergrunde des Wirtschaftslebens die Waare, die materielle Gütererzeugung, und nicht der Mensch, für dessen Bedarf doch eigentlich nur produziert wird, stehe, hat die entsittlichte Wirtschaftlichkeit und das Vorherrschen des Materialismus erzeugt. Die sog. besser situirten Stände müssen vorerst umkehren, ehe allgemein größere Sittlichkeit in unser Erwerbsleben einziehen kann. Weil, wie oben gesagt, die Waare vorherrscht, ist die sociale Frage von heute zu einer Magenfrage zugespitzt worden, während sie bedeutend

mehr, ja alles ist und umfaßt was den Menschen berührt und bewegt, eine Menschheitsfrage. Ihr Hauptziel muß sein das Aufgehen des Einzelnen für die Gesamtheit, weshalb man die Kunst, das Wohl des Einzelnen zum Wohle der Gesamtheit zu heben, üben möge. Diese Kunst ist echt demokratisch und wird in dem Maße in die Volksthätigkeit aufgenommen werden, in welchem das konstitutionelle Regime und die Selbstverwaltung sich ausbauen. Darin liegt die mittelbare Nothwendigkeit einer volksthümlichen, freien Politik und Verwaltung zwecks erhöhterer Erwerbsthätigkeit, wie nicht minder die dauernde Anregung zum allgemeinen genossenschaftlichen Zusammenschluß, und dieser Ansicht entspringen hauptsächlich die von uns seitens der Gesetzgebung geforderten Maßnahmen.

Erst wenn das richtige Verhältniß des Einzelnen zur Gesamtheit und das der gesetzgeberischen Aufgaben zur privaten Thätigkeit sich herausgearbeitet haben wird, kann der jetzt herrschende Einzelkampf ums Dasein gemildert werden und seinen zuweilen recht verzweifelten Charakter verlieren. In diesem Ziele liegt die Erlösung von der socialen Frage, und wir befinden uns auf der ganzen Linie erst bei den Vorbereitungen zu den wirklich helfenden Mitteln. Diese Erlösung und diese Mittel dürfen aber niemals zum Abschluß gelangen oder als abzuschließend gedacht werden, wenn nicht der Kulturstillstand und somit der Rückschritt eintreten soll. Vor allem gilt es, die naturgemäß auf einander angewiesenen Gesellschaftsklassen, die heute schärfer denn je geschieden sind, zu einen. Auf der äußersten Linken sind die die Gesellschaftsordnung zersetzenden, und auf der äußersten Rechten die orthodox-feudalen Elemente wach gerufen worden. Wie überall, so berühren sich auch hier die Extreme. Beide Richtungen kommen auf die Erstickung des Individuums, der persönlichen Freiheit, hinaus. Bei keiner sehen wir Licht und Schatten gleichmäßig vortheilhaft vertheilt. Dort opfert man dem Götzen der Materie unter der heuchlerischen Maske der Brüderlichkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit, hier dem des blinden Glaubens und Gehorsams, unter dem kulturfeyndlichen Zeichen der Entfagung und der Kasteiung. Das Richtige liegt in der Mitte und will in ernster Arbeit errungen und gepflegt sein. Die Menschheit darf weder im Genuße verthieren noch im Autoritätsglauben verdummen. Alles zu seiner Zeit, alles am gehörigen Plage und besonders das eine das andere ergänzend. Man fasse den Menschen

und die Menschheit als ein Ganzes auf, wie Geist und Materie unzertrennlich verbunden und auf einander angewiesen sind; wo der eine Mensch wie der andere, der eine Stand wie der andere, nothwendig sind, und jedes ein Glied an der großen menschlichen Entwicklungskette ist. Werden wir zu dieser Ueberzeugung uns durchgerungen haben, dann wird in uns allen lebendig geworden sein „das Bewußtsein der socialen Verantwortlichkeit.“ —

Zur Weckung dieses Bewußtseins haben wir durch vorliegendes Schriftchen beitragen wollen, indem wir die von uns im wechselvollen Leben gemachten Erfahrungen, soweit sie das Handwerk berühren und zu dessen Bessergestaltung durch Selbsthilfe etwas zu leisten vermögen, hier zusammentragen. Jeder in seiner Lebenslage und Stellung hat als echter Maurer an dem großen Menschheitsbau sich zu bewähren, und kein Stein soll der Prüfung entzogen bleiben, ob er sich doch nicht zum Einfügen eigne. Der zu roh befundene möge durch Bearbeitung Glätte erhalten, der gar nicht verwerthbare unverdrossen beiseite geräumt und ruhig liegen gelassen werden. Mit dem aufgeführten Rohbau, an diesem können wir uns nur theilnehmen, ist das Werk noch lange nicht beendet. Der innere Ausbau und der äußere Schmuck werden ungleich mehr Zeit und Mühe erfordern, aber hierzu kann die lebende Generation nur die Zeichnung und etwa Andeutungen über den Kostenanschlag geben. Die Fortführung und Vollendung, wenn letztere gedacht werden kann, seien den Kommenden überlassen. — Wir haben genug gethan, wenn wir der Zeit gelebt. —

Auch erkönneten wir uns nicht auf dem Boden des Handwerks und seiner Verbesserung die sociale Frage zu lösen, aber einen Theil dieser Lösung hat, wie wir schon andeuteten, der Handwerker als solcher ins Auge zu fassen, davon ausgehend, daß ein Jeder seine Schuldigkeit gemäß der veränderten Verhältnisse thue. — Wenn auch Erfolg und Anerkennung fehlen, so lehnt doch das Bewußtsein nach Gutem und Edlem gestrebt zu haben. —

Anfrühteln wollten wir so Manchen und zum Nachdenken und Handeln veranlassen, denn Deutschland soll kein schläfriges Reich sein, wo der Handwerker sein Geschäft betreibt, ohne dabei an etwas anderes zu denken, als daß es immer so war und nicht zu ändern gehe. — Wer sich selbst verläßt, den verläßt Gott. —

Die Bedeutung der Handwerksfrage für die Gestaltung der nationalen Wohlfahrt wollten wir herauskehren, um den Handwerker die Berufs- und Standesehre in der nationalen wieder finden zu lassen, denn Professor Reuleaux sagte von ihm, er fertige „billig und schlecht.“ — Das Werk soll den Meister loben und vom Theuersten ist der beste Kauf. —

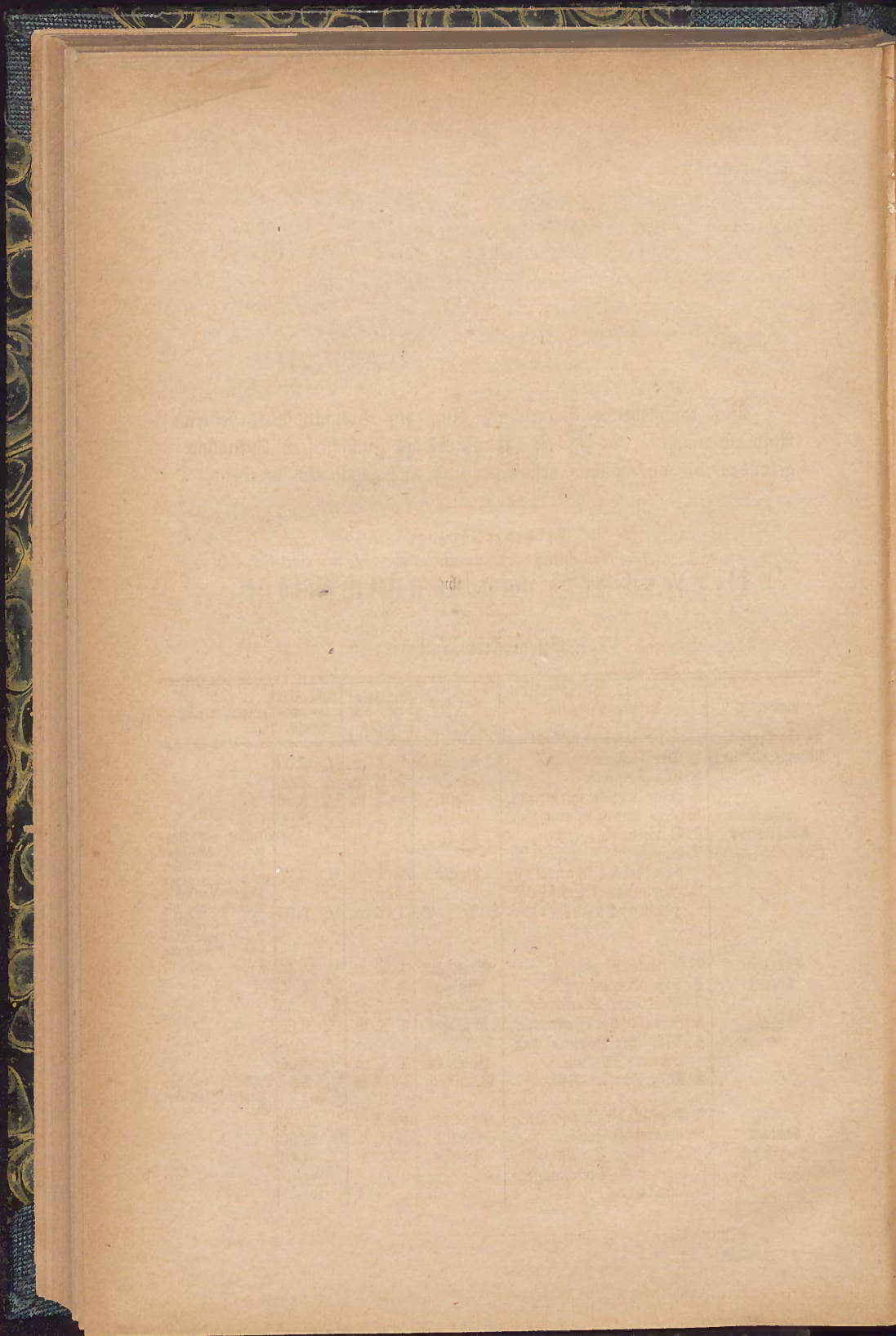
Auf die genossenschaftliche Selbsthilfe wollten wir hinweisen, wenn des Einzelnen Kraft im großen Getriebe erlahmt, und er im gewaltigen Strome der Zeit unterzusinken droht. — Kannst du selber kein Ganzes bilden, so schließe als dienendes Glied dem Ganzen dich an. —

Da wir aber weniger des Klügelns als der That benöthigt sind, schließen wir zur Aufmunterung mit den Worten unseres geistvollen Landsmannes Victor von Scheffel in seinem prächtigen Ekkehard: „Ich glaube, das viele Bedenken und Erwägen hat der böse Feind als Unkraut auf die deutsche Erde gestreut. Wer schwankt, ist dem Fallen nahe, und wer's zu fein machen will, der gräbt sich selbst sein Grab: Wir rüsten!“ — —

Anhang.

Verzeichniß von Fachschriften.

- I. Speciellen Inhalts.
 - II. Allgemeinen Inhalts.
 - III. Landes- = Gewerbe- = Blätter.
-



Das nachstehende Verzeichniß kann auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen. Es haben darin nur die Fachschriften Aufnahme gefunden, die uns wichtig erschienen und uns zugänglich wurden.

Zeichenerklärung:

X. = mal. w. = wöchentlich. m. = monatlich. $\frac{1}{4}$ = vierteljährlich.
 $\frac{1}{2}$ = halbjährlich. $\frac{1}{1}$ = jährlich. St. = Stet.

I. Speciellen Inhalts.

Gewerbe.	Zeitungsnamen.	Ort des Erscheinens	Erscheint wie viel mal?	Abonnementspreis.	Bemerkung.
Bader u. Barbier	1. Der Friseur.	Berlin	2 X m.	$\frac{1}{4}$ 2,00	Organ des Verbandes deutscher Baugewerksmstr. Es bestehen gegen 50 Zeitschriften in Deutschland, die als Fachblätter des Baugewerbes von Bedeutung sind.
	2. Die Coiffure.	Berlin	2 X m.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
	3. Neue deutsche Friseurztg.	Cöln	2 X m.	$\frac{1}{4}$ 2,00	
Bäcker Baugewerke (siehe a. Tischler)	Bäcker- und Conditoren-Ztg.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
	1. Baugewerks-Zeitung.	Berlin	2 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,75	
	2. Romberg's Zeitschrift für praktische Baukunst.	Berlin	1 X m.	$\frac{1}{4}$ 3,75	
	3. Haarmann's Zeitschrift für Bauhandwerker.	Halle a. S.	1 X m.	$\frac{1}{4}$ 2,25	
Bijouterie Brauer	Bijouterie-Bazar.	Stuttgart	1 X m.	$\frac{1}{1}$ 14,40	
	1. Der Bierbrauer.	Leipzig	3 X m.	$\frac{1}{2}$ 4,50	
	2. Bairischer Bierbrauer.	München	2 X m.	$\frac{1}{1}$ 11,85	
	3. Schwäbischer Bierbrauer.	Waldsee	1 X w.	$\frac{1}{2}$ 2,85	
	4. Elßäcker Hopfen- und Brauer-Zeitung.	Hagenau	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
	5. Allg. Hopfen-Zeitung.	Nürnberg	3-4 X w.	$\frac{1}{4}$ 5,00	
Brenner Buchbinder	6. Deutsche Brauer-Zeitung	Erlangen	2-3 X m.	$\frac{1}{1}$ 15,00	Erscheint in der Hopfensaison 4 X w.
	Brennerei-Zeitung.	Berlin	1 X m.	$\frac{1}{1}$ 9,00	
	Illustr. Ztg. für Buchbinderei und Cartonmagenfabrication.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{2}$ 4,00	

Gewerbe.	Zeitung=Name.	Ort des Erscheinens	Erscheint wie viel mal?	Abonnements=Preis.	Bemerkung.
Buchdrucker	1. Deutsche Buchdrucker-Ztg.	Berlin	1 X m.	$\frac{1}{4}$ 1,75	Arbeitgeberblatt. Gehilfenblatt.
	2. Correspondent f. Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.	Leipzig	3 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,25	
	3. Berliner Mittheilungen. Organ für die Interessen der deutschen Buchdrucker.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,50	Vertritt besonders die Interessen der Nicht-Verbands-Buchdrucker.
	4. Archiv f. Buchdruckerkunst	Leipzig	1 Hft. m.	$\frac{1}{1}$ 12,00	
	5. Journal f. Buchdruckerkunst, Schriftgießerei und die verwandten Fächer.	Braunschw.	4 X m.	$\frac{1}{1}$ 10,00	
Cartonnagen-fabrikation	—	—	—	—	
(f. Buchbinder)	—	—	—	—	
Cementarbeiter	—	—	—	—	
(siehe Töpfer)	—	—	—	—	
Conditor	—	—	—	—	
(siehe Bäcker)	—	—	—	—	
Coffüre	—	—	—	—	
(siehe Bäder zc.)	—	—	—	—	
Drechsler	—	—	—	—	
(siehe Tischler)	—	—	—	—	
Drucker	—	—	—	—	
(siehe Färber)	—	—	—	—	
Decorateurs	—	—	—	—	
(siehe Tapeziere und Tischler)	—	—	—	—	
Fagencemacher	—	—	—	—	
(siehe auch Porzellanm.)	—	—	—	—	
Färber	1. Muster-Ztg. f. Färberei, Zeugdruck, Farben und Chemikalienfabrikation.	Leipzig	48 Nr. $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{2}$ 9,00	
Fleischer	2. Deutsche Färber-Zeitung.	Mühlhau.	2 X m.	$\frac{1}{1}$ 9,00	
	Allg. Schlächter-Zeitung.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,00	
Frisseure	—	—	—	—	
(siehe Bäder)	—	—	—	—	
Fuhrunternehmer	Ztg. des Verbandes deutsch. Fuhrunternehmer.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,30	
Gärtner	1. Deutsche Gartenzeitung.	Essn	1 X m.	$\frac{1}{1}$ 6,00	
	2. Sächs. Obstbau-Zeitung.	Dresden	2 X m.	$\frac{1}{1}$ 3,00	
	3. Deutsches Magazin für Garten- und Blumenkunde.	Stuttgart	1 X m.	$\frac{1}{4}$ 8,75	
Gastwirth	1. Das Gasthaus.	Berlin	2 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,90	
	2. Deutsche Weinzeitung.	Mainz	3 X m.	$\frac{1}{4}$ 2,25	
	3. Wochenschrift des Vereins f. Gasthofbesitzer.	Essn	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,00	
Gerber	1. Gerber-Zeitung.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	Zeitung für Lederfabrikation und Lederhandel.
	2. Süddeutscher Gerber.	Waldsee	1 X w.	$\frac{1}{2}$ 2,85	

Gewerbe.	Zeitung's-Name.	Ort des Erscheinens	Erscheint wie viel mal?	Abonnement's Preis.	Bemerkung.
Gerber	3. Deutsche Gerber-Ztg.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,50	
Glasmacher	Glashütte.	Dresden	1 X w.	$\frac{1}{1}$ 39,00	
(siehe auch Porzellanm.)	—	—	—	—	
Häfner	—	—	—	—	
(siehe Töpfer)	—	—	—	—	
Holzschneidekunst	Schwarzwälder Gewerbe-halle.	Murtwang.	3 X w.	$\frac{1}{2}$ 2,00	
Hutmacher	1. Deutsche Hutmacher-Ztg.	Berlin	2 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,50	Organ für Hut- u. Hüteumacher, Kürschner, Strohhut- und Fan- tasie-Hutfabrikn.
	2. Correspondent des Centralvereins deutsch. Hutmacher.	Leipzig	3 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,50	Arbeiterblatt.
Alempner	—	—	—	—	Spezielles Fachblatt in Vorbereitung.
(f. Baugewerbe)	—	—	—	—	
Korbmacher	—	—	—	—	
(siehe Tischler)	—	—	—	—	
Kürschner	—	—	—	—	
(f. Hutmacher)	—	—	—	—	
Kaditler	—	—	—	—	
(siehe Wagner)	—	—	—	—	
Lederwaren	1. Sattler-Zeitung.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,60	Organ für Sattlerei, Riemerei, Tapezierer und Lederwarenfabr.
(siehe Gerber)	2. Berliner Berichte über Leder.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,25	
Maschinenbauer	1. Der Maschinenbauer.	Leipzig	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
	2. Maschinenconstructeur.	Leipzig	24 Hft.	$\frac{1}{1}$ 24,00	
Manrer	—	—	—	—	
(f. Baugewerbe)	—	—	—	—	
Mehger	—	—	—	—	
(f. Schlächter)	—	—	—	—	
Müller	Die Mühle.	Leipzig	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,50	Deutsch. Mühlen- anzeiger als Beilage.
Papiermacher	1. Papier-Industrie.	Paffau	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,50	
	2. Wochenblatt für Papierfabrikation.	Biberach	1 X w.	$\frac{1}{2}$ 3,75	
	3. Centralblatt f. d. deutsch. Papierfabrikation.	Dresden	2 X w.	$\frac{1}{1}$ 12,00	
Perückenmacher	—	—	—	—	
(siehe Väder etc.)	—	—	—	—	
Photographie	1. Photographische Mittheilungen.	Berlin	12 Hft. $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{2}$ 5,00	
	2. Photographisches Archiv.	Düsseldorf	20 X $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$ 9,00	
	3. Photographisch. Wochenblatt.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,00	
Pianosortefabrikation	Allg. deutsche Tischler-Ztg.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	

Gewerbe.	Zeitungsnamen.	Ort des Erscheinens	Erscheint wie viel mal?	Abonnementspreis.	Bemerkung.
Porzellanmacher	1. Der Sprechsaal. 2. Die Ameise.	Coburg Berlin	1 X w. 1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00 $\frac{1}{4}$ 1,00	Organ des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandte Arbeiten. — (Arbeiterblatt.)
Sattler (f. Lederwaaren)	—	—	—	—	
Schriftgießer (f. Buchdrucker)	—	—	—	—	
Schuhmacher	1. Deutsche Schuhmach.-Ztg. 2. Neue Wiener Schuhmacher-Zeitung. 3. Neue deutsche Schuhmacher-Zeitung.	Berlin Wien Berlin	1 X w. 2 X m. 1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,50 $\frac{1}{2}$ 8,00 $\frac{1}{4}$ 2,00	Beilage „Sorgenfrei.“ jährlich 12 Schnittmuster. In jeder Nr. ein Schnittmuster. Organ des Vereins selbstständiger Schuhmacher Deutschlands.
Schneider	1. Deutsche Schneider-Ztg. 2. Deutsches Moden-Journal. 3. Europ. Moden-Zeitung.	Berlin Berlin Dresden	1 X w. 1 X m. 1 X m.	$\frac{1}{2}$ 3,60 $\frac{1}{2}$ 7,20 $\frac{1}{2}$ 13,60	Es gibt über 20 verschiedene Moden-Ztg., die sich ab. Bekleidungs-, Pug- u. Körper schmuck-Gegenstände erstrecken.
Schreiner (f. Tischler.)	—	—	—	—	
Seifensieder	Neue Seifensieder-Zeitung.	Leipzig	1 X w.	$\frac{1}{2}$ 7,50	
Spengler (f. Klempner)	—	—	—	—	
Stellmacher (f. Wagner.)	—	—	—	—	
Tabakfabrikation	1. Deutsche Tabak-Zeitung.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
Tapezierer (f. auch Tischler)	Journal für Tapezierer und Dekorateur.	Berlin	4 Hft. $\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$ 4,00	Enthält alle Arten v. Fenster-, Bett- und vollständige Zimmer-Decorationen, Polstermöbel, Fantasie-stühle, Toiletten, Tabourets etc.
Textilindustrie (f. Weberei)	1. Centralblatt f. d. Textil-Industrie. 2. Das deutsche Wollengewerbe.	Berlin Grünberg i. Schl.	1 Hft. w. 1 X w.	$\frac{1}{2}$ 15,00 $\frac{1}{4}$ 3,00	Organ für Wol-len-, Baumwollen-, Flachs- und Seidenindustrie.
Tischler	1. Allg. Tischler-Zeitung. 2. Prakt. Journal f. Möbel- und Bau-Tischler, Tapezierer, Architekten und Bauhandwerker. 3. Entwürfe zu wohlfeilen Möbel- und Bautischler-Arbeiten.	Berlin Berlin Leipzig	1 X w. 1 X m. zwanglos	$\frac{1}{4}$ 3,00 $\frac{1}{2}$ 12,00 à §. 1,50	

Gewerbe.	Zeitungsnamen.	Ort des Erscheinens	Erscheint wie viel mal?	Abonnementspreis.	Bemerkung.
Thonwaaren (f. Ziegler und Töpfer)	—	—	—	—	Fachzeitung auch für Steingut, Porzellan, Kalk etc. und Cementfabrikationen.
Töpfer	1. Deutsche Töpfer-Zeitung.	Naumburg a. S.	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
	2. Deutsche Töpfer- und Ziegler-Zeitung.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
Uhrmacher	1. Deutsche Uhrmacher-Ztg.	Berlin	2 X m.	$\frac{1}{4}$ 1,50	
	2. Allg. Journal der Uhrmacherkunst.	Naumburg a. S.	2 X m.	$\frac{1}{4}$ 1,65	
Wagner	Deutsches Wagenbau-Journal.	Berlin	6 Hft. $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$ 15,00	
Ziegler (f. auch Töpfer)	Der Thonwaarenfabrikant.	Constanz	2 X m.	$\frac{1}{4}$ 1,15	

II. Allgemeinen Inhalts.

Jedem Gewerbebetreibenden zu empfehlen:	1. Industrie-Blätter.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 3,00	
	2. Deutsche Industriezeitung	Chemnitz	1 X w.	$\frac{1}{2}$ 9,00	
	3. Zeitschrift des Kunstgewerbevereins München.	München	12 Hft. $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$ 16,00	
	4. Neueste Erfindungen und Erfahrungen.	Regensb.	1 X m.	$\frac{1}{1}$ 7,10	
	5. Friedrich Georg Wied's Illust. Gewerbezeitung.	Stuttgart	1 X w.	$\frac{1}{2}$ 9,00	
	6. Der Dilettant.	München	26 Nr. $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$ 10,80	Illust. Zeitschrift f. häusliche Kunstarbeiten und Unterhaltungs-Beschäftigung.
	7. Die Kunst im Gewerbe.	Hannover	4 Hft. $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$ 16,00	
	8. Der Arbeitgeber.	Fraunfurt a. M.	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,40	
	9. Der Gewerbeverein.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,00	Organ des Verbandes der deutschen Gewerbevereine, sowie für Einigungsämter, Versicherungs- u. Produktions-Gesellschaften.
	10. Der Bildungsverein.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 0,75	
	11. Die sociale Frage.	Berlin	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,50	Zeitschrift der Gesellschaft für Verbreitung v. Volksbildung etc. — Organ d. deutschen (antiformal-demokratischen) Arbeiter-Kongresse.
	12. Am Reißbrette.	Leipzig	1 X w.	$\frac{1}{1}$ 3,00	
	13. Kunst und Gewerbe.	Nürnberg	48 Nr. $\frac{1}{1}$	$\frac{1}{1}$ 15,00	

Gewerbe.	Zeitung's-Name.	Ort des Erscheinens	Erscheint wie viel mal?	Abonnement's-Preis.	Bemerkung.
----------	-----------------	---------------------	-------------------------	---------------------	------------

III. Landes-Gewerbe-Blätter.

Jedem Gewerbebetreibenden des betreffenden Landesgebietes zu empfehlen.	1. Bairisches Industrie- und Gewerbeblatt.	München	1 X m.	$\frac{1}{1}$ 12,00	Organ des Breslauer- und Schlesischen Central-Gewerbevereins. Herausgegeben v. dem Verbande der Piesnitzer Zün- nungsvorstände.
	2. Gewerbeblatt a. Württem- berg.	Stuttgart	1 X w.	$\frac{1}{1}$ 2,60	
	3. Badische Gewerbezeitung.	Carlsruhe	2 X m.	$\frac{1}{1}$ 2,40	
	4. Schwarzwälder Gewerbe- halle.	Furtwang.	3 X w.	$\frac{1}{4}$ 2,00	
	5. Gewerbeblatt für das Großherzogthum Hessen.	Darmstadt	1 X w.	$\frac{1}{1}$ 1,60	
	6. Dresdener Gewerbever- eins-Zeitung.	Dresden	1 X w.	$\frac{1}{1}$ 4,00	
	7. Oberlausitzer Gewerbe- blatt.	Bautzen	1 X m.	$\frac{1}{1}$ 1,50	
	8. Breslauer Gewerbeblatt.	Breslau	2 X m.	$\frac{1}{2}$ 1,50	
	9. Piesnitzer Gewerbeblatt.	Piesnitz	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 1,00	
	10. Gewerbeblatt für die Provinz Preußen.	Königsberg	1 X w.	$\frac{1}{4}$ 0,75	

Besondere Nachtragsbemerkung.

Die gewerblichen Vereine werden gut thun, wenn sie ihre Jahresberichte unter einander austauschen, um sich zwecks Nachahmung und Kenntniß der verschiedenen Maßnahmen unterrichten zu können. Nicht minder empfiehlt es sich, die Jahresberichte der Handels- und Gewerbekammern sich zu verschaffen.



Druck von A. Stark in Chemnitz.

